

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion vom 22. Dezember 1992 sowie zu den Änderungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion vom 14. Oktober 1994

A. Zielsetzung

Die Bundesrepublik Deutschland ist Mitglied der Internationalen Fernmeldeunion. Grundlage ist der Internationale Fernmeldevertrag, der auf weltweiter Basis die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Fernmeldewesens regelt. Der auf der Regierungskonferenz in Nizza 1989 überarbeitete, in die Konstitution und die Konvention aufgeteilte, neu beschlossene – aber zwischen den Mitgliedsländern bisher nicht in Kraft getretene – Internationale Fernmeldevertrag wurde auf der zusätzlichen Regierungskonferenz in Genf 1992 erneut überarbeitet. Die dort beschlossene Konstitution und die Konvention, sowie die auf der Regierungskonferenz in Kioto 1994 beschlossenen Änderungen von Konstitution und Konvention, sollen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft gesetzt werden und den Internationalen Fernmeldevertrag von Nairobi (1982) ersetzen.

B. Lösung

Der Konstitution und der Konvention sowie den Änderungen der Konstitution und der Konvention wird durch Vertragsgesetz zugestimmt.

Fristablauf: 24. 11. 95

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Die Kosten werden aus dem Bundeshaushalt getragen. Darüberhinaus werden Länder und Gemeinden nicht mit Kosten belastet.

13. 10. 95

VP

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu der Konstitution und der Konvention
der Internationalen Fernmeldeunion vom 22. Dezember 1992
sowie zu den Änderungen der Konstitution und der Konvention
der Internationalen Fernmeldeunion vom 14. Oktober 1994

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (323) – 961 06 – Fe 7/95 NA 1

Bonn, den 13. Oktober 1995

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von
der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion vom 22. Dezember 1992 sowie zu den Änderungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion vom 14. Oktober 1994

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium für Post und Telekommunikation.

Dr. Helmut Kohl

Fristablauf: 24. 11. 95

654/95

Entwurf
Gesetz
zu der Konstitution und der Konvention
der Internationalen Fernmeldeunion vom 22. Dezember 1992
sowie zu den Änderungen der Konstitution und der Konvention
der Internationalen Fernmeldeunion vom 14. Oktober 1994

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion, die in Genf am 22. Dezember 1992 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet worden sind, sowie den Änderungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion, die in Kioto am 14. Oktober 1994 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet worden sind, wird zugestimmt. Die Konstitution, die Konvention und die Erklärungen und Vorbehalte vom 22. Dezember 1992 sowie die Änderungen der Konstitution und der Konvention und die Erklärungen und Vorbehalte vom 14. Oktober 1994 werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium für Post und Telekommunikation wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates die Vollzugsordnungen, die die Konstitution und die Konvention gemäß Artikel 4 Abs. 3 der Konstitution ergänzen, sowie Änderungen zu diesen Vollzugsordnungen, die die weltweiten Funkkonferenzen und die weltweiten Konferenzen für internationale Fernmeldedienste der Internationalen Fernmeldeunion beschließen, in Kraft zu setzen und Regelungen über die Verkündung der Vollzugsordnungen sowie ihrer Änderungen zu treffen.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Konstitution und die Konvention nach Artikel 52 Abs. 3 der Konstitution sowie die Änderungen der Konstitution und der Konvention nach Artikel 55 Abs. 8 in Verbindung mit Artikel 52 Abs. 3 der Konstitution und Artikel 42 Abs. 9 der Konvention in Verbindung mit Artikel 52 Abs. 3 der Konstitution für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf die Konstitution und die Konvention der Internationalen Fernmeldeunion sowie auf die Änderungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist erforderlich, da das Bundesministerium für Post und Telekommunikation durch Artikel 2 des Gesetzes ermächtigt wird, Rechtsverordnungen abweichend von Artikel 80 Abs. 2 des Grundgesetzes ohne Zustimmung des Bundesrates zu erlassen.

Zu Artikel 2

Artikel 2 gibt dem Bundesministerium für Post und Telekommunikation die Möglichkeit, die Vollzugsordnungen, die die Konstitution und die Konvention der Internationalen Fernmeldeunion vom 22. Dezember 1992 ergänzen, durch Rechtsverordnung in innerstaatliches Recht umzusetzen.

Nach Artikel 13 Abs. 1 und Artikel 25 Abs. 1 der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion können die weltweiten Funkkonferenzen und die weltweiten Konferenzen für internationale Fernmeldedienste die o. a. Vollzugsordnungen teilweise oder vollständig ändern. Ihre Beschlüsse müssen jedoch gemäß Artikel 13 Abs. 4 und Artikel 25 Abs. 2 der o. a. Konstitution in jedem Fall den Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion entsprechen. Damit das Bundesministerium für Post und Telekommunikation die Möglichkeit erhält, auch eine solche Änderung in gleicher Weise in innerstaatliches Recht umzusetzen, schließt die Ermächtigung diesen Fall ein.

Es ist vorgesehen, daß Rechtsverordnungen zur Inkraftsetzung der Vollzugsordnungen, die die Konstitution und die Konvention der Internationalen Fernmeldeunion ergänzen, nicht der Zustimmung des Bundesrates bedürfen. Denn bei den Vollzugsordnungen handelt es sich um eine nachrangige Rechtsmaterie, deren Inhalt in jedem Fall den Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion entsprechen muß, denen der Bundesrat im Rahmen dieses Gesetzgebungsverfahrens bereits zugestimmt hat.

Wegen des großen Volumens der in den Vollzugsordnungen enthaltenen technischen und betrieblichen Detailvorschriften und ihrer großen Änderungshäufigkeit erscheint eine anderweitige gesetzliche Regelung im Sinne von Artikel 82 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes bezüglich der Verkündung der Rechtsverordnungen – nämlich der Verzicht auf eine vollständige Verkündung im Bundesgesetzblatt – geboten. Auch dann sind die vollständigen Texte dem Bürger jederzeit zugänglich, da die vorgesehene Rechtsverordnung im Bundesgesetzblatt verkündet wird und in der Rechtsverordnung eine Regelung über die anderweitige Verkündung der betroffenen Vollzugsordnungen enthalten ist.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem die Konstitution und die Konvention sowie die Änderungen der Konstitution und der Konvention nach Artikel 52 Abs. 3 der Konstitution für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Die Bundesrepublik Deutschland hat nach Artikel 28 der Konstitution einen Beitrag zu den Kosten der Internationalen Fernmeldeunion zu leisten. Dieser Beitrag, dessen Höhe von den Ausgaben der Union abhängig ist und der zur Zeit etwa 12 Millionen DM pro Jahr beträgt, wird aus dem Bundeshaushalt gezahlt. Darüberhinaus werden Länder und Gemeinden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Da der Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zu den Kosten der Internationalen Fernmeldeunion aus dem Bundeshaushalt gezahlt wird, hat der Gesetzentwurf keine Auswirkungen auf Einzelpreise oder das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau.

**Konstitution und Konvention
der Internationalen Fernmeldeunion
(Genf 1992)**

**Constitution et Convention
de l'Union internationale des télécommunications
(Genève, 1992)**

(Übersetzung)

Table des matières

Inhaltsverzeichnis

**Constitution de l'Union internationale
des télécommunications**

**Konstitution
der Internationalen Fernmeldeunion**

Préambule

Präambel

Chapitre I

Kapitel I

Dispositions de base

Grundlegende Bestimmungen

	Article		Artikel
Objet de l'Union	1	Zweck der Union	1
Composition de l'Union	2	Zusammensetzung der Union	2
Droits et obligations des Membres	3	Rechte und Pflichten der Mitglieder	3
Instruments de l'Union	4	Grundsatzdokumente der Union	4
Définitions	5	Definitionen	5
Exécution des instruments de l'Union	6	Anwendung der Grundsatzdokumente der Union	6
Structure de l'Union	7	Aufbau der Union	7
La Conférence de plénipotentiaires	8	Konferenz der Regierungsbevollmächtigten	8
Principes relatifs aux élections et questions connexes	9	Grundsätze für die Wahlen und damit verbundene Fragen	9
Le Conseil	10	Rat	10
Secrétariat général	11	Generalsekretariat	11
 Chapitre II		 Kapitel II	
Secteur des radiocommunications		Sektor für das Funkwesen	
Fonctions et structure	12	Aufgaben und Aufbau	12
Conférences des radiocommunications et assemblées des radiocommunications	13	Funkkonferenzen und Funkversammlungen	13
Comité du Règlement des radiocommunications	14	Funkregulierungsausschuß	14
Commissions d'études des radiocommunications	15	Studienkommissionen für das Funkwesen	15
Bureau des radiocommunications	16	Büro für das Funkwesen	16
 Chapitre III		 Kapitel III	
Secteur de la normalisation des télécommunications		Sektor für die Standardisierung im Fernmeldewesen	
Fonctions et structure	17	Aufgaben und Aufbau	17
Conférences mondiales de normalisation des télécommunications	18	Weltweite Konferenzen für die Standardisierung im Fernmeldewesen	18
Commissions d'études de la normalisation des télécommunications	19	Studienkommissionen für die Standardisierung im Fernmeldewesen	19
Bureau de la normalisation des télécommunications	20	Büro für die Standardisierung im Fernmeldewesen	20

Chapitre IV	Article	Kapitel IV	Artikel
Secteur du développement des télécommunications		Sektor für die Entwicklung des Fernmeldewesens	
Fonctions et structure	21	Aufgaben und Aufbau	21
Conférences de développement des télécommunications	22	Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens	22
Commissions d'études du développement des télécommunications	23	Studienkommissionen für die Entwicklung des Fernmeldewesens	23
Bureau de développement des télécommunications	24	Büro für die Entwicklung des Fernmeldewesens	24
 Chapitre V		 Kapitel V	
Autres dispositions relatives au fonctionnement de l'Union		Weitere Bestimmungen über die Arbeitsweise der Union	
Conférences mondiales des télécommunications internationales	25	Weltweite Konferenzen für internationale Fernmeldedienste	25
Comité de coordination	26	Koordinierungsausschuß	26
Les fonctionnaires élus et le personnel de l'Union	27	Die gewählten Beamten und das Personal der Union	27
Finances de l'Union	28	Finanzen der Union	28
Langues	29	Sprachen	29
Siège de l'Union	30	Sitz der Union	30
Capacité juridique de l'Union	31	Rechtsfähigkeit der Union	31
Règlement intérieur des conférences et autres réunions	32	Geschäftsordnung der Konferenzen und der anderen Tagungen	32
 Chapitre VI		 Kapitel VI	
Dispositions générales relatives aux télécommunications		Allgemeine Bestimmungen über den Fernmeldedienst	
Droit du public à utiliser le service international de télécommunication	33	Recht der Öffentlichkeit auf Benutzung des internationalen Fernmeldedienstes	33
Arrêt des télécommunications	34	Anhalten von Fernmeldenachrichten	34
Suspension du service	35	Einstellung des Dienstes	35
Responsabilité	36	Haftung	36
Secret des télécommunications	37	Fernmeldegeheimnis	37
Etablissement, exploitation et sauvegarde des voies et des installations de télécommunication	38	Errichtung, Betrieb und Schutz der Fernmeldeübertragungswege und Fernmeldeeinrichtungen	38
Notification des contraventions	39	Notifikation von Vertragsverletzungen	39
Priorité des télécommunications relatives à la sécurité de la vie humaine	40	Vorrang des Fernmeldeverkehrs, der die Sicherheit des menschlichen Lebens betrifft	40
Priorité des télécommunications d'Etat	41	Vorrang der Staatsfernmeldeverbindungen	41
Arrangements particuliers	42	Besondere Vereinbarungen	42
Conférences régionales, arrangements régionaux, organisations régionales	43	Regionale Konferenzen, regionale Vereinbarungen, regionale Organisationen	43
 Chapitre VII		 Kapitel VII	
Dispositions spéciales relatives aux radiocommunications		Besondere Bestimmungen über den Funkdienst	
Utilisation du spectre des fréquences radioélectriques et de l'orbite des satellites géostationnaires	44	Nutzung des Funkfrequenzspektrums und der Umlaufbahn der geostationären Satelliten	44
Brouillages préjudiciables	45	Schädliche Störungen	45
Appels et messages de détresse	46	Notrufe und Notmeldungen	46
Signaux de détresse, d'urgence, de sécurité ou d'identification faux ou trompeurs	47	Fälsche oder irreführende Notzeichen, Dringlichkeitszeichen, Sicherheitszeichen oder Kennungen	47
Installations des services de défense nationale	48	Funkanlagen für die nationale Verteidigung	48
 Chapitre VIII		 Kapitel VIII	
Relations avec l'Organisation des Nations Unies, les autres organisations internationales et les Etats non-Membres		Beziehungen zur Organisation der Vereinten Nationen, zu anderen internationalen Organisationen und zu Nichtmitgliedstaaten	
Relations avec l'Organisation des Nations Unies	49	Beziehungen zur Organisation der Vereinten Nationen	49
Relations avec les autres organisations internationales	50	Beziehungen zu anderen internationalen Organisationen	50
Relations avec des Etats non-Membres	51	Beziehungen zu Nichtmitgliedstaaten	51

Chapitre IX	Article	Kapitel IX	Artikel
Dispositions finales		Schlußbestimmungen	
Ratification, acceptation ou approbation	52	Ratifikation, Annahme oder Genehmigung	52
Adhésion	53	Beitritt	53
Règlements administratifs	54	Vollzugsordnungen	54
Dispositions pour amender la présente Constitution	55	Bestimmungen zur Änderung dieser Konstitution	55
Règlement des différends	56	Beilegung von Streitfällen	56
Dénonciation de la présente Constitution et de la Convention	57	Kündigung dieser Konstitution und der Konvention	57
Entrée en vigueur et questions connexes	58	Inkrafttreten und damit verbundene Fragen	58
Formule finale		Schlußformel	
Annexe		Anlage	
Définition de certains termes employés dans la présente Constitution, dans la Convention et dans les Règlements administratifs de l'Union internationale des télécommunications		Definition einiger in dieser Konstitution, in der Konvention und in den Vollzugsordnungen der Internationalen Fernmeldeunion verwendeter Begriffe	

Convention de l'Union internationale des télécommunications

Chapitre I

Fonctionnement de l'Union

Article

Section 1

La Conférence de plénipotentiaires	1
Elections et questions connexes	2
Autres conférences	3

Section 2

Le Conseil	4
------------------	---

Section 3

Secrétariat général	5
---------------------------	---

Section 4

Comité de coordination	6
------------------------------	---

Section 5

Secteur des radiocommunications

Conférences mondiales des radiocommunications	7
Assemblée des radiocommunications	8
Conférences régionales des radiocommunications	9
Comité du Règlement des radiocommunications	10
Commissions d'études des radiocommunications	11
Bureau des radiocommunications	12

Section 6

Secteur de la normalisation des télécommunications

Conférence mondiale de normalisation des télécommuni- cations	13
Commissions d'études de la normalisation des télécom- munications	14
Bureau de la normalisation des télécommunications	15

Section 7

Secteur du développement des télécommunications

Conférences de développement des télécommunications	16
Commissions d'études du développement des télécommu- nications	17
Bureau de développement des télécommunications et Co- mité consultatif pour le développement des télécommuni- cations	18

Section 8

Dispositions communes aux trois Secteurs

Participation d'entités et organisations autres que les ad- ministrations aux activités de l'Union	19
Conduite des travaux des commissions d'études	20
Recommandations adressées par une conférence à une autre conférence	21
Relations des Secteurs entre eux et avec des organisa- tions internationales	22

Konvention der Internationalen Fernmeldeunion

Kapitel I

Arbeitsweise der Union

Artikel

Abschnitt 1

Konferenz der Regierungsbevollmächtigten	1
Wahlen und damit verbundene Fragen	2
Andere Konferenzen	3

Abschnitt 2

Der Rat	4
---------------	---

Abschnitt 3

Generalsekretariat	5
--------------------------	---

Abschnitt 4

Koordinierungsausschuß	6
------------------------------	---

Abschnitt 5

Sektor für das Funkwesen

Weltweite Funkkonferenzen	7
Funkversammlung	8
Regionale Funkkonferenzen	9
Funkregulierungsausschuß	10
Studienkommissionen für das Funkwesen	11
Büro für das Funkwesen	12

Abschnitt 6

Sektor für die Standardisierung im Fernmeldewesen

Weltweite Konferenz für die Standardisierung im Fern- meldewesen	13
Studienkommissionen für die Standardisierung im Fern- meldewesen	14
Büro für die Standardisierung im Fernmeldewesen	15

Abschnitt 7

Sektor für die Entwicklung des Fernmeldewesens

Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens	16
Studienkommissionen für die Entwicklung des Fernmelde- wesens	17
Büro für die Entwicklung des Fernmeldewesens und Beirat für die Entwicklung des Fernmeldewesens	18

Abschnitt 8

Gemeinsame Bestimmungen für alle drei Sektoren

Teilnahme von anderen Gremien und Organisationen als den Verwaltungen an den Arbeiten der Union	19
Arbeitsweise der Studienkommissionen	20
Empfehlungen einer Konferenz an eine andere	21
Beziehungen der Sektoren untereinander und zu inter- nationalen Organisationen	22

Chapitre II	Article	Kapitel II	Artikel
Dispositions générales concernant les conférences		Allgemeine Bestimmungen über die Konferenzen	
Invitation et admission aux Conférences de plénipotentiaires lorsqu'il y a un gouvernement invitant	23	Einladung und Zulassung zu den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten, wenn eine Regierung einlädt	23
Invitation et admission aux conférences des radiocommunications lorsqu'il y a un gouvernement invitant	24	Einladung und Zulassung zu den Funkkonferenzen, wenn eine Regierung einlädt	24
Invitation et admission aux assemblées des radiocommunications, aux conférences de normalisation des télécommunications et aux conférences de développement des télécommunications lorsqu'il y a un gouvernement invitant	25	Einladung und Zulassung zu den Funkversammlungen, den Konferenzen für die Standardisierung im Fernmeldewesen und den Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens, wenn eine Regierung einlädt	25
Procédure pour la convocation ou l'annulation de conférences mondiales ou d'assemblées des radiocommunications à la demande de Membres de l'Union ou sur proposition du Conseil	26	Verfahren für die Einberufung oder Streichung von weltweiten Konferenzen oder von Funkversammlungen auf Antrag von Mitgliedern der Union oder auf Vorschlag des Rats	26
Procédure pour la convocation de conférences régionales à la demande de Membres de l'Union ou sur proposition du Conseil	27	Verfahren für die Einberufung regionaler Konferenzen auf Antrag von Mitgliedern der Union oder auf Vorschlag des Rats	27
Dispositions relatives aux conférences qui se réunissent sans gouvernement invitant	28	Bestimmungen für Konferenzen, die ohne einladende Regierung zusammentreten	28
Changement du lieu ou des dates d'une conférence	29	Änderung des Orts oder des Zeitpunkts einer Konferenz	29
Délais et modalités de présentation des propositions et des rapports aux conférences	30	Fristen und Verfahren für die Vorlage von Vorschlägen und Berichten für die Konferenzen	30
Pouvoirs aux conférences	31	Vollmachten bei den Konferenzen	31
 Chapitre III		 Kapitel III	
Règlement intérieur		Geschäftsordnung	
Règlement intérieur des conférences et autres réunions	32	Geschäftsordnung der Konferenzen und der anderen Tagungen	32
1. Ordre des places		1 Sitzordnung	
2. Inauguration de la conférence		2 Eröffnung der Konferenz	
3. Prérogatives du président de la conférence		3 Aufgaben des Präsidenten der Konferenz	
4. Constitution des commissions		4 Bildung von Ausschüssen	
4.1 Commission de direction		4.1 Lenkungsausschuß	
4.2 Commission des pouvoirs		4.2 Vollmachtenprüfungsausschuß	
4.3 Commission de rédaction		4.3 Redaktionsausschuß	
4.4 Commission de contrôle budgétaire		4.4 Ausschuß zur Kontrolle des Konferenzbudgets	
5. Composition des commissions		5 Zusammensetzung der Ausschüsse	
5.1 Conférences de plénipotentiaires		5.1 Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten	
5.2 Conférences des radiocommunications et conférences mondiales des télécommunications internationales		5.2 Funkkonferenzen und weltweite Konferenzen für internationale Fernmeldedienste	
5.3 Assemblées des radiocommunications, conférences de normalisation des télécommunications et conférences de développement des télécommunications		5.3 Funkversammlungen, Konferenzen für die Standardisierung im Fernmeldewesen und Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens	
6. Présidents et vice-présidents des sous-commissions		6 Präsidenten und Vizepräsidenten der Unterausschüsse	
7. Convocation aux séances		7 Einberufung zu den Sitzungen	
8. Propositions présentées avant l'ouverture de la conférence		8 Vorschläge, die vor Eröffnung der Konferenz eingereicht werden	
9. Propositions ou amendements présentés au cours de la conférence		9 Vorschläge oder Änderungsvorschläge, die während der Konferenz eingereicht werden	
10. Conditions requises pour tout examen, décision ou vote concernant une proposition ou un amendement		10 Voraussetzungen für die Behandlung eines Vorschlags oder Änderungsvorschlags und für die Beschlussfassung oder Abstimmung hierüber	
11. Propositions ou amendements omis ou différés		11 Nichtbehandelte oder zurückgestellte Vorschläge oder Änderungsvorschläge	
12. Conduite des débats en séance plénière		12 Ablauf der Debatten in der Plenarsitzung	
12.1 Quorum		12.1 Beschlussfähigkeit	
12.2 Ordre de discussion		12.2 Diskussionsordnung	
12.3 Motions d'ordre et points d'ordre		12.3 Anträge und Fragen zur Geschäftsordnung	
12.4 Ordre de priorité des motions et points d'ordre		12.4 Rangordnung der Anträge und Fragen zur Geschäftsordnung	

Article	Artikel
12.5 Motion de suspension ou de levée de la séance	12.5 Antrag auf Unterbrechung oder Aufhebung der Sitzung
12.6 Motion d'ajournement du débat	12.6 Antrag auf Vertagung der Debatte
12.7 Motion de clôture du débat	12.7 Antrag auf Schließung der Debatte
12.8 Limitation des interventions	12.8 Beschränkung der Ausführungen
12.9 Clôture de la liste des orateurs	12.9 Schließung der Rednerliste
12.10 Questions de compétence	12.10 Zuständigkeitsfragen
12.11 Retrait et nouvelle présentation d'une motion	12.11 Zurückziehung und Wiederaufnahme eines Antrags
13. Droit de vote	13. Stimmrecht
14. Vote	14. Abstimmung
14.1 Définition de la majorité	14.1 Definition des Begriffs „Mehrheit“
14.2 Non-participation au vote	14.2 Nichtteilnahme an der Abstimmung
14.3 Majorité spéciale	14.3 Qualifizierte Mehrheit
14.4 Plus de cinquante pour cent d'abstentions	14.4 Stimmenthaltungen von mehr als fünfzig vom Hundert
14.5 Procédures de vote	14.5 Abstimmungsverfahren
14.6 Interdiction d'interrompre un vote quand il est commencé	14.6 Verbot der Unterbrechung einer bereits begonnenen Abstimmung
14.7 Explication de vote	14.7 Erklärung zur Abstimmung
14.8 Vote d'une proposition par parties	14.8 Abstimmung über die einzelnen Teile eines Vorschlags
14.9 Ordre de vote des propositions relatives à une même question	14.9 Abstimmungsordnung bei Vorschlägen, die ein und dieselbe Angelegenheit betreffen
14.10 Amendements	14.10 Änderungsvorschläge
14.11 Vote sur les amendements	14.11 Abstimmung über Änderungsvorschläge
14.12 Répétition d'un vote	14.12 Wiederholung einer Abstimmung
15. Conduite des débats et procédure de vote en commissions et sous-commissions	15. Ablauf der Debatten und Abstimmungsverfahren in Ausschüssen und Unterausschüssen
16. Réserves	16. Vorbehalte
17. Procès-verbaux des séances plénières	17. Protokolle der Plenarsitzungen
18. Comptes rendus et rapports des commissions et sous-commissions	18. Berichte der Ausschüsse und Unterausschüsse
19. Approbation des procès-verbaux, comptes rendus et rapports	19. Genehmigung der Sitzungsprotokolle und Berichte
20. Numérotage	20. Numerierung
21. Approbation définitive	21. Endgültige Genehmigung
22. Signature	22. Unterschrift
23. Relations avec la presse et le public	23. Beziehungen zu Presse und Öffentlichkeit
24. Franchise	24. Gebührenfreiheit

Chapitre IV

Autres dispositions

Finances	33
Responsabilités financières des conférences	34
Langues	35

Chapitre V

Dispositions diverses relatives à l'exploitation des services de télécommunication

Taxes et franchise	36
Etablissement et règlement des comptes	37
Unité monétaire	38
Intercommunication	39
Langage secret	40

Chapitre VI

Arbitrage et amendement

Arbitrage: procédure	41
Dispositions pour amender la présente Convention	42

Kapitel IV

Andere Bestimmungen

Finanzen	33
Verantwortlichkeit der Konferenzen im finanziellen Bereich	34
Sprachen	35

Kapitel V

Verschiedene Bestimmungen über den Betrieb der Fernmeldedienste

Gebühren und Gebührenfreiheit	36
Aufstellung und Begleichung von Rechnungen	37
Währungseinheit	38
Gegenseitiger Verkehr	39
Geheime Sprache	40

Kapitel VI

Schiedsgerichtsbarkeit und Änderung der Konvention

Schiedsgerichtsbarkeit: Verfahren	41
Bestimmungen zur Änderung dieser Konvention	42

Annexe

Définition de certains termes employés dans la présente Convention et dans les Règlements administratifs de l'Union internationale des télécommunications

Déclarations et réserves

Afghanistan (Etat islamique d') (6, 63)
 Algérie (République algérienne démocratique et populaire) (63)
 Allemagne (République fédérale d') (42, 73)
 Arabie saoudite (Royaume d') (63, 64)
 Argentine (République) (49)
 Australie (66, 73)
 Autriche (16, 17, 73)
 Bahreïn (Etat de) (63, 64)
 Bélarus (République du) (37)
 Belgique (16, 17, 73)
 Bénin (République du) (59)
 Brunéi Darussalam (23)
 Bulgarie (République de) (43, 73)
 Burkina Faso (10)
 Burundi (République du) (19)
 Cameroun (République du) (41)
 Canada (73)
 Chili (22)
 Chine (République populaire de) (77)
 Chypre (République de) (31)
 Colombie (République de) (48)
 Corée (République de) (4)
 Côte d'Ivoire (République de) (18)
 Cuba (60)
 Danemark (46, 73)
 Emirats arabes unis (63, 64)
 Espagne (32, 33)
 Estonie (République d') (46)
 Etats-Unis d'Amérique (68, 73, 82)
 Ethiopie (58)
 Fidji (République de) (11)
 Finlande (46, 73)
 France (56, 57, 73)
 Gabonaise (République) (2)
 Ghana (65)
 Grèce (50, 73)
 Guinée (République de) (12)
 Hongrie (République de) (34)
 Inde (République de l') (62)
 Indonésie (République d') (47)
 Iran (République islamique d') (15, 63)
 Irlande (71, 73)
 Islande (46)
 Israël (Etat d') (75)
 Italie (73, 81)
 Japon (73, 79)

Anlage

Definition einiger in dieser Konvention und in den Vollzugsordnungen der Internationalen Fernmeldeunion verwendeter Begriffe

Erklärungen und Vorbehalte

Islamischer Staat Afghanistan (6, 63)
 Demokratische Volksrepublik Algerien (63)
 Bundesrepublik Deutschland (42, 73)
 Königreich Saudi-Arabien (63, 64)
 Argentinische Republik (49)
 Australien (66, 73)
 Österreich (16, 17, 73)
 Staat Bahrain (63, 64)
 Republik Belarus (37)
 Belgien (16, 17, 73)
 Republik Benin (59)
 Brunei Darussalam (23)
 Republik Bulgarien (43, 73)
 Burkina Faso (10)
 Republik Burundi (19)
 Republik Kamerun (41)
 Kanada (73)
 Chile (22)
 Volksrepublik China (77)
 Republik Zypern (31)
 Republik Kolumbien (48)
 Republik Korea (4)
 Republik Côte d'Ivoire (18)
 Kuba (60)
 Dänemark (46, 73)
 Vereinigte Arabische Emirate (63, 64)
 Spanien (32, 33)
 Republik Estland (46)
 Vereinigte Staaten von Amerika (68, 73, 82)
 Äthiopien (58)
 Republik Fidschi (11)
 Finnland (46, 73)
 Frankreich (56, 57, 73)
 Gabunische Republik (2)
 Ghana (65)
 Griechenland (50, 73)
 Republik Guinea (12)
 Republik Ungarn (34)
 Republik Indien (62)
 Republik Indonesien (47)
 Islamische Republik Iran (15, 63)
 Irland (71, 73)
 Island (46)
 Staat Israel (75)
 Italien (73, 81)
 Japan (73, 79)

Jordanie (Royaume hachémite de) (63)	Haschemitisches Königreich Jordanien (63)
Kenya (République du) (53)	Republik Kenia (53)
Koweït (Etat du) (63, 64)	Staat Kuwait (63, 64)
Lesotho (Royaume du) (13)	Königreich Lesotho (13)
Lettonie (République de) (46)	Republik Lettland (46)
Liban (63)	Libanon (63)
Liechtenstein (Principauté de) (21, 73)	Fürstentum Liechtenstein (21, 73)
Lituanie (République de) (46)	Republik Litauen (46)
Luxembourg (16, 17, 73)	Luxemburg (16, 17, 73)
Malaisie (30)	Malaysia (30)
Malawi (7)	Malawi (7)
Malte (69, 73, 76)	Malta (69, 73, 76)
Maroc (Royaume du) (63)	Königreich Marokko (63)
Mauritanie (République islamique de) (63, 72)	Islamische Republik Mauretanien (63, 72)
Mexique (55, 74)	Mexiko (55, 74)
Monaco (73)	Monaco (73)
Mongolie (51)	Mongolei (51)
Myanmar (Union de) (52)	Union Myanmar (52)
Niger (République du) (40)	Republik Niger (40)
Nigéria (République fédérale du) (25)	Bundesrepublik Nigeria (25)
Norvège (46, 73)	Norwegen (46, 73)
Nouvelle-Zélande (29, 73)	Neuseeland (29, 73)
Oman (Sultanat d') (63, 64)	Sultanat Oman (63, 64)
Pakistan (République islamique du) (63)	Islamische Republik Pakistan (63)
Panama (République du) (61)	Republik Panama (61)
Papouasie-Nouvelle-Guinée (39)	Papua-Neuguinea (39)
Pays-Bas (Royaume des) (67, 73)	Königreich der Niederlande (67, 73)
Philippines (République des) (44)	Republik der Philippinen (44)
Portugal (70, 73)	Portugal (70, 73)
Qatar (Etat du) (63, 64)	Staat Katar (63, 64)
République populaire démocratique de Corée (3)	Demokratische Volksrepublik Korea (3)
Roumanie (73, 78)	Rumänien (73, 78)
Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord (26, 73, 80)	Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland (26, 73, 80)
Russie (Fédération de) (37)	Russische Föderation (37)
Sénégal (République du) (8)	Republik Senegal (8)
Singapour (République de) (28)	Republik Singapur (28)
Slovénie (1)	Slowenien (1)
Soudan (République du) (45, 63)	Republik Sudan (45, 63)
Sri Lanka (République socialiste démocratique de) (35)	Demokratische Sozialistische Republik Sri Lanka (35)
Suède (46, 73)	Schweden (46, 73)
Suisse (Confédération) (21, 73)	Schweizerische Eidgenossenschaft (21, 73)
Suriname (République du) (14)	Republik Suriname (14)
Swaziland (Royaume du) (9)	Königreich Swasiland (9)
Thaïlande (24)	Thailand (24)
Tunisie (63)	Tunesien (63)
Turquie (54, 73)	Türkei (54, 73)
Ukraine (37)	Ukraine (37)
Uruguay (République orientale de l') (20)	Republik Östlich des Uruguay (20)
Vénézuela (République du) (38)	Republik Venezuela (38)
Viet Nam (République socialiste du) (27)	Sozialistische Republik Vietnam (27)
Yémen (République du) (36, 63)	Republik Jemen (36, 63)
Zambie (République de) (5)	Republik Sambia (5)

Konstitution der internationalen Fernmeldeunion

Constitution de l'Union internationale des télécommunications

Préambule

- 1 En reconnaissant pleinement à chaque Etat le droit souverain de réglementer ses télécommunications et compte tenu de l'importance croissante des télécommunications pour la sauvegarde de la paix et le développement économique et social de tous les Etats, les Etats parties à la présente Constitution, instrument fondamental de l'Union internationale des télécommunications, et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (ci-après désignée «la Convention») qui la complète, aux fins de faciliter les relations pacifiques et la coopération internationale entre les peuples ainsi que le développement économique et social par le bon fonctionnement des télécommunications, sont convenus de ce qui suit:

Chapitre I

Dispositions de base

Article 1

Objet de l'Union

- 2 1. L'Union a pour objet:
- 3 a) de maintenir et d'étendre la coopération internationale entre tous les Membres de l'Union pour l'amélioration et l'emploi rationnel des télécommunications de toutes sortes;
- 4 b) de promouvoir et d'offrir l'assistance technique aux pays en développement dans le domaine des télécommunications, et de promouvoir également la mobilisation des ressources matérielles et financières nécessaires à sa mise en oeuvre;
- 5 c) de favoriser le développement de moyens techniques et leur exploitation la plus efficace, en vue d'augmenter le rendement des services de télécommunication, d'accroître leur utilité et de généraliser le plus possible leur utilisation par le public;
- 3 d) de s'efforcer d'étendre les avantages des nouvelles technologies de télécommunication à tous les habitants de la planète;
- 7 e) de promouvoir l'utilisation des services de télécommunication en vue de faciliter les relations pacifiques;
- 3 f) d'harmoniser les efforts des Membres vers ces fins;
- 1 g) de promouvoir au niveau international, l'adoption d'une approche plus générale des questions de télécommunication, en raison de la mondialisation de l'économie et de la société de l'information, en collaborant avec d'autres organisations intergouvernementales régionales et internationales ainsi qu'avec les organisations non gouvernementales qui s'occupent de télécommunications.

Präambel

- In voller Anerkennung des uneingeschränkten Rechts jedes 1 Staats, sein Fernmeldewesen zu regeln, und angesichts der wachsenden Bedeutung des Fernmeldewesens für die Wahrung des Friedens und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung aller Staaten haben die Staaten, die Vertragspartei dieser Konstitution als der grundlegenden Urkunde der Internationalen Fernmeldeunion und der die Konstitution ergänzenden Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (nachstehend „die Konvention“ genannt) sind, mit dem Ziel, die friedlichen Beziehungen und die internationale Zusammenarbeit zwischen den Völkern sowie die wirtschaftliche und soziale Entwicklung durch leistungsfähige Fernmeldedienste zu erleichtern, folgendes vereinbart:

Kapitel I

Grundlegende Bestimmungen

Artikel 1

Zweck der Union

1. Zweck der Union ist, 2
- a) die internationale Zusammenarbeit zwischen allen Mitgliedern 3 der Union im Hinblick auf die Verbesserung und den zweckmäßigen Einsatz der Fernmeldeeinrichtungen aller Art zu erhalten und auszubauen;
- b) die technische Hilfe auf dem Gebiet des Fernmeldewesens für 4 die Entwicklungsländer zu fördern und sie ihnen anzubieten sowie ferner die Mobilisierung der für die Durchführung dieser Hilfe notwendigen materiellen und finanziellen Ressourcen zu fördern;
- c) die Entwicklung technischer Mittel und ihre wirksamste be- 5 triebliche Nutzung zu fördern, um die Wirtschaftlichkeit der Fernmeldedienste zu steigern, ihren Nutzen zu vergrößern und diese Dienste soweit wie möglich der Öffentlichkeit zugänglich zu machen;
- d) die Vorteile der neuen Fernmeldetechnologien nach Möglich- 6 keit allen Menschen der Erde zugute kommen zu lassen;
- e) die Benutzung der Fernmeldedienste zu fördern, um die fried- 7 lichen Beziehungen zu erleichtern;
- f) die Bemühungen der Mitglieder, diese Ziele zu erreichen, 8 miteinander in Einklang zu bringen;
- g) angesichts der Internationalisierung einer von der Informations- 9 technik geprägten Wirtschaft und Gesellschaft einen breiteren Zugang zu den Angelegenheiten des Fernmeldewesens auf internationaler Ebene zu fördern, und zwar durch die Zusammenarbeit mit anderen zwischenstaatlichen regionalen und internationalen Organisationen sowie mit denjenigen nichtstaatlichen Organisationen, die sich mit dem Fernmeldewesen befassen.

10 2. A cet effet et plus particulièrement, l'Union:

- 11 a) effectue l'attribution des bandes de fréquences du spectre radioélectrique, l'allotissement des fréquences radioélectriques et l'enregistrement des assignations de fréquence, et de toute position orbitale associée sur l'orbite des satellites géostationnaires afin d'éviter les brouillages préjudiciables entre les stations de radiocommunication des différents pays;
- 12 b) coordonne les efforts en vue d'éliminer les brouillages préjudiciables entre les stations de radiocommunication des différents pays et d'améliorer l'utilisation du spectre des fréquences radioélectriques ainsi que de l'orbite des satellites géostationnaires pour les services de radiocommunication;
- 13 c) facilite la normalisation mondiale des télécommunications, avec une qualité de service satisfaisante;
- 14 d) encourage la coopération internationale en vue d'assurer l'assistance technique aux pays en développement ainsi que la création, le développement et le perfectionnement des installations et des réseaux de télécommunication dans les pays en développement par tous les moyens à sa disposition, y compris sa participation aux programmes appropriés des Nations Unies et l'utilisation de ses propres ressources, selon les besoins;
- 15 e) coordonne les efforts en vue d'harmoniser le développement des moyens de télécommunication, notamment ceux faisant appel aux techniques spatiales, de manière à utiliser au mieux les possibilités qu'ils offrent;
- 16 f) favorise la collaboration entre ses Membres en vue de l'établissement de tarifs à des niveaux aussi bas que possible, compatibles avec un service de bonne qualité et une gestion financière des télécommunications saine et indépendante;
- 17 g) provoque l'adoption de mesures permettant d'assurer la sécurité de la vie humaine par la coopération des services de télécommunication;
- 18 h) procède à des études, arrête des réglementations, adopte des résolutions, formule des recommandations et des vœux, recueille et publie des informations concernant les télécommunications;
- 19 i) s'emploie, avec les organismes de financement et de développement internationaux, à promouvoir l'établissement de lignes de crédit préférentielles et favorables destinées au développement de projets sociaux visant, entre autres, à étendre les services de télécommunication aux zones les plus isolées dans les pays.

Article 2

Composition de l'Union

- 20 L'Union internationale des télécommunications, eu égard au principe d'universalité et à l'intérêt d'une participation universelle à l'Union, se compose de:
- 21 a) tout Etat qui est Membre de l'Union en tant que partie à toute Convention internationale des télécommunications avant l'entrée en vigueur de la présente Constitution et de la Convention;
- 22 b) tout autre Etat, Membre de l'Organisation des Nations Unies, qui adhère à la présente Constitution et à la Convention conformément aux dispositions de l'article 53 de la présente Constitution;
- 23 c) tout autre Etat, non Membre de l'Organisation des Nations Unies, qui demande à devenir Membre de l'Union et qui, après que sa demande a été agréée par les deux tiers des Membres de l'Union, adhère à la présente Constitution et à la Convention conformément aux dispositions de l'article 53 de la présente Constitution. Si une telle demande d'admission en qualité de Membre est présentée pendant la période comprise entre deux Conférences de plénipotentiaires, le Secrétaire

2. Zu diesem Zweck übernimmt die Union insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Sie weist die Frequenzbereiche des Funkfrequenzspektrums zu, verteilt die Frequenzen und registriert die Frequenzuteilungen und alle zugehörigen Orbitpositionen in der Umlaufbahn der geostationären Satelliten, damit schädliche Störungen zwischen den Funkstellen der verschiedenen Länder vermieden werden;
- b) sie koordiniert die Bemühungen, schädliche Störungen zwischen den Funkstellen der verschiedenen Länder zu beseitigen und die Nutzung des Funkfrequenzspektrums sowie der Umlaufbahn der geostationären Satelliten für die Funkdienste zu verbessern;
- c) sie erleichtert die weltweite Standardisierung im Fernmeldewesen, mit einer zufriedenstellenden Dienstqualität;
- d) sie fördert die internationale Zusammenarbeit, um den Entwicklungsländern technische Hilfe zu leisten und um sicherzustellen, daß die Errichtung und Entwicklung sowie die Verbesserung der Fernmeldeeinrichtungen und -netze in den Entwicklungsländern mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln vorangetrieben werden; dazu gehört im Bedarfsfall auch ihre Teilnahme an den entsprechenden Programmen der Vereinten Nationen und der Einsatz ihrer eigenen Ressourcen;
- e) sie koordiniert die Bemühungen um eine Harmonisierung der Entwicklung der Fernmeldeanlagen, besonders derjenigen, die mit den Weltraumtechniken in Zusammenhang stehen, damit die Möglichkeiten, die diese Anlagen bieten, bestmöglich ausgenutzt werden können;
- f) sie fördert die Zusammenarbeit zwischen ihren Mitgliedern zur Festsetzung möglichst niedriger Gebühren, soweit diese mit einem Dienst hoher Güte und einer gesunden und unabhängigen Finanzwirtschaft im Fernmeldewesen vereinbar sind;
- g) sie veranlaßt die Annahme von Maßnahmen, die durch die Zusammenarbeit der Fernmeldedienste die Sicherheit des menschlichen Lebens gewährleisten;
- h) sie befaßt sich mit Studien, erläßt Vorschriften, nimmt Entschlüsse an, arbeitet Empfehlungen und Begehren aus und sammelt und veröffentlicht Informationen über das Fernmeldewesen;
- i) sie setzt sich gemeinsam mit internationalen Finanzierungs- und Entwicklungseinrichtungen dafür ein, daß günstige Vorzugskreditlinien für zu entwickelnde soziale Projekte eingeräumt werden, deren Ziel unter anderem darin besteht, die Fernmeldedienste auf die entlegensten Gebiete in den Ländern auszudehnen.

Artikel 2

Zusammensetzung der Union

- Im Hinblick auf das Prinzip der Universalität, das die Teilnahme aller Länder an der Arbeit der Union wünschenswert macht, setzt sich die Internationale Fernmeldeunion zusammen aus
- a) allen Staaten, die als Vertragspartei eines früheren internationalen Fernmeldevertrags, der vor Inkrafttreten dieser Konstitution und der Konvention bestand, Mitglied der Union sind;
- b) allen anderen Staaten, die Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen sind und dieser Konstitution sowie der Konvention nach Artikel 53 dieser Konstitution beitreten;
- c) allen anderen Staaten, die nicht Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen sind, die aber einen Antrag auf Aufnahme als Mitglied der Union stellen und dieser Konstitution sowie der Konvention nach Artikel 53 dieser Konstitution beitreten, nachdem zwei Drittel der Mitglieder der Union ihrem Antrag zugestimmt haben. Wenn ein solcher Antrag auf Aufnahme als Mitglied in der Zeit zwischen zwei Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten gestellt wird, befragt der Generalsekretär

général consulte les Membres de l'Union; un Membre sera considéré comme s'étant abstenu s'il n'a pas répondu dans un délai de quatre mois à compter du jour où il a été consulté.

Article 3

Droits et obligations des Membres

1. Les Membres de l'Union ont les droits et sont soumis aux obligations prévus dans la présente Constitution et dans la Convention.
2. Les droits des Membres, en ce qui concerne leur participation aux conférences, réunions et consultations de l'Union, sont les suivants:
 - a) tout Membre a le droit de participer aux conférences, est éligible au Conseil et a le droit de présenter des candidats à l'élection des fonctionnaires de l'Union ou des membres du Comité du Règlement des radiocommunications;
 - b) tout Membre a, sous réserve des dispositions des numéros 169 et 210 de la présente Constitution, également droit à une voix à toutes les Conférences de plénipotentiaires, à toutes les conférences mondiales, et à toutes les assemblées des radiocommunications ainsi qu'à toutes les réunions des commissions d'études et, s'il fait partie du Conseil, à toutes les sessions de ce Conseil. Aux conférences régionales, seuls les Membres de la région concernée ont le droit de vote;
 - c) tout Membre a, sous réserve des dispositions des numéros 169 et 210 de la présente Constitution, également droit à une voix dans toute consultation effectuée par correspondance. Dans le cas de consultations concernant des conférences régionales, seuls les Membres de la région concernée ont le droit de vote.

Article 4

Instruments de l'Union

1. Les instruments de l'Union sont:
 - la présente Constitution de l'Union internationale des télécommunications,
 - la Convention de l'Union internationale des télécommunications,
 - et
 - les Règlements administratifs,
2. La présente Constitution, dont les dispositions sont complétées par celles de la Convention, est l'instrument fondamental de l'Union.
3. Les dispositions de la présente Constitution et de la Convention sont complétées de plus par celles des Règlements administratifs, énumérés ci-après, qui réglementent l'utilisation des télécommunications et lient tous les Membres:
 - le Règlement des télécommunications internationales,
 - le Règlement des radiocommunications.
4. En cas de divergence entre une disposition de la présente Constitution et une disposition de la Convention ou des Règlements administratifs, la Constitution prévaut. En cas de divergence entre une disposition de la Convention et une disposition des Règlements administratifs, la Convention prévaut.

Article 5

Définitions

A moins de contradiction avec le contexte:

- a) les termes utilisés dans la présente Constitution et définis dans son annexe, qui fait partie intégrante de la présente Constitution, ont le sens qui leur est assigné dans cette annexe;

für die Mitglieder der Union; antwortet ein Mitglied nicht binnen 4 Monaten, von dem Tag an gerechnet, an dem es befragt wurde, so gilt dies als Stimmenthaltung.

Artikel 3

Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Die Mitglieder der Union haben die Rechte und Pflichten, die in dieser Konstitution und in der Konvention vorgesehen sind. 24
2. Hinsichtlich der Teilnahme an den von der Union durchgeführten Konferenzen, Tagungen und Befragungen haben die Mitglieder folgende Rechte: 25
 - a) Jedes Mitglied hat das Recht, an den Konferenzen teilzunehmen; es kann in den Rat gewählt werden und hat das Recht, Kandidaten für die Wahl der Beamten der Union oder der Mitglieder des Funkregulierungsausschusses vorzuschlagen; 26
 - b) vorbehaltlich der Nummern 169 und 210 dieser Konstitution hat jedes Mitglied das Recht auf eine Stimme bei allen Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten, bei allen weltweiten Konferenzen und bei allen Funkversammlungen sowie bei allen Tagungen der Studienkommissionen und, wenn es Mitglied des Rats ist, bei allen Tagungen dieses Rats. Bei den regionalen Konferenzen sind nur die Mitglieder der betreffenden Region stimmberechtigt; 27
 - c) vorbehaltlich der Nummern 169 und 210 dieser Konstitution hat jedes Mitglied auch bei allen schriftlichen Befragungen das Recht auf eine Stimme. Bei Befragungen, die regionale Konferenzen betreffen, sind nur die Mitglieder der betreffenden Region stimmberechtigt. 28

Artikel 4

Grundsatzdokumente der Union

1. Die Grundsatzdokumente der Union sind 29
 - diese Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion,
 - die Konvention der Internationalen Fernmeldeunion,
 - die Vollzugsordnungen.
2. Diese Konstitution, deren Bestimmungen durch diejenigen der Konvention ergänzt werden, ist die grundlegende Urkunde der Union. 30
3. Die Bestimmungen dieser Konstitution und der Konvention werden außerdem durch diejenigen der nachstehend aufgeführten Vollzugsordnungen ergänzt, die den Fernmeldeverkehr regeln; sie sind für alle Mitglieder verbindlich:
 - die Vollzugsordnung für internationale Fernmeldedienste,
 - die Vollzugsordnung für den Funkdienst.
4. Weicht eine Bestimmung der Konvention oder der Vollzugsordnungen von einer Bestimmung dieser Konstitution ab, so ist die Konstitution maßgebend. Weicht eine Bestimmung der Vollzugsordnungen von einer Bestimmung der Konvention ab, so ist die Konvention maßgebend. 32

Artikel 5

Definitionen

- Wenn sich nicht aus dem Zusammenhang etwas anderes ergibt, 33
- a) haben die Begriffe, die in dieser Konstitution benutzt werden und in der Anlage, die Bestandteil dieser Konstitution ist, definiert sind, die ihnen in der Anlage gegebene Bedeutung; 34

- 35 b) les termes – autres que ceux définis dans l'annexe à la présente Constitution – utilisés dans la Convention et définis dans l'annexe à cette Convention, qui fait partie intégrante de la Convention, ont le sens qui leur est assigné dans cette annexe;
- 36 c) les autres termes définis dans les Règlements administratifs ont le sens qui leur est assigné dans ces Règlements.

Article 6

Exécution des Instruments de l'Union

- 37 1. Les Membres sont tenus de se conformer aux dispositions de la présente Constitution, de la Convention et des Règlements administratifs dans tous les bureaux et dans toutes les stations de télécommunication établis ou exploités par eux et qui assurent des services internationaux ou qui peuvent causer des brouillages préjudiciables aux services de radiocommunication d'autres pays, sauf en ce qui concerne les services qui échappent à ces obligations en vertu des dispositions de l'article 48 de la présente Constitution.
- 38 2. Les Membres sont également tenus de prendre les mesures nécessaires pour imposer l'observation des dispositions de la présente Constitution, de la Convention et des Règlements administratifs aux exploitations autorisées par eux à établir et à exploiter des télécommunications et qui assurent des services internationaux ou exploitent des stations pouvant causer des brouillages préjudiciables aux services de radiocommunication d'autres pays.

Article 7

Structure de l'Union

- 39 L'Union comprend:
- 40 a) la Conférence de plénipotentiaires, organe suprême de l'Union;
- 41 b) le Conseil, qui agit en tant que mandataire de la Conférence de plénipotentiaires;
- 42 c) les conférences mondiales des télécommunications internationales;
- 43 d) le Secteur des radiocommunications, y compris les conférences mondiales et régionales des radiocommunications, les assemblées des radiocommunications et le Comité du Règlement des radiocommunications;
- 44 e) le Secteur de la normalisation des télécommunications, y compris les conférences mondiales de normalisation des télécommunications;
- 45 f) le Secteur du développement des télécommunications, y compris les conférences mondiales et régionales de développement des télécommunications;
- 46 g) le Secrétariat général.

Article 8

La Conférence de plénipotentiaires

- 47 1. La Conférence de plénipotentiaires est composée de délégations représentant les Membres. Elle est convoquée tous les quatre ans.
- 48 2. La Conférence de plénipotentiaires:
- 49 a) détermine les principes généraux permettant de satisfaire l'objet de l'Union énoncé à l'article 1 de la présente Constitution;
- 50 b) après examen des rapports établis par le Conseil sur l'activité de l'Union depuis la dernière Conférence de plénipotentiaires ainsi que sur la politique et la planification stratégiques recommandées pour l'Union, adopte toutes décisions qu'elle considère appropriées;

- b) haben die Begriffe, die in der Konvention benutzt werden und in der Anlage zur Konvention, die Bestandteil der Konvention ist, definiert sind, – mit Ausnahme derjenigen Begriffe, die in der Anlage zu dieser Konstitution definiert sind, – die ihnen in der Anlage zur Konvention gegebene Bedeutung;
- c) haben die anderen Begriffe, die in den Vollzugsordnungen definiert sind, die ihnen in den Vollzugsordnungen gegebene Bedeutung.

Artikel 6

Anwendung der Grundsatzdokumente der Union

1. Die Mitglieder sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß bei allen von ihnen eingerichteten Fernmeldestellen und bei allen von ihnen betriebenen Funkstellen, die internationale Dienste wahrnehmen bzw. schädliche Störungen bei den Funkdiensten anderer Länder verursachen können, die Bestimmungen dieser Konstitution, der Konvention und der Vollzugsordnungen beachtet werden; ausgenommen sind solche Dienste, die diesen Verpflichtungen nach Artikel 48 dieser Konstitution nicht unterliegen.
2. Die Mitglieder sind außerdem verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die von ihnen zum Errichten und Betreiben von Fernmeldeanlagen ermächtigten Betriebsunternehmen, die internationale Dienste wahrnehmen oder Funkstellen betreiben, welche schädliche Störungen bei den Funkdiensten anderer Länder verursachen können, die Bestimmungen dieser Konstitution, der Konvention und der Vollzugsordnungen beachten.

Artikel 7

Aufbau der Union

Die Union umfaßt

- a) die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten als oberstes Organ der Union,
- b) den Rat, der als Beauftragter der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten handelt,
- c) die weltweiten Konferenzen für internationale Fernmeldedienste,
- d) den Sektor für das Funkwesen einschließlich der weltweiten und der regionalen Funkkonferenzen, der Funkversammlungen und des Funkregulierungsausschusses,
- e) den Sektor für die Standardisierung im Fernmeldewesen einschließlich der weltweiten Konferenzen für die Standardisierung im Fernmeldewesen,
- f) den Sektor für die Entwicklung des Fernmeldewesens einschließlich der weltweiten und der regionalen Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens,
- g) das Generalsekretariat.

Artikel 8

Konferenz der Regierungsbevollmächtigten

1. Die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten besteht aus Delegationen, welche die Mitglieder vertreten. Sie wird alle 4 Jahre einberufen.
2. Die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten
- a) legt die allgemeinen Grundsätze fest, die es ermöglichen, dem in Artikel 1 dieser Konstitution genannten Zweck der Union zu entsprechen;
- b) faßt nach Prüfung der vom Rat erstellten Berichte über die Tätigkeit der Union seit der letzten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten und über die für die Union empfohlene strategische Politik und Planung alle Beschlüsse, die sie für angemessen hält;

- 51 c) établit les bases du budget de l'Union et fixe, compte tenu des décisions prises sur la base des rapports mentionnés au numéro 50 ci-dessus, le plafond de ses dépenses pour la période allant jusqu'à la prochaine Conférence de plénipotentiaires, après avoir examiné tous les aspects pertinents de l'activité de l'Union durant cette période; 51
- 52 d) formule toutes directives générales concernant les effectifs de l'Union et fixe, au besoin, les traitements de base, les échelles de traitements et le régime des indemnités et pensions de tous les fonctionnaires de l'Union; 52
- 53 e) examine les comptes de l'Union et les approuve définitivement s'il y a lieu; 53
- 54 f) élit les Membres de l'Union appelés à composer le Conseil; 54
- 55 g) élit le Secrétaire général, le Vice-Secrétaire général et les directeurs des Bureaux des Secteurs en leur qualité de fonctionnaires élus de l'Union; 55
- 56 h) élit les membres du Comité du Règlement des radiocommunications; 56
- 57 i) examine et adopte, s'il y a lieu, les propositions d'amendements à la présente Constitution et à la Convention conformément, respectivement, aux dispositions de l'article 55 de la présente Constitution et des dispositions pertinentes de la Convention; 57
- 58 j) conclut ou révisé, le cas échéant, les accords entre l'Union et d'autres organisations internationales, examine tout accord provisoire conclu par le Conseil au nom de l'Union avec de telles organisations et lui donne la suite qu'elle juge appropriée; 58
- 59 k) traite toutes les autres questions de télécommunication jugées nécessaires. 59
- c) erstellt die Grundlagen für das Budget der Union und setzt unter Berücksichtigung der Beschlüsse, die sie aufgrund der in Nummer 50 genannten Berichte gefaßt hat, den Höchstbetrag ihrer Ausgaben für die Zeit bis zur nächsten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten fest, nachdem sie alle maßgeblichen Gesichtspunkte der Tätigkeit der Union während dieser Zeit geprüft hat; 51
- d) erläßt alle den Personalbestand der Union betreffenden allgemeinen Richtlinien und setzt im Bedarfsfall für das gesamte Personal der Union die Grundgehälter, die Gehaltsstufen und das System für die Zulagen und Pensionen fest; 52
- e) prüft die Rechnungslegung der Union und genehmigt sie gegebenenfalls endgültig; 53
- f) wählt die Mitglieder der Union, die den Rat bilden sollen; 54
- g) wählt die gewählten Beamten der Union: den Generalsekretär, den Vizeregernalsekretär und die Direktoren der Büros der Sektoren; 55
- h) wählt die Mitglieder des Funkregulierungsausschusses; 56
- i) prüft die Änderungsvorschläge zu dieser Konstitution und zur Konvention und nimmt sie gegebenenfalls an, wobei sie nach Artikel 55 dieser Konstitution bzw. nach den einschlägigen Bestimmungen der Konvention vorgeht; 57
- j) schließt oder revidiert gegebenenfalls die Abkommen zwischen der Union und anderen internationalen Organisationen, prüft jedes vom Rat im Namen der Union mit solchen Organisationen geschlossene vorläufige Abkommen und entscheidet darüber nach ihrem Ermessen; 58
- k) behandelt alle anderen für notwendig erachteten Fragen des Fernmeldewesens. 59

Article 9

Principes relatifs aux élections
et questions connexes

- 50 1. Lors des élections visées aux numéros 54 à 56 de la présente Constitution, la Conférence de plénipotentiaires veille à ce que:
- 51 a) les Membres du Conseil soient élus compte dûment tenu de la nécessité d'une répartition équitable des sièges du Conseil entre toutes les régions du monde; 51
- 52 b) le Secrétaire général, le Vice-Secrétaire général, les directeurs des Bureaux et les membres du Comité du Règlement des radiocommunications soient tous ressortissants de Membres différents et que lors de leur élection, il soit dûment tenu compte d'une répartition géographique équitable entre les régions du monde; en ce qui concerne les fonctionnaires élus, il faudrait en outre tenir dûment compte des principes énoncés au numéro 154 de la présente Constitution; 52
- 53 c) les membres du Comité du Règlement des radiocommunications soient élus, à titre individuel, parmi les candidats proposés par les Membres de l'Union; chaque Membre ne peut proposer qu'un seul candidat qui doit être l'un de ses ressortissants. 53
- 5 2. Les procédures à suivre pour ces élections sont établies par la Conférence de plénipotentiaires. Les dispositions relatives à l'entrée en fonctions, aux vacances d'emploi et à la rééligibilité figurent dans la Convention.

Article 10

Le Conseil

1. (1) Le Conseil est composé de Membres de l'Union élus par la Conférence de plénipotentiaires conformément aux dispositions du numéro 61 de la présente Constitution.

Artikel 9

Grundsätze für die Wahlen
und damit verbundene Fragen

1. Bei den in den Nummern 54 bis 56 dieser Konstitution genannten Wahlen achtet die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten darauf, 60
- a) daß die Mitglieder des Rats unter gebührender Berücksichtigung der Notwendigkeit einer gerechten Verteilung der Sitze des Rats auf alle Regionen der Erde gewählt werden; 61
- b) daß der Generalsekretär, der Vizeregernalsekretär, die Direktoren der Büros und die Mitglieder des Funkregulierungsausschusses Staatsangehörige verschiedener Mitglieder der Union sind und daß bei ihrer Wahl eine ausgewogene geographische Verteilung auf die Regionen der Erde gebührend berücksichtigt wird; was die gewählten Beamten betrifft, so sollten darüber hinaus die in Nummer 154 dieser Konstitution dargelegten Grundsätze gebührend berücksichtigt werden; 62
- c) daß die Mitglieder des Funkregulierungsausschusses aufgrund ihrer persönlichen Qualifikation unter den von den Mitgliedern der Union vorgeschlagenen Kandidaten ausgewählt werden; jedes Mitglied darf nur einen einzigen Kandidaten vorschlagen, der Staatsangehöriger des betreffenden Landes sein muß. 63
2. Die Verfahren für diese Wahlen werden von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgelegt. Die Bestimmungen über den Amtsantritt, die freien Stellen und die Wiederwählbarkeit sind in der Konvention enthalten. 64

Artikel 10

Rat

1. (1) Der Rat besteht aus Mitgliedern der Union, die von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten nach Nummer 61 dieser Konstitution gewählt werden. 65

- 66 (2) Chaque Membre du Conseil désigne pour siéger au Conseil une personne qui peut être assistée d'un ou plusieurs assesseurs. 66
- 67 2. Le Conseil établit son propre règlement intérieur. 67
- 68 3. Dans l'intervalle qui sépare les Conférences de plénipotentiaires, le Conseil, en sa qualité d'organe directeur de l'Union, agit en tant que mandataire de la Conférence de plénipotentiaires dans les limites des pouvoirs délégués par celle-ci. 68
- 69 4. (1) Le Conseil est chargé de prendre toutes mesures propres à faciliter la mise à exécution, par les Membres, des dispositions de la présente Constitution, de la Convention, des Règlements administratifs, des décisions de la Conférence de plénipotentiaires et, le cas échéant, des décisions des autres conférences et réunions de l'Union, ainsi que d'accomplir toutes les autres tâches qui lui sont assignées par la Conférence de plénipotentiaires. 69
- 70 (2) Il examine les grandes questions de politique des télécommunications conformément aux directives générales de la Conférence de plénipotentiaires afin que les orientations politiques et la stratégie de l'Union soient parfaitement adaptées à l'évolution constante de l'environnement des télécommunications. 70
- 71 (3) Il assure une coordination efficace des activités de l'Union et exerce un contrôle financier effectif sur le Secrétariat général et les trois Secteurs. 71
- 72 (4) Il contribue, conformément à l'objet de l'Union, au développement des télécommunications dans les pays en développement par tous les moyens à sa disposition, y compris par la participation de l'Union aux programmes appropriés des Nations Unies. 72
- (2) Jedes Mitglied des Rats ernennt zur Wahrnehmung des Sitzes im Rat eine Person, die von einem oder mehreren Beratern unterstützt werden darf. 66
2. Der Rat stellt seine eigene Geschäftsordnung auf. 67
3. In der Zeit zwischen den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten handelt der Rat, in seiner Eigenschaft als leitendes Organ der Union, als Beauftragter der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten im Rahmen der von ihr übertragenen Vollmachten. 68
4. (1) Der Rat trifft alle Maßnahmen, welche die Durchführung der Bestimmungen dieser Konstitution, der Konvention und der Vollzugsordnungen sowie die Durchführung der Beschlüsse der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten und gegebenenfalls der Beschlüsse der anderen Konferenzen und Tagungen der Union durch die Mitglieder der Union erleichtern können, und erfüllt alle anderen Aufgaben, die ihm von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten zugewiesen werden. 69
- (2) Er befaßt sich, unter Einhaltung der allgemeinen Richtlinien der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten, mit den großen Fragen der Fernmeldepolitik, um sicherzustellen, daß Politik und Strategie der Union dem ständig sich wandelnden Telekommunikationsumfeld in jeder Hinsicht angepaßt sind. 70
- (3) Er sorgt für eine erfolgreiche Koordinierung der Tätigkeiten der Union und übt eine wirksame Finanzkontrolle über das Generalsekretariat und die drei Sektoren aus. 71
- (4) Er trägt, entsprechend dem Zweck der Union, zur Entwicklung des Fernmeldewesens in den Entwicklungsländern mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln bei, einschließlich der Teilnahme der Union an den entsprechenden Programmen der Vereinten Nationen. 72

Article 11

Secrétariat général

- 73 1. (1) Le Secrétariat général est dirigé par un Secrétaire général assisté d'un Vice-Secrétaire général. 73
- 74 (2) Le Secrétaire général, avec le concours du Comité de coordination, élabore les politiques et les plans stratégiques de l'Union et coordonne ses activités. 74
- 75 (3) Le Secrétaire général prend toutes les mesures requises pour faire en sorte que les ressources de l'Union soient utilisées avec économie et il est responsable devant le Conseil pour la totalité des aspects administratifs et financiers des activités de l'Union. 75
- 76 (4) Le Secrétaire général agit en qualité de représentant légal de l'Union. 76
- 77 2. Le Vice-Secrétaire général est responsable devant le Secrétaire général; il assiste le Secrétaire général dans l'exercice de ses fonctions et assume les tâches particulières que lui confie le Secrétaire général. Il exerce les fonctions du Secrétaire général en l'absence de ce dernier. 77

Chapitre II

Secteur des radiocommunications

Article 12

Fonctions et structure

- 78 1. (1) Les fonctions du Secteur des radiocommunications consistent à répondre à l'objet de l'Union concernant les radiocommunications, tel qu'il est énoncé à l'article 1 de la présente Constitution, 78
- en assurant l'utilisation rationnelle, équitable, efficace et économique du spectre des fréquences radioélectriques par tous les services de radiocommunication, y compris ceux qui utili-

Artikel 11

Generalsekretariat

1. (1) Das Generalsekretariat wird von einem Generalsekretär geleitet, der von einem Vizegeneralsekretär unterstützt wird. 73
- (2) Der Generalsekretär erarbeitet mit Unterstützung des Koordinierungsausschusses die strategische Politik und Planung der Union und koordiniert ihre Tätigkeiten. 74
- (3) Der Generalsekretär trifft alle für eine wirtschaftliche Verwendung der Mittel der Union erforderlichen Maßnahmen und ist dem Rat in allen Verwaltungs- und Finanzfragen verantwortlich, die mit den Tätigkeiten der Union zusammenhängen. 75
- (4) Der Generalsekretär handelt als rechtmäßiger Vertreter der Union. 76
2. Der Vizegeneralsekretär ist dem Generalsekretär verantwortlich; er unterstützt den Generalsekretär bei der Ausübung seines Amtes und übernimmt die besonderen Aufgaben, die ihm der Generalsekretär überträgt. Er übt das Amt des Generalsekretärs während dessen Abwesenheit aus. 77

Kapitel II

Sektor für das Funkwesen

Artikel 12

Aufgaben und Aufbau

1. (1) Die Aufgaben des Sektors für das Funkwesen bestehen darin, dem in Artikel 1 dieser Konstitution genannten Zweck der Union in bezug auf das Funkwesen zu entsprechen und dabei 78
- die rationelle, gerechte, wirksame und wirtschaftliche Nutzung des Funkfrequenzspektrums durch alle Funkdienste einschließlich derer, welche die Umlaufbahn der geostationären

sont l'orbite des satellites géostationnaires, sous réserve des dispositions de l'article 44 de la présente Constitution, et

- en procédant à des études sans limitation quant à la gamme de fréquences, et en adoptant des recommandations relatives aux radiocommunications.

79 (2) Les attributions précises du Secteur des radiocommunications et du Secteur de la normalisation des télécommunications doivent être réexaminées en permanence, en étroite collaboration, en ce qui concerne les problèmes intéressant les deux Secteurs, conformément aux dispositions pertinentes de la Convention. Une coordination étroite doit être assurée entre les Secteurs des radiocommunications, de la normalisation des télécommunications, et du développement des télécommunications.

80 2. Le fonctionnement du Secteur des radiocommunications est assuré par:

- 81 a) des conférences mondiales et régionales des radiocommunications;
- 82 b) le Comité du Règlement des radiocommunications;
- 83 c) les assemblées des radiocommunications, qui sont associées aux conférences mondiales des radiocommunications;
- 84 d) des commissions d'études;
- 85 e) le Bureau des radiocommunications dirigé par un directeur élu.

86 3. Le Secteur des radiocommunications a pour membres:

- 87 a) de droit, les administrations de tous les Membres de l'Union;
- 88 b) toute entité ou organisation agréée conformément aux dispositions pertinentes de la Convention.

Article 13

Conférences des radiocommunications et assemblées des radiocommunications

89 1. Une conférence mondiale des radiocommunications peut procéder à une révision partielle ou, exceptionnellement, totale du Règlement des radiocommunications, et traiter de toute autre question de caractère mondial relevant de sa compétence et se rapportant à son ordre du jour. Les autres fonctions de cette conférence sont énoncées dans la Convention.

90 2. Les conférences mondiales des radiocommunications sont convoquées normalement tous les deux ans; cependant, conformément aux dispositions pertinentes de la Convention, une telle conférence peut ne pas être convoquée ou une conférence additionnelle peut être convoquée.

91 3. Les assemblées des radiocommunications sont de même normalement convoquées tous les deux ans et sont associées en lieu et dates aux conférences mondiales des radiocommunications de manière à améliorer l'efficacité et la productivité du Secteur des radiocommunications. Les assemblées des radiocommunications établissent les bases techniques nécessaires aux travaux des Conférences mondiales des radiocommunications et donnent suite à toutes les demandes desdites conférences; leurs fonctions sont énoncées dans la Convention.

92 4. Les décisions des conférences mondiales des radiocommunications, des assemblées des radiocommunications et des conférences régionales des radiocommunications doivent être, dans tous les cas, conformes aux dispositions de la présente Constitution et de la Convention. Les décisions des assemblées des radiocommunications ou des conférences régionales des radiocommunications doivent être aussi, dans tous les cas, conformes aux dispositions du Règlement des radiocommunications. Lorsqu'elles adoptent des résolutions et décisions, les conférences doivent tenir compte des répercussions financières prévisibles et devraient éviter d'adopter des résolutions et décisions susceptibles d'entraîner le dépassement des limites supérieures des crédits fixées par la Conférence de plénipotentiaires.

Satelliten nutzen, vorbehaltlich des Artikels 44 dieser Konstitution zu gewährleisten und

- Studien ohne Beschränkung hinsichtlich der Frequenzbereiche durchzuführen und Empfehlungen über Funkangelegenheiten anzunehmen.

(2) Die Aufgaben, für die der Sektor für das Funkwesen und der Sektor für die Standardisierung im Fernmeldewesen im einzelnen zuständig sind, müssen hinsichtlich der beide Sektoren betreffenden Angelegenheiten ständig in enger Zusammenarbeit nach den einschlägigen Bestimmungen der Konvention überprüft werden. Zwischen dem Sektor für das Funkwesen, dem Sektor für die Standardisierung im Fernmeldewesen und dem Sektor für die Entwicklung des Fernmeldewesens ist eine optimale Koordination sicherzustellen.

2. Der Sektor für das Funkwesen übt seine Tätigkeit aus

- a) weltweite und regionale Funkkonferenzen;
- b) den Funkregulierungsausschuß;
- c) die Funkversammlungen, die in enger Verbindung mit den weltweiten Funkkonferenzen stattfinden;
- d) Studienkommissionen;
- e) das von einem gewählten Direktor geleitete Büro für das Funkwesen.

3. Mitglieder des Sektors für das Funkwesen sind

- a) von Rechts wegen die Verwaltungen aller Mitglieder der Union;
- b) alle nach den einschlägigen Bestimmungen der Konvention zugelassenen Gremien oder Organisationen.

Artikel 13

Funkkonferenzen und Funkversammlungen

89 1. Eine weltweite Funkkonferenz kann eine teilweise oder, im Ausnahmefall, eine vollständige Revision der Vollzugsordnung für den Funkdienst vornehmen und jede andere Frage von weltweitem Interesse behandeln, für die sie zuständig ist und die sich auf ihre Tagesordnung bezieht. Die anderen Aufgaben dieser Konferenz sind in der Konvention enthalten.

90 2. Weltweite Funkkonferenzen werden normalerweise alle 2 Jahre einberufen; nach den einschlägigen Bestimmungen der Konvention braucht eine solche Konferenz jedoch nicht einberufen zu werden, oder es kann eine zusätzliche Konferenz einberufen werden.

91 3. Funkversammlungen werden ebenfalls normalerweise alle 2 Jahre einberufen und finden in enger örtlicher und zeitlicher Verbindung mit den weltweiten Funkkonferenzen statt, damit die Effizienz und die Produktivität des Sektors für das Funkwesen verbessert werden. Die Funkversammlungen schaffen die für die Arbeiten der weltweiten Funkkonferenzen notwendigen technischen Grundlagen und erledigen alle Aufträge dieser Konferenzen; ihre Aufgaben sind in der Konvention enthalten.

92 4. Die Beschlüsse der weltweiten Funkkonferenzen, der Funkversammlungen und der regionalen Funkkonferenzen müssen in jedem Fall den Bestimmungen dieser Konstitution und der Konvention entsprechen. Die Beschlüsse der Funkversammlungen oder der regionalen Funkkonferenzen müssen in jedem Fall auch den Bestimmungen der Vollzugsordnung für den Funkdienst entsprechen. Wenn die Konferenzen Entschlüsse annehmen und Beschlüsse fassen, müssen sie die voraussehbaren finanziellen Auswirkungen berücksichtigen und sollen vermeiden, Entschlüsse anzunehmen und Beschlüsse zu fassen, welche die Überschreitung der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgesetzten Höchstgrenzen der Mittel zur Folge haben können.

Article 14

Comité du Règlement des radiocommunications

- 93 1. Le Comité du Règlement des radiocommunications est composé de membres élus parfaitement qualifiés dans le domaine des radiocommunications et possédant une expérience pratique en matière d'attribution et d'utilisation des fréquences. Chaque membre doit être au courant des conditions géographiques, économiques et démographiques d'une région particulière du monde. Les membres exercent leurs fonctions au service de l'Union de manière indépendante et à temps partiel.
- 94 2. Les fonctions du Comité du Règlement des radiocommunications consistent:
- 95 a) à approuver des règles de procédure, qui comportent des critères techniques, conformes au Règlement des radiocommunications et aux décisions des conférences des radiocommunications compétentes. Ces règles de procédure sont utilisées par le directeur et le Bureau dans l'application du Règlement des radiocommunications pour enregistrer les attributions de fréquences faites par les Membres. Ces règles peuvent faire l'objet de commentaires de la part des administrations et, en cas de désaccord persistant, la question est soumise à une prochaine conférence mondiale des radiocommunications;
- 96 b) à examiner tout autre problème qui ne peut pas être résolu par l'application des règles de procédure susmentionnées;
- 97 c) à exécuter toutes les tâches additionnelles relatives à l'attribution et à l'utilisation des fréquences, comme indiqué dans le numéro 78 de la présente Constitution, conformément aux procédures prévues par le Règlement des radiocommunications, prescrites par une conférence compétente ou par le Conseil avec le consentement de la majorité des Membres de l'Union en vue de la préparation d'une telle conférence ou en exécution de ses décisions.
- 98 3. (1) Les membres du Comité du Règlement des radiocommunications, en s'acquittant de leurs fonctions au sein du Comité, ne représentent pas leur Etat Membre ni une région, mais sont investis d'une charge publique internationale. En particulier, chaque membre du Comité doit s'abstenir de participer à des décisions concernant directement son administration.
- 99 (2) Aucun membre du Comité ne doit, en ce qui concerne l'exercice de ses fonctions au service de l'Union, demander ni recevoir d'instructions d'aucun gouvernement, ni d'aucun membre d'un gouvernement quelconque, ni d'aucune organisation ou personne publique ou privée. Les membres doivent s'abstenir de prendre toute mesure ou de s'associer à toute décision pouvant être incompatible avec leur statut tel qu'il est défini au numéro 98 ci-dessus.
- 100 (3) Chaque Membre doit respecter le caractère exclusivement international des fonctions des membres du Comité et s'abstenir de chercher à les influencer dans l'exercice de leurs fonctions au sein du Comité.
- 101 4. Les méthodes de travail du Comité du Règlement des radiocommunications sont définies dans la Convention.

Article 15

Commissions d'études
des radiocommunications

- 102 Les fonctions des Commissions d'études des radiocommunications sont énoncées dans la Convention.

Article 16

Bureau des radiocommunications

- 103 Les fonctions du directeur du Bureau des radiocommunications sont énoncées dans la Convention.

Artikel 14

Funkregulierungsausschuß

1. Der Funkregulierungsausschuß besteht aus gewählten Mitgliedern, die auf dem Gebiet des Funkwesens in jeder Hinsicht qualifiziert sind und praktische Erfahrung in der Zuteilung und Benützung von Frequenzen haben. Jedes Mitglied muß über die geographischen, wirtschaftlichen und demographischen Verhältnisse einer bestimmten Region der Welt auf dem laufenden sein. Die Mitglieder sind bei der Ausübung ihres Amtes unabhängig; sie arbeiten auf Teilzeitbasis.
2. Der Funkregulierungsausschuß hat folgende Aufgaben:
- 94 a) Er genehmigt Verfahrensregeln, die technische Kriterien einschließen, wobei er sich an die Vollzugsordnung für den Funkdienst und die Beschlüsse der zuständigen Funkkonferenzen hält. Der Direktor und das Büro legen diese Verfahrensregeln bei der Anwendung der Vollzugsordnung für den Funkdienst zugrunde, wenn sie die von den Mitgliedern der Union vorgenommenen Frequenzzuteilungen registrieren. Zu diesen Regeln dürfen sich alle Verwaltungen äußern, und, falls keine Übereinkunft erzielt werden kann, wird die Angelegenheit einer der nächsten weltweiten Funkkonferenzen vorgelegt;
- 95 b) er befaßt sich mit jedem anderen Problem, das durch die Anwendung der genannten Verfahrensregeln nicht gelöst werden kann;
- 96 c) er erledigt nach den in der Vollzugsordnung für den Funkdienst vorgesehenen Verfahren alle zusätzlichen Aufgaben, die mit der Zuteilung und Benützung der Frequenzen zusammenhängen (s. Nummer 78 dieser Konstitution) und die ihm von einer zuständigen Konferenz oder, mit Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder der Union, vom Rat zur Vorbereitung einer solchen Konferenz oder in Ausführung ihrer Beschlüsse vorgeschrieben werden.
- 97 3. (1) Die Mitglieder des Funkregulierungsausschusses vertreten bei der Ausübung ihres Amtes im Ausschuß weder ihren Mitgliedstaat noch eine Region; sie sind mit einem internationalen öffentlichen Auftrag betraut. Insbesondere muß jedes Mitglied des Ausschusses davon Abstand nehmen, sich an Beschlüssen zu beteiligen, die seine Verwaltung unmittelbar betreffen.
- 98 (2) Die Mitglieder des Ausschusses dürfen für die Ausübung ihres Amtes im Dienst der Union von keiner Regierung, keinem Mitglied irgendeiner Regierung, keiner privaten oder öffentlichen Organisation und keiner Privat- oder Amtsperson Weisungen erbitten oder entgegennehmen. Die Mitglieder müssen davon Abstand nehmen, Maßnahmen zu treffen oder Beschlüsse mitzutragen, die mit ihrer in Nummer 98 beschriebenen Stellung unvereinbar sein können.
- 99 (3) Alle Mitglieder der Union müssen den ausschließlichen internationalen Charakter der Tätigkeit der Mitglieder des Ausschusses achten und davon Abstand nehmen zu versuchen, sie bei der Ausübung ihres Amtes im Ausschuß zu beeinflussen.
- 100 4. Die Arbeitsweise des Funkregulierungsausschusses ist in der Konvention festgelegt.
- 101

Artikel 15

Studienkommissionen für das Funkwesen

- Die Aufgaben der Studienkommissionen für das Funkwesen sind in der Konvention enthalten.
- 102

Artikel 16

Büro für das Funkwesen

- Die Aufgaben des Direktors des Büros für das Funkwesen sind in der Konvention enthalten.
- 103

Chapitre III

Secteur de la normalisation
des télécommunications

Article 17

Fonctions et structure

- 34 1. (1) Les fonctions du Secteur de la normalisation des télécommunications consistent à répondre pleinement à l'objet de l'Union concernant la normalisation des télécommunications, tel qu'il est énoncé à l'article 1 de la présente Constitution, en effectuant des études sur les questions techniques, d'exploitation et de tarification et en adoptant des recommandations à ce sujet en vue de la normalisation des télécommunications à l'échelle mondiale.
- 15 (2) Les attributions précises du Secteur de la normalisation des télécommunications et du Secteur des radiocommunications doivent être réexaminées en permanence, en étroite collaboration, en ce qui concerne les problèmes intéressant les deux Secteurs, conformément aux dispositions pertinentes de la Convention. Une coordination étroite doit être assurée entre les Secteurs des radiocommunications, de la normalisation des télécommunications et du développement des télécommunications.
- 6 2. Le fonctionnement du Secteur de la normalisation des télécommunications est assuré par:
- 7 a) des conférences mondiales de normalisation des télécommunications;
- 8 b) des commissions d'études de la normalisation des télécommunications;
- 9 c) le Bureau de la normalisation des télécommunications, dirigé par un directeur élu.
- 0 3. Le Secteur de la normalisation des télécommunications a pour membres:
- 1 a) de droit, les administrations de tous les Membres de l'Union;
- 2 b) toute entité ou organisation agréée conformément aux dispositions pertinentes de la Convention.

Article 18

Conférences mondiales de normalisation
des télécommunications

- 3 1. Le rôle des conférences mondiales de normalisation des télécommunications est défini dans la Convention.
- 1 2. Les conférences mondiales de normalisation des télécommunications sont convoquées tous les quatre ans; toutefois, une conférence additionnelle peut être organisée conformément aux dispositions pertinentes de la Convention.
- 1 3. Les décisions des conférences mondiales de normalisation des télécommunications doivent être, dans tous les cas, conformes aux dispositions de la présente Constitution, de la Convention et des Règlements administratifs. Lorsqu'elles adoptent des résolutions et décisions, les conférences doivent tenir compte des répercussions financières prévisibles et devraient éviter d'adopter des résolutions et décisions susceptibles d'entraîner le dépassement des limites supérieures des crédits fixées par la Conférence de plénipotentiaires.

Article 19

Commissions d'études de la normalisation
des télécommunications

Les fonctions des commissions d'études de la normalisation des télécommunications sont énoncées dans la Convention.

Kapitel III

Sektor für die Standardisierung
im Fernmeldewesen

Artikel 17

Aufgaben und Aufbau

1. (1) Die Aufgaben des Sektors für die Standardisierung im Fernmeldewesen bestehen darin, dem in Artikel 1 dieser Konstitution genannten Zweck der Union in Bezug auf die Standardisierung im Fernmeldewesen voll zu entsprechen und dabei Studien über technische, betriebliche und tarifliche Fragen durchzuführen und im Hinblick auf die weltweite Standardisierung im Fernmeldewesen Empfehlungen zu diesen Fragen anzunehmen. 104
- (2) Die Aufgaben, für die der Sektor für die Standardisierung im Fernmeldewesen und der Sektor für das Funkwesen im einzelnen zuständig sind, müssen hinsichtlich der beide Sektoren betreffenden Angelegenheiten ständig in enger Zusammenarbeit nach den einschlägigen Bestimmungen der Konvention überprüft werden. Zwischen dem Sektor für das Funkwesen, dem Sektor für die Standardisierung im Fernmeldewesen und dem Sektor für die Entwicklung des Fernmeldewesens ist eine optimale Koordinierung sicherzustellen. 105
2. Der Sektor für die Standardisierung im Fernmeldewesen übt seine Tätigkeit aus durch 106
- a) weltweite Konferenzen für die Standardisierung im Fernmeldewesen; 107
- b) Studienkommissionen für die Standardisierung im Fernmeldewesen; 108
- c) das von einem gewählten Direktor geleitete Büro für die Standardisierung im Fernmeldewesen. 109
3. Mitglieder des Sektors für die Standardisierung im Fernmeldewesen sind 110
- a) von Rechts wegen die Verwaltungen aller Mitglieder der Union; 111
- b) alle nach den einschlägigen Bestimmungen der Konvention zugelassenen Gremien oder Organisationen. 112

Artikel 18

Weltweite Konferenzen für die Standardisierung
im Fernmeldewesen

1. Die Aufgaben der weltweiten Konferenzen für die Standardisierung im Fernmeldewesen sind in der Konvention festgelegt. 113
2. Weltweite Konferenzen für die Standardisierung im Fernmeldewesen werden alle 4 Jahre einberufen; nach den einschlägigen Bestimmungen der Konvention kann jedoch eine zusätzliche Konferenz abgehalten werden. 114
3. Die Beschlüsse der weltweiten Konferenzen für die Standardisierung im Fernmeldewesen müssen in jedem Fall den Bestimmungen dieser Konstitution, der Konvention und der Vollzugsordnungen entsprechen. Wenn die Konferenzen Entschlüsse annehmen und Beschlüsse fassen, müssen sie die voraussehbaren finanziellen Auswirkungen berücksichtigen und sollen vermeiden, Entschlüsse anzunehmen und Beschlüsse zu fassen, welche die Überschreitung der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgesetzten Höchstgrenzen der Mittel zur Folge haben können. 115

Artikel 19

Studienkommissionen für die Standardisierung
im Fernmeldewesen

- Die Aufgaben der Studienkommissionen für die Standardisierung im Fernmeldewesen sind in der Konvention enthalten. 116

Article 20

Bureau de la normalisation
des télécommunications

- 117 Les fonctions du directeur du Bureau de la normalisation des télécommunications sont énoncées dans la Convention.

Chapitre IV

Secteur du développement
des télécommunications

Article 21

Fonctions et structure

- 118 1. (1) Les fonctions du Secteur du développement des télécommunications consistent à répondre à l'objet de l'Union, tel qu'il est énoncé à l'article 1 de la présente Constitution et à s'acquitter, dans les limites de sa sphère de compétence spécifique, de la double responsabilité de l'Union en tant qu'institution spécialisée de l'Organisation des Nations Unies et agent d'exécution pour la mise en oeuvre de projets dans le cadre du système de développement des Nations Unies ou d'autres arrangements de financement, afin de faciliter et d'améliorer le développement des télécommunications en offrant, organisant et coordonnant les activités de coopération et d'assistance techniques.
- 119 (2) Les activités des Secteurs des radiocommunications, de la normalisation des télécommunications et du développement des télécommunications font l'objet d'une coopération étroite en ce qui concerne les questions relatives au développement, conformément aux dispositions pertinentes de la présente Constitution.
- 120 2. Dans le cadre susmentionné, les fonctions spécifiques du Secteur du développement des télécommunications sont:
- 121 a) d'accroître la sensibilisation des décideurs au rôle important des télécommunications dans les programmes nationaux de développement économique et social et de fournir des renseignements et des conseils sur les options possibles en matière de politique générale et de structure;
- 122 b) d'encourager le développement, l'expansion et l'exploitation des réseaux et des services de télécommunication, notamment dans les pays en développement, compte tenu des activités des autres organes concernés, en renforçant les moyens de développement des ressources humaines, de planification, de gestion, de mobilisation des ressources, et de recherche-développement;
- 123 c) de stimuler la croissance des télécommunications par la coopération avec les organisations régionales de télécommunication et avec les institutions mondiales et régionales de financement du développement, en suivant l'état d'avancement des projets retenus dans son programme de développement, afin de veiller à leur bonne mise en oeuvre;
- 124 d) de favoriser la mobilisation de ressources pour apporter une assistance aux pays en développement dans le domaine des télécommunications, en encourageant l'établissement de lignes de crédit préférentielles et favorables et en coopérant avec les organismes de financement et de développement internationaux et régionaux;
- 125 e) de promouvoir et de coordonner des programmes permettant d'accélérer le transfert de technologies appropriées en faveur des pays en développement compte tenu de l'évolution et des modifications qui se produisent dans les réseaux des pays développés;
- 126 f) d'encourager la participation de l'industrie au développement des télécommunications dans les pays en développement, et

Artikel 20

Büro für die Standardisierung
im Fernmeldewesen

- Die Aufgaben des Direktors des Büros für die Standardisierung im Fernmeldewesen sind in der Konvention enthalten.

Kapitel IV

Sektor für die Entwicklung
des Fernmeldewesens

Artikel 21

Aufgaben und Aufbau

1. (1) Die Aufgaben des Sektors für die Entwicklung des Fernmeldewesens bestehen darin, dem in Artikel 1 dieser Konstitution genannten Zweck der Union zu entsprechen und im Rahmen seiner besonderen Zuständigkeiten der doppelten Verantwortung der Union als Sonderorganisation der Organisation der Vereinten Nationen und als ausführendes Organ bei der Durchführung von Projekten im Rahmen des Entwicklungssystems der Vereinten Nationen oder anderer Finanzierungsvereinbarungen nachzukommen, d.h. die Entwicklung des Fernmeldewesens dadurch zu erleichtern und zu verbessern, daß er Tätigkeiten auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit und der technischen Hilfe bereitstellt, organisiert und koordiniert.
- (2) Der Sektor für das Funkwesen, der Sektor für die Standardisierung im Fernmeldewesen und der Sektor für die Entwicklung des Fernmeldewesens arbeiten bei allen die Entwicklung betreffenden Angelegenheiten nach den einschlägigen Bestimmungen dieser Konstitution eng zusammen.
2. Im Rahmen der vorstehend genannten Aufgaben hat der Sektor für die Entwicklung des Fernmeldewesens folgende besonderen Aufgaben:
- a) Er sorgt dafür, daß es Entscheidungsträgern stärker bewußt wird, wie wichtig das Fernmeldewesen für nationale Programme zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ist, und informiert und berät über mögliche allgemeinpolitische und strukturelle Lösungen;
- b) er fördert, unter Berücksichtigung der Arbeiten anderer zuständiger Gremien, die Entwicklung, die Ausdehnung und den Betrieb von Fernmeldeusername und -diensten, insbesondere in den Entwicklungsländern, dadurch, daß er die Voraussetzungen für die Entwicklung der personellen Ressourcen, die Planung, die Verwaltung, die Mobilisierung der Ressourcen sowie die Forschung und die Entwicklung verbessert;
- c) er fördert das Wachstum des Fernmeldewesens durch die Zusammenarbeit mit regionalen Fernmeldeorganisationen sowie weltweiten und regionalen Institutionen zur Finanzierung der Entwicklung, wobei er den Fortgang der in seinem Entwicklungsprogramm vorgesehenen Projekte überwacht, um so zu gewährleisten, daß sie ordnungsgemäß durchgeführt werden;
- d) er fördert die Mobilisierung von Ressourcen zur Unterstützung der Entwicklungsländer auf dem Gebiet des Fernmeldewesens dadurch, daß er sich dafür einsetzt, daß günstige Vorzugskreditlinien eingeräumt werden, und dadurch, daß er mit internationalen und regionalen Finanzierungs- und Entwicklungsinstitutionen zusammenarbeitet;
- e) er fördert und koordiniert Programme, die einen rascheren Transfer geeigneter Technologien in die Entwicklungsländer unter Berücksichtigung der Entwicklungen und Veränderungen in den Netzen der entwickelten Länder ermöglichen;
- f) er regt die Industrie an, sich an der Entwicklung des Fernmeldewesens in den Entwicklungsländern zu beteiligen, und berät

de donner des conseils sur le choix et le transfert des technologies appropriées;

- 27 g) de donner des conseils, d'effectuer ou de parrainer des études, le cas échéant, sur des questions de technique, d'économie, de finances, de gestion, de réglementation et de politique générale, y compris des études sur des projets spécifiques dans le domaine des télécommunications;
- 28 h) de collaborer avec les autres Secteurs, le Secrétariat général et les autres organes concernés pour élaborer un plan global pour les réseaux internationaux et régionaux de télécommunication, de manière à faciliter la coordination de leur développement en vue de la prestation de services de télécommunication;
- 29 i) de s'intéresser spécialement, dans l'exercice des fonctions précitées, aux besoins des pays les moins avancés.
- 30 3. Le fonctionnement du Secteur du développement des télécommunications est assuré par:
- 31 a) des conférences mondiales et régionales de développement des télécommunications;
- 32 b) des commissions d'études du développement des télécommunications;
- 33 c) le Bureau de développement des télécommunications dirigé par un directeur élu.
- 34 4. Le Secteur du développement des télécommunications a pour membres:
- 35 a) de droit, les administrations de tous les Membres de l'Union;
- 36 b) toute entité ou organisation agréée conformément aux dispositions pertinentes de la Convention.

Article 22

Conférences de développement des télécommunications

- 37 1. Les conférences de développement des télécommunications constituent un cadre de discussion où sont examinés des questions, projets et programmes intéressant le développement des télécommunications et où sont données des orientations au Bureau de développement des télécommunications.
- 38 2. Les conférences de développement des télécommunications comprennent:
- 39 a) des conférences mondiales de développement des télécommunications;
- 40 b) des conférences régionales de développement des télécommunications.
- 41 3. Il se tient entre deux Conférences de plénipotentiaires une conférence mondiale de développement des télécommunications et, selon les ressources et les priorités, des conférences régionales de développement des télécommunications.
- 42 4. Les conférences de développement des télécommunications n'élaborent pas d'Actes finals. Leurs conclusions prennent la forme de résolutions, de décisions, de recommandations ou de rapports. Ces conclusions doivent être, dans tous les cas, conformes aux dispositions de la présente Constitution, de la Convention et des Règlements administratifs. Lorsqu'elles adoptent des résolutions et décisions, les conférences doivent tenir compte des répercussions financières prévisibles et devraient éviter d'adopter des résolutions et décisions susceptibles d'entraîner le dépassement des limites supérieures des crédits fixées par la Conférence de plénipotentiaires.
- 43 5. Le rôle des conférences de développement des télécommunications est défini dans la Convention.

bei der Wahl und beim Transfer geeigneter Technologien;

- g) je nach Fall berät er, führt Studien durch oder fördert und betreut Studien zu technischen, wirtschaftlichen, finanziellen, verwaltungstechnischen, ordnungspolitischen und allgemeinpolitischen Fragen, einschließlich Studien zu spezifischen Fernmeldeprojekten;
- h) er arbeitet mit den anderen Sektoren, dem Generalsekretariat und den anderen zuständigen Gremien zusammen, um für internationale und regionale Fernmeldenetze einen allgemeinen Plan auszuarbeiten und so eine koordinierte Entwicklung dieser Netze im Hinblick auf die Bereitstellung von Fernmeldediensten zu erleichtern;
- i) bei der Wahrnehmung der vorgenannten Aufgaben berücksichtigt er besonders die Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder.
3. Der Sektor für die Entwicklung des Fernmeldewesens übt seine Tätigkeit aus durch
- a) weltweite und regionale Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens;
- b) Studienkommissionen für die Entwicklung des Fernmeldewesens;
- c) das von einem gewählten Direktor geleitete Büro für die Entwicklung des Fernmeldewesens.
4. Mitglieder des Sektors für die Entwicklung des Fernmeldewesens sind
- a) von Rechts wegen die Verwaltungen aller Mitglieder der Union;
- b) alle nach den einschlägigen Bestimmungen der Konvention zugelassenen Gremien oder Organisationen.

Artikel 22

Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens

1. Bei den Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens werden die Entwicklung des Fernmeldewesens betreffende Fragen, Projekte und Programme erörtert und behandelt und Leitlinien für das Büro für die Entwicklung des Fernmeldewesens gegeben.
2. Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens sind
- a) weltweite Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens,
- b) regionale Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens.
3. In der Zeit zwischen zwei Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten finden eine weltweite Konferenz für die Entwicklung des Fernmeldewesens und, je nach den Ressourcen und Prioritäten, regionale Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens statt.
4. Die Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens erstellen keine Schlußakten. Ihre Ergebnisse werden in Entschlüssen, Entscheidungen, Empfehlungen oder Berichte umgesetzt. Diese Ergebnisse müssen in jedem Fall den Bestimmungen dieser Konstitution, der Konvention und der Vollzugsordnungen entsprechen. Wenn die Konferenzen Entschlüsse annehmen und Beschlüsse fassen, müssen sie die voraussehbaren finanziellen Auswirkungen berücksichtigen und sollen vermeiden, Entschlüsse anzunehmen und Beschlüsse zu fassen, welche die Überschreitung der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgesetzten Höchstgrenzen der Mittel zur Folge haben können.
5. Die Aufgaben der Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens sind in der Konvention festgelegt.

Article 23**Commissions d'études du développement
des télécommunications**

- 144 Les fonctions des commissions d'études du développement des télécommunications sont énoncées dans la Convention.

Article 24**Bureau de développement
des télécommunications**

- 145 Les fonctions du directeur du Bureau de développement des télécommunications sont énoncées dans la Convention.

Chapitre V**Autres dispositions relatives
au fonctionnement de l'Union****Article 25****Conférences mondiales
des télécommunications internationales**

- 146 1. Une conférence mondiale des télécommunications internationales peut procéder à une révision partielle, ou exceptionnelle totale, du Règlement des télécommunications internationales et traiter de toute autre question de caractère mondial relevant de sa compétence ou se rapportant à son ordre du jour.
- 147 2. Les décisions des conférences mondiales des télécommunications internationales sont, dans tous les cas, conformes aux dispositions de la présente Constitution et de la Convention. Lors de l'adoption des résolutions et décisions, les conférences doivent tenir compte des répercussions financières prévisibles et devraient éviter d'adopter telles résolutions et décisions qui peuvent entraîner le dépassement des limites supérieures des crédits fixées par la Conférence de plénipotentiaires.

Article 26**Comité de coordination**

- 148 1. Le Comité de coordination est composé du Secrétaire général, du Vice-Secrétaire général et des directeurs des trois Bureaux. Il est présidé par le Secrétaire général et, en son absence, par le Vice-Secrétaire général.
- 149 2. Le Comité de coordination assume les fonctions d'une équipe de gestion interne qui conseille le Secrétaire général et lui fournit une aide pratique pour toutes les questions concernant l'administration, les finances, les systèmes d'information et la coopération technique qui ne sont pas exclusivement de la compétence d'un Secteur donné ou du Secrétariat général ainsi que dans les domaines des relations extérieures et de l'information publique. Dans l'examen de ces questions, le Comité tient pleinement compte des dispositions de la présente Constitution, de la Convention, des décisions du Conseil et des intérêts de l'Union tout entière.

Article 27**Les fonctionnaires élus et le personnel de l'Union**

- 150 1. (1) Dans l'accomplissement de leurs fonctions, les fonctionnaires élus ainsi que le personnel de l'Union ne doivent solliciter ni accepter d'instructions d'aucun gouvernement, ni d'aucune autorité extérieure à l'Union. Ils doivent s'abstenir de tout acte incompatible avec leur situation de fonctionnaires internationaux.
- 151 (2) Chaque Membre doit respecter le caractère exclusivement international des fonctions de ces fonctionnaires élus et du

Artikel 23**Studienkommissionen für die Entwicklung
des Fernmeldewesens**

- Die Aufgaben der Studienkommissionen für die Entwicklung des Fernmeldewesens sind in der Konvention enthalten. 144

Artikel 24**Büro für die Entwicklung
des Fernmeldewesens**

- Die Aufgaben des Direktors des Büros für die Entwicklung des Fernmeldewesens sind in der Konvention enthalten. 145

Kapitel V**Weitere Bestimmungen
über die Arbeitsweise der Union****Artikel 25****Weltweite Konferenzen
für internationale Fernmeldedienste**

1. Eine weltweite Konferenz für internationale Fernmeldedienste kann eine teilweise oder, im Ausnahmefall, eine vollständige Revision der Vollzugsordnung für internationale Fernmeldedienste vornehmen und jede andere Frage von weltweitem Interesse behandeln, für die sie zuständig ist oder die sich auf ihre Tagesordnung bezieht. 146
2. Die Beschlüsse der weltweiten Konferenzen für internationale Fernmeldedienste müssen in jedem Fall den Bestimmungen dieser Konstitution und der Konvention entsprechen. Wenn die Konferenzen Entschlüsse annehmen und Beschlüsse fassen, müssen sie die voraussehbaren finanziellen Auswirkungen berücksichtigen und sollen vermeiden, Entschlüsse anzunehmen und Beschlüsse zu fassen, welche die Überschreitung der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgesetzten Höchstgrenzen der Mittel zur Folge haben können. 147

Artikel 26**Koordinierungsausschuß**

1. Der Koordinierungsausschuß besteht aus dem Generalsekretär, dem Vizeregernalsekretär und den Direktoren der drei Büros. Er wird vom Generalsekretär und in dessen Abwesenheit vom Vizeregernalsekretär geleitet. 148
2. Der Koordinierungsausschuß nimmt die Aufgaben eines Teams für interne Verwaltung wahr; es berät den Generalsekretär und leistet ihm praktische Hilfe in allen Fragen der Verwaltung, der Finanzen, der Informationssysteme und der technischen Zusammenarbeit, die nicht in die ausschließliche Zuständigkeit eines bestimmten Sektors oder des Generalsekretariats fallen, sowie auf dem Gebiet der Beziehungen nach außen und der Information der Öffentlichkeit. Bei der Untersuchung dieser Fragen berücksichtigt der Ausschuß in jeder Hinsicht die Bestimmungen dieser Konstitution und der Konvention sowie die Beschlüsse des Rats und die Interessen der gesamten Union. 149

Artikel 27**Die gewählten Beamten und das Personal der Union**

1. (1) Die gewählten Beamten sowie das Personal der Union dürfen bei der Ausübung ihres Amtes Weisungen irgendeiner Regierung oder irgendeiner unionsfremden Stelle weder erbitten noch entgegennehmen. Sie müssen von jeder Handlung Abstand nehmen, die mit ihrer Stellung als internationale Beamte unvereinbar ist. 150
- (2) Alle Mitglieder der Union müssen den ausschließlich internationalen Charakter der Tätigkeit dieser gewählten Beamten 151

personnel de l'Union, et s'abstenir de chercher à les influencer dans l'exécution de leur tâche.

12 (3) En dehors de leurs fonctions, les fonctionnaires élus ainsi que le personnel de l'Union, ne doivent pas avoir de participation ni d'intérêts financiers, de quelque nature que ce soit, dans une entreprise quelconque s'occupant de télécommunications. Toutefois, l'expression «intérêts financiers» ne doit pas être interprétée comme s'opposant à la continuation de versements pour la retraite en raison d'un emploi ou de services antérieurs.

13 (4) Pour garantir un fonctionnement efficace de l'Union, tout Membre dont un ressortissant a été élu Secrétaire général, Vice-Secrétaire général, ou directeur d'un Bureau doit, dans la mesure du possible, s'abstenir de rappeler ce ressortissant entre deux Conférences de plénipotentiaires.

14 2. La considération dominante dans le recrutement et la fixation des conditions d'emploi du personnel doit être la nécessité d'assurer à l'Union les services de personnes possédant les plus hautes qualités d'efficacité, de compétence et d'intégrité. L'importance d'un recrutement effectué sur une base géographique aussi large que possible doit être dûment prise en considération.

Article 28

Finances de l'Union

15 1. Les dépenses de l'Union comprennent les frais afférents:

16 a) au Conseil;

17 b) au Secrétariat général et aux Secteurs de l'Union;

18 c) aux Conférences de plénipotentiaires et aux conférences mondiales des télécommunications internationales.

19 2. Les dépenses de l'Union sont couvertes par les contributions de ses Membres et des entités et organisations admises à participer aux activités de l'Union conformément aux dispositions pertinentes de la Convention. Ces contributions sont déterminées en fonction du nombre d'unités correspondant à la classe de contribution choisie par chaque Membre et par toute entité ou organisation agréée, conformément aux dispositions pertinentes de la Convention.

20 3. (1) Les Membres choisissent librement la classe de contribution selon laquelle ils entendent participer aux dépenses de l'Union.

21 (2) Ce choix est effectué dans les six mois qui suivent la fin d'une Conférence de plénipotentiaires conformément à l'échelle des classes de contribution indiquée dans la Convention.

22 (3) Si une Conférence de plénipotentiaires adopte un amendement à l'échelle des classes de contribution qui figure dans la Convention, le Secrétaire général informe chaque Membre de la date d'entrée en vigueur de l'amendement. Chaque Membre informe le Secrétaire général, dans les six mois qui suivent la date de cette communication, de la classe de contribution qu'il a choisie conformément à l'échelle modifiée en vigueur.

23 (4) La classe de contribution choisie par chaque Membre, conformément au numéro 161 ou au numéro 162 ci-dessus, est applicable seulement à partir du 1^{er} janvier qui suit un délai d'un an à compter de l'expiration de la période de six mois visée au numéro 161 ou 162 ci-dessus.

24 4. Les Membres qui n'ont pas fait connaître leur décision dans le délai spécifié respectivement aux numéros 161 et 162 ci-dessus conservent la classe de contribution qu'ils avaient choisie antérieurement.

25 5. La classe de contribution choisie par un Membre ne peut être réduite que conformément aux numéros 161, 162 et 163 ci-dessus. Toutefois, dans des circonstances exceptionnelles, telles que des catastrophes naturelles nécessitant le lancement de program-

und des Personals der Union achten und davon Abstand nehmen zu versuchen, sie bei der Erfüllung ihrer Aufgabe zu beeinflussen.

(3) Die gewählten Beamten sowie das Personal der Union dürfen sich neben ihrem Amt in keiner Weise an irgendeinem Unternehmen des Fernmeldewesens beteiligen oder irgendwelche finanziellen Interessen in einem solchen Unternehmen wahrnehmen. Der Ausdruck „finanzielle Interessen“ darf jedoch nicht so ausgelegt werden, als stehe er der Fortsetzung von Zahlungen für die Pension, auf die jemand aufgrund eines früheren Amtes oder früherer Dienste Anspruch hat, entgegen.

(4) Um eine effiziente Arbeitsweise der Union zu gewährleisten, muß jedes Mitglied, aus dessen Land ein Staatsangehöriger zum Generalsekretär, zum Vizeregernalsekretär oder zum Direktor eines Büros gewählt worden ist, nach Möglichkeit davon Abstand nehmen, diesen Staatsangehörigen in der Zeit zwischen zwei Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten abzurufen.

2. Die Auswahl des Personals und die Festsetzung der Bedingungen für seine Einstellung müssen von dem Gedanken geleitet sein, daß es notwendig ist, der Union die Dienste von Personen mit größter Leistungsfähigkeit, Fachkenntnis und Rechtschaffenheit zu sichern. Die Wichtigkeit einer Personalauswahl auf möglichst breiter geographischer Grundlage muß gebührend berücksichtigt werden.

Artikel 28

Finanzen der Union

1. Die Ausgaben der Union umfassen die Kosten

a) des Rats,

b) des Generalsekretariats und der Sektoren der Union,

c) der Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten und der weltweiten Konferenzen für internationale Fernmeldedienste.

2. Die Ausgaben der Union werden durch die Beiträge ihrer Mitglieder sowie der nach den einschlägigen Bestimmungen der Konvention zur Teilnahme an den Arbeiten der Union zugelassenen Gremien und Organisationen gedeckt. Diese Beiträge werden nach der Anzahl der Einheiten entsprechend der Beitragsklasse bestimmt, welche jedes Mitglied und jedes zugelassene Gremium oder jede zugelassene Organisation nach den einschlägigen Bestimmungen der Konvention gewählt hat.

3. (1) Die Mitglieder wählen nach ihrem Ermessen die Beitragsklasse, nach der sie sich an den Ausgaben der Union beteiligen wollen.

(2) Diese Wahl erfolgt binnen 6 Monaten nach Beendigung einer Konferenz der Regierungsbevollmächtigten entsprechend der in der Konvention enthaltenen Tabelle der Beitragsklassen.

(3) Wenn eine Konferenz der Regierungsbevollmächtigten eine Änderung der in der Konvention enthaltenen Tabelle der Beitragsklassen annimmt, teilt der Generalsekretär jedem Mitglied den Zeitpunkt mit, zu dem die Änderung in Kraft tritt. Jedes Mitglied unterrichtet den Generalsekretär innerhalb von 6 Monaten, vom Zeitpunkt dieser Mitteilung an gerechnet, über die Beitragsklasse, die es nach der geltenden geänderten Tabelle gewählt hat.

(4) Die von einem Mitglied nach Nummer 161 oder 162 gewählte Beitragsklasse gilt erst von dem 1. Januar an, der dem Ablauf eines Jahres folgt, das nach der in Nummer 161 oder 162 genannten Frist von 6 Monaten beginnt.

4. Mitglieder, die ihre Entscheidung nicht in der in Nummer 161 bzw. 162 vorgesehenen Frist mitgeteilt haben, behalten die Beitragsklasse bei, die sie vorher gewählt haben.

5. Die Einstufung eines Mitglieds in eine niedrigere als die gewählte Beitragsklasse kann nur nach den Nummern 161, 162 und 163 erfolgen. Unter außergewöhnlichen Umständen wie etwa Naturkatastrophen, die den Einsatz von internationalen Hilfspro-

mes d'aide internationale, le Conseil peut autoriser une réduction du nombre d'unités de contribution lorsqu'un Membre en fait la demande et fournit la preuve qu'il ne peut plus maintenir sa contribution dans la classe choisie à l'origine.

- 166 6. De même, les Membres peuvent, avec l'approbation du Conseil, choisir une classe de contribution inférieure à celle qu'ils ont choisie conformément au numéro 161 ci-dessus, si leur position relative de contribution, à partir de la date fixée au numéro 163 ci-dessus pour une nouvelle période de contribution est sensiblement moins bonne que leur dernière position antérieure.
- 167 7. Les dépenses des conférences régionales visées au numéro 43 de la présente Constitution sont à la charge de tous les Membres de la région concernée, selon la classe de contribution de ces derniers et, sur la même base, de ceux des Membres d'autres régions qui, le cas échéant, ont participé à de telles conférences.
- 168 8. Les Membres et les entités et organisations visées au numéro 159 ci-dessus paient à l'avance leur part contributive annuelle, calculée d'après le budget biennal arrêté par le Conseil et compte tenu des ajustements que celui-ci pourra adopter.
- 169 9. Un Membre en retard dans ses paiements à l'Union perd son droit de vote défini aux numéros 27 et 28 de la présente Constitution quand le montant de ses arriérés est égal ou supérieur au montant des contributions à payer par ce Membre pour les deux années précédentes.
- 170 10. Les dispositions spécifiques qui régissent les contributions financières des entités et organisations visées au numéro 159 ci-dessus et d'autres organisations internationales figurent dans la Convention.

Article 29

Langues

- 171 1. (1) L'Union a pour langues officielles et de travail: l'anglais, l'arabe, le chinois, l'espagnol, le français et le russe.
- 172 (2) Ces langues sont utilisées, conformément aux décisions pertinentes de la Conférence de plénipotentiaires, pour l'établissement et la publication de documents et de textes de l'Union, dans des versions équivalentes par leur forme et leur teneur, ainsi que pour l'interprétation réciproque pendant les conférences et réunions de l'Union.
- 173 (3) En cas de divergence ou de contestation, le texte français fait foi.
- 174 2. Lorsque tous les participants à une conférence ou à une réunion conviennent de cette procédure, les débats peuvent avoir lieu dans un nombre de langues inférieur à celui mentionné ci-dessus.

Article 30

Siège de l'Union

- 175 L'Union a son siège à Genève.

Article 31

Capacité juridique de l'Union

- 176 L'Union jouit, sur le territoire de chacun de ses Membres, de la capacité juridique qui lui est nécessaire pour exercer ses fonctions et atteindre ses objectifs.

Article 32

Règlement intérieur des conférences et autres réunions

- 177 1. Pour l'organisation de leurs travaux et la conduite de leurs débats, les conférences et réunions de l'Union appliquent le règlement intérieur figurant dans la Convention.

grammen erfordern, kann der Rat jedoch eine Verminderung der Anzahl der Beitragseinheiten zulassen, wenn ein Mitglied einen entsprechenden Antrag stellt und beweist, daß es seinen Beitrag in der ursprünglich gewählten Klasse nicht mehr beibehalten kann.

6. Ebenso kann ein Mitglied mit Zustimmung des Rats eine niedrigere Beitragsklasse wählen als diejenige, die es nach Nummer 161 gewählt hat, wenn seine relative Beitragsposition von dem in Nummer 163 für einen neuen Beitragszeitraum festgesetzten Zeitpunkt an merklich schlechter ist als seine vorherige Position.

7. Die Ausgaben für die in Nummer 43 dieser Konstitution genannten regionalen Konferenzen werden von allen Mitgliedern aus der betreffenden Region entsprechend ihrer Beitragsklasse getragen und, gegebenenfalls, auf der gleichen Grundlage von denjenigen Mitgliedern aus anderen Regionen, die an solchen Konferenzen teilgenommen haben.

8. Die Mitglieder sowie die in Nummer 159 genannten Gremien und Organisationen zahlen ihren jährlichen Beitrag im Voraus; dieser Beitrag wird nach dem vom Rat festgelegten Zweijahresbudget unter Berücksichtigung der Berichtigungen berechnet, die letzterer möglicherweise vornimmt.

9. Ist ein Mitglied mit seinen Zahlungen an die Union im Verzug, so verliert es sein in den Nummern 27 und 28 dieser Konstitution festgelegtes Stimmrecht so lange, wie der Betrag seiner Rückstände dem Betrag der von diesem Mitglied für die beiden vorausgehenden Jahre zu zahlenden Beiträge gleichkommt oder ihn übersteigt.

10. Die besonderen Bestimmungen über die finanziellen Beiträge der in Nummer 159 genannten Gremien und Organisationen und anderer internationaler Organisationen sind in der Konvention enthalten.

Artikel 29

Sprachen

1. (1) Die Amts- und Arbeitssprachen der Union sind Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch.

(2) Diese Sprachen werden nach den einschlägigen Beschlüssen der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten für die Erstellung und die Veröffentlichung von Dokumenten und Texten der Union benutzt, deren Fassungen in Form und Inhalt übereinstimmen, sowie für das wechselseitige Dolmetschen bei Konferenzen und Tagungen der Union.

(3) In Streit- oder Zweifelsfällen ist der französische Wortlaut maßgebend.

2. Wenn alle Teilnehmer einer Konferenz oder einer Tagung dies vereinbaren, können die Verhandlungen in weniger als den obengenannten Sprachen geführt werden.

Artikel 30

Sitz der Union

Sitz der Union ist Genf.

Artikel 31

Rechtsfähigkeit der Union

Im Hoheitsgebiet eines jeden ihrer Mitglieder ist die Union in dem Maße rechtsfähig, als es für die Ausübung ihrer Tätigkeit und die Verwirklichung ihrer Ziele notwendig ist.

Artikel 32

Geschäftsordnung der Konferenzen und der anderen Tagungen

1. Die Konferenzen und Tagungen der Union wenden bei der Organisation ihrer Arbeiten und der Führung ihrer Debatten die Geschäftsordnung an, die in der Konvention enthalten ist.

78 2. Les conférences et le Conseil peuvent adopter les règles qu'ils jugent indispensables en complément de celles du règlement intérieur. Toutefois, ces règles complémentaires doivent être compatibles avec les dispositions de la présente Constitution et de la Convention; s'il s'agit de règles complémentaires adoptées par des conférences, elles sont publiées comme documents de ces dernières.

Chapitre VI

Dispositions générales relatives aux télécommunications

Article 33

Droit du public à utiliser le service international de télécommunication

79 Les Membres reconnaissent au public le droit de correspondre au moyen du service international de correspondance publique. Les services, les taxes et les garanties sont les mêmes pour tous les usagers, dans chaque catégorie de correspondance, sans priorité ni préférence quelconque.

Article 34

Arrêt des télécommunications

80 1. Les Membres se réservent le droit d'arrêter la transmission de tout télégramme privé qui paraîtrait dangereux pour la sûreté de l'Etat ou contraire à ses lois, à l'ordre public ou aux bonnes mœurs, à charge d'aviser immédiatement le bureau d'origine de l'arrêt total du télégramme ou d'une partie quelconque de celui-ci, sauf dans le cas où cette notification paraîtrait dangereuse pour la sûreté de l'Etat.

81 2. Les Membres se réservent aussi le droit d'interrompre toute autre télécommunication privée qui peut paraître dangereuse pour la sûreté de l'Etat ou contraire à ses lois, à l'ordre public ou aux bonnes mœurs.

Article 35

Suspension du service

182 Chaque Membre se réserve le droit de suspendre le service international de télécommunication, soit d'une manière générale, soit seulement pour certaines relations ou pour certaines natures de correspondances de départ, d'arrivée ou de transit, à charge pour lui d'en aviser immédiatement chacun des autres Membres par l'intermédiaire du Secrétaire général.

Article 36

Responsabilité

83 Les Membres n'acceptent aucune responsabilité à l'égard des usagers des services internationaux de télécommunication, notamment en ce qui concerne les réclamations tendant à obtenir des dommages et intérêts.

Article 37

Secret des télécommunications

184 1. Les Membres s'engagent à prendre toutes les mesures possibles, compatibles avec le système de télécommunication employé, en vue d'assurer le secret des correspondances internationales.

85 2. Toutefois, ils se réservent le droit de communiquer ces correspondances aux autorités compétentes, afin d'assurer l'application de leur législation nationale ou l'exécution des conventions internationales auxquelles ils sont parties.

2. Die Konferenzen und der Rat dürfen die Vorschriften annehmen, die sie als Ergänzung der Vorschriften der Geschäftsordnung für unentbehrlich halten. Diese ergänzenden Vorschriften müssen jedoch mit den Bestimmungen dieser Konstitution und der Konvention vereinbar sein; werden die ergänzenden Vorschriften von den Konferenzen angenommen, so werden sie als Dokumente dieser Konferenzen veröffentlicht.

Kapitel VI

Allgemeine Bestimmungen über den Fernmeldedienst

Artikel 33

Recht der Öffentlichkeit auf Benutzung des internationalen Fernmeldedienstes

Die Mitglieder gestehen jedermann das Recht zu, den internationalen Dienst für den öffentlichen Nachrichtenaustausch zu benutzen. Die Dienstleistungen, die Gebühren und die Gewährleistung sind in den einzelnen Verkehrsarten für alle Benutzer gleich, ohne irgendwelchen Vorrang oder Vorzug.

Artikel 34

Anhalten von Fernmeldenachrichten

1. Die Mitglieder behalten sich das Recht vor, jedes Privattelegramm anzuhalten, das als für die Sicherheit des Staates gefährlich oder seinen Gesetzen, der öffentlichen Ordnung oder den guten Sitten zuwiderlaufend erscheinen könnte; sie sind dabei verpflichtet, die Aufgabestelle unverzüglich zu benachrichtigen, daß das Telegramm oder ein Teil davon angehalten worden ist, es sei denn, diese Benachrichtigung erschiene als für die Sicherheit des Staates gefährlich.

2. Die Mitglieder behalten sich ferner das Recht vor, jede andere private Fernmeldeverbindung zu unterbrechen, die als für die Sicherheit des Staates gefährlich oder als seinen Gesetzen, der öffentlichen Ordnung oder den guten Sitten zuwiderlaufend erscheinen kann.

Artikel 35

Einstellung des Dienstes

Jedes Mitglied behält sich das Recht vor, den internationalen Fernmeldedienst entweder vollständig oder nur für bestimmte Verkehrsbeziehungen oder aber für bestimmte Arten von abgehenden, ankommenden oder durchgehenden Nachrichten einzustellen, wobei es verpflichtet ist, jedes andere Mitglied über den Generalsekretär sofort davon in Kenntnis zu setzen.

Artikel 36

Haftung

Die Mitglieder übernehmen keinerlei Haftung gegenüber den Benutzern der internationalen Fernmeldedienste, insbesondere nicht hinsichtlich etwaiger Schadenersatzansprüche.

Artikel 37

Fernmeldegeheimnis

1. Die Mitglieder verpflichten sich, alle nur möglichen Maßnahmen zu treffen, die mit dem verwendeten Fernmeldesystem vereinbar sind, um die Geheimhaltung der Nachrichten im internationalen Verkehr zu gewährleisten.

2. Sie behalten sich jedoch das Recht vor, den zuständigen Behörden von diesem Nachrichtenverkehr Kenntnis zu geben, um die Anwendung ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften oder die Ausführung internationaler Übereinkommen, deren Vertragsparteien sie sind, zu sichern.

Article 38**Etablissement, exploitation et sauvegarde
des voies et des installations
de télécommunication**

- 186 1. Les Membres prennent les mesures utiles en vue d'établir, dans les meilleures conditions techniques, les voies et installations nécessaires pour assurer l'échange rapide et ininterrompu des télécommunications internationales.
- 187 2. Autant que possible, ces voies et installations doivent être exploitées selon les méthodes et procédures que l'expérience pratique de l'exploitation a révélées les meilleures, entretenues en bon état d'utilisation et maintenues au niveau des progrès scientifiques et techniques.
- 188 3. Les Membres assurent la sauvegarde de ces voies et installations dans les limites de leur juridiction.
- 189 4. A moins d'arrangements particuliers fixant d'autres conditions, tous les Membres prennent les mesures utiles pour assurer la maintenance de celles des sections de circuits internationaux de télécommunication qui sont comprises dans les limites de leur contrôle.

Article 39**Notification des contraventions**

- 190 Afin de faciliter l'application des dispositions de l'article 6 de la présente Constitution, les Membres s'engagent à se renseigner mutuellement au sujet des contraventions aux dispositions de la présente Constitution, de la Convention et des Règlements administratifs.

Article 40**Priorité des télécommunications relatives
à la sécurité de la vie humaine**

- 191 Les services Internationaux de télécommunication doivent accorder la priorité absolue à toutes les télécommunications relatives à la sécurité de la vie humaine en mer, sur terre, dans les airs et dans l'espace extra-atmosphérique, ainsi qu'aux télécommunications épidémiologiques d'urgence exceptionnelle de l'Organisation mondiale de la santé.

Article 41**Priorité des télécommunications d'Etat**

- 192 Sous réserve des dispositions des articles 40 et 46 de la présente Constitution, les télécommunications d'Etat (voir l'annexe à la présente Constitution, numéro 1014) jouissent d'un droit de priorité sur les autres télécommunications, dans la mesure du possible, lorsque la demande en est faite spécifiquement par l'intéressé.

Article 42**Arrangements particuliers**

- 193 Les Membres se réservent, pour eux-mêmes, pour les exploitations reconnues par eux et pour d'autres exploitations dûment autorisées à cet effet, la faculté de conclure des arrangements particuliers sur des questions de télécommunication qui n'intéressent pas l'ensemble des Membres. Toutefois, ces arrangements ne doivent pas aller à l'encontre des dispositions de la présente Constitution, de la Convention ou des Règlements administratifs, en ce qui concerne les brouillages préjudiciables que leur mise à exécution serait susceptible de causer aux services de radiocommunication des autres Membres, et en général en ce qui concerne les préjudices techniques que cette mise à exécution pourrait causer à l'exploitation d'autres services de télécommunication des autres Membres.

Artikel 38**Errichtung, Betrieb und Schutz
der Fernmeldeübertragungswege
und Fernmeldeeinrichtungen**

1. Die Mitglieder treffen alle zweckdienlichen Maßnahmen, um die Übertragungswege und Einrichtungen, die zur Sicherstellung eines schnellen und ununterbrochenen Nachrichtenaustausches im internationalen Fernmeldeverkehr notwendig sind, in der technisch besten Weise zu erstellen. 18
2. Soweit wie möglich müssen diese Übertragungswege und Einrichtungen nach den Methoden und Verfahren betrieben werden, die sich nach den praktischen Betriebserfahrungen als die besten erwiesen haben, sowie in gutem Betriebszustand und auf dem Stand des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts gehalten werden. 18
3. Die Mitglieder sorgen innerhalb ihrer Zuständigkeit für den Schutz dieser Übertragungswege und Einrichtungen. 18
4. Alle Mitglieder sorgen für die Instandhaltung der ihrer Kontrollbefugnis unterliegenden Teilstrecken von internationalen Fernmeldeverbindungen, wenn nicht durch besondere Vereinbarungen andere Regelungen getroffen worden sind. 18

Artikel 39**Notifikation von Vertragsverletzungen**

- Um die Anwendung des Artikels 6 dieser Konstitution zu erleichtern, verpflichten sich die Mitglieder, sich gegenseitig über Verletzungen der Bestimmungen dieser Konstitution, der Konvention und der Vollzugsordnungen zu unterrichten. 19

Artikel 40**Vorrang des Fernmeldeverkehrs,
der die Sicherheit des menschlichen Lebens betrifft**

- Die internationalen Fernmeldedienste müssen allen Nachrichten, welche die Sicherheit des menschlichen Lebens auf See, zu Lande, in der Luft und im außeratmosphärischen Raum betreffen, sowie den außerordentlich dringenden Seuchennachrichten der Weltgesundheitsorganisation unbedingten Vorrang einräumen. 19

Artikel 41**Vorrang der Staatsfernmeldeverbindungen**

- Vorbehaltlich der Artikel 40 und 46 dieser Konstitution genießen Staatsfernmeldeverbindungen (siehe Anlage zu dieser Konstitution Nummer 1014) im Rahmen des Möglichen Vorrang vor dem übrigen Fernmeldeverkehr, wenn dies vom Anmelder der Verbindung ausdrücklich verlangt wird. 19

Artikel 42**Besondere Vereinbarungen**

- Die Mitglieder behalten sich für sich selbst, für die von ihnen anerkannten Betriebsunternehmen und für andere hierzu ordnungsgemäß ermächtigte Betriebsunternehmen das Recht vor, besondere Vereinbarungen über Fragen des Fernmeldewesens zu treffen, welche für die Mitglieder in ihrer Gesamtheit nicht von Interesse sind. Diese Vereinbarungen dürfen jedoch hinsichtlich der schädlichen Störungen, die durch ihre Anwendung bei den Funkdiensten der anderen Mitglieder verursacht werden könnten, und ganz allgemein hinsichtlich der technischen Beeinträchtigungen, die durch diese Anwendung beim Betrieb anderer Fernmeldedienste der anderen Mitglieder verursacht werden könnten, nicht den Bestimmungen dieser Konstitution, der Konvention oder der Vollzugsordnungen zuwiderlaufen. 19

Article 43**Conférences régionales, arrangements régionaux, organisations régionales**

- 194 Les Membres se réservent le droit de tenir des conférences régionales, de conclure des arrangements régionaux et de créer des organisations régionales, en vue de régler des questions de télécommunication susceptibles d'être traitées sur un plan régional. Les arrangements régionaux ne doivent pas être en contradiction avec la présente Constitution ou la Convention.

Chapitre VII**Dispositions spéciales relatives aux radiocommunications****Article 44****Utilisation du spectre des fréquences radioélectriques et de l'orbite des satellites géostationnaires**

- 195 1. Les Membres s'efforcent de limiter le nombre de fréquences et l'étendue du spectre utilisé au minimum indispensable pour assurer de manière satisfaisante le fonctionnement des services nécessaires. A cette fin, ils s'efforcent d'appliquer dans les moindres délais les derniers perfectionnements de la technique.
- 196 2. Lors de l'utilisation de bandes de fréquences pour les radiocommunications, les Membres tiennent compte du fait que les fréquences et l'orbite des satellites géostationnaires sont des ressources naturelles limitées qui doivent être utilisées de manière rationnelle, efficace et économique, conformément aux dispositions du Règlement des radiocommunications, afin de permettre un accès équitable à cette orbite et à ces fréquences aux différents pays, ou groupes de pays, compte tenu des besoins spéciaux des pays en développement et de la situation géographique de certains pays.

Article 45**Brouillages préjudiciables**

- 197 1. Toutes les stations, quel que soit leur objet, doivent être établies et exploitées de manière à ne pas causer de brouillages préjudiciables aux communications ou services radioélectriques des autres Membres, des exploitations reconnues et des autres exploitations dûment autorisées à assurer un service de radiocommunication, et qui fonctionnent en se conformant aux dispositions du Règlement des radiocommunications.
- 198 2. Chaque Membre s'engage à exiger, des exploitations reconnues par lui et des autres exploitations dûment autorisées à cet effet, l'observation des prescriptions du numéro 197 ci-dessus.
- 199 3. De plus, les Membres reconnaissent la nécessité de prendre les mesures pratiquement possibles pour empêcher que le fonctionnement des appareils et installations électriques de toutes sortes ne cause des brouillages préjudiciables aux communications ou services radioélectriques visés au numéro 197 ci-dessus.

Article 46**Appels et messages de détresse**

- 200 Les stations de radiocommunication sont obligées d'accepter en priorité absolue les appels et messages de détresse quelle qu'en soit la provenance, de répondre de même à ces messages et d'y donner immédiatement la suite qu'ils requièrent.

Artikel 43**Regionale Konferenzen, regionale Vereinbarungen, regionale Organisationen**

- 194 Die Mitglieder behalten sich das Recht vor, regionale Konferenzen abzuhalten, regionale Vereinbarungen zu schließen und regionale Organisationen zu bilden, um Fragen des Fernmeldewesens zu regeln, die zur Behandlung auf regionaler Ebene geeignet sind. Die regionalen Vereinbarungen dürfen nicht im Widerspruch zu dieser Konstitution oder der Konvention stehen.

Kapitel VII**Besondere Bestimmungen über den Funkdienst****Artikel 44****Nutzung des Funkfrequenzspektrums und der Umlaufbahn der geostationären Satelliten**

- 195 1. Die Mitglieder bemühen sich, die Zahl der benutzten Frequenzen und den Umfang des benutzten Funkfrequenzspektrums so weit zu beschränken, als es für die zufriedenstellende Wahrnehmung der erforderlichen Dienste unerlässlich ist. Zu diesem Zweck bemühen sie sich, die neuesten technischen Errungenschaften unverzüglich anzuwenden.
- 196 2. Bei der Benutzung von Frequenzbereichen für den Funkverkehr berücksichtigen die Mitglieder, daß die Frequenzen und die Umlaufbahn der geostationären Satelliten begrenzte natürliche Ressourcen sind; diese müssen entsprechend den Bestimmungen der Vollzugsordnung für den Funkdienst auf rationelle, wirksame und wirtschaftliche Weise genutzt werden, damit der Zugang zu dieser Umlaufbahn und zu diesen Frequenzen den einzelnen Ländern oder Ländergruppen in gerechter Weise möglich ist; dabei werden die besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsländer und die geographische Lage bestimmter Länder berücksichtigt.

Artikel 45**Schädliche Störungen**

- 197 1. Alle Funkstellen müssen, unabhängig von ihrem Verwendungszweck, so eingerichtet und betrieben werden, daß sie keine schädlichen Störungen verursachen bei den Funkverbindungen oder Funkdiensten der übrigen Mitglieder, der anerkannten Betriebsunternehmen und der anderen Betriebsunternehmen, die ordnungsgemäß ermächtigt sind, einen Funkdienst wahrzunehmen, und die ihren Dienst nach den Bestimmungen der Vollzugsordnung für den Funkdienst ausüben.
- 198 2. Jedes Mitglied verpflichtet sich, von den von ihm anerkannten Betriebsunternehmen und den anderen hierzu ordnungsgemäß ermächtigten Betriebsunternehmen die Beachtung der Bestimmungen der Nummer 197 zu verlangen.
- 199 3. Darüber hinaus halten es die Mitglieder für erforderlich, daß alle nur möglichen Maßnahmen getroffen werden, damit schädliche Störungen bei den in Nummer 197 bezeichneten Funkverbindungen oder Funkdiensten durch den Betrieb elektrischer Geräte und Anlagen aller Art verhindert werden.

Artikel 46**Notrufe und Notmeldungen**

- 200 Die Funkstellen sind verpflichtet, Notrufe und Notmeldungen, woher sie auch kommen mögen, mit unbedingtem Vorrang aufzunehmen, diese Meldungen ebenso zu beantworten und das Erforderliche sofort zu veranlassen.

Article 47**Signaux de détresse, d'urgence, de sécurité
ou d'identification faux ou trompeurs**

- 201 Les Membres s'engagent à prendre les mesures utiles pour réprimer la transmission ou la mise en circulation de signaux de détresse, d'urgence, de sécurité ou d'identification faux ou trompeurs, et à collaborer en vue de localiser et d'identifier les stations sous leur juridiction qui émettent de tels signaux.

Article 48**Installations des services de défense nationale**

- 202 1. Les Membres conservent leur entière liberté en ce qui concerne les installations radioélectriques militaires.
- 203 2. Toutefois, ces installations doivent, autant que possible, observer les dispositions réglementaires relatives aux secours à prêter en cas de détresse et aux mesures à prendre pour empêcher les brouillages préjudiciables, ainsi que les prescriptions des Règlements administratifs concernant les types d'émission et les fréquences à utiliser, selon la nature du service qu'elles assurent.
- 204 3. En outre, lorsque ces installations participent au service de la correspondance publique ou aux autres services régis par les Règlements administratifs, elles doivent se conformer, en général, aux prescriptions réglementaires applicables à ces services.

Chapitre VIII**Relations avec l'Organisation des Nations Unies,
les autres organisations internationales et
les Etats non-Membres****Article 49****Relations avec l'Organisation des Nations Unies**

- 205 Les relations entre l'Organisation des Nations Unies et l'Union Internationale des télécommunications sont définies dans l'Accord conclu entre ces deux organisations.

Article 50**Relations avec les autres organisations internationales**

- 206 Afin d'aider à la réalisation d'une entière coordination internationale dans le domaine des télécommunications, l'Union collabore avec les organisations internationales qui ont des intérêts et des activités connexes.

Article 51**Relations avec des Etats non-Membres**

- 207 Tous les Membres se réservent, pour eux-mêmes et pour les exploitations reconnues, la faculté de fixer les conditions dans lesquelles ils admettent les télécommunications échangées avec un Etat qui n'est pas Membre de l'Union. Si une télécommunication originaire d'un tel Etat est acceptée par un Membre, elle doit être transmise et, pour autant qu'elle emprunte les voies de télécommunication d'un Membre, les dispositions obligatoires de la présente Constitution, de la Convention et des Règlements administratifs ainsi que les taxes normales lui sont appliquées.

Artikel 47**Falsche oder Irreführende Notzeichen,
Dringlichkeitszeichen, Sicherheitszeichen oder Kennungen**

- Die Mitglieder verpflichten sich, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Aussendung oder Verbreitung von falschen oder Irreführenden Notzeichen, Dringlichkeitszeichen, Sicherheitszeichen oder Kennungen zu verhindern; sie verpflichten sich ferner, bei der Ortung und Identifizierung der Funkstellen, für die sie zuständig sind und die solche Zeichen aussenden, mitzuarbeiten.

Artikel 48**Funkanlagen für die nationale Verteidigung**

1. Die Mitglieder behalten ihre volle Freiheit in bezug auf militärische Funkanlagen.
2. Indessen müssen beim Betreiben dieser Anlagen soweit wie möglich die Bestimmungen, welche die Hilfeleistung in Nottfällen und die Maßnahmen zur Verhütung schädlicher Störungen betreffen, sowie die Bestimmungen der Vollzugsordnungen über die Sendearten und Frequenzen, die je nach Art des betreffenden Funkdienstes zu benutzen sind, beachtet werden.
3. Nehmen diese Anlagen am Dienst für den öffentlichen Nachrichtenaustausch oder an anderen Diensten teil, die durch die Vollzugsordnungen geregelt werden, so müssen sie im allgemeinen nach den für diese Dienste geltenden Bestimmungen betrieben werden.

Kapitel VIII**Beziehungen zur Organisation der Vereinten Nationen,
zu anderen internationalen Organisationen
und zu Nichtmitgliedstaaten****Artikel 49****Beziehungen zur Organisation der Vereinten Nationen**

- Die Beziehungen zwischen der Organisation der Vereinten Nationen und der Internationalen Fernmeldeunion sind in dem zwischen diesen beiden Organisationen geschlossenen Abkommen geregelt.

Artikel 50**Beziehungen zu anderen internationalen Organisationen**

- Um auf internationaler Ebene zu einer vollständigen Koordination auf dem Gebiet des Fernmeldewesens beizutragen, arbeitet die Union mit denjenigen internationalen Organisationen zusammen, die gleichartige Interessen und Tätigkeitsbereiche haben.

Artikel 51**Beziehungen zu Nichtmitgliedstaaten**

- Alle Mitglieder behalten sich für sich selbst und für die anerkannten Betriebsunternehmen das Recht vor, die Bedingungen festzusetzen, unter denen sie Fernmeldeverkehr mit einem Staat zulassen, der nicht Mitglied der Union ist. Wenn eine von einem solchen Staat ausgehende Nachricht von einem Mitglied angenommen wird, muß sie weitergeleitet werden; soweit dafür Fernmeldeübertragungswege eines Mitglieds in Anspruch genommen werden, gelten für diesen Verkehr die zwingenden Bestimmungen dieser Konstitution, der Konvention und der Vollzugsordnungen sowie die normalen Gebührensätze.

Chapitre IX
Dispositions finales

Article 52**Ratification, acceptation ou approbation**

- 208** 1. La présente Constitution et la Convention sont ratifiées, acceptées ou approuvées simultanément par tout Membre signataire, selon ses règles constitutionnelles, sous la forme d'un unique instrument. Cet instrument est déposé, dans le plus bref délai possible, auprès du Secrétaire général. Le Secrétaire général informe les Membres du dépôt de chaque instrument.
- 209** 2. (1) Pendant une période de deux ans à compter de la date d'entrée en vigueur de la présente Constitution et de la Convention, tout Membre signataire jouit des droits conférés aux Membres de l'Union aux numéros 25 à 28 de la présente Constitution, même s'il n'a pas déposé d'instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation aux termes du numéro 208 ci-dessus.
- 210** (2) A l'expiration d'une période de deux ans à compter de la date d'entrée en vigueur de la présente Constitution et de la Convention, un Membre signataire qui n'a pas déposé d'instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation aux termes du numéro 208 ci-dessus n'a plus qualité pour voter à aucune conférence de l'Union, à aucune session du Conseil, à aucune réunion des secteurs de l'Union, ni lors d'aucune consultation par correspondance effectuée en conformité avec les dispositions de la présente Constitution et de la Convention, et cela tant que ledit instrument n'a pas été déposé. Les droits de ce Membre, autres que les droits de vote, ne sont pas affectés.
- 211** 3. Après l'entrée en vigueur de la présente Constitution et de la Convention conformément à l'article 58 de la présente Constitution, un instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation prend effet à la date de dépôt auprès du Secrétaire général.

Article 53**Adhésion**

- 212** 1. Un Membre qui n'a pas signé la présente Constitution et la Convention ou, sous réserve des dispositions de l'article 2 de la présente Constitution, tout autre Etat mentionné dans ledit article, peut adhérer en tout temps à la présente Constitution et à la Convention. Cette adhésion s'effectue simultanément sous la forme d'un instrument unique couvrant à la fois la Constitution et la Convention.
- 213** 2. L'instrument d'adhésion est déposé auprès du Secrétaire général qui notifie aux Membres le dépôt de chaque instrument d'adhésion, dès qu'il le reçoit, et transmet à chacun d'eux une copie authentifiée de celui-ci.
- 214** 3. Après l'entrée en vigueur de la présente Constitution et de la Convention conformément à l'article 58 de la présente Constitution, un instrument d'adhésion prend effet à la date de dépôt auprès du Secrétaire général, à moins que ledit instrument n'en dispose autrement.

Article 54**Règlements administratifs**

- 215** 1. Les Règlements administratifs, tels que spécifiés à l'article 4 de la présente Constitution, sont des instruments internationaux contraignants et doivent être conformes aux dispositions de la présente Constitution et de la Convention.
- 216** 2. La ratification, l'acceptation ou l'approbation de la présente Constitution et de la Convention ou l'adhésion à ces instruments, conformément aux articles 52 et 53 de la présente Constitution, implique également un consentement à être lié par les Règlements administratifs adoptés par les conférences mondiales compétentes avant la date de signature de la présente Constitution et de la Convention. Ce consentement s'entend compte tenu de toute réserve faite au moment de la signature desdits Règlements

Kapitel IX
Schlußbestimmungen

Artikel 52**Ratifikation, Annahme oder Genehmigung**

- 208** 1. Diese Konstitution und die Konvention werden von jedem Unterzeichnermitglied nach seinen verfassungsrechtlichen Vorschriften in Form einer einzigen Urkunde gleichzeitig ratifiziert, angenommen oder genehmigt. Diese Urkunde ist so bald wie möglich beim Generalsekretär zu hinterlegen. Der Generalsekretär unterrichtet die Mitglieder über die Hinterlegung jeder einzelnen Urkunde.
- 209** 2. (1) Zwei Jahre lang, vom Tag des Inkrafttretens dieser Konstitution und der Konvention an gerechnet, genießt jedes Unterzeichnermitglied die den Mitgliedern der Union in den Nummern 25 bis 28 dieser Konstitution gewährten Rechte, selbst wenn es die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde nach Nummer 208 nicht hinterlegt hat.
- 210** (2) Nach Ablauf von zwei Jahren, vom Tag des Inkrafttretens dieser Konstitution und der Konvention an gerechnet, ist ein Unterzeichnermitglied, das die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde nach Nummer 208 nicht hinterlegt hat, bei den Konferenzen der Union, bei den Tagungen des Rats, bei den Tagungen der Sektoren der Union sowie bei schriftlichen Befragungen, die nach den Bestimmungen dieser Konstitution und der Konvention durchgeführt werden, nicht mehr stimmberechtigt, und zwar so lange nicht, bis die betreffende Urkunde hinterlegt worden ist. Außer dem Stimmrecht wird kein anderes Recht dieses Mitglieds beeinträchtigt.
- 211** 3. Nach Inkrafttreten dieser Konstitution und der Konvention nach Artikel 58 dieser Konstitution wird eine Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde mit dem Tag ihrer Hinterlegung beim Generalsekretär wirksam.

Artikel 53**Beitritt**

- 212** 1. Ein Mitglied, das diese Konstitution und die Konvention nicht unterzeichnet hat, oder, vorbehaltlich des Artikels 2 dieser Konstitution, jeder andere in dem Artikel bezeichnete Staat kann dieser Konstitution und der Konvention jederzeit beitreten. Dieser Beitritt erfolgt gleichzeitig in Form einer einzigen Urkunde, die zugleich die Konstitution und die Konvention umfaßt.
- 213** 2. Die Beitrittsurkunde wird beim Generalsekretär hinterlegt, der den Mitgliedern jedesmal, wenn er eine solche Urkunde erhält, die Hinterlegung notifiziert und jedem von ihnen eine beglaubigte Abschrift dieser Urkunde übermittelt.
- 214** 3. Nach Inkrafttreten dieser Konstitution und der Konvention nach Artikel 58 dieser Konstitution wird eine Beitrittsurkunde mit dem Tag ihrer Hinterlegung beim Generalsekretär wirksam, vorausgesetzt, daß in der Urkunde nichts anderes festgelegt ist.

Artikel 54**Vollzugsordnungen**

- 215** 1. Die in Artikel 4 dieser Konstitution genannten Vollzugsordnungen sind verbindliche internationale Übereinkünfte und müssen den Bestimmungen dieser Konstitution und der Konvention entsprechen.
- 216** 2. Die Ratifikation, die Annahme oder die Genehmigung dieser Konstitution und der Konvention oder der Beitritt zu diesen Grundsatzdokumenten nach den Artikeln 52 und 53 dieser Konstitution schließt auch die Anerkennung der Verbindlichkeit der Vollzugsordnungen ein, die von den zuständigen weltweiten Konferenzen vor dem Zeitpunkt der Unterzeichnung dieser Konstitution und der Konvention angenommen wurden. Diese Anerkennung gilt unter Berücksichtigung jedes Vorbehalts, der zum Zeitpunkt der Unter-

ou de toute révision de ces derniers et dans la mesure où elle est maintenue au moment du dépôt de l'instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

217 3. Les révisions des Règlements administratifs, partielles ou totales, adoptées après la date susmentionnée, s'appliquent provisoirement, à l'égard de tous les Membres ayant signé ces révisions, dans la mesure autorisée par leur droit national. Cette application provisoire prend effet à la date ou aux dates qui y sont mentionnées, compte tenu des réserves éventuelles qui ont été faites lors de la signature de ces révisions.

218 4. Cette application provisoire se poursuit:

219 a) jusqu'à ce que le Membre notifie au Secrétaire général son consentement à être lié par une telle révision et indique, si nécessaire, dans quelle mesure il maintient toute réserve faite à propos de cette révision lors de la signature de celle-ci; ou

220 b) pendant soixante jours après réception par le Secrétaire général de la notification du Membre l'informant qu'il ne consent pas à être lié par une telle révision.

221 5. Si le Secrétaire général n'a reçu, en vertu des numéros 219 ou 220 ci-dessus, aucune notification d'un Membre ayant signé une telle révision, avant l'expiration d'un délai de trente-six mois à compter de la date ou des dates qui y sont indiquées pour le commencement de l'application provisoire, ce Membre est considéré comme ayant consenti à être lié par la révision, compte tenu de toute réserve qu'il pourrait avoir faite à propos de cette révision, lors de la signature de celle-ci.

222 6. Tout Membre de l'Union qui n'a pas signé une telle révision des Règlements administratifs, partielle ou totale, adoptée après la date stipulée au numéro 216 ci-dessus, s'attache à notifier promptement au Secrétaire général son consentement à être lié par cette révision. Si aucune notification n'a été reçue par le Secrétaire général en provenance de ce Membre avant l'expiration du délai stipulé au numéro 221 ci-dessus, ce Membre est considéré comme ayant consenti à être lié par une telle révision.

223 7. Le Secrétaire général informe promptement les Membres de toute notification reçue en vertu du présent article.

-Article 55

Dispositions pour amender la présente Constitution

224 1. Tout Membre de l'Union peut proposer tout amendement à la présente Constitution. Une telle proposition doit, pour pouvoir être transmise à tous les Membres de l'Union et être examinée par eux en temps utile, parvenir au Secrétaire général au plus tard huit mois avant la date d'ouverture fixée pour la Conférence de plénipotentiaires. Le Secrétaire général transmet, aussitôt que possible, et au plus tard six mois avant cette dernière date, une telle proposition à tous les Membres de l'Union.

225 2. Toute proposition de modification d'un amendement proposé conformément au numéro 224 ci-dessus peut, cependant, être soumise à tout moment par un Membre de l'Union ou par sa délégation à la Conférence de plénipotentiaires.

226 3. Le quorum requis à toute séance plénière de la Conférence de plénipotentiaires pour l'examen de toute proposition pour amender la présente Constitution ou de toute modification d'une telle proposition est constitué par plus de la moitié des délégations accréditées à la Conférence de plénipotentiaires.

227 4. Pour être adoptée, toute proposition de modification d'un amendement proposé, de même que la proposition d'amende-

zeichnung der Vollzugsordnungen oder einer Revision dieser letzteren gemacht wurde, soweit dieser Vorbehalt zum Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde aufrechterhalten wird.

3. Die nach dem obengenannten Zeitpunkt angenommenen teilweisen oder vollständigen Revisionen der Vollzugsordnungen gelten vorläufig für alle Mitglieder, die diese Revisionen unterzeichnet haben, in dem Maß, in dem ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften dies zulassen. Diese vorläufige Anwendung wird unter Berücksichtigung der Vorbehalte, die bei der Unterzeichnung der Revisionen gegebenenfalls gemacht wurden, zu dem oder den in den Revisionen genannten Zeitpunkten wirksam.

4. Diese vorläufige Anwendung dauert

a) so lange, bis das Mitglied dem Generalsekretär notifiziert, daß es eine solche Revision als für sich verbindlich anerkennt, und erforderlichenfalls angibt, in welchem Umfang es einen Vorbehalt aufrechterhält, den es bezüglich dieser Revision bei ihrer Unterzeichnung gemacht hat, oder

b) 60 Tage lang, vom Eingang einer Notifikation des Mitglieds beim Generalsekretär an gerechnet, in der es dem Generalsekretär mitteilt, daß es eine solche Revision nicht als für sich verbindlich anerkennt.

5. Wenn der Generalsekretär vor Ablauf einer Frist von 36 Monaten, von dem Zeitpunkt oder den Zeitpunkten an gerechnet, die in einer solchen Revision für den Beginn der vorläufigen Anwendung angegeben sind, von einem Mitglied, das diese Revision unterzeichnet hat, keine Notifikation nach Nummer 219 oder 220 erhält, gilt dieses Mitglied, als habe es die Revision als für sich verbindlich anerkannt, unter Berücksichtigung jedes Vorbehalts, den es bezüglich dieser Revision bei deren Unterzeichnung gegebenenfalls gemacht hat.

6. Jedes Mitglied der Union, das eine solche teilweise oder vollständige Revision der Vollzugsordnungen, die nach dem in Nummer 216 festgelegten Zeitpunkt angenommen wurde, nicht unterzeichnet hat, muß bestrebt sein, dem Generalsekretär umgehend zu notifizieren, daß es diese Revision als für sich verbindlich anerkennt. Wenn der Generalsekretär vor Ablauf der in Nummer 221 festgesetzten Frist von diesem Mitglied keine Notifikation erhält, gilt dieses Mitglied, als habe es eine solche Revision als für sich verbindlich anerkannt.

7. Der Generalsekretär unterrichtet die Mitglieder umgehend über jede aufgrund dieses Artikels eingegangene Notifikation.

Artikel 55

Bestimmungen zur Änderung dieser Konstitution

1. Jedes Mitglied der Union kann einen Änderungsvorschlag zu dieser Konstitution einreichen. Ein solcher Vorschlag muß, damit er allen Mitgliedern der Union rechtzeitig übermittelt und von ihnen geprüft werden kann, beim Generalsekretär spätestens 8 Monate vor dem für die Eröffnung der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgelegten Zeitpunkt eingehen. Der Generalsekretär übermittelt einen solchen Vorschlag allen Mitgliedern der Union so bald wie möglich, jedoch spätestens 6 Monate vor dem letztgenannten Zeitpunkt.

2. Ein Vorschlag zur Änderung eines nach Nummer 224 eingereichten Änderungsvorschlags kann jedoch jederzeit von einem Mitglied der Union oder von seiner Delegation bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten eingereicht werden.

3. In einer Plenarsitzung der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten ist die Beschlußfähigkeit für die Prüfung eines Änderungsvorschlags zu dieser Konstitution oder einer Änderung eines solchen Änderungsvorschlags erst dann erreicht, wenn mehr als die Hälfte der bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten akkreditierten Delegationen anwesend sind.

4. Damit ein Vorschlag zur Änderung eines Änderungsvorschlags sowie der Änderungsvorschlag als Ganzes, ob er nun

ment dans son intégralité, modifiée ou non, doit être approuvée, à une séance plénière, par au moins les deux tiers des délégations accréditées à la Conférence de plénipotentiaires et ayant le droit de vote.

228 5. Les dispositions générales concernant les conférences et le règlement intérieur des conférences et autres réunions figurant dans la Convention s'appliquent, à moins que les paragraphes précédents du présent article, qui prévalent, n'en disposent autrement.

229 6. Tous les amendements à la présente Constitution adoptés par une Conférence de plénipotentiaires entrent en vigueur, à une date fixée par la Conférence, dans leur totalité et sous la forme d'un instrument d'amendement unique, entre les Membres qui auront déposé avant cette date leur instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion à la présente Constitution et à l'instrument d'amendement. La ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion à une partie seulement de cet instrument d'amendement est exclue.

230 7. Le Secrétaire général notifie à tous les Membres le dépôt de chaque instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

231 8. Après l'entrée en vigueur de tout instrument d'amendement, la ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion conformément aux articles 52 et 53 de la présente Constitution s'applique à la Constitution amendée.

232 9. Après l'entrée en vigueur d'un tel instrument d'amendement, le Secrétaire général l'enregistre auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies, conformément aux dispositions de l'article 102 de la Charte des Nations Unies. Le numéro 241 de la présente Constitution s'applique également à tout instrument d'amendement.

Article 56

Règlement des différends

233 1. Les Membres peuvent régler leurs différends sur les questions relatives à l'interprétation ou à l'application de la présente Constitution, de la Convention ou des Règlements administratifs, par la négociation, par la voie diplomatique, ou suivant les procédures établies par les traités bilatéraux ou multilatéraux conclus entre eux pour le règlement des différends internationaux, ou par toute autre méthode dont ils pourraient décider d'un commun accord.

234 2. Au cas où aucun de ces moyens de règlement ne serait adopté, tout Membre, partie dans un différend, peut avoir recours à l'arbitrage, conformément à la procédure définie dans la Convention.

235 3. Le Protocole facultatif concernant le règlement obligatoire des différends relatifs à la présente Constitution, à la Convention et aux Règlements administratifs est applicable entre les Membres parties à ce Protocole.

Article 57

Dénonciation de la présente Constitution et de la Convention

236 1. Tout Membre qui a ratifié, accepté ou approuvé, la présente Constitution et la Convention ou y a adhéré a le droit de les dénoncer. En pareil cas, la présente Constitution et la Convention sont dénoncées simultanément sous la forme d'un instrument unique, par une notification adressée au Secrétaire général. Dès réception de cette notification, le Secrétaire général en avise les autres Membres.

237 2. Une telle dénonciation produit son effet à l'expiration d'une période d'une année à partir de la date à laquelle le Secrétaire général en a reçu notification.

geändert worden ist oder nicht, angenommen wird, muß er in einer Plenarsitzung von mindestens zwei Dritteln der bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten akkreditierten stimmberechtigten Delegationen genehmigt werden.

5. Sofern in den vorhergehenden Absätzen dieses Artikels, die maßgebend sind, nichts anderes bestimmt ist, gelten die in der Konvention enthaltenen allgemeinen Bestimmungen über Konferenzen und die Geschäftsordnung der Konferenzen und der anderen Tagungen.

6. Alle von einer Konferenz der Regierungsbevollmächtigten angenommenen Änderungen dieser Konstitution treten insgesamt und in Form einer einzigen Änderungsurkunde zu einem von der Konferenz festgelegten Zeitpunkt zwischen den Mitgliedern in Kraft, die bis zu diesem Zeitpunkt ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu dieser Konstitution und zur Änderungsurkunde hinterlegt haben. Die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt zu nur einem Teil dieser Änderungsurkunde ist ausgeschlossen.

7. Der Generalsekretär notifiziert allen Mitgliedern die Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde.

8. Nach dem Inkrafttreten einer solchen Änderungsurkunde gilt die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt nach den Artikeln 52 und 53 dieser Konstitution für die geänderte Konstitution.

9. Der Generalsekretär läßt eine solche Änderungsurkunde nach ihrem Inkrafttreten beim Sekretariat der Organisation der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen registrieren. Nummer 241 dieser Konstitution gilt auch für jede Änderungsurkunde.

Artikel 56

Beilegung von Streitfällen

1. Die Mitglieder können ihre Streitfälle über Fragen der Auslegung oder der Anwendung dieser Konstitution, der Konvention oder der Vollzugsordnungen auf dem Verhandlungsweg, auf diplomatischem Wege oder nach den Verfahren beilegen, die in den zwischen ihnen zur Beilegung internationaler Streitfälle geschlossenen zwei- oder mehrseitigen Verträgen festgelegt sind, oder nach jedem anderen von ihnen zu vereinbarenden Verfahren.

2. Wird von keiner dieser Möglichkeiten zur Beilegung der Streitfälle Gebrauch gemacht, so kann jedes Mitglied, das in einem Streitfall Partei ist, ein Schiedsgericht nach dem in der Konvention festgelegten Verfahren anrufen.

3. Das fakultative Protokoll über die obligatorische Beilegung von Streitfällen, die diese Konstitution, die Konvention und die Vollzugsordnungen betreffen, gilt zwischen den Mitgliedern, die Partei des Protokolls sind.

Artikel 57

Kündigung dieser Konstitution und der Konvention

1. Jedes Mitglied, das diese Konstitution und die Konvention ratifiziert, angenommen oder genehmigt hat oder ihnen beigetreten ist, hat das Recht, sie zu kündigen. In einem solchen Fall werden diese Konstitution und die Konvention gleichzeitig in Form einer einzigen Urkunde durch eine an den Generalsekretär zu richtende Notifikation gekündigt. Sobald diese Notifikation beim Generalsekretär eingeht, unterrichtet dieser die anderen Mitglieder darüber.

2. Eine solche Kündigung wird nach Ablauf eines Jahres wirksam, vom Zeitpunkt des Eingangs der Notifikation beim Generalsekretär an gerechnet.

Article 58**Entrée en vigueur et questions connexes**

- 238** 1. La présente Constitution et la Convention entreront en vigueur le 1^{er} juillet 1994 entre les Membres qui auront déposé avant cette date leur instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.
- 239** 2. A la date d'entrée en vigueur spécifiée au numéro 238 ci-dessus, la présente Constitution et la Convention abrogeront et remplaceront, entre les parties, la Convention internationale des télécommunications de Nairobi (1982).
- 240** 3. Conformément aux dispositions de l'article 102 de la Charte des Nations Unies, le Secrétaire général de l'Union enregistrera la présente Constitution et la Convention auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies.
- 241** 4. L'original de la présente Constitution et de la Convention établi dans les langues anglaise, arabe, chinoise, espagnole, française et russe restera déposé dans les archives de l'Union. Le Secrétaire général enverra, dans les langues demandées, une copie certifiée conforme à chacun des Membres signataires.
- 242** 5. En cas de divergence entre les textes de la présente Constitution et de la Convention dans les différentes langues, le texte français fait foi.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires soussignés ont signé l'original de la présente Constitution de l'Union internationale des télécommunications et l'original de la Convention de l'Union internationale des télécommunications.

Fait à Genève, le 22 décembre 1992

Artikel 58**Inkrafttreten und damit verbundene Fragen**

- 238** 1. Diese Konstitution und die Konvention treten am 1. Juli 1994 zwischen den Mitgliedern in Kraft, die bis zu diesem Tag ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben.
- 239** 2. Zu dem in Nummer 238 bezeichneten Zeitpunkt des Inkrafttretens heben diese Konstitution und die Konvention den Internationalen Fernmeldevertrag (Nairobi 1982) in den Beziehungen zwischen den Vertragsparteien auf und treten an seine Stelle.
- 240** 3. Nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen läßt der Generalsekretär der Union diese Konstitution und die Konvention beim Sekretariat der Organisation der Vereinten Nationen registrieren.
- 241** 4. Diese Konstitution und die Konvention, die in arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache abgefaßt sind, werden in einer Urschrift im Archiv der Union hinterlegt und verwahrt. Der Generalsekretär übermittelt jedem Unterzeichnermitglied eine beglaubigte Abschrift in den verlangten Sprachen.
- 242** 5. Weicht der Wortlaut dieser Konstitution und der Konvention in den verschiedenen Sprachen voneinander ab, so ist der französische Wortlaut maßgebend.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Regierungsbevollmächtigten die Urschrift dieser Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion und die Urschrift der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion unterschrieben.

Geschehen zu Genf am 22. Dezember 1992.

Annexe	Anlage
Définition	Definition
de certains termes employés dans la présente Constitution, dans la Convention et dans les Règlements administratifs de l'Union internationale des télécommunications	einiger in dieser Konstitution, in der Konvention und in den Vollzugsordnungen der Internationalen Fernmeldeunion verwendeter Begriffe
*1 Aux fins des instruments de l'Union susmentionnés, les termes suivants ont le sens donné par les définitions qui les accompagnent.	Für die Zwecke der obengenannten Grundsatzdokumente der Union haben die folgenden Begriffe die ihnen nachstehend beigegebene Bedeutung. 1001
*2 Administration: Tout service ou département gouvernemental responsable des mesures à prendre pour exécuter les obligations de la Constitution de l'Union internationale des télécommunications, de la Convention de l'Union internationale des télécommunications et des Règlements administratifs.	Verwaltung: 1002 Jede staatliche Dienststelle, die für die Maßnahmen zur Erfüllung der Verpflichtungen aus der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion, der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion und den Vollzugsordnungen verantwortlich ist.
*3 Brouillage préjudiciable: Brouillage qui compromet le fonctionnement d'un service de radionavigation ou d'autres services de sécurité ou qui dégrade sérieusement, interrompt de façon répétée ou empêche le fonctionnement d'un service de radiocommunication utilisé conformément au Règlement des radiocommunications.	Schädliche Störung: 1003 Störung, welche die Abwicklung des Verkehrs bei einem Navigationsfunkdienst oder bei anderen Sicherheitsfunkdiensten gefährdet oder den Verkehr bei einem Funkdienst, der in Übereinstimmung mit der Vollzugsordnung für den Funkdienst wahrgenommen wird, ernstlich beeinträchtigt, ihn behindert oder wiederholt unterbricht.
*4 Correspondance publique: Toute télécommunication que les bureaux et stations, par le fait de leur mise à la disposition du public, doivent accepter aux fins de transmission.	Öffentlicher Nachrichtenaustausch: 1004 Jeder Fernmeldeverkehr, den die Ämter und Dienststellen aufgrund der Tatsache, daß sie der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, zur Übermittlung annehmen müssen.
*5 Délégation: Ensemble des délégués et, éventuellement, des représentants, conseillers, attachés ou interprètes envoyés par un même Membre. Chaque Membre est libre de composer sa délégation à sa convenance. En particulier, il peut y inclure, entre autres, en qualité de délégués, de conseillers ou d'attachés, des personnes appartenant à toute entité ou organisation agréée conformément aux dispositions pertinentes de la Convention.	Delegation: 1005 Gesamtheit der Delegierten und gegebenenfalls der Vertreter, Berater, Beigeordneten oder Dolmetscher, die von einem Mitglied entsandt werden. Jedes Mitglied kann seine Delegation nach Belieben zusammenstellen. Insbesondere kann es in diese u. a. solche Personen als Delegierte, Berater oder Beigeordnete aufnehmen, die einem Gremium oder einer Organisation angehören, das bzw. die nach den einschlägigen Bestimmungen der Konvention zugelassen ist.
6 Délégué: Personne envoyée par le gouvernement d'un Membre de l'Union à une Conférence de plénipotentiaires, ou personne représentant le gouvernement ou l'administration d'un Membre de l'Union à une conférence ou à une réunion de l'Union.	Delegierter: 1006 Eine Person, die von der Regierung eines Mitglieds der Union zu einer Konferenz der Regierungsbevollmächtigten entsandt wird, oder eine Person, welche die Regierung oder die Verwaltung eines Mitglieds der Union auf einer Konferenz oder bei einer Tagung der Union vertritt.
7 Exploitation: Tout particulier, société, entreprise ou toute institution gouvernementale qui exploite une installation de télécommunication destinée à assurer un service de télécommunication international ou susceptible de causer des brouillages préjudiciables à un tel service.	Betriebsunternehmen*): 1007 Jede Privatperson, jede Gesellschaft, jedes Unternehmen oder jede staatliche Einrichtung, die bzw. das eine Fernmeldeanlage betreibt, welche für die Wahrnehmung eines internationalen Fernmeldedienstes bestimmt ist oder bei einem solchen Dienst schädliche Störungen verursachen kann.
8 Exploitation reconnue: Toute exploitation répondant à la définition ci-dessus, qui exploite un service de correspondance publique ou de radiodiffusion et à laquelle les obligations prévues à l'article 6 de la présente Constitution sont imposées par le Membre sur le territoire duquel est installé le siège social de cette exploitation ou par le Membre qui a autorisé cette exploitation à établir et à exploiter un service de télécommunication sur son territoire.	Anerkanntes Betriebsunternehmen**): 1008 Jedes Betriebsunternehmen im Sinne der vorgenannten Begriffsbestimmung, das einen Dienst des öffentlichen Nachrichtenaustauschs oder einen Rundfunkdienst wahrnimmt und dem die in Artikel 6 der Konstitution vorgesehenen Verpflichtungen auferlegt sind, und zwar entweder von dem Mitglied, in dessen Hoheitsgebiet sich der Sitz dieses Betriebsunternehmens befindet, oder von dem Mitglied, das dieses Betriebsunternehmen ermächtigt hat, in seinem Hoheitsgebiet einen Fernmeldedienst einzurichten und wahrzunehmen.

*) Anmerkung d. Hrsg.: In Deutschland: „Betriebsgesellschaft“.

**) Anmerkung d. Hrsg.: In Deutschland „anerkannte Betriebsgesellschaft“.

1009 Radiocommunication:

Télécommunication par ondes radioélectriques.

1010 Service de radiodiffusion:

Service de radiocommunication dont les émissions sont destinées à être reçues directement par le public en général. Ce service peut comprendre des émissions sonores, des émissions de télévision ou d'autres genres d'émission.

1011 Service international de télécommunication:

Prestation de télécommunication entre bureaux ou stations de télécommunication de toute nature, situés dans des pays différents ou appartenant à des pays différents.

1012 Télécommunication:

Toute transmission, émission ou réception de signes, de signaux, d'écrits, d'images, de sons ou de renseignements de toute nature, par fil, radioélectricité, optique ou autres systèmes électromagnétiques.

1013 Télégramme:

Ecrit destiné à être transmis par télégraphie en vue de sa remise au destinataire. Ce terme comprend aussi le radiotélégramme, sauf spécification contraire.

1014 Télécommunications d'Etat:

Télécommunications émanant de

- chef d'Etat;
- chef de gouvernement ou membres d'un gouvernement;
- commandant en chef des forces militaires, terrestres, navales ou aériennes;
- agents diplomatiques ou consulaires;
- Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies; chefs des organes principaux des Nations Unies;
- Cour internationale de Justice,

ou réponses aux télécommunications d'Etat mentionnées ci-dessus.

1015 Télégrammes privés:

Télégrammes autres que les télégrammes d'Etat ou de service.

1016 Télégraphie:

Forme de télécommunication dans laquelle les informations transmises sont destinées à être enregistrées à l'arrivée sous forme d'un document graphique; ces informations peuvent dans certains cas être présentées sous une autre forme ou enregistrées pour un usage ultérieur.

Note: Un document graphique est un support d'information sur lequel est enregistré de façon permanente un texte écrit ou imprimé ou une image fixe, et qui est susceptible d'être classé et consulté.

1017 Téléphonie:

Forme de télécommunication essentiellement destinée à l'échange d'informations sous la forme de parole.

Funkverkehr:

Fernmeldeverkehr mit Hilfe von Funkwellen.

Rundfunkdienst:

Funkdienst, dessen Aussendungen zum unmittelbaren Empfang durch die Allgemeinheit bestimmt sind. Dieser Funkdienst kann Tonsendungen, Fernsehsendungen oder andere Arten von Sendungen umfassen.

Internationaler Fernmeldedienst:

Fernmeldedienstleistung zwischen Ämtern oder Stellen jeder Art, die sich in verschiedenen Ländern befinden oder verschiedenen Ländern angehören.

Fernmeldeverkehr:

Jede Übermittlung, jede Aussendung oder jeder Empfang von Zeichen, Signalen, Schriftzeichen, Bildern, Lauten oder Nachrichten jeder Art über Draht, Funk, optische oder andere elektromagnetische Systeme.

Telegramm:

Durch Telegrafie zu übermittelndes Schriftstück, das dem Empfänger zugestellt werden soll. Dieser Begriff schließt auch das Funktelegramm ein, wenn nichts Gegenteiliges bestimmt ist.

Staatsfernmeldeverbindung:

Fernmeldeverbindung, die ausgeht von

- einem Staatsoberhaupt;
- einem Regierungschef oder Regierungsmitgliedern;
- einem Oberkommandierenden von Land-, See- oder Luftstreitkräften;
- einem diplomatischen oder konsularischen Vertreter;
- dem Generalsekretär der Organisation der Vereinten Nationen und den Chefs ihrer Hauptorgane;
- dem Internationalen Gerichtshof;

oder eine Antwort auf die obengenannte Staatsfernmeldeverbindung.

Privattelegramme:

Telegramme, die weder Staats- noch Diensttelegramme sind.

Telegrafie:

Form des Fernmeldeverkehrs, bei der die übermittelten Nachrichten bei ihrer Ankunft als grafisches Dokument wiedergegeben werden; diese Nachrichten können auch in anderer Form wiedergegeben oder zur weiteren Benutzung gespeichert werden.

Anmerkung: Ein grafisches Dokument ist ein Träger von Informationen, auf dem ein geschriebener oder gedruckter Text oder ein feststehendes Bild dauerhaft aufgezeichnet ist; es kann eingeordnet und eingesehen werden.

Telefonie:

Form des Fernmeldeverkehrs, die im wesentlichen für den Austausch von Nachrichten mittels Sprache bestimmt ist.

Konvention der Internationalen Fernmeldeunion

Convention de l'Union internationale des télécommunications

Chapitre I Fonctionnement de l'Union

Section 1

Article 1

La Conférence de plénipotentiaires

1. (1) La Conférence de plénipotentiaires se réunit conformément aux dispositions pertinentes de l'article 8 de la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (ci-après désignée «la Constitution»).

(2) Si cela est pratiquement possible, le lieu précis et les dates exactes d'une Conférence de plénipotentiaires sont fixés par la Conférence de plénipotentiaires précédente; dans le cas contraire, ce lieu et ces dates sont déterminés par le Conseil avec l'accord de la majorité des Membres de l'Union.

2. (1) Le lieu précis et les dates exactes de la prochaine Conférence de plénipotentiaires, ou l'un des deux seulement, peuvent être changés:

- a) à la demande d'au moins un quart des Membres de l'Union, adressée individuellement au Secrétaire général;
- b) sur proposition du Conseil.

(2) Ces changements exigent l'accord de la majorité des Membres de l'Union.

Article 2

Elections et questions connexes

Le Conseil

1. Sauf dans les cas de vacances se produisant dans les conditions spécifiées aux numéros 10 à 12 ci-dessous, les Membres de l'Union élus au Conseil remplissent leur mandat jusqu'à la date à laquelle un nouveau Conseil est élu. Ils sont rééligibles.

2. (1) Si, entre deux Conférences de plénipotentiaires, une vacance se produit au sein du Conseil, le siège revient de droit au Membre de l'Union qui a obtenu, lors du dernier scrutin, le plus

Kapitel I Arbeitsweise der Union

Abschnitt 1

Artikel 1

Konferenz der Regierungsbevollmächtigten

1. (1) Die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten tritt nach den einschlägigen Bestimmungen des Artikels 8 der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (nachstehend „die Konstitution“ genannt) zusammen.

(2) Der präzise Ort und der genaue Zeitpunkt einer Konferenz der Regierungsbevollmächtigten werden, wenn irgend möglich, von der vorhergehenden Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgelegt; geschieht dies nicht, so bestimmt der Rat mit Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder der Union Ort und Zeitpunkt der nächsten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten.

2. (1) Eine Änderung des präzisen Orts und des genauen Zeitpunkts der nächsten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten ist möglich

- a) auf Antrag von mindestens einem Viertel der Mitglieder der Union; diese Anträge sind einzeln an den Generalsekretär zu richten;
- b) auf Vorschlag des Rats.

(2) Für diese Änderungen ist die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder der Union erforderlich.

Artikel 2

Wahlen und damit verbundene Fragen

Der Rat

1. Mit Ausnahme der Fälle, in denen Sitze unter den in den Nummern 10 bis 12 aufgeführten Bedingungen frei werden, üben die in den Rat gewählten Mitglieder der Union ihr Amt bis zu dem Zeitpunkt aus, zu dem ein neuer Rat gewählt wird. Sie können wiedergewählt werden.

2. (1) Wird zwischen zwei Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten ein Sitz im Rat frei, so fällt dieser Sitz von Rechts wegen dem Mitglied der Union zu, das bei der letzten Wahl unter

grand nombre de suffrages parmi les Membres qui font partie de la même région et dont la candidature n'a pas été retenue.

- 9 (2) Quand, pour une raison quelconque, un siège vacant ne peut être comblé en respectant la procédure indiquée au numéro 8 ci-dessus, le président du Conseil invite les autres membres de la région à poser leur candidature dans le délai d'un mois à compter de la date d'appel à candidature. A la fin de cette période, le Président du Conseil invite les Membres de l'Union à élire le nouveau Membre. L'élection a lieu à bulletin secret par correspondance. La même majorité que celle indiquée ci-dessus est requise. Le nouveau Membre conserve son poste jusqu'à l'élection du nouveau Conseil par la Conférence de plénipotentiaires compétente suivante.
- 10 3. Un siège au Conseil est considéré comme vacant:
- 11 a) lorsqu'un Membre du Conseil ne s'est pas fait représenter à deux sessions ordinaires consécutives du Conseil;
- 12 b) lorsqu'un Membre de l'Union se démet de ses fonctions de Membre du Conseil.

Fonctionnaires élus

- 13 1. Le Secrétaire général, le Vice-Secrétaire général et les directeurs des Bureaux prennent leurs fonctions à la date fixée par la Conférence de plénipotentiaires au moment de leur élection. Ils restent normalement en fonction jusqu'à la date fixée par la Conférence de plénipotentiaires suivante et ne sont rééligibles qu'une fois.
- 14 2. Si l'emploi de Secrétaire général devient vacant, le Vice-Secrétaire général succède au Secrétaire général dans son emploi, qu'il conserve jusqu'à la date fixée par la Conférence de plénipotentiaires au cours de sa réunion suivante. Lorsque, dans ces conditions, le Vice-Secrétaire général succède au Secrétaire général dans son emploi, le poste de Vice-Secrétaire général est considéré comme étant devenu vacant à la même date et les dispositions du numéro 15 ci-dessous s'appliquent.
- 15 3. Si l'emploi de Vice-Secrétaire général devient vacant à une date antérieure de plus de 180 jours à celle qui a été fixée pour le commencement de la prochaine Conférence de plénipotentiaires, le Conseil nomme un successeur pour la durée du mandat restant à courir.
- 16 4. Si les emplois de Secrétaire général et de Vice-Secrétaire général deviennent vacants simultanément, le directeur qui a été le plus longtemps en service exerce les fonctions de Secrétaire général pendant une durée ne dépassant pas 90 jours. Le Conseil nomme un Secrétaire général et, si les emplois sont devenus vacants à une date antérieure de plus de 180 jours à celle qui a été fixée pour le commencement de la prochaine Conférence de plénipotentiaires, il nomme également un Vice-Secrétaire général. Un fonctionnaire ainsi nommé par le Conseil reste en service pour la durée restant à courir du mandat de son prédécesseur.
- 17 5. Si le poste d'un directeur se trouve inopinément vacant, le Secrétaire général prend les mesures nécessaires pour que les fonctions du directeur soient assurées en attendant que le Conseil désigne un nouveau directeur à sa prochaine session ordinaire tenue après la date à laquelle la vacance s'est produite. Un directeur ainsi nommé reste en fonction jusqu'à la date fixée par la Conférence de plénipotentiaires suivante.
- 18 6. Le Conseil procède à la désignation d'un titulaire au poste devenu vacant de Secrétaire général ou de Vice-Secrétaire général, sous réserve des dispositions pertinentes énoncées à l'article 27 de la Constitution, dans la situation visée aux dispositions pertinentes du présent article et cela au cours d'une de ses sessions ordinaires si la vacance s'est produite dans les 90 jours qui précèdent cette session, ou bien au cours d'une session convoquée par son président dans les périodes prévues dans ces dispositions.

denjenigen Mitgliedern der Union, die derselben Region angehören wie das ausgeschiedene Mitglied und deren Kandidatur nicht berücksichtigt worden ist, die meisten Stimmen erhalten hat.

(2) Kann ein freier Sitz aus irgendeinem Grund nicht nach dem in Nummer 8 beschriebenen Verfahren besetzt werden, so fordert der Präsident des Rats die übrigen Mitglieder der Region auf, sich binnen eines Monats, vom Zeitpunkt der Aufforderung an gerechnet, zu bewerben. Am Ende dieses Zeitraums fordert der Präsident des Rats die Mitglieder der Union auf, das neue Mitglied zu wählen. Die Wahl erfolgt geheim und auf schriftlichem Wege. Es ist die gleiche Mehrheit wie oben angegeben erforderlich. Das neue Mitglied bleibt bis zur Wahl des neuen Rats durch die nächste zuständige Konferenz der Regierungsbevollmächtigten im Amt.

3. Ein Sitz im Rat gilt als frei,
- a) wenn ein Mitglied des Rats zu zwei aufeinanderfolgenden ordentlichen Tagungen des Rats keinen Vertreter entsandt hat;
- b) wenn ein Mitglied der Union sein Amt als Mitglied des Rats niederlegt.

Gewählte Beamte

1. Der Generalsekretär, der Vizengeneralsekretär und die Direktoren der Büros treten ihr Amt zu dem Zeitpunkt an, den die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten bei ihrer Wahl festsetzt. Sie bleiben in der Regel bis zu dem Zeitpunkt im Amt, den die nächste Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festsetzt; sie können nur einmal wiedergewählt werden.
2. Wenn die Stelle des Generalsekretärs frei wird, tritt der Vizengeneralsekretär als Nachfolger das Amt des Generalsekretärs an, das er bis zu dem Zeitpunkt innehat, den die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten bei ihrer nächsten Tagung festsetzt. Wenn der Vizengeneralsekretär das Amt des Generalsekretärs unter diesen Voraussetzungen als Nachfolger antritt, gilt die Stelle des Vizengeneralsekretärs von diesem Zeitpunkt an als unbesetzt, wobei Nummer 15 zur Anwendung kommt.
3. Wenn die Stelle des Vizengeneralsekretärs mehr als 180 Tage vor dem Zeitpunkt frei wird, der für den Beginn der nächsten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgesetzt worden ist, ernennt der Rat für die verbleibende Amtszeit einen Nachfolger.
4. Werden die Stelle des Generalsekretärs und die des Vizengeneralsekretärs gleichzeitig frei, so übernimmt der dienstälteste Direktor das Amt des Generalsekretärs für die Dauer von höchstens 90 Tagen. Der Rat ernennt einen Generalsekretär und, wenn beide Stellen mehr als 180 Tage vor dem Zeitpunkt frei geworden sind, der für den Beginn der nächsten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgesetzt worden ist, auch einen Vizengeneralsekretär. Ein so vom Rat ernannter Beamter bleibt bis zum Ende der Amtszeit seines Vorgängers im Amt.
5. Wird die Stelle eines Direktors wider Erwarten frei, so trifft der Generalsekretär die erforderlichen Maßnahmen, damit die Aufgaben des Direktors wahrgenommen werden, bis der Rat während seiner nächsten ordentlichen Tagung nach dem Zeitpunkt, zu dem die Stelle frei geworden ist, einen neuen Direktor ernennt. Ein so ernannter Direktor bleibt bis zu dem von der nächsten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgesetzten Zeitpunkt im Amt.
6. Der Rat besetzt unter den in den einschlägigen Bestimmungen dieses Artikels dargelegten Umständen die frei gewordene Stelle des Generalsekretärs oder die des Vizengeneralsekretärs, vorbehaltlich der einschlägigen Bestimmungen des Artikels 27 der Konstitution, und zwar während einer seiner ordentlichen Tagungen, wenn die Stelle in den letzten 90 Tagen vor dieser Tagung frei geworden ist, oder während einer Tagung, die sein Präsident innerhalb der in diesen Bestimmungen genannten Zeiträume einberufen hat.

7. La période de service d'un fonctionnaire qui a été nommé à un poste de fonctionnaire élu conformément aux conditions prescrites aux numéros 14 à 18 ci-dessus n'empêche pas l'édit fonctionnaire de faire acte de candidature à l'élection ou à la réélection à ce poste.

Membres du Comité du Règlement des radiocommunications

1. Les membres du Comité du Règlement des radiocommunications prennent leurs fonctions aux dates fixées par la Conférence de plénipotentiaires au moment de leur élection. Ils restent en fonction jusqu'aux dates fixées par la Conférence de plénipotentiaires suivante, et ne sont rééligibles qu'une fois.

2. Si, dans l'intervalle qui sépare deux Conférences de plénipotentiaires, un membre du Comité démissionne ou vient à être empêché d'exercer ses fonctions, le Secrétaire général, après consultation du directeur du Bureau des radiocommunications, invite les Membres de l'Union qui font partie de la région intéressée à proposer des candidats pour l'élection d'un remplaçant par le Conseil lors de sa session suivante. Cependant, si la vacance se produit plus de 90 jours avant une session du Conseil ou après la session du Conseil qui précède la Conférence de plénipotentiaires suivante, le Membre de l'Union concerné désigne, aussitôt que possible et dans les 90 jours, un autre ressortissant comme remplaçant, qui restera en fonction, selon le cas, jusqu'à l'entrée en fonction du nouveau membre élu par le Conseil ou jusqu'à l'entrée en fonction des nouveaux membres du Comité élus par la Conférence de plénipotentiaires suivante. Le remplaçant pourra être présenté comme candidat à l'élection par le Conseil ou par la Conférence de plénipotentiaires, selon le cas.

3. Un membre du Comité du Règlement des radiocommunications est réputé ne plus être en mesure d'exercer ses fonctions lorsqu'il a été absent plusieurs fois consécutives des réunions du Comité. Le Secrétaire général, après consultation du président du Comité, du membre du Comité et du Membre de l'Union concernés, déclare qu'un emploi se trouve vacant au Comité et prend les dispositions prévues au numéro 21 ci-dessus.

Article 3

Autres conférences

1. Conformément aux dispositions pertinentes de la Constitution, les conférences mondiales de l'Union ci-après sont normalement convoquées dans l'intervalle qui sépare deux Conférences de plénipotentiaires:

- a) deux conférences mondiales des radiocommunications;
- b) une conférence mondiale de normalisation des télécommunications;
- c) une conférence mondiale de développement des télécommunications;
- d) deux assemblées des radiocommunications associées en lieu et dates aux conférences mondiales des radiocommunications.

2. A titre exceptionnel dans la période comprise entre deux Conférences de plénipotentiaires:

- la deuxième conférence mondiale des radiocommunications et l'assemblée des radiocommunications qui lui est associée peuvent être annulées, ou bien l'une des deux peut être annulée même si l'autre est convoquée;
- une conférence de normalisation des télécommunications additionnelle peut être convoquée.

3. Ces mesures sont prises:

- a) sur décision d'une Conférence de plénipotentiaires;

7. Die Amtszeit eines Beamten, der unter den in den Nummern 14 bis 18 genannten Bedingungen in das Amt eines gewählten Beamten ernannt wurde, stellt keinen Hinderungsgrund für diesen Beamten dar, bei der Wahl oder der Wiederwahl für dieses Amt zu kandidieren.

Mitglieder des Funkregulierungsausschusses

1. Die Mitglieder des Funkregulierungsausschusses treten ihr Amt zu den Zeitpunkten an, welche die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten bei ihrer Wahl festsetzt. Sie bleiben bis zu den Zeitpunkten im Amt, welche die nächste Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festsetzt; sie können nur einmal wiedergewählt werden.

2. Wenn in der Zeit zwischen zwei Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten ein Mitglied des Ausschusses sein Amt niederlegt oder nicht mehr in der Lage ist, seine Aufgaben wahrzunehmen, fordert der Generalsekretär nach Beratung mit dem Direktor des Büros für das Funkwesen die zu der betreffenden Region gehörenden Mitglieder der Union auf, Kandidaten für die Wahl eines Nachfolgers vorzuschlagen, die der Rat während seiner nächsten Tagung vornimmt. Wird jedoch die Stelle mehr als 90 Tage vor der Tagung des Rats oder nach der Tagung des Rats, die der nächsten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten vorangeht, frei, so ernennt das betreffende Mitglied der Union so bald wie möglich, auf jeden Fall aber binnen 90 Tagen, einen anderen Staatsangehörigen zum Ersatzmann, der je nach Fall bis zum Amtsantritt des vom Rat gewählten neuen Mitglieds oder bis zum Amtsantritt der von der nächsten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten gewählten neuen Mitglieder des Ausschusses im Amt bleibt. Der Ersatzmann kann je nach Fall als Kandidat für die Wahl durch den Rat oder durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten aufgestellt werden.

3. Ein Mitglied des Funkregulierungsausschusses gilt als nicht mehr in der Lage, seine Aufgaben wahrzunehmen, wenn es mehrere Male hintereinander den Tagungen des Ausschusses ferngeblieben ist. Der Generalsekretär erklärt nach Beratung mit dem Präsidenten des Ausschusses, mit dem betreffenden Mitglied des Ausschusses und mit dem betreffenden Mitglied der Union, daß eine Stelle im Ausschuß frei ist, und verfährt nach Nummer 21.

Artikel 3

Andere Konferenzen

1. Nach den einschlägigen Bestimmungen der Konstitution werden in der Zeit zwischen zwei Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten normalerweise folgende weltweite Konferenzen der Union einberufen:

- a) zwei weltweite Funkkonferenzen; 24
- b) eine weltweite Konferenz für die Standardisierung im Fernmeldewesen; 25
- c) eine weltweite Konferenz für die Entwicklung des Fernmeldewesens; 26
- d) zwei Funkversammlungen, die in enger örtlicher und zeitlicher Verbindung mit den weltweiten Funkkonferenzen stattfinden. 27

2. In der Zeit zwischen zwei Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten

- dürfen ausnahmsweise die zweite weltweite Funkkonferenz 29 und die zugehörige Funkversammlung gestrichen werden; es kann aber auch nur eine dieser beiden Veranstaltungen gestrichen werden, selbst wenn die andere stattfindet;
- darf ausnahmsweise eine zusätzliche Konferenz für die Standardisierung im Fernmeldewesen einberufen werden. 30

3. Diese Maßnahmen werden getroffen 31

- a) auf Beschluß einer Konferenz der Regierungsbevollmächtigten; 32

- 33 b) sur recommandation de la conférence mondiale précédente du Secteur concerné, sous réserve d'approbation par le Conseil;
- 34 c) à la demande d'au moins un quart des Membres de l'Union, adressée individuellement au Secrétaire général;
- 35 d) ou sur proposition du Conseil.
- 36 4. Une conférence régionale des radiocommunications est convoquée:
- 37 a) sur décision d'une Conférence de plénipotentiaires;
- 38 b) sur recommandation d'une conférence mondiale ou régionale des radiocommunications précédente, sous réserve d'approbation par le Conseil;
- 39 c) à la demande d'au moins un quart des Membres de l'Union appartenant à la région intéressée, adressée individuellement au Secrétaire général;
- 40 d) ou sur proposition du Conseil.
- 41 5. (1) Le lieu précis et les dates exactes d'une conférence mondiale ou régionale ou d'une assemblée des radiocommunications peuvent être fixés par une Conférence de plénipotentiaires.
- 42 (2) En l'absence de décision sur ce sujet, le lieu précis et les dates exactes sont déterminés par le Conseil avec l'accord de la majorité des Membres de l'Union s'il s'agit d'une conférence mondiale ou d'une assemblée des radiocommunications, et de la majorité des Membres de l'Union appartenant à la région intéressée s'il s'agit d'une conférence régionale; dans les deux cas, les dispositions du numéro 47 ci-dessous s'appliquent.
- 43 6. (1) Le lieu précis et les dates exactes d'une conférence ou d'une assemblée peuvent être changés:
- 44 a) à la demande d'au moins un quart des Membres de l'Union s'il s'agit d'une conférence mondiale ou d'une assemblée, ou d'un quart des Membres de l'Union appartenant à la région intéressée s'il s'agit d'une conférence régionale. Les demandes sont adressées individuellement au Secrétaire général qui en saisit le Conseil aux fins d'approbation;
- 45 b) ou sur proposition du Conseil.
- 46 (2) Dans les cas visés aux numéros 44 et 45 ci-dessus, les modifications proposées ne sont définitivement adoptées qu'avec l'accord de la majorité des Membres de l'Union s'il s'agit d'une conférence mondiale ou d'une assemblée, ou de la majorité des Membres de l'Union appartenant à la région considérée s'il s'agit d'une conférence régionale, sous réserve des dispositions du numéro 47 ci-dessous.
- 47 7. Dans les consultations visées aux numéros 42, 46, 118, 123, 138, 302, 304, 305, 307 et 312 de la présente Convention, les Membres de l'Union qui n'ont pas répondu dans le délai fixé par le Conseil sont considérés comme n'ayant pas participé à ces consultations et en conséquence ne sont pas pris en considération dans le calcul de la majorité. Si le nombre des réponses reçues ne dépasse pas la moitié du nombre des Membres de l'Union consultés, on procède à une nouvelle consultation dont le résultat sera déterminant quel que soit le nombre de suffrages exprimés.
- 48 8. (1) Les conférences mondiales des télécommunications internationales sont convoquées sur décision de la Conférence de plénipotentiaires.
- 49 (2) Les dispositions concernant la convocation d'une conférence mondiale des radiocommunications, l'adoption de son ordre du jour et les conditions de participation s'appliquent également, selon qu'il convient, aux conférences mondiales des télécommunications internationales.
- b) auf Empfehlung der vorangegangenen weltweiten Konferenz des betreffenden Sektors, vorbehaltlich der Genehmigung durch den Rat;
- c) auf Antrag von mindestens einem Viertel der Mitglieder der Union; diese Anträge sind einzeln an den Generalsekretär zu richten;
- d) auf Vorschlag des Rats.
4. Eine regionale Funkkonferenz wird einberufen
- a) auf Beschluß einer Konferenz der Regierungsbevollmächtigten;
- b) auf Empfehlung einer vorangegangenen weltweiten oder regionalen Funkkonferenz, vorbehaltlich der Genehmigung durch den Rat;
- c) auf Antrag von mindestens einem Viertel der zu der betreffenden Region gehörenden Mitglieder der Union; diese Anträge sind einzeln an den Generalsekretär zu richten;
- d) auf Vorschlag des Rats.
5. (1) Der präzise Ort und der genaue Zeitpunkt einer weltweiten oder regionalen Konferenz oder einer Funkversammlung können von einer Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgelegt werden.
- (2) Liegt kein entsprechender Beschluß vor, so legt der Rat den präzisen Ort und den genauen Zeitpunkt mit Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder der Union fest, wenn es sich um eine weltweite Konferenz oder eine Funkversammlung handelt, und mit Zustimmung der Mehrheit der zu der betreffenden Region gehörenden Mitglieder der Union, wenn es sich um eine regionale Konferenz handelt; in beiden Fällen kommt Nummer 47 zur Anwendung.
6. (1) Der präzise Ort und der genaue Zeitpunkt einer Konferenz oder einer Versammlung können geändert werden
- a) auf Antrag von mindestens einem Viertel der Mitglieder der Union, wenn es sich um eine weltweite Konferenz oder eine Versammlung handelt, oder von mindestens einem Viertel der zu der betreffenden Region gehörenden Mitglieder der Union, wenn es sich um eine regionale Konferenz handelt. Die Anträge sind einzeln an den Generalsekretär zu richten, der sie dem Rat zur Genehmigung vorlegt;
- b) auf Vorschlag des Rats.
- (2) In den Fällen der Nummern 44 und 45 werden die vorgeschlagenen Änderungen für eine weltweite Konferenz oder eine Versammlung nur mit Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder der Union, für eine regionale Konferenz nur mit Zustimmung der Mehrheit der zu der betreffenden Region gehörenden Mitglieder der Union endgültig angenommen, vorbehaltlich der Nummer 47.
7. Wenn ein Mitglied der Union bei den in den Nummern 42, 46, 118, 123, 138, 302, 304, 305, 307 und 312 dieser Convention genannten Befragungen nicht binnen der vom Rat festgesetzten Frist geantwortet hat, wird so verfahren, als habe es sich an diesen Befragungen nicht beteiligt; es wird infolgedessen bei den Berechnung der Mehrheit nicht berücksichtigt. Übersteigt die Zahl der eingegangenen Antworten nicht die Hälfte der Zahl der befragten Mitglieder der Union, so kommt es zu einer zweiten Befragung, deren Ergebnis ausschlaggebend ist, unabhängig von der Zahl der abgegebenen Stimmen.
8. (1) Weltweite Konferenzen für internationale Fernmeldedienste werden auf Beschluß der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten einberufen.
- (2) Die Bestimmungen über die Einberufung einer weltweiten Funkkonferenz und die Annahme ihrer Tagesordnung sowie die Bedingungen für die Teilnahme an einer solchen Konferenz gelten gegebenenfalls auch für die weltweiten Konferenzen für internationale Fernmeldedienste.

Section 2

Article 4

Le Conseil

1. Le Conseil est composé de quarante-trois Membres de l'Union élus par la Conférence de plénipotentiaires.
2. (1) Le Conseil se réunit une fois par an en session ordinaire au siège de l'Union.
- (2) Au cours de cette session, il peut décider de tenir exceptionnellement une session additionnelle.
- (3) Dans l'intervalle des sessions ordinaires, il peut être convoqué, en principe au siège de l'Union, par son président, à la demande de la majorité de ses Membres, ou à l'initiative de son président dans les conditions prévues au numéro 18 de la présente Convention.
3. Le Conseil ne prend de décision que lorsqu'il est en session. A titre exceptionnel, le Conseil réuni en session peut décider qu'une question particulière sera réglée par correspondance.
4. Au début de chaque session ordinaire, le Conseil élit, parmi les représentants de ses Membres et en tenant compte du principe du roulement entre les régions, ses propres président et vice-président. Ceux-ci restent en fonctions jusqu'à l'ouverture de la session ordinaire suivante et ne sont pas rééligibles. Le vice-président remplace le président en l'absence de ce dernier.
5. Dans la mesure du possible, la personne désignée par un Membre du Conseil pour siéger au Conseil est un fonctionnaire de son administration des télécommunications ou est directement responsable devant cette administration ou en son nom; cette personne doit être qualifiée en raison de son expérience des services de télécommunication.
6. Seuls les frais de voyage, de subsistance et d'assurances engagés par le représentant de chacun des Membres du Conseil pour exercer ses fonctions aux sessions du Conseil sont à la charge de l'Union.
7. Le représentant de chacun des Membres du Conseil a le droit d'assister en qualité d'observateur à toutes les réunions des Secteurs de l'Union.
8. Le Secrétaire général assume les fonctions de Secrétaire du Conseil.
9. Le Secrétaire général, le Vice-Secrétaire général et les directeurs des Bureaux participent de plein droit aux délibérations du Conseil, mais sans prendre part aux votes. Toutefois, le Conseil peut tenir des séances réservées aux seuls représentants de ses Membres.
10. Le Conseil examine chaque année le rapport établi par le Secrétaire général sur la politique et la planification stratégiques recommandées pour l'Union conformément aux directives générales de la Conférence de plénipotentiaires et lui donne la suite qu'il juge appropriée.
11. Le Conseil supervise, dans l'intervalle qui sépare les Conférences de plénipotentiaires, la gestion et l'administration globales de l'Union. Le Conseil, en particulier:
- (1) approuve et révisé le Statut du personnel et le Règlement financier de l'Union et les autres règlements qu'il juge nécessaires en tenant compte de la pratique courante de l'Organisation des Nations Unies et des institutions spécialisées qui appliquent le régime commun des traitements, indemnités et pensions;
- (2) ajuste, s'il est nécessaire:
- a) les échelles de base des traitements du personnel des catégories professionnelle et supérieure, à l'exclusion des traitements des postes auxquels il est pourvu par voie d'élection, afin de les adapter aux échelles de base des traitements

Abschnitt 2

Artikel 4

Der Rat

1. Der Rat besteht aus 43 Mitgliedern der Union, die von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten gewählt werden.
2. (1) Der Rat tritt einmal im Jahr zu einer ordentlichen Tagung am Sitz der Union zusammen.
- (2) Er kann im Laufe dieser Tagung beschließen, ausnahmsweise eine zusätzliche Tagung abzuhalten.
- (3) In der Zeit zwischen den ordentlichen Tagungen kann er auf Antrag der Mehrheit seiner Mitglieder von seinem Präsidenten oder, unter den in Nummer 18 dieser Konvention vorgesehenen Bedingungen, auf Anregung seines Präsidenten einberufen werden, und zwar grundsätzlich am Sitz der Union.
3. Beschlüsse werden vom Rat nur während der Tagungen gefaßt. In Ausnahmefällen kann der Rat während einer Tagung beschließen, daß eine besondere Frage auf schriftlichem Wege geregelt wird.
4. Der Rat wählt zu Beginn jeder ordentlichen Tagung unter den Vertretern seiner Mitglieder und unter Beachtung des Grundsatzes des turnusmäßigen Wechsels zwischen den Regionen seinen eigenen Präsidenten und Vizepräsidenten. Diese bleiben bis zur Eröffnung der nächsten ordentlichen Tagung im Amt und können nicht wiedergewählt werden. Der Vizepräsident vertritt den Präsidenten in dessen Abwesenheit.
5. Die Person, die von einem Mitglied des Rats zur Wahrnehmung eines Sitzes in diesem Rat ernannt wird, soll möglichst ein Beamter sein, der in der Fernmeldeverwaltung dieses Mitglieds arbeitet oder ihr gegenüber unmittelbar verantwortlich ist oder in ihrem Namen handelt; diese Person muß durch ihre Erfahrungen im Bereich der Fernmeldedienste qualifiziert sein.
6. Nur die Kosten für Reise, Aufenthalt und Versicherungen, die für den Vertreter eines Mitglieds des Rats in Ausübung seiner Tätigkeit bei den Tagungen des Rats entstehen, gehen zu Lasten der Union.
7. Der Vertreter eines jeden Mitglieds des Rats hat das Recht, als Beobachter an allen Tagungen der Sektoren der Union teilzunehmen.
8. Der Generalsekretär nimmt die Aufgaben eines Sekretärs des Rats wahr.
9. Der Generalsekretär, der Vizeregenssekretär und die Direktoren der Büros sind kraft ihres Amtes berechtigt, an den Beratungen des Rats teilzunehmen, jedoch ohne Stimmrecht. Der Rat darf aber auch Sitzungen abhalten, die den Vertretern seiner Mitglieder vorbehalten sind.
10. Der Rat prüft jedes Jahr den Bericht des Generalsekretärs über die strategische Politik und Planung, die nach den allgemeinen Richtlinien der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten für die Union empfohlen werden, und trifft die Maßnahmen, die er für geeignet hält.
11. Der Rat überwacht in der Zeit zwischen den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten die allgemeine Führung und Verwaltung der Union. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:
- (1) Er genehmigt und revidiert das Personalstatut und die Finanzvorschriften der Union sowie die übrigen Vorschriften, die er für erforderlich hält, und trägt dabei der Praxis Rechnung, welche die Organisation der Vereinten Nationen und die Sonderorganisationen bei der Anwendung des gemeinsamen Systems für die Gehälter, Zulagen und Pensionen üben;
- (2) er berichtigt, wenn nötig,
- a) die Grundgehaltsstufen für das Personal der Gruppe der Fachbeamten und der darüberliegenden Gruppen – mit Ausnahme der Gehälter für die Stellen, die durch Wahl besetzt werden –, um sie laufend den Grundgehaltsstufen anzugleichen.

- fixées par les Nations Unies pour les catégories correspondantes du régime commun;
- 66 b) les échelles de base des traitements du personnel de la catégorie des services généraux, afin de les adapter aux salaires appliqués par les Nations Unies et les institutions spécialisées au siège de l'Union;
- 67 c) les indemnités de poste des catégories professionnelle et supérieure, ainsi que celles des postes auxquels il est pourvu par vote d'élection, conformément aux décisions des Nations Unies valables pour le siège de l'Union;
- 68 d) les indemnités dont bénéficie tout le personnel de l'Union, en harmonie avec toutes les modifications adoptées dans le régime commun des Nations Unies;
- 69 (3) prend les décisions nécessaires pour assurer la répartition géographique équitable du personnel de l'Union et contrôle l'exécution de ces décisions;
- 70 (4) décide de l'adoption des propositions de réformes majeures relatives à l'organisation du Secrétariat général et des Bureaux des Secteurs de l'Union conformes à la Constitution et la présente Convention, qui lui sont soumises par le Secrétaire général après avoir été examinées par le Comité de coordination;
- 71 (5) examine et arrête les plans pluriannuels relatifs aux postes de travail et au personnel ainsi qu'aux programmes de développement des ressources humaines de l'Union et fournit des orientations en ce qui concerne les effectifs de l'Union, qu'il s'agisse du niveau ou de la structure de ces effectifs, en tenant compte des directives générales de la Conférence de plénipotentiaires et des dispositions pertinentes de l'article 27 de la Constitution;
- 72 (6) ajuste, s'il est nécessaire, les contributions de l'Union et du personnel à la Caisse commune des pensions du personnel des Nations Unies conformément au Statut et Règlement de cette Caisse ainsi que les indemnités de cherté de vie à accorder aux bénéficiaires de la Caisse d'assurance du personnel de l'Union, selon la pratique de celle-ci;
- 73 (7) examine et arrête le budget biennal de l'Union et examine le budget prévisionnel pour le cycle de deux ans suivant le budget considéré, compte tenu des décisions de la Conférence de plénipotentiaires concernant le numéro 50 de la Constitution et des limites fixées pour les dépenses par ladite Conférence conformément aux dispositions du numéro 51 de la Constitution; il réalise toutes les économies possibles, mais garde à l'esprit l'obligation faite à l'Union d'obtenir des résultats satisfaisants aussi rapidement que possible. Ce faisant, le Conseil tient compte des vues du Comité de coordination exposées dans le rapport du Secrétaire général dont il est question au numéro 86 de la présente Convention, et du rapport de gestion financière mentionné au numéro 101 de la présente Convention;
- 74 (8) prend tous les arrangements nécessaires en vue de la vérification annuelle des comptes de l'Union établis par le Secrétaire général et approuve ces comptes, s'il y a lieu, pour les soumettre à la Conférence de plénipotentiaires suivante;
- 75 (9) prend les dispositions nécessaires pour la convocation des conférences de l'Union et fournit au Secrétariat général et aux Secteurs de l'Union, avec l'accord de la majorité des Membres de l'Union s'il s'agit d'une conférence mondiale, ou de la majorité des Membres de l'Union appartenant à la région intéressée s'il s'agit d'une conférence régionale, des directives appropriées en ce qui concerne leur assistance technique et autre à la préparation et à l'organisation des conférences;
- 76 (10) prend les décisions nécessaires en ce qui concerne le numéro 28 de la présente Convention;
- chen, die von den Vereinten Nationen für die entsprechenden Gruppen des gemeinsamen Systems festgelegt sind;
- b) die Grundgehaltsstufen für das Personal der allgemeinen Dienste, um sie laufend den Gehältern anzugleichen, die von den Vereinten Nationen und den Sonderorganisationen am Sitz der Union gezahlt werden;
- c) den Kaufkraftausgleich für die Gruppe der Fachbeamten und die darüberliegenden Gruppen sowie den Kaufkraftausgleich für die Stellen, die durch Wahl besetzt werden, entsprechend den für den Sitz der Union gültigen Beschlüssen der Vereinten Nationen;
- d) die Zulagen, die das gesamte Personal der Union erhält, und zwar in Übereinstimmung mit allen für das gemeinsame System der Vereinten Nationen angenommenen Änderungen;
- (3) er faßt die notwendigen Beschlüsse, um die ausgewogene geographische Verteilung des Personals der Union zu gewährleisten, und kontrolliert die Durchführung dieser Beschlüsse;
- (4) er entscheidet über die Vorschläge zu wichtigen organisatorischen Änderungen des Generalsekretariats und der Büros der Sektoren der Union, die mit der Konstitution und dieser Konvention in Einklang stehen müssen; die Vorschläge werden ihm nach Prüfung durch den Koordinierungsausschuß vom Generalsekretär vorgelegt;
- (5) er prüft und genehmigt die mittelfristigen Pläne für die Arbeitsplätze und das Personal sowie für die Programme zur Entwicklung der personellen Ressourcen der Union und gibt Leitlinien für die Personalausstattung der Union, und zwar sowohl für die Einstufung des Personals als auch für die Personalstruktur, wobei er die von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten gegebenen allgemeinen Richtlinien und die einschlägigen Bestimmungen des Artikels 27 der Konstitution berücksichtigt;
- (6) er berichtigt, wenn nötig, die Beiträge der Union und des Personals für die Gemeinsame Pensionskasse des Personals der Vereinten Nationen, in Übereinstimmung mit dem Statut und den Vorschriften dieser Kasse, sowie die Teuerungszulagen, die den Empfängern von Zahlungen aus der Versicherungskasse für das Personal der Union zu gewähren sind, wobei entsprechend der von dieser Kasse geübten Praxis verfahren wird;
- (7) er prüft und beschließt das Zweijahresbudget der Union und prüft das voraussichtliche Budget für die beiden darauffolgenden Jahre, wobei er die in bezug auf Nummer 50 der Konstitution gefaßten Beschlüsse der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten und die von dieser Konferenz nach Nummer 51 der Konstitution für die Ausgaben gesetzten Höchstgrenzen berücksichtigt; er achtet auf größtmögliche Sparsamkeit, trägt jedoch immer der Verpflichtung der Union Rechnung, so schnell wie möglich zufriedenstellende Ergebnisse zu erzielen. Dabei berücksichtigt der Rat die Ansichten des Koordinierungsausschusses, die in dem in Nummer 86 dieser Konvention genannten Bericht des Generalsekretärs dargelegt sind, sowie den in Nummer 101 dieser Konvention genannten Finanzbericht;
- (8) er trifft alle notwendigen Anordnungen für die jährliche Prüfung der vom Generalsekretär aufgestellten Rechnungen der Union und genehmigt diese Rechnungen gegebenenfalls, um sie der nächsten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten vorzulegen;
- (9) er trifft die für die Einberufung der Konferenzen der Union erforderlichen Vorkehrungen und gibt dem Generalsekretariat und den Sektoren der Union Richtlinien in bezug auf ihre fachliche und sonstige Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung der Konferenzen, und zwar mit Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder der Union, wenn es sich um eine weltweite Konferenz handelt, und mit Zustimmung der Mehrheit der zu der betreffenden Region gehörenden Mitglieder der Union, wenn es sich um eine regionale Konferenz handelt;
- (10) er faßt die in bezug auf Nummer 28 dieser Konvention erforderlichen Beschlüsse;

77 (11) statue sur la mise en oeuvre des décisions qui sont prises par les conférences et qui ont des répercussions financières;

78 (12) dans les limites prescrites par la Constitution, la présente Convention et les Règlements administratifs, prend toutes les autres mesures jugées nécessaires au bon fonctionnement de l'Union;

79 (13) prend toutes les dispositions nécessaires, après accord de la majorité des Membres de l'Union, pour résoudre à titre provisoire les cas non prévus dans la Constitution, la présente Convention, les Règlements administratifs et leurs annexes, pour la solution desquels il n'est plus possible d'attendre la prochaine conférence compétente;

10 (14) est chargé d'assurer la coordination avec toutes les organisations internationales visées aux articles 49 et 50 de la Constitution. A cet effet, il conclut au nom de l'Union des accords provisoires avec les organisations internationales visées à l'article 50 de la Constitution et avec les Nations Unies en application de l'Accord entre l'Organisation des Nations Unies et l'Union internationale des télécommunications; ces accords provisoires doivent être soumis à la Conférence de plénipotentiaires suivante conformément à la disposition pertinente de l'article 8 de la Constitution;

1 (15) envoie aux Membres de l'Union le plus tôt possible après chacune de ses sessions, des comptes rendus succincts de ses travaux, ainsi que tous documents qu'il juge utiles;

2 (16) soumet à la Conférence de plénipotentiaires un rapport sur les activités de l'Union depuis la dernière Conférence de plénipotentiaires ainsi que les recommandations qu'il juge appropriées.

Section 3

Article 5

Secrétariat général

3 1. Le Secrétaire général:

4 a) est responsable de la gestion globale des ressources de l'Union; il peut déléguer la gestion d'une partie de ces ressources au Vice-Secrétaire général ainsi qu'aux directeurs des Bureaux, après consultation, au besoin, du Comité de coordination;

3 b) coordonne les activités du Secrétariat général et des Secteurs de l'Union en tenant compte des vues du Comité de coordination, afin d'assurer une utilisation aussi efficace et économique que possible des ressources de l'Union;

c) après consultation du Comité de coordination et compte tenu des vues de celui-ci, prépare et soumet au Conseil un rapport annuel faisant état de l'évolution de l'environnement des télécommunications et contenant des recommandations relatives à la politique et à la stratégie futures de l'Union, comme le stipule le numéro 61 de la présente Convention, ainsi qu'une évaluation de leurs répercussions financières;

d) organise le travail du Secrétariat général et nomme le personnel de ce Secrétariat, en se conformant aux directives données par la Conférence de plénipotentiaires et aux règlements établis par le Conseil;

e) prend les mesures administratives relatives aux Bureaux des Secteurs de l'Union et nomme le personnel de ces Bureaux sur la base du choix et des propositions du directeur du Bureau concerné, la décision finale de nomination ou de licenciement appartenant cependant au Secrétaire général;

f) porte à la connaissance du Conseil toute décision prise par l'Organisation des Nations Unies et les institutions spécialisées qui affecte les conditions de service, d'indemnités et de pensions du régime commun;

(11) er entscheidet über die Durchführung der Beschlüsse 77 der Konferenzen, die finanzielle Auswirkungen haben;

(12) er trifft im Rahmen der Bestimmungen der Konstitution, 78 dieser Konvention und der Vollzugsordnungen alle anderen für das reibungslose Arbeiten der Union notwendig erscheinenden Maßnahmen;

(13) er trifft nach Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder 79 der Union alle notwendigen Vorkehrungen zur vorläufigen Regelung der Fälle, die in der Konstitution, in dieser Konvention, in den Vollzugsordnungen und in ihren Anhängen nicht vorgesehen sind und mit deren Regelung nicht bis zur nächsten zuständigen Konferenz gewartet werden kann;

(14) er sorgt für die Koordinierung mit allen internationalen 80 Organisationen, die in den Artikeln 49 und 50 der Konstitution erwähnt sind; zu diesem Zweck schließt er im Namen der Union vorläufige Abkommen mit den in Artikel 50 der Konstitution erwähnten internationalen Organisationen und mit den Vereinten Nationen in Anwendung des Abkommens zwischen der Organisation der Vereinten Nationen und der Internationalen Fernmeldeunion; diese vorläufigen Abkommen müssen nach der einschlägigen Bestimmung des Artikels 8 der Konstitution der nächsten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten vorgelegt werden;

(15) er schickt den Mitgliedern der Union nach jeder Tagung 81 so bald wie möglich Kurzberichte über seine Arbeiten sowie alle Dokumente, die ihm nützlich erscheinen;

(16) er legt der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten 82 einen Bericht über die Tätigkeit der Union seit der letzten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten vor sowie die Empfehlungen, die er für geeignet hält.

Abschnitt 3

Artikel 5

Generalsekretariat

1. Der Generalsekretär

a) ist verantwortlich für die allgemeine Verwaltung der Mittel der 84 Union; er kann die Verwaltung eines Teils dieser Mittel dem Vizegeneralsekretär sowie den Direktoren der Büros übertragen, gegebenenfalls nach Beratung mit dem Koordinierungsausschuß;

b) koordiniert die Tätigkeiten des Generalsekretariats und der 85 Sektoren der Union unter Berücksichtigung der Ansichten des Koordinierungsausschusses, um eine möglichst wirksame und wirtschaftliche Verwendung der Mittel der Union zu gewährleisten;

c) erstellt, nach Beratung mit dem Koordinierungsausschuß und 86 unter Berücksichtigung der Ansichten dieses Ausschusses, jährlich einen Bericht über das sich wandelnde Telekommunikationsumfeld, in dem er auch Empfehlungen zur zukünftigen Politik und Strategie der Union gibt, wie in Nummer 61 dieser Konvention vorgeschrieben, sowie eine Einschätzung ihrer finanziellen Auswirkungen, und legt diesen Bericht dem Rat vor;

d) organisiert die Arbeit des Generalsekretariats und ernennt das 87 Personal dieses Sekretariats, wobei er die von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten gegebenen Richtlinien und die vom Rat erarbeiteten Vorschriften beachtet;

e) trifft die administrativen Maßnahmen für die Büros der Sektoren 88 der Union und ernennt das Personal dieser Büros auf der Grundlage der vom Direktor des betreffenden Büros getroffenen Auswahl und seiner Vorschläge; die endgültige Entscheidung über Ernennung oder Entlassung liegt jedoch beim Generalsekretär;

f) gibt dem Rat jeden Beschluß der Organisation der Vereinten 89 Nationen und der Sonderorganisationen bekannt, der die Bedingungen des gemeinsamen Systems für den Dienst, die Zulagen und die Pensionen berührt;

- 90 g) veille à l'application de tout règlement adopté par le Conseil;
- 91 h) fournit des avis juridiques à l'Union;
- 92 l) supervise, pour les besoins de la gestion administrative, le personnel de l'Union, afin d'assurer une utilisation aussi efficace que possible de ce personnel et de lui appliquer les conditions d'emploi du régime commun. Le personnel désigné pour assister directement les directeurs des Bureaux est placé sous l'autorité administrative du Secrétaire général et travaille sous les ordres directs des directeurs intéressés, mais conformément aux directives administratives générales du Conseil;
- 93 j) dans l'intérêt général de l'Union et en consultation avec les directeurs des Bureaux concernés, affecte temporairement des fonctionnaires à d'autres emplois que ceux auxquels ils ont été nommés en fonction des fluctuations du travail au siège de l'Union;
- 94 k) prend, en accord avec le directeur du Bureau concerné, les dispositions administratives et financières nécessaires en vue des conférences et réunions de chaque Secteur;
- 95 l) assure le travail de secrétariat approprié qui précède et qui suit les conférences de l'Union, en tenant compte des responsabilités de chaque Secteur;
- 96 m) prépare des recommandations pour la première réunion des chefs de délégation mentionnée au numéro 342 de la présente Convention, en tenant compte des résultats des consultations régionales éventuelles;
- 97 n) assure, s'il y a lieu en coopération avec le gouvernement invitant, le secrétariat des conférences de l'Union et, le cas échéant, en collaboration avec le directeur concerné, fournit les services nécessaires à la tenue des réunions de l'Union, en recourant, dans la mesure où il l'estime nécessaire, au personnel de l'Union, conformément au numéro 93 ci-dessus. Le Secrétaire général peut aussi, sur demande et sur la base d'un contrat, assurer le secrétariat de toute autre réunion relative aux télécommunications;
- 98 o) prend les dispositions nécessaires pour assurer la publication et la distribution en temps opportun des documents de service, des bulletins d'information ainsi que des autres documents et dossiers qui ont été établis par le Secrétariat général et les Secteurs ou qui ont été communiqués à l'Union, ou dont la publication est demandée par les conférences ou le Conseil. Le Conseil tient à jour la liste des documents à publier, après avoir consulté la conférence concernée au sujet des documents de service et des autres documents dont la publication est demandée par les conférences;
- 99 p) publie périodiquement, à l'aide des renseignements réunis ou mis à sa disposition, y compris ceux qu'il peut recueillir auprès d'autres organisations internationales, un journal d'information et de documentation générales sur les télécommunications;
- 100 q) après consultation du Comité de coordination et après avoir réalisé toutes les économies possibles, prépare et soumet au Conseil un projet de budget biennal couvrant les dépenses de l'Union dans les limites fixées par la Conférence de plénipotentiaires. Ce projet de budget se compose d'un budget global regroupant les budgets fondés sur les coûts de chacun des trois Secteurs, établis conformément aux directives budgétaires émanant du Secrétaire général et comprenant deux versions. Une version correspond à une croissance zéro pour l'unité contributive, l'autre à une croissance inférieure ou égale à toute limite fixée par la Conférence de plénipotentiaires après prélèvement éventuel sur le compte de provision. La résolution relative au budget, après approbation par le
- g) sorgt für die Anwendung aller vom Rat angenommenen Vorschriften;
- h) berät die Union in Rechtsfragen;
- i) beaufsichtigt, für die Zwecke der Verwaltungsführung, das Personal der Union, um einen möglichst wirksamen Einsatz dieses Personals zu gewährleisten und um die Arbeitsbedingungen des gemeinsamen Systems auf dieses Personal anzuwenden. Das für die unmittelbare Unterstützung der Direktoren der Büros ernannte Personal untersteht verwaltungsmäßig dem Generalsekretär und arbeitet unmittelbar nach den Weisungen der betreffenden Direktoren, hat sich aber immer an die allgemeinen Verwaltungsrichtlinien des Rats zu halten;
- j) weist im allgemeinen Interesse der Union und nach Beratung mit den Direktoren der betreffenden Büros den Bediensteten vorübergehend andere Tätigkeiten zu, um dem unterschiedlichen Arbeitsanfall am Sitz der Union gerecht zu werden;
- k) trifft im Einvernehmen mit dem Direktor des betreffenden Büros alle für die Konferenzen und Tagungen der Sektoren erforderlichen administrativen und finanziellen Vorkehrungen;
- l) übernimmt die entsprechenden Sekretariatsarbeiten vor und nach den Konferenzen der Union, wobei er die Zuständigkeiten jedes einzelnen Sektors berücksichtigt;
- m) bereitet Empfehlungen für die in Nummer 342 dieser Konvention genannte erste Sitzung der Delegationschefs vor, wobei er die Ergebnisse etwaiger regionaler Befragungen berücksichtigt;
- n) übernimmt, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit der einladenden Regierung, das Sekretariat für die Konferenzen der Union und stellt, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit dem betreffenden Direktor, die für die Tagungen der Union notwendigen Dienste zur Verfügung, wobei er, soweit er es für notwendig hält, nach Nummer 93 auf das Personal der Union zurückgreift. Der Generalsekretär kann ferner auf Antrag und auf vertraglicher Grundlage das Sekretariat für alle anderen Tagungen auf dem Gebiet des Fernmeldewesens übernehmen;
- o) trifft die notwendigen Maßnahmen für die rechtzeitige Veröffentlichung und Verteilung der Dienstunterlagen, Informationsbulletins und anderen Unterlagen und Dokumente, die vom Generalsekretariat und den Sektoren erstellt oder der Union bekanntgegeben wurden oder deren Veröffentlichung von den Konferenzen oder vom Rat verlangt wird. Der Rat bringt die Liste der für die Veröffentlichung vorgesehenen Unterlagen laufend auf den neuesten Stand, wobei er sich mit den betreffenden Konferenzen hinsichtlich der Dienstunterlagen und anderen Dokumente berät, deren Veröffentlichung von diesen Konferenzen verlangt wird;
- p) gibt regelmäßig anhand von gesammelten oder ihm zur Verfügung gestellten Informationen, einschließlich solcher, die er etwa von anderen internationalen Organisationen erhält, eine Zeitschrift mit allgemeinen Nachrichten und Veröffentlichungen über das Fernmeldewesen heraus;
- q) bereitet nach Beratung mit dem Koordinierungsausschuß und unter Beachtung der Regeln größtmöglicher Sparsamkeit den Entwurf für das Zweijahresbudget vor, den er dann dem Rat vorlegt; dieses Budget deckt die Ausgaben der Union in dem von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgelegten Rahmen. Der Budgetentwurf besteht aus einem allgemeinen Budget, das die auf den Kosten beruhenden und nach den Budgetrichtlinien des Generalsekretärs aufgestellten Budgets aller drei Sektoren enthält; er wird in zwei Fassungen erstellt. Eine Fassung basiert auf dem Nullwachstum der Beitragseinheit, die andere – eventuell nach Entnahmen aus dem Reservefonds – auf dem Wachstum des Budgets, das unter der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgelegten

Conseil, est transmise à titre d'information à tous les Membres de l'Union;

- i r) avec l'aide du Comité de coordination, établit un rapport annuel de gestion financière conformément aux dispositions du Règlement financier et le présente au Conseil. Un rapport de gestion financière et un compte récapitulatif sont établis et soumis à la Conférence de plénipotentiaires suivante aux fins d'examen et d'approbation définitive;
- s) avec l'aide du Comité de coordination, établit un rapport annuel sur l'activité de l'Union transmis, après approbation du Conseil, à tous les Membres;
- t) accomplit toutes les autres fonctions de secrétariat de l'Union;
- u) accomplit toute autre fonction que lui confie le Conseil.

2. Le Secrétaire général ou le Vice-Secrétaire général peut assister, à titre consultatif, aux conférences de l'Union; le Secrétaire général ou son représentant peut participer, à titre consultatif, à toutes les autres réunions de l'Union.

Section 4

Article 6

Comité de coordination

1. (1) Le Comité de coordination assiste et conseille le Secrétaire général sur toutes les questions mentionnées aux dispositions pertinentes de l'article 26 de la Constitution ainsi qu'aux articles pertinents de la présente Convention.

(2) Le Comité est chargé d'assurer la coordination avec toutes les organisations internationales mentionnées aux articles 49 et 50 de la Constitution, en ce qui concerne la représentation de l'Union aux conférences de ces organisations.

(3) Le Comité examine les résultats des activités de l'Union et assiste le Secrétaire général dans la préparation du rapport, visé au numéro 86 de la présente Convention, qui est soumis au Conseil.

2. Le Comité doit s'efforcer de formuler ses conclusions par accord unanime. S'il n'est pas appuyé par la majorité du Comité, le président peut, dans des circonstances exceptionnelles, prendre des décisions sous sa propre responsabilité, s'il estime que le règlement des questions en cause est urgent et ne peut attendre la prochaine session du Conseil. Dans ces circonstances, il fait rapport promptement et par écrit aux Membres du Conseil sur ces questions, en indiquant les raisons qui l'ont amené à prendre ces décisions, et en leur communiquant les vues, exposées par écrit, des autres membres du Comité. Si les questions étudiées dans de telles circonstances ne sont pas urgentes mais néanmoins importantes, elles doivent être soumises à l'examen du Conseil à sa prochaine session.

3. Le Président convoque le Comité au moins une fois par mois; le Comité peut également se réunir en cas de besoin, à la demande de deux de ses membres.

4. Un rapport sur les travaux du Comité de coordination est établi et communiqué sur demande aux Membres du Conseil.

Section 5

Secteur des radiocommunications

Article 7

Conférences mondiales des radiocommunications

1. Conformément au numéro 90 de la Constitution, une conférence mondiale des radiocommunications est convoquée pour

Höchstgrenze liegt oder ihr gleich ist. Die das Budget betreffende Entschliebung wird allen Mitgliedern der Union nach Genehmigung durch den Rat zur Kenntnisnahme zugeleitet;

- r) erstellt mit Unterstützung des Koordinierungsausschusses, in Übereinstimmung mit den Finanzvorschriften, jährlich einen Finanzbericht und legt ihn dem Rat vor. Ein zusammenfassender Finanzbericht und ein zusammenfassender Rechenschaftsbericht werden erstellt und der nächsten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten zur Prüfung und endgültigen Genehmigung vorgelegt; 101
- s) erstellt mit Unterstützung des Koordinierungsausschusses jährlich einen Bericht über die Tätigkeit der Union, den er nach Genehmigung durch den Rat allen Mitgliedern der Union zuleitet; 102
- t) übernimmt alle übrigen Sekretariatsgeschäfte der Union; 103
- u) übt alle sonstigen Tätigkeiten aus, die ihm der Rat überträgt. 104

2. Der Generalsekretär oder der Vizegeneralsekretär darf an den Konferenzen der Union in beratender Eigenschaft teilnehmen; der Generalsekretär oder sein Vertreter darf an allen anderen Tagungen der Union in beratender Eigenschaft teilnehmen. 105

Abschnitt 4

Artikel 6

Koordinierungsausschuß

1. (1) Der Koordinierungsausschuß unterstützt und berät den Generalsekretär bei allen in den einschlägigen Bestimmungen des Artikels 26 der Konstitution sowie in den einschlägigen Bestimmungen dieser Konvention erwähnten Fragen. 106

(2) Der Ausschuß hat für die Koordinierung mit allen in den Artikeln 49 und 50 der Konstitution erwähnten internationalen Organisationen hinsichtlich der Vertretung der Union bei den Konferenzen dieser Organisationen zu sorgen. 107

(3) Der Ausschuß prüft die Ergebnisse der Tätigkeit der Union und unterstützt den Generalsekretär bei der Erstellung des in Nummer 86 dieser Konvention genannten Berichts, der dann dem Rat vorgelegt wird. 108

2. Der Ausschuß muß bestrebt sein, seine Beschlüsse einstimmig zu fassen. Falls der Präsident nicht von der Mehrheit des Ausschusses unterstützt wird, kann er unter außergewöhnlichen Umständen Entscheidungen in eigener Verantwortung treffen, wenn er der Ansicht ist, daß die Regelung der betreffenden Fragen dringend ist und daß damit nicht bis zur nächsten Tagung des Rats gewartet werden kann. Unter diesen Umständen erstattet er den Mitgliedern des Rats umgehend schriftlich Bericht über diese Fragen, wobei er die Gründe angibt, die ihn veranlaßt haben, diese Entscheidungen zu treffen; gleichzeitig teilt er ihnen die schriftlich dargelegten Standpunkte der anderen Mitglieder des Ausschusses mit. Wenn die unter solchen Umständen untersuchten Fragen nicht vordringlich, aber dennoch wichtig sind, müssen sie dem Rat während seiner nächsten Tagung zur Prüfung vorgelegt werden. 109

3. Der Präsident beruft den Ausschuß mindestens einmal im Monat ein; im Bedarfsfall kann der Ausschuß auch auf Verlangen zweier seiner Mitglieder zusammentreten. 110

4. Über die Arbeit des Koordinierungsausschusses wird ein Bericht erstellt, der auf Verlangen den Mitgliedern des Rats übermittelt wird. 111

Abschnitt 5

Sektor für das Funkwesen

Artikel 7

Weltweite Funkkonferenzen

1. Eine weltweite Funkkonferenz wird nach Nummer 90 der Konstitution zur Behandlung besonderer Fragen des Funkwesens 112

examiner des questions de radiocommunication particulières. Une conférence mondiale des radiocommunications traite des points inscrits à l'ordre du jour adopté conformément aux dispositions pertinentes du présent article.

113 2. (1) L'ordre du jour d'une conférence mondiale des radiocommunications peut comporter:

- 114 a) la révision partielle ou, exceptionnellement, totale du Règlement des radiocommunications mentionné à l'article 4 de la Constitution;
- 115 b) toute autre question de caractère mondial relevant de la compétence de la conférence;
- 116 c) un point concernant des instructions à donner au Comité du Règlement des radiocommunications et au Bureau des radiocommunications touchant à leurs activités et l'examen de celles-ci;
- 117 d) l'adoption des questions que l'assemblée des radiocommunications doit étudier, ainsi que celles que cette assemblée devra examiner concernant les futures conférences des radiocommunications.

118 (2) Le cadre général de cet ordre du jour devrait être fixé quatre ans à l'avance, et l'ordre du jour définitif est fixé par le Conseil de préférence deux ans avant la conférence, avec l'accord de la majorité des Membres de l'Union, sous réserve des dispositions du numéro 47 de la présente Convention.

119 (3) Cet ordre du jour comprend toute question dont l'inclusion a été décidée par une Conférence de plénipotentiaires.

120 3. (1) Cet ordre du jour peut être changé:

- 121 a) à la demande d'au moins un quart des Membres de l'Union, ces demandes étant adressées individuellement au Secrétaire général qui en saisit le Conseil aux fins d'approbation;
- 122 b) ou sur proposition du Conseil.

123 (2) Les projets de modification de l'ordre du jour d'une conférence mondiale des radiocommunications ne sont définitivement adoptés qu'avec l'accord de la majorité des Membres de l'Union, sous réserve des dispositions du numéro 47 de la présente Convention.

124 4. En outre, la conférence:

- 125 (1) examine et approuve le rapport du directeur du Bureau sur les activités du Secteur depuis la dernière conférence;
- 126 (2) adresse des recommandations au Conseil en ce qui concerne les points à inscrire à l'ordre du jour d'une future conférence, expose ses vues sur l'ordre du jour des conférences pour un cycle d'au moins quatre ans et évalue leurs répercussions financières;
- 127 (3) inclut dans ses décisions des instructions ou des demandes, selon le cas, au Secrétaire général et aux Secteurs de l'Union.

128 5. Le Président et les Vice-Présidents de l'assemblée des radiocommunications, de la ou des commission(s) d'études pertinente(s) peuvent participer à la conférence mondiale des radiocommunications associée.

Article 8

Assemblée des radiocommunications

- 129 1. Une assemblée des radiocommunications examine les recommandations relatives aux questions qu'elle a adoptées conformément à ses propres procédures ou qui lui sont soumises par la Conférence de plénipotentiaires, par une autre conférence, par le Conseil ou par le Comité du Règlement des radiocommunications et, suivant le cas, formule des recommandations à ce sujet.
- 130 2. En ce qui concerne le numéro 129 ci-dessus, l'assemblée des radiocommunications:

einberufen. Eine weltweite Funkkonferenz befaßt sich mit den Punkten, die auf der nach den einschlägigen Bestimmungen dieses Artikels angenommenen Tagesordnung stehen.

2. (1) Die Tagesordnung einer weltweiten Funkkonferenz kann folgende Punkte enthalten:

- a) die teilweise oder, im Ausnahmefall, die vollständige Revision der in Artikel 4 der Konstitution genannten Vollzugsordnung für den Funkdienst;
- b) jede andere Frage von weltweitem Interesse, für welche die Konferenz zuständig ist;
- c) einen Punkt, der sich auf Anweisungen bezieht, die dem Funkregulierungsausschuß und dem Büro für das Funkwesen in bezug auf ihre Tätigkeit zu geben sind, und die Prüfung dieser Tätigkeit;
- d) die Annahme der Fragen, welche die Funkversammlung behandeln soll, sowie die Angelegenheiten, die diese Versammlung in bezug auf die zukünftigen Funkkonferenzen untersuchen soll.

(2) Der allgemeine Rahmen dieser Tagesordnung sollte 4 Jahre im voraus festgesetzt werden; die endgültige Tagesordnung wird vorzugsweise 2 Jahre vor der Konferenz vom Rat, mit Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder der Union, festgesetzt, vorbehaltlich der Nummer 47 dieser Konvention.

(3) Diese Tagesordnung enthält alle Fragen, deren Aufnahme von einer Konferenz der Regierungsbevollmächtigten beschlossen worden ist.

3. (1) Diese Tagesordnung kann geändert werden

- a) auf Antrag von mindestens einem Viertel der Mitglieder der Union; diese Anträge sind einzeln an den Generalsekretär zu richten, der sie dem Rat zur Genehmigung vorlegt;
- b) auf Vorschlag des Rats.

(2) Die zur Tagesordnung einer weltweiten Funkkonferenz vorgeschlagenen Änderungen werden nur mit Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder der Union endgültig angenommen, vorbehaltlich der Nummer 47 dieser Konvention.

4. Die Konferenz hat außerdem folgende Aufgaben:

- (1) Sie prüft und genehmigt den Bericht des Direktors des Büros über die Tätigkeit des Sektors seit der letzten Konferenz;
- (2) sie empfiehlt dem Rat Punkte zur Aufnahme in die Tagesordnung einer zukünftigen Konferenz, äußert ihre Ansichten zu den Tagesordnungen der Konferenzen für einen Zeitraum von mindestens 4 Jahren und schätzt die finanziellen Auswirkungen dieser Konferenzen ab;
- (3) sie nimmt in ihre Beschlüsse je nach Fall Anweisungen oder Anfragen an den Generalsekretär und an die Sektoren der Union auf.

5. Der Präsident und die Vizepräsidenten der Funkversammlung und die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der einschlägigen Studienkommissionen dürfen an der zugehörigen weltweiten Funkkonferenz teilnehmen.

Artikel 8

Funkversammlung

1. Eine Funkversammlung behandelt Empfehlungen zu Fragen, die sie nach ihren eigenen Verfahren angenommen hat oder die ihr von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten, einer anderen Konferenz, vom Rat oder vom Funkregulierungsausschuß vorgelegt werden, und gibt gegebenenfalls zu diesen Fragen Empfehlungen heraus.

2. In bezug auf Nummer 129 hat die Funkversammlung folgende Aufgaben:

131 (1) examine les rapports des commissions d'études établis conformément aux dispositions du numéro 157 ci-dessous et approuve, modifie ou rejette les projets de Recommandations que contiennent ces rapports;

132 (2) en tenant compte de la nécessité de limiter à un minimum les charges pesant sur l'Union, approuve le programme de travail découlant de l'examen des questions existantes et des nouvelles questions, évalue le degré de priorité et d'urgence de ces questions ainsi que l'incidence financière de leur mise à l'étude et fixe le délai pour les mener à bien;

133 (3) décide, au vu du programme de travail approuvé dont il est question au numéro 132 ci-dessus, s'il y a lieu de maintenir ou de dissoudre les commissions d'études ou d'en créer de nouvelles, et attribue à chacune les questions à étudier;

134 (4) regroupe, autant que possible, les questions qui intéressent les pays en développement, afin de faciliter la participation de ces derniers à leur étude;

135 (5) donne des avis sur les questions relevant de sa compétence, en réponse aux demandes formulées par une conférence mondiale des radiocommunications;

136 (6) fait rapport à la conférence mondiale des radiocommunications à laquelle elle est associée sur l'avancement des travaux concernant des points pouvant être inclus dans l'ordre du jour de futures conférences des radiocommunications.

137 3. L'assemblée des radiocommunications est présidée par une personne désignée par le gouvernement du pays où la réunion a lieu ou, lorsque cette réunion se tient au siège de l'Union, par une personne élue par l'assemblée elle-même; le Président est assisté de Vice-Présidents élus par l'assemblée.

Article 9

Conférences régionales des radiocommunications

138 L'ordre du jour d'une conférence régionale des radiocommunications ne peut porter que sur des questions de radiocommunication particulières de caractère régional, y compris des directives destinées au Comité du Règlement des radiocommunications et au Bureau des radiocommunications en ce qui concerne leurs activités intéressant la région dont il s'agit, à condition que ces directives ne soient pas contraires aux intérêts d'autres régions. Seules les questions inscrites à son ordre du jour peuvent y être débattues. Les dispositions des numéros 118 à 123 de la présente Convention s'appliquent aux conférences régionales des radiocommunications, mais uniquement en ce qui concerne les Membres de la région concernée.

Article 10

Comité du Règlement des radiocommunications

139 1. Le Comité est composé de neuf membres élus par la Conférence de plénipotentiaires.

140 2. Outre les fonctions énoncées à l'article 14 de la Constitution, le Comité examine les rapports du directeur du Bureau des radiocommunications concernant l'étude, à la demande d'une ou de plusieurs des administrations intéressées, des cas de brouillages préjudiciables et élabore les recommandations nécessaires.

141 3. Les membres du Comité ont pour obligation de participer, à titre consultatif, aux conférences des radiocommunications et aux assemblées des radiocommunications. Le président et le vice-président, ou leurs représentants désignés, ont pour obligation de participer, à titre consultatif, aux Conférences de plénipotentiaires. Dans tous ces cas, les membres astreints à ces obligations ne sont pas autorisés à participer à ces conférences en tant que membres de leur délégation nationale.

(1) Sie prüft die nach Nummer 157 erstellten Berichte der Studienkommissionen und genehmigt, ändert oder verwirft die in diesen Berichten enthaltenen Empfehlungsentwürfe;

(2) sie genehmigt das aufgrund der Prüfung der in Untersuchung befindlichen und der neuen Fragen erstellte Arbeitsprogramm, bestimmt die Reihenfolge und die Dringlichkeit dieser Fragen, schätzt die finanziellen Auswirkungen ihrer Untersuchung ab und legt die Frist fest, binnen deren die Studien abgeschlossen sein müssen, wobei sie darauf achten muß, daß die Anforderungen an die Ressourcen der Union auf ein Mindestmaß begrenzt werden;

(3) sie entscheidet aufgrund des in Nummer 132 erwähnten genehmigten Arbeitsprogramms, ob die Studienkommissionen weiterbestehen oder aufgelöst oder aber ob neue Studienkommissionen gebildet werden sollen, und weist ihnen die zu untersuchenden Fragen zu;

(4) sie faßt so weit wie möglich die Fragen zusammen, welche die Entwicklungsländer betreffen, um ihre Beteiligung an der Untersuchung dieser Fragen zu erleichtern;

(5) sie berät in Angelegenheiten, die in ihre Zuständigkeit fallen und zu denen eine weltweite Funkkonferenz sie befragt hat;

(6) sie erstattet der weltweiten Funkkonferenz, mit der sie in enger Verbindung steht, Bericht über den Fortgang der Arbeiten in bezug auf Punkte, die in die Tagesordnung zukünftiger Funkkonferenzen aufgenommen werden können.

3. Die Funkversammlung wird von einer Person geleitet, die von der Regierung des Landes, in dem die Tagung stattfindet, benannt wurde, oder, wenn die Tagung am Sitz der Union stattfindet, von einer Person, welche die Versammlung selbst gewählt hat; der Präsident wird von Vizepräsidenten unterstützt, welche die Versammlung gewählt hat.

Artikel 9

Regionale Funkkonferenzen

Die Tagesordnung einer regionalen Funkkonferenz darf nur besondere Fragen des Funkwesens von regionalem Interesse enthalten, einschließlich der Richtlinien, die dem Funkregulierungsausschuß und dem Büro für das Funkwesen für ihre Tätigkeit in bezug auf die betreffende Region gegeben werden sollen, vorausgesetzt, daß diese Richtlinien den Interessen anderer Regionen nicht zuwiderlaufen. Von einer solchen Konferenz dürfen nur die Fragen erörtert werden, die auf ihrer Tagesordnung stehen. Die Bestimmungen der Nummern 118 bis 123 dieser Konvention gelten auch für die regionalen Funkkonferenzen, aber nur in bezug auf die Mitglieder der betreffenden Region.

Artikel 10

Funkregulierungsausschuß

1. Der Ausschuß besteht aus 9 Mitgliedern, die von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten gewählt werden.

2. Zusätzlich zu den in Artikel 14 der Konstitution genannten Aufgaben prüft der Ausschuß die Berichte des Direktors des Büros für das Funkwesen über die Untersuchungen von Fällen schädlicher Störungen, die auf Antrag einer oder mehrerer der beteiligten Verwaltungen durchgeführt werden, und arbeitet die notwendigen Empfehlungen aus.

3. Die Mitglieder des Ausschusses sind verpflichtet, an den Funkkonferenzen und den Funkversammlungen in beratender Eigenschaft teilzunehmen. Der Präsident und der Vizepräsident oder ihre benannten Vertreter sind verpflichtet, an den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten in beratender Eigenschaft teilzunehmen. In allen diesen Fällen dürfen die in dieser Weise gebundenen Mitglieder an den genannten Konferenzen nicht als Mitglied ihrer nationalen Delegation teilnehmen.

- 142 4. Seuls les frais de voyage, de subsistance et d'assurances engagés par les membres du Comité dans l'exercice de leurs fonctions au service de l'Union sont à la charge de l'Union.
- 143 5. Les méthodes de travail du Comité sont les suivantes:
- 144 (1) Les membres du Comité élisent parmi eux un président et un vice-président, lesquels remplissent leurs fonctions pendant une durée d'une année. Par la suite, le vice-président succède chaque année au président, et un nouveau vice-président est élu. Dans le cas d'une absence du président et du vice-président, les membres du Comité élisent, pour la circonstance, un président temporaire choisi parmi eux.
- 145 (2) Le Comité tient normalement quatre réunions par an au plus, généralement au siège de l'Union, au cours desquelles au moins les deux tiers de ses membres doivent être présents. Il peut s'acquitter de ses tâches à l'aide de moyens modernes de communication.
- 146 (3) Le Comité doit s'efforcer de prendre ses décisions à l'unanimité. S'il n'y parvient pas, une décision n'est considérée comme valable que si au moins deux tiers des membres du Comité se prononcent par vote en sa faveur. Chaque membre du Comité dispose d'une voix; le vote par procuration est interdit.
- 147 (4) Le Comité peut adopter les dispositions internes qu'il juge nécessaires, conformes aux dispositions de la Constitution, de la présente Convention et du Règlement des radiocommunications. Ces dispositions sont publiées en tant que partie des Règles de procédure.
4. Nur die Kosten für Reise, Aufenthalt und Versicherungen, die für die Mitglieder des Ausschusses in Ausübung ihrer Tätigkeit im Dienst der Union entstehen, gehen zu Lasten der Union.
5. Die Arbeitsweise des Ausschusses ist folgende:
- (1) Die Mitglieder des Ausschusses wählen aus ihrer Mitte einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten, die ihr Amt ein Jahr lang ausüben. Danach folgt der Vizepräsident jedes Jahr dem Präsidenten im Amt; der Vizepräsident wird neu gewählt. Bei Abwesenheit des Präsidenten und des Vizepräsidenten wählen die Mitglieder des Ausschusses aus ihrer Mitte einen zeitweiligen Präsidenten.
- (2) Der Ausschuß tritt normalerweise höchstens viermal im Jahr zusammen, und zwar im allgemeinen am Sitz der Union; bei den Tagungen müssen mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Ausschusses anwesend sein. Der Ausschuß darf seine Aufgaben auch mit Hilfe moderner Kommunikationsmittel erledigen.
- (3) Der Ausschuß muß bestrebt sein, seine Beschlüsse einstimmig zu fassen. Wenn er dies nicht erreicht, wird ein Beschluß nur dann als gültig angesehen, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Ausschusses für ihn stimmen. Jedes Mitglied des Ausschusses verfügt über eine Stimme; die Abstimmung durch Stimmübertragung ist untersagt.
- (4) Der Ausschuß darf in Übereinstimmung mit der Konstitution, dieser Konvention und der Vollzugsordnung für den Funkdienst alle internen Regelungen festlegen, die er für notwendig hält. Diese Regelungen werden in den Verfahrensregeln veröffentlicht.

Article 11

Commissions d'études des radiocommunications

- 148 1. Les commissions d'études des radiocommunications sont établies par une assemblée des radiocommunications.
- 149 2. (1) Les commissions d'études des radiocommunications étudient les questions qui leur sont soumises conformément aux dispositions de l'article 7 de la présente Convention et rédigent des projets de Recommandations. Ces projets de Recommandations sont soumis pour approbation soit à l'assemblée des radiocommunications soit, entre deux assemblées, par correspondance aux administrations, conformément aux procédures adoptées par l'Assemblée. Les Recommandations approuvées selon l'une ou l'autre de ces modalités ont le même statut.
- 150 (2) Sous réserve des dispositions du numéro 158 ci-dessous, l'étude des questions susmentionnées porte essentiellement sur:
- 151 a) l'utilisation du spectre des fréquences radioélectriques dans les radiocommunications de Terre et les radiocommunications spatiales (et celle de l'orbite des satellites géostationnaires);
- 152 b) les caractéristiques et la qualité de fonctionnement des systèmes radioélectriques;
- 153 c) le fonctionnement des stations de radiocommunication;
- 154 d) les aspects «radiocommunication» des questions relatives à la détresse et à la sécurité.
- 155 (3) En règle générale, ces études ne prennent pas en compte les questions d'ordre économique, mais dans les cas où elles supposent des comparaisons entre plusieurs solutions techniques, les facteurs économiques peuvent être pris en considération.
- 156 3. Les commissions d'études des radiocommunications effectuent aussi les travaux préparatoires relatifs aux questions techniques, d'exploitation et de procédure qui seront soumises à l'examen des conférences mondiales et régionales des radiocommunications et élaborent des rapports sur ce sujet conformément au programme de travail adopté à cet égard par une assemblée des radiocommunications ou suivant les directives formulées par le Conseil.

Artikel 11

Studienkommissionen für das Funkwesen

1. Die Studienkommissionen für das Funkwesen werden von einer Funkversammlung eingesetzt.
2. (1) Die Studienkommissionen für das Funkwesen behandeln die Fragen, die ihnen nach Artikel 7 dieser Konvention vorgelegt werden, und arbeiten diesbezügliche Empfehlungsentwürfe aus. Diese Empfehlungsentwürfe werden der Funkversammlung oder, in der Zeit zwischen zwei Versammlungen, den Verwaltungen auf schriftlichem Wege, nach den von der Versammlung angenommenen Verfahren, zur Genehmigung vorgelegt. Alle Empfehlungen haben den gleichen Status, unabhängig davon, auf welche Weise sie genehmigt wurden.
- (2) Vorbehaltlich der Nummer 158 erstreckt sich die Behandlung der oben erwähnten Fragen im wesentlichen auf
- a) die Nutzung des Funkfrequenzspektrums im terrestrischen Funkverkehr und im Weltraumfunkverkehr (und die Nutzung der Umlaufbahn der geostationären Satelliten);
- b) die Merkmale und die Leistungsfähigkeit von Funksystemen;
- c) das Betreiben von Funkstellen;
- d) die funktechnischen Aspekte bei Not- und Sicherheitsangelegenheiten.
- (3) In der Regel werden bei diesen Studien wirtschaftliche Fragen nicht berücksichtigt, jedoch kann in den Fällen, in denen die Studien Vergleiche zwischen mehreren technischen Lösungen voraussetzen, den wirtschaftlichen Faktoren Rechnung getragen werden.
3. Die Studienkommissionen für das Funkwesen übernehmen auch die vorbereitenden Studien zu technischen, betrieblichen und verfahrensmäßigen Fragen, die von den weltweiten und den regionalen Funkkonferenzen behandelt werden sollen, und sie erstellen diesbezügliche Berichte entsprechend dem hierfür von einer Funkversammlung angenommenen Arbeitsprogramm oder nach den vom Rat gegebenen Richtlinien.

7. 4. Chaque commission d'études élabore, à l'intention de l'assemblée des radiocommunications, un rapport indiquant l'état d'avancement des travaux, les Recommandations adoptées conformément à la procédure de consultation prévue au numéro 149 ci-dessus et les projets de Recommandations nouvelles ou révisées que doit examiner l'Assemblée. 157
- 18 5. Compte tenu des dispositions du numéro 79 de la Constitution, le Secteur des radiocommunications et le Secteur de la normalisation des télécommunications reviennent en permanence les tâches énoncées aux numéros 151 à 154 ci-dessus et au numéro 193 de la présente Convention en ce qui concerne le Secteur de la normalisation des télécommunications, en vue d'arrêter d'un commun accord les modifications à apporter à la répartition des questions étudiées par les deux Secteurs. Ces Secteurs travaillent en étroite collaboration et adoptent des procédures qui permettent d'effectuer cette révision et de conclure ces accords en temps voulu et de manière efficace. Si un accord n'a pu être obtenu, la question peut être soumise pour décision à la Conférence de plénipotentiaires, par l'intermédiaire du Conseil. 158
- 19 6. Dans l'accomplissement de leurs tâches, les commissions d'études des radiocommunications doivent porter dûment attention à l'étude des questions et à l'élaboration des Recommandations directement liées à la création, au développement et à l'amélioration des télécommunications dans les pays en développement, aux niveaux régional et international. Elles mènent leurs travaux en tenant dûment compte du travail des organisations nationales et régionales et des autres organisations internationales s'occupant de radiocommunications et coopèrent avec elles, eu égard à la nécessité pour l'Union de garder sa position prééminente en matière de télécommunications. 159
- 20 7. Afin de faciliter l'examen des activités du Secteur des radiocommunications, il convient de prendre des mesures propres à encourager la coopération et la coordination avec d'autres organisations s'occupant de radiocommunications, avec le Secteur de la normalisation des télécommunications et le Secteur du développement des télécommunications. Une assemblée des radiocommunications arrête les obligations spécifiques, les conditions de participation et les règles d'application de ces mesures. 160
4. Jede Studienkommission erstellt für die Funkversammlung einen Bericht über den Fortgang der Arbeiten, über die in Übereinstimmung mit dem Befragungsverfahren nach Nummer 149 angenommenen Empfehlungen und über die Entwürfe für neue oder revidierte Empfehlungen, die von der Versammlung geprüft werden müssen. 157
5. Der Sektor für das Funkwesen und der Sektor für die Standardisierung im Fernmeldewesen überprüfen ständig, unter Berücksichtigung der Nummer 79 der Konstitution, die Arbeiten, die in den Nummern 151 bis 154 und, was den Sektor für die Standardisierung im Fernmeldewesen angeht, in Nummer 193 dieser Konvention aufgeführt sind, um Änderungen, die bei der Aufteilung der von den beiden Sektoren behandelten Fragen vorzunehmen sind, einvernehmlich festzulegen. Die beiden Sektoren arbeiten eng zusammen und nehmen geeignete Verfahren an, damit sie rechtzeitig und wirkungsvoll die Arbeiten überprüfen und eine Einigung über die Aufteilung erzielen können. Kann keine Einigung erzielt werden, so kann die Angelegenheit durch Vermittlung des Rats der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten zur Beschlußfassung vorgelegt werden. 158
6. Die Studienkommissionen für das Funkwesen müssen bei ihrer Arbeit sowohl im regionalen als auch im internationalen Bereich der Untersuchung der Fragen und der Ausarbeitung der Empfehlungen, die mit dem Aufbau, der Entwicklung und der Verbesserung des Fernmeldewesens in den Entwicklungsländern unmittelbar zusammenhängen, gebührende Aufmerksamkeit schenken. Unter Berücksichtigung dessen, daß die Union ihre Vorrangstellung auf dem Gebiet des Fernmeldewesens behaupten muß, tragen sie bei ihrer Arbeit der Arbeit der nationalen und regionalen sowie der anderen internationalen Organisationen, die sich mit dem Funkwesen befassen, gebührend Rechnung und arbeiten mit ihnen zusammen. 159
7. Um die Überprüfung der Tätigkeit des Sektors für das Funkwesen zu erleichtern, sollten geeignete Maßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit und der Koordinierung mit anderen Organisationen, die sich mit dem Funkwesen befassen, mit dem Sektor für die Standardisierung im Fernmeldewesen und dem Sektor für die Entwicklung des Fernmeldewesens getroffen werden. Eine Funkversammlung legt die besonderen Verpflichtungen, die Bedingungen für die Mitwirkung und die Verfahrensgrundsätze für die Durchführung solcher Maßnahmen fest. 160

Article 12

Bureau des radiocommunications

1. Le directeur du Bureau des radiocommunications organise et coordonne les travaux du secteur des radiocommunications. Les fonctions du Bureau sont complétées par les fonctions spécifiées dans des dispositions du Règlement des radiocommunications. 161
2. En particulier, le directeur, 162
- (1) s'agissant des conférences des radiocommunications: 163
- a) coordonne les travaux préparatoires des commissions d'études et du Bureau, communique aux Membres les résultats de ces travaux, recueille leurs commentaires et soumet un rapport de synthèse à la conférence, qui peut inclure des propositions d'ordre réglementaire; 164
- b) participe de droit mais, à titre consultatif, aux délibérations de l'assemblée des radiocommunications et des commissions d'études des radiocommunications. Le directeur prend toutes les mesures qui s'imposent pour la préparation des conférences des radiocommunications et des réunions du Secteur des radiocommunications en consultant le Secrétariat général conformément aux dispositions du numéro 94 de la présente Convention et, si nécessaire, les autres Secteurs de l'Union, et en tenant dûment compte des directives du Conseil relatives à l'exécution de cette préparation; 165

Artikel 12

Büro für das Funkwesen

1. Der Direktor des Büros für das Funkwesen organisiert und koordiniert die Arbeiten des Sektors für das Funkwesen. Die Aufgaben des Büros werden ergänzt durch diejenigen, die in der Vollzugsordnung für den Funkdienst aufgeführt sind. 161
2. Der Direktor hat insbesondere folgende Aufgaben: 162
- (1) In bezug auf die Funkkonferenzen: 163
- a) Er koordiniert die vorbereitenden Arbeiten der Studienkommissionen und des Büros, teilt den Mitgliedern die Ergebnisse dieser Arbeiten mit, sammelt die Stellungnahmen der Mitglieder und legt der Konferenz einen zusammenfassenden Bericht vor, der auch Vorschläge mit Regelungscharakter enthalten kann; 164
- b) er ist kraft seines Amtes berechtigt, an den Beratungen der Funkversammlung und der Studienkommissionen für das Funkwesen teilzunehmen, jedoch nur in beratender Eigenschaft. Der Direktor trifft alle für die Vorbereitung der Funkkonferenzen und der Tagungen des Sektors für das Funkwesen notwendigen Maßnahmen, wobei er das Generalsekretariat nach Nummer 94 dieser Konvention sowie erforderlichenfalls die anderen Sektoren der Union befragt und die Richtlinien des Rats für die Durchführung dieser Vorbereitung gebührend berücksichtigt; 165

- 166 c) apporte son assistance aux pays en développement dans les travaux préparatoires des conférences des radiocommunications;
- 167 (2) s'agissant du Comité du Règlement des radiocommunications:
- 168 a) établit des projets de règles de procédure et les soumet pour approbation au Comité du Règlement des radiocommunications; ces projets de règles de procédure comportent, entre autres, les méthodes de calcul et les données nécessaires à l'application des dispositions du Règlement des radiocommunications;
- 169 b) communique à tous les Membres de l'Union les règles de procédure du Comité et recueille les observations présentées par les administrations à ce sujet;
- 170 c) traite les renseignements communiqués par les administrations en application des dispositions pertinentes du Règlement des radiocommunications et des accords régionaux et les prépare, le cas échéant, aux fins de publication sous une forme appropriée;
- 171 d) applique les règles de procédure approuvées par le Comité, prépare et publie des conclusions sur la base de ces règles, et soumet au Comité tout réexamen d'une conclusion qui est demandé par une administration et qui ne peut être mené à bien en vertu de ces règles de procédure;
- 172 e) effectue, conformément aux dispositions pertinentes du Règlement des radiocommunications, l'inscription et l'enregistrement méthodiques des assignations de fréquence et, le cas échéant, des caractéristiques orbitales associées et tient à jour le Fichier de référence international des fréquences; révisé les inscriptions contenues dans ce Fichier, en vue de modifier ou d'éliminer, selon le cas, les inscriptions qui ne reflètent pas l'utilisation réelle du spectre des fréquences, en accord avec l'administration concernée;
- 173 f) aide la ou les administrations intéressées qui en font la demande à résoudre les cas de brouillages préjudiciables et, au besoin, procède à des études et établit un rapport, pour examen par le Comité, dans lequel il formule des projets de recommandations à l'intention des administrations concernées;
- 174 g) assure les fonctions de secrétaire exécutif du Comité;
- 175 (3) coordonne les travaux des commissions d'études des radiocommunications et est responsable de l'organisation de ces travaux;
- 176 (4) en outre, le directeur:
- 177 a) entreprend des études afin de fournir des avis aux Membres en vue de l'exploitation d'un nombre aussi grand que possible de voies radioélectriques dans les régions du spectre des fréquences où des brouillages préjudiciables peuvent se produire, ainsi qu'en vue de l'utilisation équitable, efficace et économique de l'orbite des satellites géostationnaires, compte tenu des besoins des Membres qui requièrent une assistance, des besoins particuliers des pays en développement, ainsi que de la situation géographique particulière de certains pays;
- 178 b) échange avec les membres des données sous une forme accessible en lecture automatique et sous d'autres formes, établit et tient à jour les documents et les bases de données du Secteur des radiocommunications et prend toutes mesures utiles avec le Secrétaire général, selon qu'il est nécessaire, pour qu'ils soient publiés dans les langues de travail de l'Union conformément au numéro 172 de la Constitution;
- 179 c) tient à jour les dossiers nécessaires;
- 180 d) rend compte, dans un rapport présenté à la conférence mondiale des radiocommunications, de l'activité du Secteur des
- c) er unterstützt die Entwicklungsländer bei den Vorbereitungsarbeiten zu den Funkkonferenzen;
- (2) in bezug auf den Funkregulierungsausschuß:
- a) Er arbeitet Entwürfe für Verfahrensregeln aus und legt sie dem Funkregulierungsausschuß zur Genehmigung vor; diese Entwürfe müssen unter anderem die für die Anwendung der Bestimmungen der Vollzugsordnung für den Funkdienst notwendigen Berechnungsverfahren und Daten enthalten;
- b) er übermittelt allen Mitgliedern der Union die Verfahrensregeln des Ausschusses und sammelt die dazu von den Verwaltungen eingegangenen Stellungnahmen;
- c) er bearbeitet die von den Verwaltungen in Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Vollzugsordnung für den Funkdienst und der regionalen Vereinbarungen mitgeteilten Angaben und bereitet sie gegebenenfalls in geeigneter Form zur Veröffentlichung vor;
- d) er wendet die vom Ausschuß genehmigten Verfahrensregeln an, erarbeitet und veröffentlicht Beschlüsse auf der Grundlage dieser Verfahrensregeln und, falls eine Verwaltung eine Überprüfung eines Beschlusses beantragt, die nach den genannten Verfahrensregeln nicht durchgeführt werden kann, befiehlt er den Ausschuß mit dieser Überprüfung;
- e) er nimmt die systematische Eintragung und Registrierung der Frequenzuteilungen und gegebenenfalls der zugehörigen Merkmale der Umlaufbahn nach den einschlägigen Bestimmungen der Vollzugsordnung für den Funkdienst vor und bringt die Internationale Frequenzhauptkartei laufend auf den neuesten Stand; er überprüft die Eintragungen in dieser Frequenzhauptkartei, um diejenigen Eintragungen, die nicht die tatsächliche Benutzung des Funkfrequenzspektrums wiedergeben, im Einvernehmen mit der betreffenden Verwaltung je nach Fall zu berichtigen oder zu streichen;
- f) er hilft auf Antrag einer oder mehrerer beteiligter Verwaltungen bei der Lösung von Fällen schädlicher Störungen, führt erforderlichenfalls Untersuchungen durch und erstellt einen Bericht mit Empfehlungsentwürfen für die betreffenden Verwaltungen, den er dem Ausschuß zur Prüfung vorlegt;
- g) er handelt als leitender Sekretär des Ausschusses;
- (3) er koordiniert die Arbeiten der Studienkommissionen für das Funkwesen und ist für die Organisation dieser Arbeiten verantwortlich;
- (4) der Direktor hat außerdem folgende Aufgaben:
- a) Er führt Untersuchungen durch, um unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der um Hilfe ersuchenden Mitglieder, der besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsländer sowie der besonderen geographischen Lage bestimmter Länder die Mitglieder so zu beraten, daß der Betrieb einer möglichst großen Anzahl von Funkkanälen in denjenigen Teilen des Funkfrequenzspektrums, in denen schädliche Störungen auftreten können, sowie die gerechte, wirksame und wirtschaftliche Nutzung der Umlaufbahn der geostationären Satelliten gewährleistet sind;
- b) er tauscht mit den Mitgliedern Daten in maschinenlesbarer Form und in anderen Formen aus, erstellt und aktualisiert laufend die Dokumente und Datenbanken des Sektors für das Funkwesen und sorgt erforderlichenfalls im Einvernehmen mit dem Generalsekretär für die Veröffentlichung der Unterlagen in den Arbeitssprachen der Union nach Nummer 172 der Konstitution;
- c) er bringt die erforderlichen Unterlagen laufend auf den neuesten Stand;
- d) er gibt in einem der weltweiten Funkkonferenz vorgelegten Bericht Rechenschaft über die Tätigkeit des Sektors für das

radiocommunications depuis la dernière conférence; si aucune conférence mondiale des radiocommunications n'est prévue, un rapport sur l'activité du Secteur pendant la période de deux ans suivant la dernière conférence est soumis au Conseil et aux Membres de l'Union;

181 e) établit un budget estimatif fondé sur les coûts correspondant aux besoins du Secteur des radiocommunications et le transmet au Secrétaire général, afin qu'il soit examiné par le Comité de coordination et incorporé dans le budget de l'Union.

182 3. Le directeur choisit le personnel technique et administratif du Bureau dans le cadre du budget approuvé par le Conseil. La nomination de ce personnel technique et administratif est arrêtée par le Secrétaire général, en accord avec le directeur. La décision définitive de nomination ou de licenciement appartient au Secrétaire général.

183 4. Le directeur fournit l'appui technique nécessaire au Secteur du développement des télécommunications dans le cadre des dispositions de la Constitution et de la présente Convention.

Section 6

Secteur de la normalisation des télécommunications

Article 13

Conférence mondiale de normalisation des télécommunications

184 1. Conformément au numéro 104 de la Constitution, une conférence mondiale de normalisation est convoquée pour examiner des questions spécifiques relatives à la normalisation des télécommunications.

185 2. Les questions que doit étudier une conférence mondiale de normalisation des télécommunications, sur lesquelles des recommandations sont formulées, sont celles qu'elle a adoptées conformément à ses propres procédures ou celles qui lui sont posées par la Conférence de plénipotentiaires, par une autre conférence ou par le Conseil.

186 3. Conformément aux dispositions du numéro 104 de la Constitution, la conférence:

187 a) examine les rapports établis par les commissions d'études conformément aux dispositions du numéro 194 de la présente Convention et approuve, modifie ou rejette les projets de recommandations que contiennent ces rapports;

188 b) en tenant compte de la nécessité de maintenir au minimum les exigences quant aux ressources de l'Union, approuve le programme de travail découlant de l'examen des questions existantes et des nouvelles questions, détermine leur degré de priorité et d'urgence et évalue l'incidence financière et le calendrier nécessaire pour les mener à bien;

189 c) décide, au vu du programme de travail approuvé dont il est question au numéro 188 ci-dessus, s'il y a lieu de maintenir ou de dissoudre les commissions d'études existantes ou d'en créer de nouvelles, et attribue à chacune d'elles les questions à étudier;

190 d) regroupe, autant que possible, les questions qui intéressent les pays en développement, afin de faciliter la participation de ces derniers à l'étude desdites questions;

191 e) examine et approuve le rapport du directeur sur les activités du Secteur depuis la dernière conférence.

Article 14

Commissions d'études de la normalisation des télécommunications

192 1. (1) Les commissions d'études de la normalisation des télécommunications étudient des questions et rédigent des projets de

Funkwesen seit der letzten Konferenz; ist keine weltweite Funkkonferenz geplant, so wird dem Rat und den Mitgliedern der Union ein Bericht über die Tätigkeit des Sektors während der zwei Jahre nach der letzten Konferenz vorgelegt;

181 e) er erstellt einen auf den Kosten beruhenden Budgetansatz, der dem Bedarf des Sektors für das Funkwesen entspricht, und übermittelt ihn dem Generalsekretär, damit er vom Koordinierungsausschuß geprüft und in das Budget der Union übernommen wird.

182 3. Der Direktor wählt das technische Personal und das Verwaltungspersonal des Büros im Rahmen des vom Rat genehmigten Budgets aus. Der Generalsekretär ernennt dieses Personal im Einvernehmen mit dem Direktor. Die endgültige Entscheidung über die Ernennung oder Entlassung liegt beim Generalsekretär.

183 4. Der Direktor leistet dem Sektor für die Entwicklung des Fernmeldewesens im Rahmen der Bestimmungen der Konstitution und dieser Konvention die notwendige technische Hilfe.

Abschnitt 6

Sektor für die Standardisierung im Fernmeldewesen

Artikel 13

Weltweite Konferenz für die Standardisierung im Fernmeldewesen

184 1. Eine weltweite Standardisierungskonferenz wird nach Nummer 104 der Konstitution zur Behandlung besonderer Fragen der Standardisierung im Fernmeldewesen einberufen.

185 2. Die Fragen, die eine weltweite Konferenz für die Standardisierung im Fernmeldewesen zu untersuchen hat und über die Empfehlungen herausgegeben werden, sind diejenigen, die sie nach ihren eigenen Verfahren angenommen hat oder die ihr von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten, einer anderen Konferenz oder vom Rat vorgelegt werden.

186 3. Nach Nummer 104 der Konstitution hat die Konferenz folgende Aufgaben:

187 a) Sie prüft die nach Nummer 194 dieser Konvention erstellten Berichte der Studienkommissionen und genehmigt, ändert oder verwirft die in diesen Berichten enthaltenen Empfehlungsentwürfe;

188 b) sie genehmigt das aufgrund der Prüfung der in Untersuchung befindlichen und der neuen Fragen erstellte Arbeitsprogramm, bestimmt die Reihenfolge und die Dringlichkeit dieser Fragen, schätzt die finanziellen Auswirkungen ihrer Untersuchung ab und legt die Frist fest, binnen deren die Studien abgeschlossen sein müssen, wobei sie darauf achten muß, daß die Anforderungen an die Ressourcen der Union auf ein Mindestmaß begrenzt werden;

189 c) sie entscheidet aufgrund des in Nummer 188 erwähnten genehmigten Arbeitsprogramms, ob die Studienkommissionen weiterbestehen oder aufgelöst oder aber ob neue Studienkommissionen gebildet werden sollen, und weist ihnen die zu untersuchenden Fragen zu;

190 d) sie faßt so weit wie möglich die Fragen zusammen, welche die Entwicklungsländer betreffen, um ihre Beteiligung an der Untersuchung dieser Fragen zu erleichtern;

191 e) sie prüft und genehmigt den Bericht des Direktors über die Tätigkeit des Sektors seit der letzten Konferenz.

Artikel 14

Studienkommissionen für die Standardisierung im Fernmeldewesen

192 1. (1) Die Studienkommissionen für die Standardisierung im Fernmeldewesen behandeln Fragen zu Themen, die ihnen nach

recommandations sur les sujets qui leur sont soumis conformément aux dispositions de l'article 13 de la présente Convention. Ces projets sont soumis pour approbation soit à une conférence mondiale de normalisation des télécommunications, soit, entre deux conférences de ce genre, aux administrations par correspondance, selon la procédure adoptée par la conférence. Les recommandations approuvées selon l'une ou l'autre de ces modalités ont le même statut.

193 (2) Sous réserve des dispositions du numéro 195 ci-dessous, les commissions d'études étudient les questions techniques, d'exploitation et de tarification et rédigent des recommandations à ce sujet en vue de la normalisation universelle des télécommunications, notamment des recommandations sur l'interconnexion des systèmes radioélectriques dans les réseaux de télécommunication publics et sur la qualité requise de ces interconnexions. Les questions techniques ou d'exploitation qui se rapportent spécifiquement aux radiocommunications et qui sont énoncées aux numéros 151 à 154 de la présente Convention relèvent du Secteur des radiocommunications.

194 (3) Chaque commission d'études élabore, à l'intention de la conférence de normalisation des télécommunications, un rapport indiquant l'état d'avancement de ses travaux, les recommandations adoptées conformément à la procédure de consultation prévue au numéro 192 ci-dessus et les projets de recommandations nouvelles ou révisées que doit examiner la conférence.

195 2. Compte tenu des dispositions du numéro 105 de la Constitution, le Secteur de la normalisation des télécommunications et le Secteur des radiocommunications reviennent en permanence les tâches énoncées au numéro 193 et aux numéros 151 à 154 de la présente Convention en ce qui concerne le Secteur des radiocommunications, en vue d'arrêter d'un commun accord les modifications à apporter à la répartition des questions étudiées par les deux Secteurs. Ces Secteurs travaillent en étroite collaboration et adoptent des procédures qui permettent d'effectuer cette révision et de conclure ces accords en temps voulu et de manière efficace. Si un accord n'a pu être obtenu, cette question peut être soumise pour décision à la Conférence de plénipotentiaires par l'intermédiaire du Conseil.

196 3. Dans l'accomplissement de leurs tâches, les commissions d'études de la normalisation des télécommunications doivent porter dûment attention à l'étude des questions et à l'élaboration des recommandations directement liées à la création, au développement et au perfectionnement des télécommunications dans les pays en développement, aux niveaux régional et international. Elles mènent leurs travaux en tenant dûment compte du travail des organisations nationales et régionales et des autres organisations internationales de normalisation et coopèrent avec elles, eu égard à la nécessité pour l'Union de garder sa position prééminente en matière de normalisation mondiale des télécommunications.

197 4. Afin de faciliter l'examen des activités du Secteur de la normalisation des télécommunications, il convient de prendre des mesures propres à encourager la coopération et la coordination avec d'autres organisations s'occupant de normalisation, avec le Secteur des radiocommunications et avec le Secteur du développement des télécommunications. Une conférence mondiale de normalisation des télécommunications arrête les obligations spécifiques, les conditions de participation et les règles d'application de ces mesures.

Article 15

Bureau de la normalisation des télécommunications

198 1. Le directeur du Bureau de la normalisation des télécommunications organise et coordonne les travaux du Secteur de la normalisation des télécommunications.

199 2. En particulier, le directeur:

200 a) met à jour chaque année, en concertation avec les présidents des commissions d'études de la normalisation des télécom-

Artikel 13 dieser Konvention vorgelegt werden, und arbeiten diesbezügliche Empfehlungsentwürfe aus. Diese Entwürfe werden einer weltweiten Konferenz für die Standardisierung im Fernmeldewesen oder, in der Zeit zwischen zwei derartigen Konferenzen, den Verwaltungen auf schriftlichem Wege, nach den von der Konferenz angenommenen Verfahren, zur Genehmigung vorgelegt. Alle Empfehlungen haben den gleichen Status, unabhängig davon, auf welche Weise sie genehmigt wurden.

(2) Vorbehaltlich der Nummer 195 behandeln die Studienkommissionen technische, betriebliche und tarifliche Fragen und geben im Hinblick auf die weltweite Standardisierung im Fernmeldewesen Empfehlungen zu diesen Fragen heraus, insbesondere Empfehlungen über die Verbindung von Funksystemen in den öffentlichen Fernmeldenetzen und über die Leistungsanforderungen an solche Verbindungen. Für die technischen oder betrieblichen Fragen, die speziell das Funkwesen betreffen und die in den Nummern 151 bis 154 dieser Konvention aufgeführt sind, ist der Sektor für das Funkwesen zuständig.

(3) Jede Studienkommission erstellt für die Konferenz für die Standardisierung im Fernmeldewesen einen Bericht über den Fortgang der Arbeiten, über die in Übereinstimmung mit dem Befragungsverfahren nach Nummer 192 angenommenen Empfehlungen und über die Entwürfe für neue oder revidierte Empfehlungen, die von der Konferenz geprüft werden müssen.

2. Der Sektor für die Standardisierung im Fernmeldewesen und der Sektor für das Funkwesen überprüfen ständig, unter Berücksichtigung der Nummer 105 der Konstitution, die Arbeiten, die in Nummer 193 und, was den Sektor für das Funkwesen angeht, in den Nummern 151 bis 154 dieser Konvention aufgeführt sind, um Änderungen, die bei der Aufteilung der von den beiden Sektoren behandelten Fragen vorzunehmen sind, einvernehmlich festzulegen. Die beiden Sektoren arbeiten eng zusammen und nehmen geeignete Verfahren an, damit sie rechtzeitig und wirkungsvoll die Arbeiten überprüfen und eine Einigung über die Aufteilung erzielen können. Kann keine Einigung erzielt werden, so kann die Angelegenheit durch Vermittlung des Rats der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

3. Die Studienkommissionen für die Standardisierung im Fernmeldewesen müssen bei ihrer Arbeit sowohl im regionalen als auch im internationalen Bereich der Untersuchung der Fragen und der Ausarbeitung der Empfehlungen, die mit dem Aufbau, der Entwicklung und der Verbesserung des Fernmeldewesens in den Entwicklungsländern unmittelbar zusammenhängen, gebührende Aufmerksamkeit schenken. Unter Berücksichtigung dessen, daß die Union ihre Vorrangstellung auf dem Gebiet der weltweiten Standardisierung im Fernmeldewesen behaupten muß, tragen sie bei ihrer Arbeit der Arbeit der nationalen und regionalen sowie der anderen internationalen Standardisierungsorganisationen gebührend Rechnung und arbeiten mit ihnen zusammen.

4. Um die Überprüfung der Tätigkeit des Sektors für die Standardisierung im Fernmeldewesen zu erleichtern, sollten geeignete Maßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit und der Koordination mit anderen Organisationen, die sich mit Standardisierung befassen, mit dem Sektor für das Funkwesen und dem Sektor für die Entwicklung des Fernmeldewesens getroffen werden. Eine weltweite Konferenz für die Standardisierung im Fernmeldewesen legt die besonderen Verpflichtungen, die Bedingungen für die Mitwirkung und die Verfahrensgrundsätze für die Durchführung solcher Maßnahmen fest.

Artikel 15

Büro für die Standardisierung im Fernmeldewesen

1. Der Direktor des Büros für die Standardisierung im Fernmeldewesen organisiert und koordiniert die Arbeiten des Sektors für die Standardisierung im Fernmeldewesen.

2. Der Direktor hat insbesondere folgende Aufgaben:

a) Er aktualisiert jedes Jahr, im Einvernehmen mit den Vorsitzenden der Studienkommissionen für die Standardisierung im

munications, le programme de travail approuvé par la conférence mondiale de normalisation des télécommunications;

- 201 b) participe de droit mais à titre consultatif aux délibérations des conférences mondiales de normalisation des télécommunications et des commissions d'études de la normalisation des télécommunications. Le directeur prend toutes les mesures qui s'imposent pour la préparation des conférences et des réunions du Secteur de la normalisation des télécommunications en consultant le secrétariat général conformément aux dispositions du numéro 94 de la présente Convention et, si nécessaire, les autres Secteurs de l'Union, et en tenant dûment compte des directives du Conseil relatives à l'exécution de cette préparation;
- 202 c) traite les informations communiquées par les administrations en application des dispositions pertinentes du Règlement des télécommunications internationales ou des décisions de la conférence mondiale de normalisation des télécommunications et les prépare, le cas échéant, aux fins de publication sous une forme appropriée;
- 203 d) échange avec les membres des données sous une forme accessible en lecture automatique et sous d'autres formes, établit et, au besoin, tient à jour les documents et les bases de données du Secteur de la normalisation des télécommunications et prend les mesures voulues avec le Secrétaire général, selon qu'il est nécessaire, pour qu'ils soient publiés dans les langues de travail de l'Union conformément au numéro 172 de la Constitution;
- 204 e) rend compte, dans un rapport présenté à la conférence mondiale de normalisation des télécommunications, de l'activité du Secteur depuis la dernière conférence et soumet au Conseil ainsi qu'aux Membres de l'Union un rapport sur l'activité de ce Secteur pendant la période de deux ans suivant la dernière conférence, sauf si une deuxième conférence est convoquée;
- 205 f) établit un budget estimatif fondé sur les coûts correspondant aux besoins du Secteur de la normalisation des télécommunications et le transmet au Secrétaire général, afin qu'il soit examiné par le Comité de coordination et incorporé dans le budget de l'Union.
- 206 3. Le directeur choisit le personnel technique et administratif du Bureau de la normalisation des télécommunications dans le cadre du budget approuvé par le Conseil. La nomination de ce personnel technique et administratif est arrêtée par le Secrétaire général, en accord avec le directeur. La décision définitive de nomination ou de licenciement appartient au Secrétaire général.
- 207 4. Le directeur fournit l'appui technique nécessaire au Secteur du développement des télécommunications dans le cadre des dispositions de la Constitution et de la présente Convention.

Section 7

Secteur du développement des télécommunications

Article 15

Conférences de développement des télécommunications

- 208 1. Conformément aux dispositions du numéro 118 de la Constitution, le rôle des conférences de développement des télécommunications est le suivant:
- 209 a) les conférences mondiales de développement des télécommunications établissent des programmes de travail et des directives afin de définir les questions et priorités relatives au développement des télécommunications et donnent des orientations au Secteur du développement des télécommunications pour son programme de travail. Selon les besoins, elles peuvent constituer des commissions d'études;
- 210 b) les conférences régionales de développement des télécommunications peuvent fournir des avis au Bureau de développement des télécommunications sur les besoins et les caracté-

Fernmeldewesen, das von der weltweiten Konferenz für die Standardisierung im Fernmeldewesen genehmigte Arbeitsprogramm;

- b) er ist kraft seines Amtes berechtigt, an den Beratungen der weltweiten Konferenzen für die Standardisierung im Fernmeldewesen und der Studienkommissionen für die Standardisierung im Fernmeldewesen teilzunehmen, jedoch nur in beratender Eigenschaft. Der Direktor trifft alle für die Vorbereitung der Konferenzen und Tagungen des Sektors für die Standardisierung im Fernmeldewesen notwendigen Maßnahmen, wobei er das Generalsekretariat nach Nummer 94 dieser Konvention sowie erforderlichenfalls die anderen Sektoren der Union befragt und die Richtlinien des Rats für die Durchführung dieser Vorbereitung gebührend berücksichtigt;
- c) er bearbeitet die von den Verwaltungen in Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Vollzugsordnung für internationale Fernmeldedienste oder der Beschlüsse der weltweiten Konferenz für die Standardisierung im Fernmeldewesen mitgeteilten Angaben und bereitet sie gegebenenfalls in geeigneter Form zur Veröffentlichung vor;
- d) er tauscht mit den Mitgliedern Daten in maschinenlesbarer Form und in anderen Formen aus, erstellt die Dokumente und Datenbanken des Sektors für die Standardisierung im Fernmeldewesen, aktualisiert sie bei Bedarf und sorgt erforderlichenfalls im Einvernehmen mit dem Generalsekretär für die Veröffentlichung der Unterlagen in den Arbeitssprachen der Union nach Nummer 172 der Konstitution;
- e) er gibt in einem der weltweiten Konferenz für die Standardisierung im Fernmeldewesen vorgelegten Bericht Rechenschaft über die Tätigkeit des Sektors seit der letzten Konferenz und legt dem Rat sowie den Mitgliedern der Union einen Bericht über die Tätigkeit des Sektors während der zwei Jahre nach der letzten Konferenz vor, es sei denn, es wird eine zweite Konferenz einberufen;
- f) er erstellt einen auf den Kosten beruhenden Budgetansatz, der dem Bedarf des Sektors für die Standardisierung im Fernmeldewesen entspricht, und übermittelt ihn dem Generalsekretär, damit er vom Koordinierungsausschuß geprüft und in das Budget der Union übernommen wird.
3. Der Direktor wählt das technische Personal und das Verwaltungspersonal des Büros für die Standardisierung im Fernmeldewesen im Rahmen des vom Rat genehmigten Budgets aus. Der Generalsekretär ernennt dieses Personal im Einvernehmen mit dem Direktor. Die endgültige Entscheidung über die Ernennung oder Entlassung liegt beim Generalsekretär.
4. Der Direktor leistet dem Sektor für die Entwicklung des Fernmeldewesens im Rahmen der Bestimmungen der Konstitution und dieser Konvention die notwendige technische Hilfe.

Abschnitt 7

Sektor für die Entwicklung des Fernmeldewesens

Artikel 16

Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens

1. Die Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens haben nach Nummer 118 der Konstitution folgende Aufgaben:
- a) Die weltweiten Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens erstellen Arbeitsprogramme und Richtlinien für die Erarbeitung von Fragen und Prioritäten in Zusammenhang mit der Entwicklung des Fernmeldewesens und geben dem Sektor für die Entwicklung des Fernmeldewesens Leitlinien für sein Arbeitsprogramm. Sie können je nach Bedarf Studienkommissionen bilden;
- b) die regionalen Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens dürfen das Büro für die Entwicklung des Fernmeldewesens in bezug auf die speziellen Erfordernisse und Be-

ristiques spécifiques en matière de télécommunications de la région concernée; elles peuvent aussi soumettre des recommandations aux conférences mondiales de développement des télécommunications;

- 211 c) les conférences de développement des télécommunications devraient fixer des objectifs et des stratégies pour le développement équilibré des télécommunications mondiales et régionales, en accordant une attention particulière à l'expansion et à la modernisation des réseaux et des services des pays en développement ainsi qu'à la mobilisation des ressources nécessaires à cet effet. Elles constituent un cadre pour l'examen des questions de politique générale, d'organisation, d'exploitation, réglementaires, techniques, financières et des aspects connexes, y compris la recherche de nouvelles sources de financement et leur mise en oeuvre;
- 212 d) les conférences mondiales et régionales de développement des télécommunications, dans leur domaine de compétence respectif, examinent les rapports qui leur sont soumis et évaluent les activités du Secteur; elles peuvent aussi examiner les questions de développement des télécommunications relatives aux activités des autres secteurs de l'Union.

- 213 2. Le projet d'ordre du jour des conférences de développement des télécommunications est établi par le directeur du Bureau de développement des télécommunications; il est soumis par le Secrétaire général à l'approbation du Conseil avec l'assentiment d'une majorité des Membres de l'Union dans le cas d'une conférence mondiale ou d'une majorité des Membres de l'Union appartenant à la région intéressée dans le cas d'une conférence régionale, sous réserve des dispositions du numéro 47 de la présente Convention.

Article 17

Commissions d'études du développement des télécommunications

- 214 1. Les commissions d'études du développement des télécommunications étudient des questions de télécommunication spécifiques, y compris les questions mentionnées au numéro 211 de la présente Convention, qui intéressent les pays en développement. Ces commissions d'études sont en nombre restreint et sont créées pour une période limitée compte tenu des ressources disponibles. Elles ont des mandats spécifiques, traitent de questions et de problèmes présentant un intérêt prioritaire pour les pays en développement et elles sont axées sur les tâches.
- 215 2. Compte tenu des dispositions du numéro 119 de la Constitution, le Secteur des radiocommunications, le Secteur de la normalisation des télécommunications et le Secteur du développement des télécommunications reviennent en permanence les questions étudiées en vue de se mettre d'accord sur la répartition du travail, d'harmoniser les efforts et d'améliorer la coordination. Ces Secteurs adoptent des procédures qui permettent de procéder à cette révision et de conclure ces accords en temps voulu et de manière efficace.

Article 18

Bureau de développement des télécommunications et Comité consultatif pour le développement des télécommunications

- 216 1. Le directeur du Bureau de développement des télécommunications organise et coordonne les travaux du Secteur du développement des télécommunications.
- 217 2. En particulier, le directeur:
- 218 a) participe de droit, mais à titre consultatif, aux délibérations des conférences de développement des télécommunications et des commissions d'études du développement des télécommunications. Le directeur prend toutes mesures concernant la préparation des conférences et des réunions du Secteur du développement des télécommunications en consultant le Se-

sonderheiten des Fernmeldewesens der betreffenden Region beraten; sie dürfen auch den weltweiten Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens Empfehlungen vorlegen;

- c) die Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens sollten Ziele und Strategien für eine ausgewogene Entwicklung des weltweiten und des regionalen Fernmeldewesens festlegen und dabei dem Ausbau und der Modernisierung der Netze und Dienste in den Entwicklungsländern sowie der Mobilisierung der hierfür erforderlichen Ressourcen besondere Aufmerksamkeit schenken. Auf diesen Konferenzen sollen allgemeinpoltische, organisatorische, betriebliche, ordnungspoltische, technische und finanzielle Fragen und damit verbundene Aspekte behandelt werden, einschließlich der Erschließung neuer Finanzierungsquellen und ihrer Nutzung;
- d) die weltweiten und die regionalen Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens prüfen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich die Berichte, die ihnen vorgelegt werden, und bewerten die Tätigkeit des Sektors; sie können auch Fragen der Entwicklung des Fernmeldewesens behandeln, die mit der Tätigkeit der anderen Sektoren der Union zusammenhängen.

2. Der Entwurf der Tagesordnung für die Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens wird vom Direktor des Büros für die Entwicklung des Fernmeldewesens erstellt; der Generalsekretär legt ihn für eine weltweite Konferenz mit Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder der Union, für eine regionale Konferenz mit Zustimmung der Mehrheit der zu der betreffenden Region gehörenden Mitglieder dem Rat zur Genehmigung vor, vorbehaltlich der Nummer 47 dieser Konvention.

Artikel 17

Studienkommissionen für die Entwicklung des Fernmeldewesens

1. Die Studienkommissionen für die Entwicklung des Fernmeldewesens behandeln besondere Fragen des Fernmeldewesens, die für die Entwicklungsländer von Bedeutung sind, einschließlich der in Nummer 211 dieser Konvention erwähnten. Die Zahl der Studienkommissionen ist begrenzt; sie werden nur für einen bestimmten Zeitraum eingesetzt, in Abhängigkeit von den verfügbaren Ressourcen. Die Studienkommissionen haben spezifische Mandate, behandeln Fragen und Probleme von vorrangigem Interesse für die Entwicklungsländer und arbeiten aufgabenorientiert.
2. Der Sektor für das Funkwesen, der Sektor für die Standardisierung im Fernmeldewesen und der Sektor für die Entwicklung des Fernmeldewesens überprüfen ständig, unter Berücksichtigung der Nummer 119 der Konstitution, die behandelten Fragen, um die Arbeit einvernehmlich aufzuteilen, die Bemühungen zu harmonisieren und die Koordinierung zu verbessern. Die Sektoren nehmen geeignete Verfahren an, damit sie rechtzeitig und wirkungsvoll die Arbeiten überprüfen und eine Einigung über die Aufteilung erzielen können.

Artikel 18

Büro für die Entwicklung des Fernmeldewesens und Beirat für die Entwicklung des Fernmeldewesens

1. Der Direktor des Büros für die Entwicklung des Fernmeldewesens organisiert und koordiniert die Arbeiten des Sektors für die Entwicklung des Fernmeldewesens.
2. Der Direktor hat insbesondere folgende Aufgaben:
- a) Er ist kraft seines Amtes berechtigt, an den Beratungen der Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens und der Studienkommissionen für die Entwicklung des Fernmeldewesens teilzunehmen, jedoch nur in beratender Eigenschaft. Der Direktor trifft alle für die Vorbereitung der Konferenzen und Tagungen des Sektors für die Entwicklung des Fernmel-

crétariat général conformément aux dispositions du numéro 94 de la présente Convention et, si nécessaire, les autres Secteurs de l'Union, et en tenant dûment compte des directives du Conseil relatives à l'exécution de cette préparation;

- 19 b) traite les informations communiquées par les administrations en application des résolutions et des décisions pertinentes de la Conférence de plénipotentiaires et des conférences de développement des télécommunications et les prépare, le cas échéant, aux fins de publication sous une forme appropriée;
- 20 c) échange avec les membres des données sous une forme accessible en lecture automatique et sous d'autres formes, établit et, au besoin, tient à jour les documents et les bases de données du Secteur du développement des télécommunications et prend les mesures voulues avec le Secrétaire général, le cas échéant, pour qu'ils soient publiés dans les langues de travail de l'Union, conformément au numéro 172 de la Constitution;
- 21 d) recueille et prépare aux fins de publication, en collaboration avec le Secrétariat général et les autres secteurs de l'Union, les informations de caractère technique ou administratif qui pourraient être particulièrement utiles pour les pays en développement afin de les aider à améliorer leurs réseaux de télécommunication. L'attention de ces pays est également attirée sur les possibilités offertes par les programmes internationaux placés sous les auspices de l'Organisation des Nations Unies;
- 22 e) rend compte, dans un rapport présenté à la conférence mondiale de développement des télécommunications, de l'activité du Secteur depuis la dernière conférence et soumet au Conseil ainsi qu'aux Membres de l'Union un rapport sur l'activité de ce Secteur pendant la période de deux ans suivant la dernière conférence;
- 23 f) établit un budget estimatif fondé sur les coûts correspondant aux besoins du Secteur du développement des télécommunications et le transmet au Secrétaire général, afin qu'il soit examiné par le Comité de coordination et incorporé dans le budget de l'Union.
- 224 3. Le directeur travaille en collaboration avec les autres fonctionnaires élus et s'emploie à renforcer le rôle de catalyseur de l'Union en vue de stimuler le développement des télécommunications; il prend les dispositions nécessaires, en collaboration avec le directeur du Bureau concerné, pour convoquer des réunions d'information relatives aux activités du Secteur correspondant.
- 225 4. Sur demande des Membres intéressés, le directeur, avec le concours des directeurs des autres Bureaux et, le cas échéant, du Secrétaire général, fait des études et donne des conseils sur des questions relatives à leurs télécommunications nationales. Dans les cas où cette étude implique la comparaison de plusieurs solutions techniques possibles, des facteurs économiques peuvent être pris en considération.
- 26 5. Le directeur choisit le personnel technique et administratif du Bureau de développement des télécommunications dans le cadre du budget approuvé par le Conseil. La nomination de ce personnel est arrêtée par le Secrétaire général, en accord avec le directeur. La décision définitive de nomination ou de licenciement appartient au Secrétaire général.
- 27 6. Un Comité consultatif pour le développement des télécommunications est établi et ses membres sont nommés par le directeur après consultation du Secrétaire général. Le Comité est composé de personnalités correspondant à une répartition large et équitable d'intérêts et de compétences en matière de développement des télécommunications; il élit son président parmi ses membres. Le Comité conseille le directeur, qui participe à ses réunions, sur les priorités et les stratégies à mettre en oeuvre dans le cadre des activités de développement des télécommuni-
- dewesens notwendigen Maßnahmen, wobei er das Generalsekretariat nach Nummer 94 dieser Convention sowie erforderlichenfalls die anderen Sektoren der Union befragt und die Richtlinien des Rats für die Durchführung dieser Vorbereitung gebührend berücksichtigt;
- b) er bearbeitet die von den Verwaltungen in Anwendung der einschlägigen Entschlüssen und Entscheidungen der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten und der Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens mitgeteilten Angaben und bereitet sie gegebenenfalls in geeigneter Form zur Veröffentlichung vor;
- c) er tauscht mit den Mitgliedern Daten in maschinenlesbarer Form und in anderen Formen aus, erstellt die Dokumente und Datenbanken des Sektors für die Entwicklung des Fernmeldewesens, aktualisiert sie bei Bedarf und sorgt gegebenenfalls im Einvernehmen mit dem Generalsekretär für die Veröffentlichung der Unterlagen in den Arbeitssprachen der Union nach Nummer 172 der Konstitution;
- d) er sammelt die Nachrichten technischer und administrativer Art, die besonders für die Entwicklungsländer nützlich sein könnten, um ihnen bei der Verbesserung ihrer Fernmeldenetze zu helfen, und bereitet sie zur Veröffentlichung vor, wobei er mit dem Generalsekretariat und den anderen Sektoren der Union zusammenarbeitet. Die Entwicklungsländer werden auch auf die Möglichkeiten hingewiesen, welche sich durch die unter der Schirmherrschaft der Organisation der Vereinten Nationen stehenden internationalen Programme bieten;
- e) er gibt in einem der weltweiten Konferenz für die Entwicklung des Fernmeldewesens vorgelegten Bericht Rechenschaft über die Tätigkeit des Sektors seit der letzten Konferenz und legt dem Rat sowie den Mitgliedern der Union einen Bericht über die Tätigkeit des Sektors während der zwei Jahre nach der letzten Konferenz vor;
- f) er erstellt einen auf den Kosten beruhenden Budgetansatz, der dem Bedarf des Sektors für die Entwicklung des Fernmeldewesens entspricht, und übermittelt ihn dem Generalsekretär, damit er vom Koordinierungsausschuß geprüft und in das Budget der Union übernommen wird.
3. Der Direktor arbeitet mit den anderen gewählten Beamten zusammen und ist bestrebt, die Rolle der Union als treibende Kraft bei der Förderung der Entwicklung des Fernmeldewesens zu stärken; er trifft in Zusammenarbeit mit dem Direktor des betreffenden Büros die erforderlichen Vorkehrungen zur Einberufung von Tagungen, die über die Tätigkeit des betreffenden Sektors informieren sollen.
4. Auf Antrag der interessierten Mitglieder führt der Direktor, mit Unterstützung der Direktoren der anderen Büros und gegebenenfalls des Generalsekretärs, über Fragen ihres nationalen Fernmeldewesens Studien durch und gibt Ratschläge zu diesen Fragen. Falls die Untersuchung dieser Fragen den Vergleich mehrerer technischer Lösungsmöglichkeiten einschließt, können wirtschaftliche Faktoren berücksichtigt werden.
5. Der Direktor wählt das technische Personal und das Verwaltungspersonal des Büros für die Entwicklung des Fernmeldewesens im Rahmen des vom Rat genehmigten Budgets aus. Der Generalsekretär ernannt dieses Personal im Einvernehmen mit dem Direktor. Die endgültige Entscheidung über die Ernennung oder Entlassung liegt beim Generalsekretär.
6. Es wird ein Beirat für die Entwicklung des Fernmeldewesens eingesetzt; die Mitglieder dieses Beirats werden nach Befragung des Generalsekretärs vom Direktor ernannt. Der Beirat setzt sich zusammen aus Persönlichkeiten, bei deren Auswahl eine breite und ausgewogene Verteilung der Interessen und Qualifikationen im Bereich der Entwicklung des Fernmeldewesens berücksichtigt wird; er wählt seinen Präsidenten aus der Mitte seiner Mitglieder. Der Beirat berät den Direktor, der an dessen Tagungen teilnimmt, hinsichtlich der Prioritäten und Strategien im Rahmen der Tätigkeit der Union auf dem Gebiet der Entwicklung des Fernmelde-

à encourager la coopération et la coordination avec d'autres organisations qui s'occupent du développement des télécommunications.

Section 8
Dispositions communes
aux trois Secteurs

Article 19
Participation d'entités
et organisations autres que les administrations
aux activités de l'Union

- 228** 1. Le Secrétaire général et les directeurs des Bureaux encouragent les entités et organisations ci-après à participer plus largement aux activités de l'Union:
- 229** a) exploitations reconnues, organismes scientifiques ou industriels et organismes de financement ou de développement approuvés par le Membre intéressé;
- 230** b) autres entités s'occupant de questions de télécommunication approuvées par le Membre intéressé;
- 231** c) organisations régionales et autres organisations Internationales de télécommunication, de normalisation, de financement ou de développement.
- 232** 2. Les directeurs des Bureaux travaillent en étroite collaboration avec les entités et les organisations qui sont admises à participer aux travaux de l'un ou de plusieurs des Secteurs de l'Union.
- 233** 3. Toute demande de participation aux travaux d'un Secteur formulée par une entité mentionnée au numéro 229 ci-dessus conformément aux dispositions pertinentes de la Constitution et de la présente Convention et approuvée par le Membre intéressé est adressée par ce Membre au Secrétaire général.
- 234** 4. Toute demande d'une entité mentionnée au numéro 230 ci-dessus présentée par le Membre intéressé est traitée suivant une procédure établie par le Conseil. La conformité d'une demande de ce type avec cette procédure fait l'objet d'un examen de la part du Conseil.
- 235** 5. Toute demande de participation aux travaux d'un Secteur formulée par une entité ou organisation mentionnée au numéro 231 ci-dessus (à l'exception des organisations visées aux numéros 260 et 261 de la présente Convention) est transmise au Secrétaire général et traitée conformément aux procédures établies par le Conseil.
- 236** 6. Toute demande de participation aux travaux d'un Secteur formulée par une organisation mentionnée aux numéros 260 à 262 de la présente Convention est transmise au Secrétaire général, et l'organisation intéressée est inscrite sur les listes mentionnées au numéro 237 ci-dessous.
- 237** 7. Le Secrétaire général établit et tient à jour, pour chaque Secteur, des listes de toutes les entités et organisations visées aux numéros 229 à 231 ainsi qu'aux numéros 260 à 262 de la présente Convention qui sont admises à participer aux travaux des Secteurs. Il publie chacune de ces listes à des intervalles appropriés, et les porte à la connaissance de tous les Membres et du directeur du Bureau intéressé. Ce directeur fait connaître aux entités et organisations concernées la suite qui a été donnée à leur demande.
- 238** 8. Les entités et organisations figurant sur les listes visées au numéro 237 ci-dessus sont également dénommées «membres» des Secteurs de l'Union; les conditions de leur participation aux travaux des Secteurs sont énoncées dans le présent article, dans l'article 33 et dans d'autres dispositions pertinentes de la présente Convention. Les dispositions de l'article 3 de la Constitution ne leur sont pas applicables.

wesens. Er empfiehlt insbesondere Maßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit und der Koordinierung mit anderen Organisationen, die sich mit der Entwicklung des Fernmeldewesens befassen.

Abschnitt 8
Gemeinsame Bestimmungen
für alle drei Sektoren

Artikel 19
Teilnahme von anderen Gremien
und Organisationen als den Verwaltungen
an den Arbeiten der Union

- 228** 1. Der Generalsekretär und die Direktoren der Büros laden die nachstehend genannten Gremien und Organisationen zu einer verstärkten Teilnahme an den Arbeiten der Union ein:
- 229** a) anerkannte Betriebsunternehmen, wissenschaftliche Institutionen oder industrielle Unternehmen und Finanzierungs- oder Entwicklungseinrichtungen, die von dem betreffenden Mitglied genehmigt sind;
- 230** b) andere von dem betreffenden Mitglied genehmigte Gremien, die sich mit Fragen des Fernmeldewesens befassen;
- 231** c) regionale und andere internationale Fernmelde-, Standardisierungs-, Finanzierungs- oder Entwicklungsorganisationen.
- 232** 2. Die Direktoren der Büros arbeiten eng mit den Gremien und Organisationen zusammen, die zur Teilnahme an den Arbeiten eines oder mehrerer Sektoren der Union zugelassen sind.
- 233** 3. Jeder nach den einschlägigen Bestimmungen der Konstitution und dieser Konvention gestellte Antrag einer der in Nummer 229 genannten Organisationen auf Teilnahme an den Arbeiten eines Sektors muß, nachdem er von dem betreffenden Mitglied genehmigt ist, von diesem Mitglied an den Generalsekretär gerichtet werden.
- 234** 4. Jeder Antrag eines der in Nummer 230 genannten Gremien, der von dem betreffenden Mitglied vorgelegt wird, wird nach einem vom Rat festgelegten Verfahren behandelt. Ein solcher Antrag wird vom Rat auf seine Übereinstimmung mit diesem Verfahren hin geprüft.
- 235** 5. Jeder Antrag einer der in Nummer 231 genannten Organisationen (mit Ausnahme der in den Nummern 260 und 261 dieser Konvention erwähnten) auf Teilnahme an den Arbeiten eines Sektors wird dem Generalsekretär übermittelt und nach den vom Rat festgelegten Verfahren behandelt.
- 236** 6. Jeder Antrag einer der in den Nummern 260 bis 262 dieser Konvention genannten Organisationen auf Teilnahme an den Arbeiten eines Sektors wird dem Generalsekretär übersandt, und die betreffende Organisation wird in die in Nummer 237 erwähnten Listen eingetragen.
- 237** 7. Der Generalsekretär erstellt für jeden Sektor Listen mit allen in den Nummern 229 bis 231 sowie 260 bis 262 dieser Konvention erwähnten Gremien und Organisationen, die zur Teilnahme an den Arbeiten der Sektoren zugelassen sind, und bringt diese Listen laufend auf den neuesten Stand. Er veröffentlicht diese Listen in angemessenen Zeitabständen und übermittelt sie allen Mitgliedern und dem Direktor des betreffenden Büros. Der jeweilige Direktor teilt den betreffenden Gremien und Organisationen mit, wie über ihren Antrag entschieden worden ist.
- 238** 8. Die Gremien und Organisationen, die auf den in Nummer 237 erwähnten Listen stehen, werden auch als „Mitglieder“ der Sektoren der Union bezeichnet; die Bedingungen für ihre Teilnahme an den Arbeiten der Sektoren sind in diesem Artikel, in Artikel 33 und in anderen einschlägigen Bestimmungen dieser Konvention enthalten. Die Bestimmungen des Artikels 3 der Konstitution finden keine Anwendung auf sie.

239 9. Une exploitation reconnue peut agir au nom du Membre qui l'a reconnue si celui-ci fait savoir au directeur du Bureau intéressé qu'il l'a autorisée à cet effet.

240 10. Toute entité ou organisation admise à participer aux travaux d'un Secteur a le droit de dénoncer cette participation par une notification adressée au Secrétaire général. Cette participation peut également être dénoncée, le cas échéant, par le Membre intéressé. Cette dénonciation prend effet à l'expiration d'une période d'une année à partir du jour de réception de la notification par le Secrétaire général.

241 11. Le Secrétaire général supprime de la liste des entités et organisations le nom de celles qui ne sont plus autorisées à participer aux travaux d'un Secteur, en se conformant aux critères et aux procédures définis par le Conseil.

Article 20

Conduite des travaux des commissions d'études

242 1. L'assemblée des radiocommunications, la conférence mondiale de normalisation des télécommunications et la conférence mondiale de développement des télécommunications nomment un président pour chaque commission d'études et, en principe, un seul vice-président. Lors de la nomination des présidents et des vice-présidents, on tiendra compte tout particulièrement des critères de compétence et de l'exigence d'une répartition géographique équitable, ainsi que de la nécessité de favoriser la participation plus efficace des pays en développement.

243 2. Si le volume de travail des commissions d'études l'exige, l'assemblée ou la conférence nomme autant de vice-présidents qu'elle l'estime nécessaire, en principe pas plus de deux en tout.

244 3. Si, dans l'intervalle entre deux assemblées ou conférences du Secteur concerné, le président d'une commission d'études n'est pas en mesure d'exercer ses fonctions et s'il n'a été nommé qu'un seul vice-président, celui-ci prend la place du président. Dans le cas d'une commission d'études où plusieurs vice-présidents ont été nommés, la commission d'études, au cours de sa réunion suivante, élit parmi eux son nouveau président et, si nécessaire, un nouveau vice-président parmi ses membres. Elle élit de même un nouveau vice-président au cas où l'un de ses vice-présidents serait empêché d'exercer ses fonctions au cours de la période concernée.

245 4. Les travaux confiés aux commissions d'études sont, dans la mesure du possible, traités par correspondance, à l'aide de moyens de communication modernes.

246 5. Après avoir consulté le Secrétaire général et après coordination comme prescrit dans la Constitution et la Convention, le directeur du Bureau de chaque Secteur, compte tenu des décisions de la conférence ou de l'assemblée compétente, établit le plan général des réunions des commissions d'études.

247 6. Les commissions d'études peuvent prendre des mesures en vue d'obtenir de la part des Membres l'approbation des recommandations mises au point entre deux assemblées ou conférences. Les procédures à appliquer pour obtenir cette approbation seront celles approuvées par l'assemblée ou la conférence compétente. Les recommandations ainsi approuvées auront le même statut que celles approuvées par la conférence proprement dite.

248 7. Si nécessaire, des groupes de travail mixtes peuvent être constitués pour l'étude des questions qui requièrent la participation d'experts de plusieurs commissions d'études.

249 8. Le directeur du Bureau concerné envoie les rapports finals des commissions d'études, y compris une liste des recommandations approuvées conformément au numéro 247 ci-dessus, aux

239 9. Ein anerkanntes Betriebsunternehmen darf im Namen des Mitglieds der Union handeln, von dem es anerkannt worden ist, vorausgesetzt das Mitglied teilt dem Direktor des betreffenden Büros mit, daß es von ihm hierzu ermächtigt worden ist.

240 10. Alle Gremien oder Organisationen, die zur Teilnahme an den Arbeiten eines Sektors zugelassen sind, haben das Recht, diese Teilnahme durch eine an den Generalsekretär zu richtende Notifikation zu kündigen. Die Teilnahme kann gegebenenfalls auch durch das betreffende Mitglied gekündigt werden. Die Kündigung wird wirksam nach Ablauf eines Jahres, vom Tag des Eingangs der Notifikation beim Generalsekretär an gerechnet.

241 11. Der Generalsekretär streicht von der Liste der Gremien und Organisationen die Namen derjenigen Gremien und Organisationen, die nicht mehr zur Teilnahme an den Arbeiten eines Sektors zugelassen sind, wobei er die vom Rat festgelegten Kriterien und Verfahren beachtet.

Artikel 20

Arbeitsweise der Studienkommissionen

242 1. Die Funkversammlung, die weltweite Konferenz für die Standardisierung im Fernmeldewesen und die weltweite Konferenz für die Entwicklung des Fernmeldewesens ernennen für jede Studienkommission einen Vorsitzenden und in der Regel einen einzigen stellvertretenden Vorsitzenden. Bei der Ernennung der Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden sind ganz besonders die Sachkenntnis, eine ausgewogene geographische Verteilung sowie die Notwendigkeit zu berücksichtigen, die wirksamere Beteiligung der Entwicklungsländer zu fördern.

243 2. Wenn es der Umfang der Arbeiten der Studienkommissionen erfordert, ernennt die Versammlung oder die Konferenz so viele stellvertretende Vorsitzende, wie sie für nötig hält, jedoch in der Regel nicht mehr als zwei insgesamt.

244 3. Wenn der Vorsitzende einer Studienkommission zwischen zwei Versammlungen oder Konferenzen des betreffenden Sektors nicht in der Lage ist, seine Tätigkeit auszuüben, und wenn nur ein stellvertretender Vorsitzender ernannt worden ist, tritt dieser an die Stelle des Vorsitzenden. Handelt es sich um eine Studienkommission, für die mehrere stellvertretende Vorsitzende ernannt worden sind, so wählt die Studienkommission bei ihrer nächsten Tagung aus den stellvertretenden Vorsitzenden ihren neuen Vorsitzenden und, wenn nötig, einen neuen stellvertretenden Vorsitzenden aus ihren Mitgliedern. Sie wählt auch dann einen neuen stellvertretenden Vorsitzenden, wenn einer ihrer stellvertretenden Vorsitzenden nicht in der Lage ist, seine Tätigkeit im betreffenden Zeitraum auszuüben.

245 4. Die den Studienkommissionen zugewiesenen Arbeiten werden soweit wie möglich auf schriftlichem Wege, mit Hilfe moderner Kommunikationsmittel, erledigt.

246 5. Nach Beratung mit dem Generalsekretär und entsprechender Koordinierung, wie in der Konstitution und der Konvention vorgeschrieben, stellt der Direktor des Büros eines jeden Sektors den allgemeinen Plan für die Tagungen der Studienkommissionen auf, wobei er die Beschlüsse der zuständigen Konferenz oder Versammlung berücksichtigt.

247 6. Die Studienkommissionen dürfen Maßnahmen einleiten, um für Empfehlungen, die in der Zeit zwischen zwei Konferenzen erstellt werden, bei den Mitgliedern die Zustimmung einzuholen. Die Verfahren für die Einholung einer solchen Zustimmung sind die von der zuständigen Versammlung oder Konferenz genehmigten. Die auf diese Weise angenommenen Empfehlungen haben den gleichen Status wie die von der Konferenz selbst angenommenen Empfehlungen.

248 7. Bei Bedarf können für die Untersuchung von Fragen, welche die Beteiligung von Sachverständigen mehrerer Studienkommissionen erfordert, gemischte Arbeitsgruppen gebildet werden.

249 8. Der Direktor des betreffenden Büros schickt die Schlußberichte der Studienkommissionen einschließlich einer Liste der nach Nummer 247 angenommenen Empfehlungen an die Ver-

administrations, organisations et entités participant aux travaux du Secteur. Ces rapports sont envoyés dans les meilleurs délais et, en tout cas, assez tôt pour qu'ils parviennent à leurs destinataires au moins un mois avant la date de la conférence compétente suivante.

Article 21

Recommandations adressées par une conférence à une autre conférence

- 250 1. Toute conférence peut soumettre à une autre conférence de l'Union des recommandations relevant de son domaine de compétence.
- 251 2. Ces recommandations sont adressées en temps utile au Secrétaire général en vue d'être rassemblées, coordonnées et communiquées dans les conditions prévues au numéro 320 de la présente Convention.

Article 22

Relations des Secteurs entre eux et avec des organisations internationales

- 252 1. Les directeurs des Bureaux peuvent décider, après avoir effectué les consultations appropriées et après coordination comme prescrit dans la Constitution, la Convention et dans les décisions des conférences ou assemblées compétentes, d'organiser des réunions mixtes de commissions d'études de deux ou trois Secteurs, en vue d'effectuer des études et de préparer des projets de recommandations sur des questions d'intérêt commun. Ces projets de recommandations sont soumis aux conférences ou assemblées compétentes des Secteurs concernés.
- 253 2. Aux conférences ou réunions d'un Secteur peuvent assister, à titre consultatif, le Secrétaire général, le Vice-Secrétaire général, les directeurs des Bureaux des autres Secteurs, ou leurs représentants, ainsi que les membres du Comité du Règlement des radiocommunications. En cas de besoin, ces conférences ou réunions peuvent inviter, à titre consultatif, des représentants du Secrétariat général ou de tout autre Secteur qui n'a pas jugé nécessaire de se faire représenter.
- 254 3. Lorsqu'un Secteur est invité à participer à une réunion d'une organisation internationale, son directeur est autorisé, en tenant compte des dispositions du numéro 107 de la présente Convention, à prendre des dispositions pour assurer sa représentation à titre consultatif.

Chapitre II

Dispositions générales concernant les conférences

Article 23

Invitation et admission aux Conférences de plénipotentiaires lorsqu'il y a un gouvernement invitant

- 255 1. Le lieu précis et les dates exactes de la Conférence sont fixés conformément aux dispositions de l'article 1 de la présente Convention, après consultation du gouvernement invitant.
- 256 2. (1) Un an avant la date d'ouverture de la Conférence, le gouvernement invitant envoie une invitation au gouvernement de chaque Membre de l'Union.
- 257 (2) Ces invitations peuvent être adressées soit directement, soit par l'entremise du Secrétaire général, soit par l'intermédiaire d'un autre gouvernement.
- 258 3. Le Secrétaire général invite les organisations suivantes à envoyer des observateurs:
- 259 a) l'Organisation des Nations Unies;

waltungen, Organisationen und Gremien, die an den Arbeiten des Sektors teilnehmen. Diese Berichte werden so bald wie möglich, auf jeden Fall aber so rechtzeitig versandt, daß sie den Empfängern mindestens einen Monat vor der nächsten zuständigen Konferenz zugehen.

Artikel 21

Empfehlungen einer Konferenz an eine andere

- 251 1. Jede Konferenz kann einer anderen Konferenz der Union Empfehlungen vorlegen, die in ihre Zuständigkeit fallen.
- 252 2. Diese Empfehlungen sind dem Generalsekretär so rechtzeitig zu übermitteln, daß er sie nach Nummer 320 dieser Konvention sammeln, koordinieren und bekanntgeben kann.

Artikel 22

Beziehungen der Sektoren untereinander und zu internationalen Organisationen

- 253 1. Die Direktoren der Büros können nach entsprechender Beratung und Koordinierung, wie in der Konstitution, der Konvention und in den Beschlüssen der zuständigen Konferenzen oder Versammlungen vorgeschrieben, beschließen, gemeinsame Tagungen von Studienkommissionen von zwei oder drei Sektoren zu veranstalten, bei denen zu Fragen von gemeinsamem Interesse Studien durchgeführt und Entwürfe für Empfehlungen vorbereitet werden sollen. Diese Empfehlungsentwürfe werden den zuständigen Konferenzen oder Versammlungen der betreffenden Sektoren vorgelegt.
- 254 2. An den Konferenzen oder Tagungen eines Sektors können der Generalsekretär, der Vizgeneralsekretär, die Direktoren der Büros der anderen Sektoren oder ihre Vertreter sowie die Mitglieder des Funkregulierungsausschusses in beratender Eigenschaft teilnehmen. Bei Bedarf können diese Konferenzen oder Tagungen Vertreter des Generalsekretariats oder eines anderen Sektors, der es nicht für erforderlich gehalten hat, einen Vertreter zu entsenden, einladen, in beratender Eigenschaft an ihren Sitzungen teilzunehmen.
- 255 3. Wird ein Sektor eingeladen, an einer Tagung einer internationalen Organisation teilzunehmen, so ist sein Direktor berechtigt, unter Berücksichtigung der Nummer 107 dieser Konvention die Teilnahme eines Vertreters des Sektors in beratender Eigenschaft sicherzustellen.

Kapitel II

Allgemeine Bestimmungen über die Konferenzen

Artikel 23

Einladung und Zulassung zu den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten, wenn eine Regierung einlädt

- 256 1. Der präzise Ort und der genaue Zeitpunkt der Konferenz werden im Einvernehmen mit der einladenden Regierung nach Artikel 1 dieser Konvention festgesetzt.
- 257 2. (1) Ein Jahr vor Eröffnung der Konferenz sendet die einladende Regierung eine Einladung an die Regierung eines jeden Mitglieds der Union.
- 258 (2) Diese Einladungen können unmittelbar oder durch Vermittlung des Generalsekretärs oder aber durch Vermittlung einer anderen Regierung versandt werden.
- 259 3. Der Generalsekretär lädt folgende Organisationen ein, Beobachter zu entsenden:
- 260 a) die Organisation der Vereinten Nationen;

- 60 b) les organisations régionales de télécommunication dont il est fait mention à l'article 43 de la Constitution;
- 61 c) les organisations intergouvernementales exploitant des systèmes à satellites;
- 62 d) les institutions spécialisées des Nations Unies ainsi que l'Agence internationale de l'énergie atomique.
- 63 4. (1) Les réponses des Membres doivent parvenir au gouvernement invitant au moins un mois avant l'ouverture de la Conférence; elles doivent, autant que possible, donner toutes indications sur la composition de la délégation.
- 64 (2) Ces réponses peuvent être adressées au gouvernement invitant soit directement, soit par l'entremise du Secrétaire général, soit par l'intermédiaire d'un autre gouvernement.
- 65 (3) Les réponses des organisations et des institutions visées aux numéros 259 à 262 ci-dessus doivent parvenir au Secrétaire général un mois avant la date d'ouverture de la Conférence.
- 66 5. Le Secrétariat général et les trois Bureaux de l'Union sont représentés à la Conférence à titre consultatif.
- 67 6. Sont admis aux Conférences de plénipotentiaires:
- 68 a) les délégations;
- 69 b) les observateurs des organisations et institutions invitées conformément aux numéros 259 à 262 ci-dessus.
- b) die in Artikel 43 der Konstitution erwähnten regionalen Fernmeldeorganisationen;
- c) die zwischenstaatlichen Organisationen, die Satellitensysteme betreiben;
- d) die Sonderorganisationen der Vereinten Nationen sowie die Internationale Atomenergie-Organisation.
4. (1) Die Antworten der Mitglieder müssen der einladenden Regierung mindestens einen Monat vor Eröffnung der Konferenz zugehen; sie müssen möglichst alle Angaben über die Zusammensetzung der Delegation enthalten.
- (2) Diese Antworten können unmittelbar oder durch Vermittlung des Generalsekretärs oder aber durch Vermittlung einer anderen Regierung an die einladende Regierung gesandt werden.
- (3) Die Antworten der in den Nummern 259 bis 262 genannten Organisationen müssen dem Generalsekretär einen Monat vor Eröffnung der Konferenz zugehen.
5. Das Generalsekretariat und die drei Büros der Union sind in beratender Eigenschaft bei der Konferenz vertreten.
6. Zu den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten sind zugelassen:
- a) die Delegationen;
- b) die Beobachter der nach den Nummern 259 bis 262 eingeladenen Organisationen.

Article 24

invitation et admission aux conférences des radiocommunications lorsqu'il y a un gouvernement invitant

- 70 1. Le lieu précis et les dates exactes de la conférence sont fixés conformément aux dispositions de l'article 3 de la présente Convention, après consultation du gouvernement invitant.
- 71 2. (1) Les dispositions des numéros 256 à 265 de la présente Convention sont applicables aux conférences des radiocommunications.
- 72 (2) Les Membres de l'Union devraient faire part aux exploitations reconnues de l'invitation à participer à une conférence des radiocommunications qui leur a été adressée.
- 73 3. (1) Le gouvernement invitant, en accord avec le Conseil ou sur proposition de ce dernier, peut adresser une notification aux organisations internationales autres que celles visées aux numéros 259 à 262 de la présente Convention qui pourraient souhaiter envoyer des observateurs pour participer à la conférence à titre consultatif.
- 74 (2) Les organisations internationales intéressées dont il est question au numéro 273 ci-dessus adressent au gouvernement invitant une demande d'admission dans un délai de deux mois à partir de la date de la notification.
- 75 (3) Le gouvernement invitant rassemble les demandes, et la décision d'admission est prise par la conférence elle-même.
- 76 4. Sont admis aux conférences des radiocommunications:
- 77 a) les délégations;
- 78 b) les observateurs des organisations et des institutions visées aux numéros 259 à 262 de la présente Convention;
- 79 c) les observateurs des organisations internationales admises conformément aux dispositions des numéros 273 à 275 ci-dessus;
- 80 d) les observateurs représentant les exploitations reconnues admises à participer aux commissions d'études des radiocommunications conformément aux dispositions de l'article 19 de la présente Convention et dûment autorisées par le Membre concerné;

Artikel 24

Einladung und Zulassung zu den Funkkonferenzen, wenn eine Regierung einlädt

1. Der präzise Ort und der genaue Zeitpunkt der Konferenz werden im Einvernehmen mit der einladenden Regierung nach Artikel 3 dieser Konvention festgesetzt.
2. (1) Die Nummern 256 bis 265 dieser Konvention gelten auch für die Funkkonferenzen.
- (2) Die Mitglieder der Union sollten die anerkannten Betriebsunternehmen von der ihnen zugegangenen Einladung zur Teilnahme an einer Funkkonferenz unterrichten.
3. (1) Die einladende Regierung kann im Einvernehmen mit dem Rat oder auf dessen Vorschlag eine Notifikation an die anderen, nicht in den Nummern 259 bis 262 dieser Konvention genannten internationalen Organisationen richten, die ein Interesse daran haben könnten, Beobachter in beratender Eigenschaft zur Teilnahme an der Konferenz zu entsenden.
- (2) Die in Nummer 273 erwähnten interessierten internationalen Organisationen richten binnen 2 Monaten, vom Tag der Notifikation an gerechnet, einen Zulassungsantrag an die einladende Regierung.
- (3) Die einladende Regierung sammelt die Anträge; die Entscheidung über die Zulassung wird von der Konferenz selbst getroffen.
4. Zu den Funkkonferenzen sind zugelassen:
- a) die Delegationen;
- b) die Beobachter der in den Nummern 259 bis 262 dieser Konvention genannten Organisationen;
- c) die Beobachter der nach den Nummern 273 bis 275 zugelassenen internationalen Organisationen;
- d) die Beobachter, welche diejenigen anerkannten Betriebsunternehmen vertreten, die nach Artikel 19 dieser Konvention zur Teilnahme an den Arbeiten der Studienkommissionen für das Funkwesen zugelassen sind und von dem betreffenden Mitglied ordnungsgemäß ermächtigt sind;

- 281 e) à titre consultatif, les fonctionnaires élus, lorsque la conférence traite des affaires qui relèvent de leur compétence, et les membres du Comité du Règlement des radiocommunications;
- 282 f) les observateurs des Membres de l'Union qui participent, sans droit de vote, à la conférence régionale des radiocommunications d'une région autre que celle à laquelle appartiennent lesdits Membres.
- e) in beratender Eigenschaft die gewählten Beamten, wenn die Konferenz Angelegenheiten behandelt, die in ihre Zuständigkeit fallen, und die Mitglieder des Funkregulierungsausschusses;
- f) die Beobachter der Mitglieder der Union, die ohne Stimmrecht an der regionalen Funkkonferenz einer anderen Region als derjenigen teilnehmen, der sie angehören.

Article 25

Invitation et admission aux assemblées des radiocommunications, aux conférences de normalisation des télécommunications et aux conférences de développement des télécommunications lorsqu'il y a un gouvernement invitant

- 283 1. Le lieu précis et les dates exactes de chaque assemblée ou conférence sont fixés conformément aux dispositions de l'article 3 de la présente Convention, après consultation du gouvernement invitant.
- 284 2. Un an avant la date d'ouverture de l'assemblée ou de la conférence, le Secrétaire général, après consultation du directeur du Bureau concerné, envoie une invitation:
- 285 a) à l'administration de chaque Membre de l'Union;
- 286 b) aux entités et organisations admises à participer aux travaux du Secteur concerné conformément aux dispositions de l'article 19 de la présente Convention;
- 287 c) aux organisations régionales de télécommunication dont il est fait mention à l'article 43 de la Constitution;
- 288 d) aux organisations intergouvernementales exploitant des systèmes à satellites;
- 288 e) à toute autre organisation régionale, ou autre organisation internationale, s'occupant de questions qui intéressent l'assemblée ou la conférence.
- 290 3. En outre, le Secrétaire général invite les organisations ou institutions ci-après à envoyer des observateurs:
- 291 a) l'Organisation des Nations Unies;
- 292 b) les institutions spécialisées des Nations Unies et l'Agence internationale de l'énergie atomique.
- 293 4. Les réponses doivent parvenir au Secrétaire général au moins un mois avant l'ouverture de l'assemblée ou de la conférence; elles doivent, autant que possible, donner toutes indications sur la composition de la délégation ou de la représentation.
- 294 5. Le Secrétariat général et les fonctionnaires élus de l'Union sont représentés à l'assemblée ou à la conférence à titre consultatif.
- 295 6. Sont admis à l'assemblée ou à la conférence:
- 296 a) les délégations;
- 297 b) les observateurs des organisations et des institutions invitées conformément aux dispositions des numéros 287 à 289, 291 et 292 ci-dessus;
- 298 c) les représentants des entités et organisations visées au numéro 286 ci-dessus.

Article 26

Procédure pour la convocation ou l'annulation de conférences mondiales ou d'assemblées des radiocommunications à la demande de Membres de l'Union ou sur proposition du Conseil

- 299 1. Les procédures énoncées dans les dispositions ci-dessous s'appliquent à la convocation d'une deuxième conférence mondiale de normalisation des télécommunications dans l'intervalle compris entre deux Conférences de plénipotentiaires successives et à la détermination du lieu précis et des dates exactes de cette

Artikel 25

Einladung und Zulassung zu den Funkversammlungen, den Konferenzen für die Standardisierung im Fernmeldewesen und den Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens, wenn eine Regierung einlädt

1. Der präzise Ort und der genaue Zeitpunkt jeder Versammlung oder Konferenz werden im Einvernehmen mit der einladenden Regierung nach Artikel 3 dieser Konvention festgesetzt.
2. Ein Jahr vor Eröffnung der Versammlung oder der Konferenz sendet der Generalsekretär im Einvernehmen mit dem Direktor des betreffenden Büros eine Einladung an
- a) die Verwaltung eines jeden Mitglieds der Union;
- b) die nach Artikel 19 dieser Konvention zur Teilnahme an den Arbeiten des betreffenden Sektors zugelassenen Gremien und Organisationen;
- c) die in Artikel 43 der Konstitution erwähnten regionalen Fernmeldeorganisationen;
- d) die zwischenstaatlichen Organisationen, die Satellitensysteme betreiben;
- e) Jede andere regionale oder internationale Organisation, die sich mit Angelegenheiten befaßt, die für die Versammlung oder die Konferenz von Interesse sind.
3. Außerdem lädt der Generalsekretär folgende Organisationen ein, Beobachter zu entsenden:
- a) die Organisation der Vereinten Nationen;
- b) die Sonderorganisationen der Vereinten Nationen und die Internationale Atomenergie-Organisation.
4. Die Antworten müssen dem Generalsekretär mindestens einen Monat vor Eröffnung der Versammlung oder der Konferenz zugehen; sie müssen möglichst alle Angaben über die Zusammensetzung der Delegation oder der Vertretung enthalten.
5. Das Generalsekretariat und die gewählten Beamten der Union sind in beratender Eigenschaft bei der Versammlung oder der Konferenz vertreten.
6. Zu der Versammlung oder der Konferenz sind zugelassen:
- a) die Delegationen;
- b) die Beobachter der nach den Nummern 287 bis 289, 291 und 292 eingeladenen Organisationen;
- c) die Vertreter der in Nummer 286 erwähnten Gremien und Organisationen.

Artikel 26

Verfahren für die Einberufung oder Streichung von weltweiten Konferenzen oder von Funkversammlungen auf Antrag von Mitgliedern der Union oder auf Vorschlag des Rats

1. Die in den nachstehenden Bestimmungen dargelegten Verfahren gelten für die Einberufung einer zweiten weltweiten Konferenz für die Standardisierung im Fernmeldewesen in der Zeit zwischen zwei aufeinanderfolgenden Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten und für die Festsetzung des präzisen Or-

conférence, ou à l'annulation d'une deuxième conférence mondiale des radiocommunications ou d'une deuxième assemblée des radiocommunications.

10 2. (1) Les Membres de l'Union qui désirent qu'une deuxième conférence mondiale de normalisation des télécommunications soit convoquée en informent le Secrétaire général en indiquant le lieu et les dates de la conférence.

1 (2) Le Secrétaire général, au reçu de requêtes concordantes provenant d'au moins un quart des Membres, en informe immédiatement tous les Membres par les moyens de télécommunication les plus appropriés en les priant de lui indiquer, dans un délai de six semaines, s'ils acceptent ou non la proposition formulée.

2 (3) Si la majorité des Membres, déterminée selon les dispositions du numéro 47 de la présente Convention, se prononce en faveur de l'ensemble de la proposition, c'est-à-dire accepte à la fois le lieu et les dates proposés, le Secrétaire général en informe immédiatement tous les Membres par les moyens de télécommunication les plus appropriés.

3 (4) Si la proposition acceptée tend à réunir la conférence ailleurs qu'au siège de l'Union, le Secrétaire général, en accord avec le gouvernement invitant, prend les dispositions nécessaires pour la convocation de la conférence.

5 (5) Si l'ensemble de la proposition (lieu et dates) n'est pas accepté par la majorité des Membres déterminée selon les dispositions du numéro 47 de la présente Convention, le Secrétaire général communique les réponses reçues aux Membres de l'Union, en les invitant à se prononcer de façon définitive, dans un délai de six semaines à compter de la date de réception, sur le ou les points controversés.

• (6) Ces points sont considérés comme adoptés lorsqu'ils ont été approuvés par la majorité des Membres, déterminée selon les dispositions du numéro 47 de la présente Convention.

3. (1) Tout Membre de l'Union qui souhaite qu'une deuxième conférence mondiale des radiocommunications ou qu'une deuxième assemblée des radiocommunications soit annulée en informe le Secrétaire général. Le Secrétaire général, au reçu de requêtes concordantes provenant d'au moins un quart des Membres, en informe immédiatement tous les Membres par les moyens de télécommunication les plus appropriés en les priant de lui indiquer, dans un délai de six semaines, s'ils acceptent ou non la proposition formulée.

(2) Si la majorité des Membres, déterminée selon les dispositions du numéro 47 de la présente Convention, se prononce en faveur de la proposition, le Secrétaire général en informe immédiatement tous les Membres par les moyens de télécommunication les plus appropriés et la conférence ou l'assemblée est annulée.

4. Les procédures indiquées aux numéros 301 à 307 ci-dessus, à l'exception du numéro 306, sont également applicables lorsque la proposition visant à convoquer une deuxième conférence mondiale de normalisation des télécommunications ou à annuler une deuxième conférence mondiale des radiocommunications ou une deuxième assemblée des radiocommunications est présentée par le Conseil.

5. Tout Membre de l'Union qui souhaite qu'une conférence mondiale des télécommunications internationales soit convoquée soumet une proposition à cet effet à la Conférence de plénipotentiaires; l'ordre du jour, le lieu précis et les dates exactes de cette conférence sont déterminés conformément aux dispositions de l'article 3 de la présente Convention.

Article 27

Procédure pour la convocation de conférences régionales à la demande de Membres de l'Union ou sur proposition du Conseil

Dans le cas des conférences régionales, la procédure décrite aux numéros 300 à 305 de la présente Convention s'applique aux seuls Membres de la région intéressée. Si la convocation doit se

tes und des genauen Zeitpunkts dieser Konferenz, oder für die Streichung einer zweiten weltweiten Funkkonferenz oder einer zweiten Funkversammlung.

2. (1) Die Mitglieder der Union, welche die Einberufung einer zweiten weltweiten Konferenz für die Standardisierung im Fernmeldewesen wünschen, teilen dies dem Generalsekretär mit, wobei sie Ort und Zeitpunkt für die Konferenz vorschlagen. 300

(2) Wenn der Generalsekretär von mindestens einem Viertel der Mitglieder übereinstimmende Anträge erhalten hat, unterrichtet er alle Mitglieder unverzüglich mit Hilfe der geeignetsten Fernmeldedienste und bittet sie, ihm binnen 6 Wochen mitzuteilen, ob sie den Vorschlag annehmen oder nicht. 301

(3) Wenn sich die nach Nummer 47 dieser Konvention ermittelte Mehrheit der Mitglieder zugunsten des gesamten Vorschlags ausspricht, d. h. wenn sie zugleich Ort und Zeitpunkt wie vorgeschlagen annimmt, teilt der Generalsekretär dies allen Mitgliedern unverzüglich mit Hilfe der geeignetsten Fernmeldedienste mit. 302

(4) Wenn der angenommene Vorschlag als Tagungsort einen anderen Ort als den Sitz der Union vorsieht, trifft der Generalsekretär im Einvernehmen mit der einladenden Regierung die für die Einberufung der Konferenz erforderlichen Vorkehrungen. 303

(5) Wird der Vorschlag nicht in seiner Gesamtheit (Ort und Zeitpunkt) von der nach Nummer 47 dieser Konvention ermittelten Mehrheit der Mitglieder angenommen, so übermittelt der Generalsekretär die eingegangenen Antworten den Mitgliedern der Union und fordert sie auf, sich binnen 6 Wochen, vom Zeitpunkt des Eingangs an gerechnet, endgültig zu dem oder den strittigen Punkten zu äußern. 304

(6) Diese Punkte gelten als angenommen, wenn die nach Nummer 47 dieser Konvention ermittelte Mehrheit der Mitglieder zugestimmt hat. 305

3. (1) Jedes Mitglied der Union, das die Streichung einer zweiten weltweiten Funkkonferenz oder einer zweiten Funkversammlung wünscht, teilt dies dem Generalsekretär mit. Wenn der Generalsekretär von mindestens einem Viertel der Mitglieder übereinstimmende Anträge erhalten hat, unterrichtet er alle Mitglieder unverzüglich mit Hilfe der geeignetsten Fernmeldedienste und bittet sie, ihm binnen 6 Wochen mitzuteilen, ob sie den Vorschlag annehmen oder nicht. 306

(2) Wenn sich die nach Nummer 47 dieser Konvention ermittelte Mehrheit der Mitglieder zugunsten des Vorschlags ausspricht, teilt der Generalsekretär dies allen Mitgliedern unverzüglich mit Hilfe der geeignetsten Fernmeldedienste mit, und die Konferenz oder Versammlung wird gestrichen. 307

4. Die in den Nummern 301 bis 307 – mit Ausnahme der Nummer 306 – beschriebenen Verfahren werden auch dann angewandt, wenn der Vorschlag für die Einberufung einer zweiten weltweiten Konferenz für die Standardisierung im Fernmeldewesen oder für die Streichung einer zweiten weltweiten Funkkonferenz oder einer zweiten Funkversammlung vom Rat ausgeht. 308

5. Jedes Mitglied der Union, das die Einberufung einer weltweiten Konferenz für internationale Fernmeldedienste wünscht, legt der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten einen diesbezüglichen Vorschlag vor; die Tagesordnung, der präzise Ort und der genaue Zeitpunkt dieser Konferenz werden nach Artikel 3 dieser Konvention festgelegt. 309

Artikel 27

Verfahren für die Einberufung regionaler Konferenzen auf Antrag von Mitgliedern der Union oder auf Vorschlag des Rats

Bei regionalen Konferenzen gilt das in den Nummern 300 bis 305 dieser Konvention beschriebene Verfahren nur für die Mitglieder der betreffenden Region. Muß die Einberufung auf Anregung

faire à l'initiative des Membres de la région, il suffit que le Secrétaire général reçoive des demandes concordantes émanant du quart des Membres de cette région. La procédure décrite aux numéros 301 à 305 de la présente Convention est également applicable lorsque la proposition de convocation d'une conférence régionale est présentée par le Conseil.

Article 28

Dispositions relatives aux conférences qui se réunissent sans gouvernement invitant

- 311 Lorsqu'une conférence doit être réunie sans gouvernement invitant, les dispositions des articles 23, 24 et 25 de la présente Convention sont applicables. Le Secrétaire général, après entente avec le Gouvernement de la Confédération suisse, prend les dispositions nécessaires pour convoquer et organiser la conférence au siège de l'Union.

Article 29

Changement du lieu ou des dates d'une conférence

- 312 1. Les dispositions des articles 26 et 27 de la présente Convention relatives à la convocation d'une conférence s'appliquent par analogie lorsqu'il s'agit, à la demande de Membres de l'Union ou sur proposition du Conseil, de changer le lieu précis ou les dates exactes d'une conférence. Toutefois, de tels changements ne peuvent être opérés que si la majorité des Membres intéressés, déterminée selon les dispositions du numéro 47 de la présente Convention, s'est prononcée en leur faveur.
- 313 2. Tout Membre qui propose de changer le lieu précis ou les dates exactes d'une conférence est tenu d'obtenir l'appui du nombre requis d'autres Membres.
- 314 3. Le cas échéant, le Secrétaire général fait connaître dans la communication prévue au numéro 301 de la présente Convention les conséquences financières probables qui résultent du changement de lieu ou du changement de dates, par exemple lorsque des dépenses ont été engagées pour préparer la réunion de la conférence au lieu prévu initialement.

Article 30

Délais et modalités de présentation des propositions et des rapports aux conférences

- 315 1. Les dispositions du présent article s'appliquent aux Conférences de plénipotentiaires, aux conférences mondiales et régionales des radiocommunications et aux conférences mondiales des télécommunications internationales.
- 316 2. Immédiatement après l'envoi des invitations, le Secrétaire général prie les Membres de lui faire parvenir au moins quatre mois avant la date d'ouverture de la conférence leurs propositions pour les travaux de la conférence.
- 317 3. Toute proposition dont l'adoption entraîne l'amendement du texte de la Constitution ou de la présente Convention, ou la révision des Règlements administratifs, doit contenir des références aux numéros des parties du texte qui requièrent un tel amendement ou une telle révision. Les motifs de la proposition doivent être indiqués dans chaque cas aussi brièvement que possible.
- 318 4. Toute proposition reçue d'un Membre de l'Union est annotée par le Secrétaire général pour indiquer son origine à l'aide du symbole établi par l'Union pour ce Membre. Lorsqu'une proposition est présentée par plusieurs Membres, la proposition, dans la mesure du possible, est annotée à l'aide du symbole de chaque Membre.
- 319 5. Le Secrétaire général communique les propositions à tous les Membres au fur et à mesure de leur réception.
- 320 6. Le Secrétaire général réunit et coordonne les propositions des Membres et les fait parvenir aux Membres au fur et à mesure

der Mitglieder der Region erfolgen, so genügt es, wenn der Generalsekretär übereinstimmende Anträge von einem Viertel der Mitglieder dieser Region erhält. Das in den Nummern 301 bis 305 dieser Konvention beschriebene Verfahren wird auch dann angewandt, wenn der Vorschlag für die Einberufung einer regionalen Konferenz vom Rat ausgeht.

Artikel 28

Bestimmungen für Konferenzen, die ohne einladende Regierung zusammentreten

311 Muß eine Konferenz zusammentreten, ohne daß eine Regierung einlädt, so gelten die Bestimmungen der Artikel 23, 24 und 25 dieser Konvention. Der Generalsekretär trifft im Einvernehmen mit der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft die für die Einberufung und Durchführung der Konferenz am Sitz der Union erforderlichen Maßnahmen.

Artikel 29

Änderung des Orts oder des Zeitpunkts einer Konferenz

- 312 1. Die Bestimmungen der Artikel 26 und 27 dieser Konvention über die Einberufung einer Konferenz gelten sinngemäß, wenn auf Antrag von Mitgliedern der Union oder auf Vorschlag des Rats der präzise Ort oder der genaue Zeitpunkt einer Konferenz geändert werden sollen. Solche Änderungen dürfen jedoch nur dann vorgenommen werden, wenn sich die nach Nummer 47 dieser Konvention ermittelte Mehrheit der beteiligten Mitglieder dafür ausgesprochen hat.
- 313 2. Jedes Mitglied, das eine Änderung des präzisen Orts oder des genauen Zeitpunkts einer Konferenz vorschlägt, ist verpflichtet, sich die Unterstützung der erforderlichen Anzahl anderer Mitglieder zu verschaffen.
- 314 3. In der in Nummer 301 dieser Konvention vorgesehenen Mitteilung gibt der Generalsekretär gegebenenfalls die voraussichtlichen finanziellen Folgen bekannt, die sich aus der Änderung des Orts oder des Zeitpunkts ergeben, z. B. wenn für die Vorbereitung der Konferenz am anfänglich vorgesehenen Ort bereits Ausgaben entstanden sind.

Artikel 30

Fristen und Verfahren für die Vorlage von Vorschlägen und Berichten für die Konferenzen

- 315 1. Die Bestimmungen dieses Artikels gelten für die Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten, die weltweiten und die regionalen Funkkonferenzen und die weltweiten Konferenzen für internationale Fernmeldedienste.
- 316 2. Unmittelbar nach der Versendung der Einladungen bittet der Generalsekretär die Mitglieder, ihm mindestens 4 Monate vor Eröffnung der Konferenz ihre Vorschläge für die Arbeiten der Konferenz zu übersenden.
- 317 3. Jeder Vorschlag, dessen Annahme zur Änderung des Textes der Konstitution oder dieser Konvention oder aber zur Revision der Vollzugsordnungen führt, muß Hinweise auf die Nummern der Textteile enthalten, die eine solche Änderung oder Revision erfordern. Der Vorschlag muß in jedem einzelnen Fall begründet werden, und zwar in möglichst knapper Form.
- 318 4. Der Generalsekretär versieht jeden Vorschlag, den er von einem Mitglied der Union erhält, zur Angabe des Ursprungs dieses Vorschlags mit dem von der Union für das betreffende Mitglied festgelegten Kennzeichen. Wird ein Vorschlag von mehreren Mitgliedern eingereicht, so wird er soweit wie möglich mit dem Kennzeichen jedes einzelnen Mitglieds versehen.
- 319 5. Der Generalsekretär übermittelt die Vorschläge in der Reihenfolge ihres Eingangs allen Mitgliedern der Union.
- 320 6. Der Generalsekretär sammelt und koordiniert die Vorschläge, die er von den Mitgliedern erhält, und übersendet sie den Mitglie-

qu'il les reçoit et en tout cas deux mois au moins avant la date d'ouverture de la conférence. Les fonctionnaires élus et les fonctionnaires de l'Union, de même que les observateurs et représentants qui peuvent assister à des conférences, conformément aux dispositions pertinentes de la présente Convention, ne sont pas habilités à présenter des propositions.

7. Le Secrétaire général réunit également les rapports reçus des Membres, du Conseil et des Secteurs de l'Union ainsi que les recommandations formulées par les conférences et les transmet aux Membres, avec tout rapport du Secrétaire général, quatre mois au moins avant l'ouverture de la conférence.

8. Les propositions reçues après la date limite spécifiée au numéro 316 ci-dessus sont communiquées à tous les Membres par le Secrétaire général dès que cela est réalisable.

9. Les dispositions du présent article sont applicables sans préjudice des dispositions relatives à la procédure d'amendement contenues dans l'article 55 de la Constitution et l'article 42 de la présente Convention.

Article 31

Pouvoirs aux conférences

1. La délégation envoyée à une Conférence de plénipotentiaires, à une conférence des radiocommunications ou à une conférence mondiale des télécommunications internationales par un Membre de l'Union doit être dûment accréditée conformément aux dispositions des numéros 325 à 331 ci-dessous.

2. (1) Les délégations aux Conférences de plénipotentiaires sont accréditées par des actes signés par le chef de l'Etat, ou par le chef du gouvernement, ou par le ministre des Affaires étrangères.

(2) Les délégations aux autres conférences visées au numéro 324 ci-dessus sont accréditées par des actes signés par le chef de l'Etat, ou par le chef du gouvernement, ou par le ministre des Affaires étrangères, ou par le ministre compétent pour les questions traitées au cours de la conférence.

(3) Sous réserve de confirmation émanant de l'une des autorités citées aux numéros 325 ou 326 ci-dessus, et reçue avant la signature des Actes finals, une délégation peut être provisoirement accréditée par le Chef de la mission diplomatique du Membre concerné auprès du gouvernement hôte ou, si la conférence a lieu dans la Confédération suisse, par le chef de la délégation permanente du Membre concerné auprès de l'Office des Nations Unies à Genève.

3. Les pouvoirs sont acceptés s'ils sont signés par l'une des autorités compétentes énumérées aux numéros 325 à 327 ci-dessus et s'ils répondent à l'un des critères suivants:

- conférer les pleins pouvoirs à la délégation;
- autoriser la délégation à représenter son gouvernement sans restrictions;
- donner à la délégation ou à certains de ses membres le droit de signer les Actes finals.

4. (1) Une délégation dont les pouvoirs sont reconnus en règle par la séance plénière est habilitée à exercer le droit de vote du Membre intéressé, sous réserve des dispositions des numéros 169 et 210 de la Constitution, et à signer les Actes finals.

(2) Une délégation dont les pouvoirs ne sont pas reconnus en règle par la séance plénière n'est pas habilitée à exercer le droit de vote ni à signer les Actes finals tant qu'il n'a pas été remédié à cet état de choses.

5. Les pouvoirs doivent être déposés au secrétariat de la conférence dès que possible. La commission prévue au nu-

dern in der Reihenfolge ihres Eingangs, auf jeden Fall aber mindestens 2 Monate vor Eröffnung der Konferenz. Die gewählten Beamten und die übrigen Mitarbeiter der Union sowie die Beobachter und Vertreter, die nach den einschlägigen Bestimmungen dieser Konvention an Konferenzen teilnehmen dürfen, sind nicht berechtigt, Vorschläge einzureichen.

7. Der Generalsekretär sammelt auch die von Mitgliedern, vom Rat und von den Sektoren der Union erhaltenen Berichte sowie die von den Konferenzen ausgearbeiteten Empfehlungen und übermittelt sie den Mitgliedern, zusammen mit allen Berichten des Generalsekretärs, mindestens 4 Monate vor Eröffnung der Konferenz.

8. Der Generalsekretär übermittelt allen Mitgliedern so bald wie möglich die Vorschläge, die nach Ablauf der in Nummer 316 genannten Frist bei ihm eingehen.

9. Die Bestimmungen dieses Artikels gelten unbeschadet der das Änderungsverfahren betreffenden Bestimmungen des Artikels 55 der Konstitution und des Artikels 42 dieser Konvention.

Artikel 31

Vollmachten bei den Konferenzen

1. Die von einem Mitglied der Union zu einer Konferenz der Regierungsbevollmächtigten, einer Funkkonferenz oder einer weltweiten Konferenz für internationale Fernmeldedienste entsandte Delegation muß entsprechend den Bestimmungen der Nummern 325 bis 331 ordnungsgemäß akkreditiert sein.

2. (1) Die Delegationen bei den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten werden durch Urkunden akkreditiert, die vom Staatsoberhaupt, vom Regierungschef oder vom Außenminister unterzeichnet sind.

(2) Die Delegationen bei den anderen in Nummer 324 genannten Konferenzen werden durch Urkunden akkreditiert, die vom Staatsoberhaupt, vom Regierungschef, vom Außenminister oder von dem Minister, in dessen Zuständigkeit die auf der betreffenden Konferenz behandelten Fragen fallen, unterzeichnet sind.

(3) Unter Vorbehalt einer Bestätigung, die von einer der in Nummer 325 oder 326 genannten Amtspersonen ausgehen und vor Unterzeichnung der Schlußakten vorliegen muß, kann eine Delegation vorläufig akkreditiert werden, und zwar durch den Chef der diplomatischen Mission des betreffenden Mitglieds bei der Gastregierung oder, wenn die Konferenz in der Schweizerischen Eidgenossenschaft stattfindet, durch den Leiter der Ständigen Vertretung des betreffenden Mitglieds beim Büro der Vereinten Nationen in Genf.

3. Die Vollmachten werden anerkannt, wenn sie von einer der in den Nummern 325 bis 327 genannten zuständigen Amtspersonen unterzeichnet sind und eine der folgenden Bedingungen erfüllen:

- Erteilung der uneingeschränkten Vollmachten an die Delegation;
- Ermächtigung der Delegation zur uneingeschränkten Vertretung ihrer Regierung;
- Ermächtigung der Delegation oder bestimmter Mitglieder derselben zur Unterzeichnung der Schlußakten.

4. (1) Eine Delegation, deren Vollmachten vom Plenum als ordnungsgemäß anerkannt worden sind, ist berechtigt, das Stimmrecht des betreffenden Mitglieds vorbehaltlich der Nummern 169 und 210 der Konstitution auszuüben und die Schlußakten zu unterzeichnen.

(2) Eine Delegation, deren Vollmachten vom Plenum nicht als ordnungsgemäß anerkannt worden sind, ist nicht berechtigt, das Stimmrecht auszuüben oder die Schlußakten zu unterzeichnen, solange dieser Zustand andauert.

5. Die Vollmachten müssen so bald wie möglich beim Sekretariat der Konferenz hinterlegt werden. Der in Nummer 361 dieser

méro 361 de la présente Convention est chargée de les vérifier; elle présente à la séance plénière un rapport sur ses conclusions dans le délai fixé par celle-ci. En attendant la décision de la séance plénière à ce sujet, toute délégation est habilitée à participer aux travaux et à exercer le droit de vote du Membre concerné.

- 335** 6. En règle générale, les Membres de l'Union doivent s'efforcer d'envoyer aux conférences de l'Union leurs propres délégations. Toutefois, si pour des raisons exceptionnelles un Membre ne peut pas envoyer sa propre délégation, il peut donner à la délégation d'un autre Membre le pouvoir de voter et de signer en son nom. Ce transfert de pouvoir doit faire l'objet d'un acte signé par l'une des autorités citées aux numéros 325 ou 326 ci-dessus.
- 336** 7. Une délégation ayant le droit de vote peut donner mandat à une autre délégation ayant le droit de vote d'exercer ce droit au cours d'une ou de plusieurs séances auxquelles il ne lui est pas possible d'assister. En pareil cas, elle doit en informer le président de la conférence en temps utile et par écrit.
- 337** 8. Une délégation ne peut exercer plus d'un vote par procuration.
- 338** 9. Les pouvoirs et procurations adressés par télégramme ne sont pas acceptables. En revanche, sont acceptées les réponses télégraphiques aux demandes d'éclaircissement du président ou du secrétariat de la conférence concernant les pouvoirs.
- 339** 10. Un Membre ou une entité ou organisation agréée qui se propose d'envoyer une délégation ou des représentants à une conférence de normalisation des télécommunications, à une conférence de développement des télécommunications ou à une assemblée des radiocommunications en informe le directeur du Bureau du Secteur concerné, en indiquant le nom et la fonction des membres de la délégation ou des représentants.

Chapitre III Règlement intérieur

Article 32

Règlement intérieur des conférences et autres réunions

- 340** Le règlement intérieur est applicable sans préjudice des dispositions relatives à la procédure d'amendement contenues dans l'article 55 de la Constitution et l'article 42 de la présente Convention.

1. Ordre des places

- 341** Aux séances de la conférence, les délégations sont rangées dans l'ordre alphabétique des noms en français des Membres représentés.

2. Inauguration de la conférence

- 342** 1. (1) La séance inaugurale de la conférence est précédée d'une réunion des chefs de délégation au cours de laquelle est préparé l'ordre du jour de la première séance plénière et sont présentées des propositions concernant l'organisation et la désignation des présidents et vice-présidents de la conférence et de ses commissions, compte tenu du principe du roulement, de la répartition géographique, de la compétence nécessaire et des dispositions du numéro 346 ci-dessous.
- 343** (2) Le président de la réunion des chefs de délégation est désigné conformément aux dispositions des numéros 344 et 345 ci-dessous.
- 344** 2. (1) La conférence est inaugurée par une personnalité désignée par le gouvernement invitant.

Konvention vorgesehene Ausschuß wird beauftragt, sie zu prüfen; er legt dem Plenum innerhalb der von diesem festgesetzten Frist einen Bericht über seine Schlußfolgerungen vor. Bis zur Entscheidung des Plenums in dieser Frage ist jede Delegation berechtigt, an den Konferenzarbeiten teilzunehmen und das Stimmrecht des betreffenden Mitglieds auszuüben.

6. Im allgemeinen müssen die Mitglieder der Union bestrebt sein, ihre eigenen Delegationen zu den Konferenzen der Union zu entsenden. Wenn jedoch ein Mitglied aus besonderen Gründen keine eigene Delegation entsenden kann, darf es der Delegation eines anderen Mitglieds die Vollmacht erteilen, in seinem Namen abzustimmen und zu unterzeichnen. Diese Vollmachtsübertragung muß in einer Urkunde niedergelegt sein, die von einer der in Nummer 325 oder 326 genannten Amtspersonen unterzeichnet ist.

7. Eine stimmberechtigte Delegation darf eine andere stimmberechtigte Delegation bevollmächtigen, ihr Stimmrecht in einer oder mehreren Sitzungen auszuüben, an denen sie nicht teilnehmen kann. In einem solchen Fall muß sie den Präsidenten der Konferenz hierüber rechtzeitig schriftlich unterrichten.

8. Eine Delegation darf nicht mehr als ein übertragenes Stimmrecht ausüben.

9. Telegrafisch übermittelte Vollmachten und Vollmachtsübertragungen werden nicht anerkannt. Telegrafische Antworten auf Rückfragen des Präsidenten oder des Sekretariats der Konferenz bezüglich einer Vollmacht werden jedoch anerkannt.

10. Ein Mitglied oder ein zugelassenes Gremium bzw. eine zugelassene Organisation, das bzw. die beabsichtigt, eine Delegation oder Vertreter zu einer Konferenz für die Standardisierung im Fernmeldewesen, zu einer Konferenz für die Entwicklung des Fernmeldewesens oder zu einer Funkversammlung zu entsenden, teilt dies dem Direktor des Büros des betreffenden Sektors unter Angabe des Namens und der Funktion der Mitglieder der Delegation oder der Vertreter mit.

Kapitel III Geschäftsordnung

Artikel 32

Geschäftsordnung der Konferenzen und der anderen Tagungen

Die Geschäftsordnung gilt unbeschadet der in Artikel 55 der Konstitution und in Artikel 42 dieser Konvention enthaltenen Bestimmungen über das Änderungsverfahren.

1. Sitzordnung

In den Sitzungen der Konferenz richtet sich die Sitzordnung der Delegationen nach der alphabetischen Reihenfolge der französischen Namen der vertretenen Mitglieder.

2. Eröffnung der Konferenz

1. (1) Der Eröffnungssitzung der Konferenz geht eine Sitzung, der Delegationschefs voraus, in der die Tagesordnung für die erste Plenarsitzung vorbereitet wird und Vorschläge für die Organisation sowie für die Ernennung der Präsidenten und der Vizepräsidenten der Konferenz und ihrer Ausschüsse eingereicht werden; dabei werden die Grundsätze der turnusmäßigen Besetzung und der geographischen Verteilung sowie die erforderliche Qualifikation und die Bestimmungen der Nummer 346 berücksichtigt.

(2) Der Präsident der Sitzung der Delegationschefs wird nach den Bestimmungen der Nummern 344 und 345 benannt.

2. (1) Die Konferenz wird durch eine von der einladenden Regierung benannte Persönlichkeit eröffnet.

5 (2) S'il n'y a pas de gouvernement invitant, elle est inaugurée par le chef de délégation le plus âgé.

6 3. (1) A la première séance plénière, il est procédé à l'élection du président qui, généralement, est une personnalité désignée par le gouvernement invitant.

7 (2) S'il n'y a pas de gouvernement invitant, le président est choisi compte tenu de la proposition faite par les chefs de délégation au cours de la réunion visée au numéro 342 ci-dessus.

8 4. La première séance plénière procède également:

9 a) à l'élection des vice-présidents de la conférence;

0 b) à la constitution des commissions de la conférence et à l'élection des présidents et vice-présidents respectifs;

1 c) à la désignation du secrétariat de la conférence, en vertu du numéro 97 de la présente Convention; le secrétariat peut être renforcé, le cas échéant, par du personnel fourni par l'administration du gouvernement invitant.

3. Prérogatives du président de la conférence

1. En plus de l'exercice de toutes les autres prérogatives qui lui sont conférées dans le présent règlement, le président prononce l'ouverture et la clôture de chaque séance plénière, dirige les débats, veille à l'application du règlement intérieur, donne la parole, met les questions aux voix et proclame les décisions adoptées.

2. Il a la direction générale des travaux de la conférence et veille au maintien de l'ordre au cours des séances plénières. Il statue sur les motions et points d'ordre et a, en particulier, le pouvoir de proposer l'ajournement ou la clôture du débat, la levée ou la suspension d'une séance. Il peut aussi décider d'ajourner la convocation d'une séance plénière, s'il le juge nécessaire.

3. Il protège le droit de toutes les délégations d'exprimer librement et pleinement leur avis sur le sujet en discussion.

4. Il veille à ce que les débats soient limités au sujet en discussion et il peut interrompre tout orateur qui s'écarterait de la question traitée, pour lui rappeler la nécessité de s'en tenir à cette question.

4. Constitution des commissions

1. La séance plénière peut constituer des commissions pour examiner les questions soumises aux délibérations de la conférence. Ces commissions peuvent constituer des sous-commissions. Les commissions et sous-commissions peuvent également constituer des groupes de travail.

2. Des sous-commissions et des groupes de travail sont constitués si nécessaire.

3. Sous réserve des dispositions prévues aux numéros 356 et 357 ci-dessus, les commissions suivantes seront constituées:

4.1 Commission de direction

a) Cette commission est normalement constituée par le président de la conférence ou de la réunion, qui la préside, par les vice-présidents de la conférence et par les présidents et vice-présidents des commissions.

b) La commission de direction coordonne toutes les activités afférentes au bon déroulement des travaux et elle établit l'ordre et le nombre des séances, en évitant, si possible, toute simultanéité étant donné la composition restreinte de certaines délégations.

(2) Gibt es keine einladende Regierung, so wird die Konferenz vom ältesten Delegationschef eröffnet.

3. (1) In der ersten Plenarsitzung wird der Präsident gewählt, der im allgemeinen eine von der einladenden Regierung benannte Persönlichkeit ist.

(2) Gibt es keine einladende Regierung, so erfolgt die Wahl des Präsidenten unter Berücksichtigung des Vorschlags, den die Delegationschefs in der in Nummer 342 erwähnten Sitzung gemacht haben.

4. Die erste Plenarsitzung hat außerdem folgende Aufgaben:

a) Wahl der Vizepräsidenten der Konferenz;

b) Bildung der Ausschüsse der Konferenz und Wahl der Präsidenten und Vizepräsidenten dieser Ausschüsse;

c) Benennung des Personals für das Sekretariat der Konferenz in Übereinstimmung mit Nummer 97 dieser Konvention; das Sekretariat kann gegebenenfalls durch Personen verstärkt werden, die von der Verwaltung der einladenden Regierung zur Verfügung gestellt werden.

3. Aufgaben des Präsidenten der Konferenz

1. Außer der Erfüllung aller anderen Aufgaben, die ihm durch diese Geschäftsordnung übertragen werden, eröffnet und schließt der Präsident jede Plenarsitzung, leitet die Debatten, sorgt für die Anwendung der Geschäftsordnung, erteilt das Wort, stellt die Fragen zur Abstimmung und verkündet die angenommenen Beschlüsse.

2. Ihm obliegt die allgemeine Leitung der Konferenzarbeit, und er sorgt für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Plenarsitzungen. Er entscheidet über Anträge und Fragen zur Geschäftsordnung und ist insbesondere berechtigt, die Vertagung oder die Schließung der Debatte und die Aufhebung oder Unterbrechung einer Sitzung vorzuschlagen. Wenn er es für nötig hält, kann er auch entscheiden, daß die Einberufung einer Plenarsitzung verschoben wird.

3. Er schützt das Recht aller Delegationen, ihre Meinung über die zur Diskussion stehende Angelegenheit frei und vollständig darzulegen.

4. Er sorgt dafür, daß die Debatten auf den Gegenstand der Diskussion beschränkt bleiben, und er darf jeden Redner, der von der behandelten Frage abweicht, unterbrechen, um ihn aufzufordern, seine Ausführungen auf die zur Diskussion stehende Angelegenheit zu beschränken.

4. Bildung von Ausschüssen

1. Das Plenum kann zur Behandlung der Fragen, die der Konferenz zur Beratung vorgelegt werden, Ausschüsse bilden. Diese Ausschüsse können Unterausschüsse bilden. Die Ausschüsse und Unterausschüsse können Arbeitsgruppen bilden.

2. Unterausschüsse und Arbeitsgruppen werden bei Bedarf gebildet.

3. Vorbehaltlich der Nummern 356 und 357 werden folgende Ausschüsse gebildet:

4.1 Lenkungsausschuß

a) Dieser Ausschuß setzt sich in der Regel zusammen aus dem Präsidenten der Konferenz oder Tagung, der gleichzeitig Präsident des Ausschusses ist, aus den Vizepräsidenten der Konferenz und aus den Präsidenten und Vizepräsidenten der Ausschüsse.

b) Der Lenkungsausschuß koordiniert alle Tätigkeiten, die dem reibungslosen Arbeitsablauf dienen; er legt die Reihenfolge und die Anzahl der Sitzungen fest, wobei er angesichts der geringen Anzahl der Mitglieder einiger Delegationen jegliche Überschneidung möglichst vermeidet.

4.2 Commission des pouvoirs

- 361 Une Conférence de plénipotentiaires, une conférence des radiocommunications ou une conférence mondiale des télécommunications internationales nomme une commission des pouvoirs qui est chargée de vérifier les pouvoirs des délégations à ces conférences. Cette commission présente ses conclusions à la séance plénière dans les délais fixés par celle-ci.

4.3 Commission de rédaction

- 362 a) Les textes établis autant que possible dans leur forme définitive par les diverses commissions en tenant compte des avis exprimés, sont soumis à la commission de rédaction, laquelle est chargée d'en perfectionner la forme sans en altérer le sens et, s'il y a lieu, de les assembler avec les textes antérieurs non amendés.
- 363 b) Ces textes sont soumis par la commission de rédaction à la séance plénière, laquelle les approuve ou les renvoie, aux fins de nouvel examen, à la commission compétente.

4.4 Commission de contrôle budgétaire

- 364 a) A l'ouverture de chaque conférence, la séance plénière nomme une commission de contrôle budgétaire chargée d'apprécier l'organisation et les moyens d'action mis à la disposition des délégués, d'examiner et d'approuver les comptes des dépenses encourues pendant toute la durée de la conférence. Cette commission comprend, indépendamment des membres des délégations qui désirent y participer, un représentant du Secrétaire général et du directeur du Bureau concerné et, s'il y a un gouvernement invitant, un représentant de celui-ci.
- 365 b) Avant l'épuisement du budget approuvé par le Conseil pour la conférence, la commission de contrôle budgétaire, en collaboration avec le secrétariat de la conférence, présente à la séance plénière un état provisoire des dépenses. La séance plénière en tient compte, afin de décider si les progrès réalisés justifient une prolongation de la conférence au-delà de la date à laquelle le budget approuvé sera épuisé.
- 366 c) A la fin de chaque conférence, la commission de contrôle budgétaire présente à la séance plénière un rapport indiquant, aussi exactement que possible, le montant estimé des dépenses de la conférence, ainsi que de celles que risque d'entraîner l'exécution des décisions prises par cette conférence.
- 367 d) Après avoir examiné et approuvé ce rapport, la séance plénière le transmet au Secrétaire général, avec ses observations, afin qu'il en saisisse le Conseil lors de sa prochaine session ordinaire.

5. Composition des commissions*5.1 Conférences de plénipotentiaires*

- 368 Les commissions sont composées des délégués des Membres et des observateurs prévus au numéro 269 de la présente Convention, qui en ont fait la demande ou qui ont été désignés par la séance plénière.

5.2 Conférences des radiocommunications et conférences mondiales des télécommunications internationales

- 369 Les commissions sont composées des délégués des Membres, des observateurs et des représentants visés aux numéros 278, 279 et 280 de la présente Convention, qui en ont fait la demande ou qui ont été désignés par la séance plénière.

4.2 Vollmachtenprüfungsausschuß

Eine Konferenz der Regierungsbevollmächtigten, eine Funkkonferenz oder eine weltweite Konferenz für internationale Fernmeldedienste setzt einen Vollmachtenprüfungsausschuß ein, der beauftragt ist, die Vollmachten der Delegationen bei diesen Konferenzen zu prüfen. Der Ausschuß teilt seine Schlußfolgerungen dem Plenum innerhalb der von diesem festgelegten Frist mit.

4.3 Redaktionsausschuß

- a) Die Texte, welche die verschiedenen Ausschüsse soweit wie möglich in ihrer endgültigen Form unter Berücksichtigung der geäußerten Meinungen erstellen, werden dem Redaktionsausschuß vorgelegt, der beauftragt ist, die Formulierung ohne materielle Änderungen vorzunehmen und die Texte gegebenenfalls mit den unverändert gebliebenen Textteilen richtig zu verbinden.
- b) Der Redaktionsausschuß legt diese Texte dem Plenum vor, das sie annimmt oder zur erneuten Prüfung an den zuständigen Ausschuß verweist.

4.4 Ausschuß zur Kontrolle des Konferenzbudgets

- a) Bei der Eröffnung jeder Konferenz setzt das Plenum einen Ausschuß zur Kontrolle des Konferenzbudgets ein, welcher die Aufgabe hat, die Organisation und die den Delegierten zur Verfügung stehenden technischen und organisatorischen Hilfsmittel zu begutachten sowie die Rechnungen für die während der Konferenz anfallenden Ausgaben zu prüfen und zu genehmigen. Zu diesem Ausschuß gehören außer den Mitgliedern der Delegationen, die an seiner Arbeit teilnehmen wollen, ein Vertreter des Generalsekretärs und ein Vertreter des Direktors des betreffenden Büros und, falls eine Regierung eingeladen hat, ein Vertreter dieser Regierung.
- b) Bevor die vom Rat für die Konferenz bewilligten Mittel erschöpft sind, legt der Ausschuß zur Kontrolle des Konferenzbudgets in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat der Konferenz dem Plenum eine vorläufige Aufstellung der Ausgaben vor. Aufgrund dieser Aufstellung entscheidet das Plenum, ob die bisherigen Fortschritte eine Verlängerung der Konferenz über den Zeitpunkt hinaus rechtfertigen, zu dem die bewilligten Mittel erschöpft sein werden.
- c) Am Ende jeder Konferenz legt der Ausschuß zur Kontrolle des Konferenzbudgets dem Plenum einen Bericht vor, der eine möglichst genaue Schätzung der Ausgaben für die Konferenz sowie derjenigen Ausgaben enthält, die als Folge der Durchführung der von dieser Konferenz gefaßten Beschlüsse entstehen könnten.
- d) Das Plenum prüft und genehmigt diesen Bericht und übermittelt ihn dann mit seinen Anmerkungen dem Generalsekretär zur Vorlage beim Rat während dessen nächster ordentlicher Tagung.

5. Zusammensetzung der Ausschüsse*5.1 Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten*

Die Ausschüsse setzen sich zusammen aus Delegierten der Mitglieder und den in Nummer 269 dieser Konvention erwähnten Beobachtern, die einen entsprechenden Antrag gestellt haben oder vom Plenum benannt worden sind.

5.2 Funkkonferenzen und weltweite Konferenzen für internationale Fernmeldedienste

Die Ausschüsse setzen sich zusammen aus Delegierten der Mitglieder und den in den Nummern 278, 279 und 280 dieser Konvention erwähnten Beobachtern und Vertretern, die einen entsprechenden Antrag gestellt haben oder vom Plenum benannt worden sind.

5.3 Assemblées des radiocommunications, conférences de normalisation des télécommunications et conférences de développement des télécommunications

- 70 Outre les délégués des Membres et les observateurs visés aux numéros 259 à 262 de la présente Convention, les représentants de toute entité ou organisation figurant dans la liste appropriée mentionnée au numéro 237 de la présente Convention peuvent participer aux assemblées des radiocommunications et aux commissions des conférences de normalisation des télécommunications et des conférences de développement des télécommunications.

6. Présidents et vice-présidents des sous-commissions

- *1 Le président de chaque commission propose à celle-ci le choix des présidents et vice-présidents des sous-commissions qu'elle constitue.

7. Convocation aux séances

- *2 Les séances plénières et celles des commissions, sous-commissions et groupes de travail sont annoncées suffisamment à l'avance au lieu de réunion de la conférence.

8. Propositions présentées avant l'ouverture de la conférence

- *3 Les propositions présentées avant l'ouverture de la conférence sont réparties par la séance plénière entre les commissions compétentes constituées conformément aux dispositions de la section 4 du présent règlement intérieur. Toutefois, la séance plénière peut traiter directement n'importe quelle proposition.

9. Propositions ou amendements présentés au cours de la conférence

- 4 1. Les propositions ou amendements présentés après l'ouverture de la conférence sont remis au président de la conférence, au président de la commission compétente ou au secrétariat de la conférence aux fins de publication et de distribution comme document de conférence.
- 5 2. Aucune proposition ou aucun amendement écrit ne peut être présenté s'il n'est signé par le chef de la délégation intéressée ou par son suppléant.
- 6 3. Le président de la conférence, d'une commission, d'une sous-commission ou d'un groupe de travail peut présenter en tout temps des propositions susceptibles d'accélérer le cours des débats.
- 7 4. Toute proposition ou tout amendement doit contenir en termes concrets et précis le texte à examiner.
- 8 5. (1) Le président de la conférence ou le président de la commission, de la sous-commission ou du groupe de travail compétent décide dans chaque cas si une proposition ou un amendement présenté en cours de séance peut faire l'objet d'une communication verbale ou s'il doit être remis aux fins de publication et de distribution dans les conditions prévues au numéro 374 ci-dessus.
- 9 (2) En général, le texte de toute proposition importante qui doit faire l'objet d'un vote doit être distribué dans les langues de travail de la conférence suffisamment tôt pour permettre son étude avant la discussion.
- 10 (3) En outre, le président de la conférence, qui reçoit les propositions ou amendements visés au numéro 374 ci-dessus, les transmet, selon le cas, aux commissions compétentes ou à la séance plénière.
- 11 6. Toute personne autorisée peut lire ou demander que soit lu en séance plénière toute proposition ou tout amendement présenté par elle au cours de la conférence et peut en exposer les motifs.

5.3 Funkversammlungen, Konferenzen für die Standardisierung im Fernmeldewesen und Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens

- Außer den Delegierten der Mitglieder und den in den Nummern 259 bis 262 dieser Konvention erwähnten Beobachtern dürfen die Vertreter aller Gremien und Organisationen, die auf den entsprechenden Listen (s. Nummer 237 dieser Konvention) stehen, an den Funkversammlungen und an den Arbeiten der Ausschüsse der Konferenzen für die Standardisierung im Fernmeldewesen und der Konferenzen für die Entwicklung des Fernmeldewesens teilnehmen.

6. Präsidenten und Vizepräsidenten der Unterausschüsse

- Vorschläge für die Wahl der Präsidenten und Vizepräsidenten der Unterausschüsse werden jeweils vom Präsidenten desjenigen Ausschusses gemacht, welcher die Unterausschüsse bildet.

7. Einberufung zu den Sitzungen

- Die Plenarsitzungen und die Sitzungen der Ausschüsse, Unterausschüsse und Arbeitsgruppen werden rechtzeitig am Tagungs-ort der Konferenz angekündigt.

8. Vorschläge, die vor Eröffnung der Konferenz eingereicht werden

- Die vor Eröffnung der Konferenz eingereichten Vorschläge werden vom Plenum auf die zuständigen Ausschüsse verteilt, die nach Abschnitt 4 dieser Geschäftsordnung gebildet werden. Das Plenum kann aber auch jeden beliebigen Vorschlag unmittelbar behandeln.

9. Vorschläge oder Änderungsvorschläge, die während der Konferenz eingereicht werden

1. Die nach Eröffnung der Konferenz eingereichten Vorschläge oder Änderungsvorschläge werden dem Präsidenten der Konferenz, dem Präsidenten des zuständigen Ausschusses oder dem Sekretariat der Konferenz zur Veröffentlichung und Verteilung als Konferenzdokument übergeben.
2. Ein schriftlicher Vorschlag oder Änderungsvorschlag darf nur eingereicht werden, wenn er vom Chef der betreffenden Delegation oder von seinem Vertreter unterzeichnet ist.
3. Der Präsident der Konferenz, eines Ausschusses, eines Unterausschusses oder einer Arbeitsgruppe kann jederzeit Vorschläge vorlegen, die geeignet sind, den Lauf der Debatten zu beschleunigen.
4. Bei jedem Vorschlag oder Änderungsvorschlag muß der zu prüfende Text klar und genau formuliert sein.
5. (1) Der Präsident der Konferenz oder der Präsident des zuständigen Ausschusses oder Unterausschusses oder der zuständigen Arbeitsgruppe entscheidet in jedem einzelnen Fall, ob ein während der Sitzung vorgelegter Vorschlag oder Änderungsvorschlag mündlich bekanntgegeben werden kann oder ob er zwecks Veröffentlichung und Verteilung nach Nummer 374 – schriftlich eingereicht werden muß.
- (2) Im allgemeinen ist der Text jedes wichtigen Vorschlags, über den abgestimmt werden muß, in den Arbeitssprachen der Konferenz so rechtzeitig zu verteilen, daß er noch vor der Diskussion geprüft werden kann.
- (3) Außerdem leitet der Präsident der Konferenz die in Nummer 374 bezeichneten Vorschläge oder Änderungsvorschläge, die er erhält, je nach Fall den zuständigen Ausschüssen oder dem Plenum zu.
6. Jede berechnigte Person darf jeden von ihr während der Konferenz eingereichten Vorschlag oder Änderungsvorschlag in der Plenarsitzung vorlesen oder verlangen, daß er vorgelesen wird, und darf ihn begründen.

10. Conditions requises pour tout examen, décision ou vote concernant une proposition ou un amendement

- 382 1. Aucune proposition ou aucun amendement ne peut être mis en discussion si, au moment de son examen, il n'est pas appuyé par au moins une autre délégation.
- 383 2. Toute proposition ou tout amendement dûment appuyé doit être présenté pour examen et ensuite pour décision, le cas échéant à la suite d'un vote.

11. Propositions ou amendements omis ou différés

- 384 Quand une proposition ou un amendement a été omis ou lorsque son examen a été différé, il appartient à la délégation sous les auspices de laquelle cette proposition ou cet amendement a été présenté de veiller à ce qu'il soit procédé à son examen par la suite.

12. Conduite des débats en séance plénière

12.1 Quorum

- 385 Pour qu'un vote soit valablement pris au cours d'une séance plénière, plus de la moitié des délégations accréditées à la conférence et ayant droit de vote doivent être présentes ou représentées à la séance.

12.2 Ordre de discussion

- 386 (1) Les personnes qui désirent prendre la parole ne peuvent le faire qu'après avoir obtenu le consentement du président. En règle générale, elles commencent par indiquer à quel titre elles parlent.
- 387 (2) Toute personne qui a la parole doit s'exprimer lentement et distinctement, en séparant bien les mots et en marquant les temps d'arrêt nécessaires pour permettre à tous de bien comprendre sa pensée.

12.3 Motions d'ordre et points d'ordre

- 388 (1) Au cours des débats, une délégation peut, au moment qu'elle juge opportun, présenter toute motion d'ordre ou soulever tout point d'ordre, lesquels donnent immédiatement lieu à une décision prise par le président conformément au présent règlement intérieur. Toute délégation peut en appeler de la décision du président, mais celle-ci reste valable en son intégrité si la majorité des délégations présentes et votant ne s'y oppose pas.
- 389 (2) La délégation qui présente une motion d'ordre ne peut pas, dans son intervention, traiter du fond de la question en discussion.

12.4 Ordre de priorité des motions et points d'ordre

- 390 L'ordre de priorité à assigner aux motions et points d'ordre dont il est question au numéro 388 ci-dessus est le suivant:
- 391 a) tout point d'ordre relatif à l'application du présent règlement intérieur, y compris les procédures de vote;
- 392 b) suspension de la séance;
- 393 c) levée de la séance;
- 394 d) ajournement du débat sur la question en discussion;
- 395 e) clôture du débat sur la question en discussion;
- 396 f) toutes autres motions ou tous autres points d'ordre qui pourraient être présentés et dont la priorité relative est fixée par le président.

10. Voraussetzungen für die Behandlung eines Vorschlags oder Änderungsvorschlags und für die Beschlußfassung oder Abstimmung hierüber

- 382 1. Ein Vorschlag oder Änderungsvorschlag darf nur dann zur Diskussion gestellt werden, wenn er zu dem Zeitpunkt, zu dem er behandelt werden soll, von mindestens einer anderen Delegation unterstützt wird.
- 383 2. Jeder ordnungsgemäß unterstützte Vorschlag oder Änderungsvorschlag muß zur Behandlung und anschließend zur Beschlußfassung, gegebenenfalls durch eine Abstimmung, vorgelegt werden.

11. Nichtbehandelte oder zurückgestellte Vorschläge oder Änderungsvorschläge

- 384 Wenn ein Vorschlag oder Änderungsvorschlag nicht behandelt oder seine Behandlung zurückgestellt worden ist, ist es Sache der Delegation, die diesen Vorschlag oder Änderungsvorschlag vorgelegt hat, dafür zu sorgen, daß er später behandelt wird.

12. Ablauf der Debatten in der Plenarsitzung

12.1 Beschlußfähigkeit

- 385 Damit in einer Plenarsitzung eine gültige Abstimmung stattfinden kann, muß mehr als die Hälfte der bei der Konferenz akkreditierten stimmberechtigten Delegationen in der Sitzung anwesend oder vertreten sein.

12.2 Diskussionsordnung

- 386 (1) Jeder, der das Wort ergreifen will, darf erst dann sprechen, wenn der Präsident ihm die Erlaubnis erteilt hat. Im allgemeinen gibt er zunächst an, in welcher Eigenschaft er spricht.
- 387 (2) Jeder, der das Wort hat, muß langsam und deutlich sprechen, die Wörter gut voneinander trennen und die nötigen Pausen einlegen, damit alle Anwesenden seine Ausführungen richtig erfassen können.

12.3 Anträge und Fragen zur Geschäftsordnung

- 388 (1) Während der Debatten darf eine Delegation, sobald sie es für angebracht hält, einen Antrag oder eine Frage zur Geschäftsordnung stellen, über die der Präsident sogleich entsprechend dieser Geschäftsordnung entscheiden muß. Jede Delegation darf die Entscheidung des Präsidenten anfechten; diese bleibt jedoch in vollem Umfang gültig, wenn nicht die Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Delegationen dagegen ist.
- 389 (2) Die Delegation, die einen Antrag zur Geschäftsordnung stellt, darf dabei die zur Diskussion stehende Angelegenheit sachlich nicht behandeln.

12.4 Rangordnung der Anträge und Fragen zur Geschäftsordnung

- 390 Für die Anträge und Fragen zur Geschäftsordnung, von denen in Nummer 388 die Rede ist, gilt folgende Rangordnung:
- 391 a) alle Fragen zur Geschäftsordnung, die sich auf die Anwendung dieser Geschäftsordnung einschließlich der Abstimmungsverfahren beziehen; 3
- 392 b) Unterbrechung der Sitzung; 3
- 393 c) Aufhebung der Sitzung; 3
- 394 d) Verlegung der Debatte über die zur Diskussion stehende Angelegenheit; 3
- 395 e) Schließung der Debatte über die zur Diskussion stehende Angelegenheit; 3
- 396 f) alle anderen Anträge oder Fragen zur Geschäftsordnung, die gestellt werden könnten; ihre Rangordnung wird vom Präsidenten festgesetzt. 3

12.5 Motion de suspension ou de levée de la séance

Pendant la discussion d'une question, une délégation peut proposer de suspendre ou de lever la séance, en indiquant les motifs de sa proposition. Si cette proposition est appuyée, la parole est donnée à deux orateurs s'exprimant contre la motion et uniquement sur ce sujet, après quoi la motion est mise aux voix.

12.6 Motion d'ajournement du débat

Pendant la discussion de toute question, une délégation peut proposer l'ajournement du débat pour une période déterminée. Au cas où une telle motion fait l'objet d'une discussion, seuls trois orateurs, en plus de l'auteur de la motion, peuvent y prendre part, un en faveur de la motion et deux contre, après quoi la motion est mise aux voix.

12.7 Motion de clôture du débat

A tout moment, une délégation peut proposer que le débat sur la question en discussion soit clos. En ce cas, la parole n'est accordée qu'à deux orateurs opposés à la clôture, après quoi cette motion est mise aux voix. Si la motion est adoptée, le président demande immédiatement qu'il soit voté sur la question en discussion.

12.8 Limitation des interventions

(1) La séance plénière peut éventuellement limiter la durée et le nombre des interventions d'une même délégation sur un sujet déterminé.

(2) Toutefois, sur les questions de procédure, le président limite la durée de chaque intervention à cinq minutes au maximum.

(3) Quand un orateur dépasse le temps de parole qui lui a été accordé, le président en avise l'assemblée et prie l'orateur de vouloir bien conclure son exposé à bref délai.

12.9 Clôture de la liste des orateurs

(1) Au cours d'un débat, le président peut donner lecture de la liste des orateurs inscrits; il y ajoute le nom des délégations qui manifestent le désir de prendre la parole et, avec l'assentiment de l'assemblée, peut déclarer la liste close. Cependant, s'il le juge opportun, le président peut accorder, à titre exceptionnel, le droit de répondre à toute intervention antérieure, même après la clôture de la liste.

(2) Lorsque la liste des orateurs est épuisée, le président prononce la clôture du débat sur la question en discussion.

12.10 Questions de compétence

Les questions de compétence qui peuvent se présenter doivent être réglées avant qu'il soit voté sur le fond de la question en discussion.

12.11 Retrait et nouvelle présentation d'une motion

L'auteur d'une motion peut la retirer avant qu'elle soit mise aux voix. Toute motion, amendée ou non, qui serait ainsi retirée, peut être présentée à nouveau ou reprise, soit par la délégation auteur de l'amendement, soit par toute autre délégation.

13. Droit de vote

1. A toutes les séances de la conférence, la délégation d'un Membre de l'Union, dûment accréditée par ce dernier pour participer à la conférence, a droit à une voix, conformément à l'article 3 de la Constitution.

12.5 Antrag auf Unterbrechung oder Aufhebung der Sitzung

Während der Diskussion einer Angelegenheit darf eine Delegation unter Angabe der Gründe den Antrag stellen, die Sitzung zu unterbrechen oder aufzuheben. Wenn ein solcher Antrag unterstützt wird, erhalten zwei Redner, die sich gegen den Antrag aussprechen, allein zu dieser Frage das Wort; danach wird über den Antrag abgestimmt. 397

12.6 Antrag auf Vertagung der Debatte

Während der Diskussion einer Angelegenheit darf eine Delegation den Antrag stellen, die Debatte um eine bestimmte Zeit zu vertagen. Falls ein solcher Antrag Gegenstand einer Diskussion ist, dürfen sich an dieser außer dem Antragsteller nur drei Redner beteiligen, und zwar einer von ihnen zugunsten und zwei zuungunsten des Antrags; danach wird über den Antrag abgestimmt. 398

12.7 Antrag auf Schließung der Debatte

Eine Delegation kann jederzeit den Antrag stellen, die Debatte über die zur Diskussion stehende Angelegenheit zu schließen. In diesem Fall wird das Wort nur zwei Rednern erteilt, die sich gegen den Antrag aussprechen; danach wird über diesen Antrag abgestimmt. Falls der Antrag angenommen wird, verlangt der Präsident sofort, daß über die zur Diskussion stehende Angelegenheit abgestimmt wird. 399

12.8 Beschränkung der Ausführungen

(1) Das Plenum kann unter Umständen die Redezeit und die Zahl der Wortmeldungen zu einem bestimmten Gegenstand je Delegation beschränken. 400

(2) In Verfahrensfragen jedoch beschränkt der Präsident die Dauer der Ausführungen jedes Redners auf höchstens 5 Minuten. 401

(3) Überschreitet ein Redner die ihm gewährte Redezeit, so setzt der Präsident die Versammlung hiervon in Kenntnis und bittet den Redner, seine Ausführungen in Kürze zu beenden. 402

12.9 Schließung der Rednerliste

(1) Während einer Debatte kann der Präsident die Rednerliste verlesen; er fügt ihr die Namen der Delegationen hinzu, die den Wunsch äußern, das Wort zu ergreifen, und kann hierauf mit Zustimmung der Versammlung die Liste für geschlossen erklären. Der Präsident darf jedoch, wenn er es für angebracht hält, ausnahmsweise zulassen, daß auf jede vorangegangene Ausführung auch noch nach Schließung der Liste geantwortet wird. 403

(2) Wenn die Rednerliste erschöpft ist, erklärt der Präsident die Debatte über die zur Diskussion stehende Angelegenheit für geschlossen. 404

12.10 Zuständigkeitsfragen

Möglicherweise auftretende Zuständigkeitsfragen müssen geregelt werden, bevor über die sachliche Seite der zur Diskussion stehenden Angelegenheit abgestimmt wird. 405

12.11 Zurückziehung und Wiederaufnahme eines Antrags

Ein Antragsteller darf seinen Antrag zurückziehen, solange noch nicht über ihn abgestimmt worden ist. Jeder Antrag, der, geändert oder nicht, zurückgezogen worden ist, darf von jeder Delegation, die einen Änderungsantrag gestellt hat, oder von jeder anderen Delegation von neuem vorgelegt oder wiederaufgenommen werden. 406

13. Stimmrecht

1. Die Delegation eines Mitglieds der Union, die von diesem für die Teilnahme an der Konferenz ordnungsgemäß akkreditiert ist, hat nach Artikel 3 der Konstitution in allen Sitzungen der Konferenz das Recht auf eine Stimme. 407

408 2. La délégation d'un Membre de l'Union exerce son droit de vote dans les conditions précisées à l'article 31 de la présente Convention.

409 3. Lorsqu'un Membre de l'Union n'est pas représenté par une administration à une assemblée des radiocommunications, à une conférence mondiale de normalisation des télécommunications ou à une conférence de développement des télécommunications, les représentants des exploitations reconnues du Membre concerné ont, ensemble et quel que soit leur nombre, droit à une seule voix, sous réserve des dispositions du numéro 239 de la présente Convention. Les dispositions des numéros 335 à 338 de la présente Convention relatives aux procurations s'appliquent aux conférences précitées.

14. Vote

14.1 Définition de la majorité

410 (1) La majorité est constituée par plus de la moitié des délégations présentes et votant.

411 (2) Les abstentions ne sont pas prises en considération dans le décompte des voix nécessaires pour constituer la majorité.

412 (3) En cas d'égalité des voix, la proposition ou l'amendement est considéré comme rejeté.

413 (4) Aux fins du présent règlement, est considérée comme «délégation présente et votant» toute délégation qui se prononce pour ou contre une proposition.

14.2 Non-participation au vote

414 Les délégations présentes qui ne participent pas à un vote déterminé ou qui déclarent expressément ne pas vouloir y participer, ne sont pas considérées comme absentes du point de vue de la détermination du quorum au sens du numéro 385 de la présente Convention, ni comme s'étant abstenues du point de vue de l'application des dispositions du numéro 416 ci-dessous.

14.3 Majorité spéciale

415 En ce qui concerne l'admission de nouveaux Membres de l'Union, la majorité requise est fixée à l'article 2 de la Constitution.

14.4 Plus de cinquante pour cent d'abstentions

416 Lorsque le nombre des abstentions dépasse la moitié du nombre des suffrages exprimés (pour, contre, abstentions), l'examen de la question en discussion est renvoyé à une séance ultérieure au cours de laquelle les abstentions n'entreront plus en ligne de compte.

14.5 Procédures de vote

417 (1) Les procédures de vote sont les suivantes:

418 a) à main levée, en règle générale, à moins qu'un vote par appel nominal selon la procédure b) ou un vote au scrutin secret selon la procédure c) n'ait été demandé;

419 b) par appel nominal dans l'ordre alphabétique français des noms des Membres présents et habilités à voter:

420 1. si au moins deux délégations, présentes et habilitées à voter, le demandent avant le début du vote à moins qu'un vote au scrutin secret selon la procédure c) n'ait été demandé, ou

421 2. si une majorité ne se dégage pas clairement d'un vote selon la procédure a);

422 c) au scrutin secret si cinq au moins des délégations présentes et habilitées à voter le demandent avant le début du vote.

2. Die Delegation eines Mitglieds der Union übt ihr Stimmrecht unter den in Artikel 31 dieser Konvention festgelegten Bedingungen aus.

3. Wird ein Mitglied der Union bei einer Funkversammlung, einer weltweiten Konferenz für die Standardisierung im Fernmeldewesen oder einer Konferenz für die Entwicklung des Fernmeldewesens nicht durch eine Verwaltung vertreten, so haben, vorbehaltlich der Nummer 239 dieser Konvention, die Vertreter der anerkannten Betriebsunternehmen des betreffenden Mitglieds ungeachtet ihrer Zahl insgesamt Anspruch auf nur eine Stimme. Die Bestimmungen der Nummern 335 bis 338 dieser Konvention über die Vollmachtsübertragungen gelten auch für die vorgenannten Konferenzen.

14. Abstimmung

14.1 Definition des Begriffs „Mehrheit“

(1) Die Mehrheit wird gebildet aus mehr als der Hälfte der anwesenden und abstimmenden Delegationen.

(2) Die Stimmenthaltungen werden bei der Berechnung der für die Mehrheit erforderlichen Stimmen nicht berücksichtigt.

(3) Bei Stimmengleichheit gilt der Vorschlag oder Änderungsvorschlag als abgelehnt.

(4) Für die Zwecke dieser Geschäftsordnung gilt als „anwesende und abstimmende Delegation“ jede Delegation, die sich für oder gegen einen Vorschlag ausspricht.

14.2 Nichtteilnahme an der Abstimmung

Die anwesenden Delegationen, die sich an einer bestimmten Abstimmung nicht beteiligen oder ausdrücklich erklären, daß sie nicht daran teilnehmen wollen, gelten hinsichtlich der Feststellung der Beschlußfähigkeit im Sinne der Nummer 385 dieser Konvention nicht als abwesend und hinsichtlich der Anwendung der Bestimmungen der Nummer 416 nicht als Delegationen, die sich der Stimme enthalten haben.

14.3 Qualifizierte Mehrheit

Im Fall der Aufnahme eines neuen Mitglieds in die Union gilt die in Artikel 2 der Konstitution festgesetzte Mehrheit.

14.4 Stimmenthaltungen von mehr als fünfzig vom Hundert

Wenn die Zahl der Stimmenthaltungen die Hälfte der abgegebenen Stimmen (für, gegen, Enthaltungen) übersteigt, wird die Behandlung der zur Diskussion stehenden Angelegenheit auf eine spätere Sitzung verschoben, in der die Stimmenthaltungen nicht mehr berücksichtigt werden.

14.5 Abstimmungsverfahren

(1) Es wird wie folgt abgestimmt:

a) im allgemeinen durch Handzeichen, es sei denn, daß eine Abstimmung durch Namensaufruf nach Buchstabe b oder eine geheime Abstimmung nach Buchstabe c verlangt worden ist;

b) durch Namensaufruf, der in alphabetischer Reihenfolge der französischen Namen der anwesenden und stimmberechtigten Mitglieder erfolgt,

1. wenn mindestens zwei der anwesenden und stimmberechtigten Delegationen dies vor Beginn der Abstimmung verlangen und wenn eine geheime Abstimmung nach Buchstabe c nicht verlangt worden ist, oder

2. wenn sich bei einer Abstimmung nach Buchstabe a keine eindeutige Mehrheit ergibt;

c) durch geheime Abstimmung, wenn mindestens 5 der anwesenden und stimmberechtigten Delegationen dies vor Beginn der Abstimmung verlangen.

123 (2) Avant de faire procéder au vote, le président examine toute demande concernant la façon dont celui-ci s'effectuera, puis il annonce officiellement la procédure de vote qui va être appliquée et la question mise aux voix. Il déclare ensuite que le vote a commencé et, lorsque celui-ci est achevé, il en proclame les résultats.

124 (3) En cas de vote au scrutin secret, le secrétariat prend immédiatement les dispositions propres à assurer le secret du scrutin.

125 (4) Si un système électronique adéquat est disponible et si la conférence en décide ainsi, le vote peut être effectué au moyen d'un système électronique.

14.6 Interdiction d'interrompre un vote quand il est commencé

126 Quand le vote est commencé, aucune délégation ne peut l'interrompre, sauf s'il s'agit d'une motion d'ordre relative au déroulement du vote. Cette motion d'ordre ne peut comprendre de proposition entraînant une modification du vote en cours ou une modification du fond de la question mise aux voix. Le vote commence par la déclaration du président indiquant que le vote a commencé et il se termine par la déclaration du président proclamant les résultats.

14.7 Explication de vote

127 Le président donne la parole aux délégations qui désirent expliquer leur vote postérieurement au vote lui-même.

14.8 Vote d'une proposition par parties

128 (1) Lorsque l'auteur d'une proposition le demande, ou lorsque l'assemblée le juge opportun, ou lorsque le président, avec l'approbation de l'auteur, le propose, cette proposition est subdivisée et ses différentes parties sont mises aux voix séparément. Les parties de la proposition qui ont été adoptées sont ensuite mises aux voix comme un tout.

129 (2) Si toutes les parties d'une proposition sont rejetées, la proposition elle-même est considérée comme rejetée.

14.9 Ordre de vote des propositions relatives à une même question

130 (1) Si la même question fait l'objet de plusieurs propositions, celles-ci sont mises aux voix dans l'ordre où elles ont été présentées, à moins que l'assemblée n'en décide autrement.

131 (2) Après chaque vote, l'assemblée décide s'il y a lieu ou non de mettre aux voix la proposition suivante.

14.10 Amendements

132 (1) Est considérée comme amendement toute proposition de modification qui comporte uniquement une suppression, une adjonction à une partie de la proposition originale ou la révision d'une partie de cette proposition.

133 (2) Tout amendement à une proposition qui est accepté par la délégation qui présente cette proposition est aussitôt incorporé au texte primitif de la proposition.

134 (3) Aucune proposition de modification n'est considérée comme un amendement si l'assemblée est d'avis qu'elle est incompatible avec la proposition initiale.

14.11 Vote sur les amendements

135 (1) Si une proposition est l'objet d'un amendement, c'est cet amendement qui est mis aux voix en premier lieu.

423 (2) Vor Beginn der Abstimmung prüft der Präsident jeden Antrag bezüglich des Abstimmungsmodus; dann gibt er offiziell das anzuwendende Abstimmungsverfahren und die zur Abstimmung gestellte Frage bekannt. Anschließend erklärt er die Abstimmung für eröffnet und teilt nach ihrer Beendigung die Abstimmungsergebnisse mit.

424 (3) Bei geheimer Abstimmung trifft das Sekretariat sogleich die geeigneten Vorkehrungen zur Wahrung des Abstimmungsgeheimnisses.

425 (4) Die Abstimmung kann mit Hilfe eines elektronischen Systems durchgeführt werden, wenn ein geeignetes System verfügbar ist und die Konferenz dies beschließt.

14.6 Verbot der Unterbrechung einer bereits begonnenen Abstimmung

426 Eine bereits begonnene Abstimmung darf von keiner Delegation unterbrochen werden, es sei denn, daß es sich um einen Antrag zur Geschäftsordnung handelt, der sich auf die Abwicklung der Abstimmung bezieht. Dieser Antrag zur Geschäftsordnung darf keinen Vorschlag enthalten, der eine Änderung der laufenden Abstimmung oder eine Änderung des Inhalts der zur Abstimmung gestellten Frage zur Folge hat. Die Abstimmung beginnt damit, daß der Präsident diese als eröffnet erklärt, und endet damit, daß er deren Ergebnisse mitteilt.

14.7 Erklärung zur Abstimmung

427 Der Präsident erteilt den Delegationen das Wort, die nach der Abstimmung eine Erklärung zu ihrer Stimmabgabe abzugeben wünschen.

14.8 Abstimmung über die einzelnen Teile eines Vorschlags

428 (1) Ein Vorschlag wird unterteilt, und über seine einzelnen Teile wird getrennt abgestimmt, wenn sein Verfasser es beantragt oder wenn die Versammlung es für zweckmäßig hält oder wenn der Präsident es mit Zustimmung des Verfassers vorschlägt. Die angenommenen Teile des Vorschlags werden dann als ein Ganzes zur Abstimmung gebracht.

429 (2) Wenn alle Teile eines Vorschlags abgelehnt werden, gilt der Vorschlag selbst als abgelehnt.

14.9 Abstimmungsordnung bei Vorschlägen, die ein und dieselbe Angelegenheit betreffen

430 (1) Behandeln mehrere Vorschläge ein und dieselbe Angelegenheit, so wird über die einzelnen Vorschläge in der Reihenfolge abgestimmt, in der sie eingereicht worden sind, sofern die Versammlung nichts anderes beschließt.

431 (2) Nach jeder Abstimmung entscheidet die Versammlung darüber, ob über den nächsten Vorschlag abgestimmt werden soll oder nicht.

14.10 Änderungsvorschläge

432 (1) Als Änderungsvorschlag gilt jeder Vorschlag, der nur eine Streichung, eine Hinzufügung zu einem Teil des ursprünglichen Vorschlags oder die Revision eines Teils dieses Vorschlags vorsieht.

433 (2) Nimmt eine Delegation einen Änderungsvorschlag zu einem von ihr eingereichten Vorschlag an, so wird die Änderung sogleich in den ursprünglichen Wortlaut des Vorschlags eingearbeitet.

434 (3) Ein Vorschlag, der eine Änderung vorsieht, gilt nicht als Änderungsvorschlag, wenn die Versammlung der Ansicht ist, daß er mit dem ursprünglichen Vorschlag unvereinbar ist.

14.11 Abstimmung über Änderungsvorschläge

435 (1) Wird zu einem Vorschlag ein Änderungsvorschlag eingereicht, so wird zunächst über diesen Änderungsvorschlag abgestimmt.

436 (2) Si une proposition est l'objet de plusieurs amendements, celui qui s'écarte le plus du texte original est mis aux voix en premier lieu. Si cet amendement ne recueille pas la majorité des suffrages, celui des amendements parmi ceux qui restent, qui s'écarte encore le plus du texte original, est ensuite mis aux voix et ainsi de suite jusqu'à ce que l'un des amendements ait recueilli la majorité des suffrages; si tous les amendements proposés ont été examinés sans qu'aucun d'eux n'ait recueilli une majorité, la proposition originale non amendée est mise aux voix.

437 (3) Si un ou plusieurs amendements sont adoptés, la proposition ainsi modifiée est ensuite elle-même mise aux voix.

14.12 Répétition d'un vote

438 (1) S'agissant des commissions, sous-commissions et groupes de travail d'une conférence ou d'une réunion, une proposition, une partie d'une proposition ou un amendement ayant déjà fait l'objet d'une décision à la suite d'un vote dans une des commissions, ou sous-commissions ou dans un des groupes de travail, ne peut pas être mis aux voix à nouveau dans la même commission ou sous-commission ou dans le même groupe de travail. Cette disposition s'applique quelle que soit la procédure de vote choisie.

439 (2) S'agissant des séances plénières, une proposition, une partie d'une proposition ou un amendement ne doit pas être remis aux voix, à moins que les deux conditions suivantes soient remplies:

440 a) la majorité des Membres habilités à voter en fait la demande,

441 b) la demande de répétition du vote est faite au moins un jour franc après le vote.

15. Conduite des débats et procédure de vote en commissions et sous-commissions

442 1. Les présidents des commissions et sous-commissions ont des attributions analogues à celles dévolues au président de la conférence par la section 3 du présent règlement intérieur.

443 2. Les dispositions fixées à la section 12 du présent règlement intérieur pour la conduite des débats en séance plénière sont applicables aux débats des commissions ou sous-commissions, sauf en matière de quorum.

444 3. Les dispositions fixées à la section 14 du présent règlement intérieur sont applicables aux votes dans les commissions ou sous-commissions.

16. Réserves

445 1. En règle générale, les délégations qui ne peuvent pas faire partager leur point de vue par les autres délégations doivent s'efforcer, dans la mesure du possible, de se rallier à l'opinion de la majorité.

446 2. Toutefois, s'il apparaît à une délégation qu'une décision quelconque est de nature à empêcher son gouvernement de consentir à être lié par des amendements à la Constitution ou à la présente Convention, ou par la révision des Règlements administratifs, cette délégation peut faire des réserves à titre provisoire ou définitif au sujet de cette décision; de telles réserves peuvent être formulées par une délégation au nom d'un Membre qui ne participe pas à la conférence et qui aura remis une procuration à cette délégation pour signer les Actes finals conformément aux dispositions de l'article 31 de la présente Convention.

17. Procès-verbaux des séances plénières

447 1. Les procès-verbaux des séances plénières sont établis par le secrétariat de la conférence, qui en assure la distribution aux

(2) Wird zu einem Vorschlag mehr als ein Änderungsvorschlag eingereicht, so wird zunächst über denjenigen Änderungsvorschlag abgestimmt, der am meisten vom ursprünglichen Wortlaut abweicht. Wenn dieser Änderungsvorschlag keine Stimmenmehrheit erhält, wird hiernach unter den verbleibenden Änderungsvorschlägen über denjenigen abgestimmt, der dann noch am meisten vom ursprünglichen Wortlaut abweicht, und so fort, bis einer der Änderungsvorschläge die Stimmenmehrheit erhält; wenn alle Änderungsvorschläge behandelt worden sind, ohne daß für einen eine Mehrheit zustande gekommen ist, wird über den nicht geänderten ursprünglichen Vorschlag abgestimmt.

(3) Wenn ein oder mehrere Änderungsvorschläge angenommen werden, wird über den geänderten Vorschlag selbst abgestimmt.

14.12 Wiederholung einer Abstimmung

(1) In den Ausschüssen, Unterausschüssen und Arbeitsgruppen einer Konferenz oder einer Tagung darf über einen Vorschlag, einen Teil eines Vorschlags oder einen Änderungsvorschlag, über den bereits durch Abstimmung in einem der Ausschüsse oder Unterausschüsse oder in einer der Arbeitsgruppen entschieden worden ist, in demselben Ausschuß oder Unterausschuß oder in derselben Arbeitsgruppe nicht erneut abgestimmt werden. Diese Bestimmung gilt unabhängig vom gewählten Abstimmungsverfahren.

(2) In den Plenarsitzungen darf über einen Vorschlag, einen Teil eines Vorschlags oder einen Änderungsvorschlag nicht erneut abgestimmt werden, es sei denn, daß die beiden folgenden Bedingungen erfüllt sind:

a) Die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder stellt einen entsprechenden Antrag;

b) der Antrag auf Wiederholung der Abstimmung wird frühestens einen vollen Tag nach der Abstimmung gestellt.

15. Ablauf der Debatten und Abstimmungsverfahren in Ausschüssen und Unterausschüssen

1. Die Aufgaben der Präsidenten der Ausschüsse und Unterausschüsse entsprechen denen, die nach Abschnitt 3 dieser Geschäftsordnung dem Präsidenten der Konferenz zufallen.

2. Die für den Ablauf der Debatten in einer Plenarsitzung geltenden Bestimmungen, die in Abschnitt 12 dieser Geschäftsordnung festgelegt sind, sind auch auf die Debatten der Ausschüsse und Unterausschüsse anwendbar, außer in bezug auf die Beschlußfähigkeit.

3. Die Bestimmungen des Abschnitts 14 dieser Geschäftsordnung gelten auch für die Abstimmungen in den Ausschüssen und Unterausschüssen.

16. Vorbehalte

1. Im allgemeinen sollen sich die Delegationen, deren Auffassung von den übrigen Delegationen nicht geteilt wird, nach Möglichkeit bemühen, sich der Ansicht der Mehrheit anzuschließen.

2. Wenn jedoch eine Delegation glaubt, daß irgendein Beschluß ihre Regierung daran hindern könnte, die Verbindlichkeit von Änderungsvorschlägen zur Konstitution oder zu dieser Konvention oder aber die Verbindlichkeit der revidierten Vollzugsordnungen anzuerkennen, kann sie vorläufige oder endgültige Vorbehalte gegen diesen Beschluß machen; solche Vorbehalte können auch von einer Delegation im Namen eines Mitglieds gemacht werden, das an der Konferenz nicht teilnimmt und das nach Artikel 31 dieser Konvention dieser Delegation zur Unterzeichnung der Schlußakten eine Vollmacht erteilt hat.

17. Protokolle der Plenarsitzungen

1. Die Protokolle der Plenarsitzungen werden vom Sekretariat der Konferenz angefertigt, welches sie so früh wie möglich, auf

délégations le plus tôt possible et en tout cas au plus tard 5 jours ouvrables après chaque séance.

- 8 2. Lorsque les procès-verbaux ont été distribués, les délégations peuvent déposer par écrit au secrétariat de la conférence, et ceci dans le plus bref délai possible, les corrections qu'elles estiment justifiées, ce qui ne les empêche pas de présenter oralement des modifications à la séance au cours de laquelle les procès-verbaux sont approuvés.
- 9 3. (1) En règle générale, les procès-verbaux ne contiennent que les propositions et les conclusions, avec les principaux arguments sur lesquels elles sont fondées, dans une rédaction aussi concise que possible.
- 0 (2) Néanmoins, toute délégation a le droit de demander l'insertion analytique ou in extenso de toute déclaration formulée par elle au cours des débats. Dans ce cas, elle doit en règle générale l'annoncer au début de son intervention, en vue de faciliter la tâche des rapporteurs. Elle doit, en outre, en fournir elle-même le texte au secrétariat de la conférence dans les deux heures qui suivent la fin de la séance.
- 1 4. Il ne doit, en tout cas, être usé qu'avec discrétion de la faculté accordée au numéro 450 ci-dessus en ce qui concerne l'insertion des déclarations.

18. Comptes rendus et rapports des commissions et sous-commissions

- 2 1. (1) Les débats des commissions et sous-commissions sont résumés, séance par séance, dans des comptes rendus établis par le secrétariat de la conférence et distribués aux délégations 5 jours ouvrables au plus tard après chaque séance. Les comptes rendus mettent en relief les points essentiels des discussions, les diverses opinions qu'il convient de noter, ainsi que les propositions et conclusions qui se dégagent de l'ensemble.
- 3 (2) Néanmoins, toute délégation a également le droit d'user de la faculté prévue au numéro 450 ci-dessus.
- 4 (3) Il ne doit, en tout cas, être usé qu'avec discrétion de la faculté accordée au numéro 453 ci-dessus.
- 5 2. Les commissions et sous-commissions peuvent établir les rapports partiels qu'elles estiment nécessaires et, si les circonstances le justifient, à la fin de leurs travaux, elles peuvent présenter un rapport final dans lequel elles récapitulent sous une forme concise les propositions et les conclusions qui résultent des études qui leur ont été confiées.

19. Approbation des procès-verbaux, comptes rendus et rapports

- 6 1. (1) En règle générale, au commencement de chaque séance plénière ou de chaque séance de commission ou de sous-commission, le président demande si les délégations ont des observations à formuler quant au procès-verbal ou, lorsqu'il s'agit d'une commission ou d'une sous-commission, au compte rendu de la séance précédente. Ceux-ci sont considérés comme approuvés si aucune correction n'a été communiquée au secrétariat ou si aucune opposition ne se manifeste verbalement. Dans le cas contraire, les corrections nécessaires sont apportées au procès-verbal ou au compte rendu.
- 7 (2) Tout rapport partiel ou final doit être approuvé par la commission ou la sous-commission intéressée.
- 8 2. (1) Les procès-verbaux des dernières séances plénières sont examinés et approuvés par le président.
- 9 (2) Les comptes rendus des dernières séances d'une commission ou d'une sous-commission sont examinés et approuvés par le président de cette commission ou sous-commission.

alle Fälle aber spätestens 5 Werktage nach jeder Sitzung, an die Delegationen verteilt.

2. Wenn die Protokolle verteilt sind, können die Delegationen beim Sekretariat der Konferenz schriftlich die Berichtigungen einreichen, die sie für gerechtfertigt halten; dies muß so bald wie möglich geschehen; das hindert die Delegationen jedoch nicht, in der Sitzung, in der die Protokolle genehmigt werden, Änderungen mündlich vorzutragen.
3. (1) In der Regel enthalten die Protokolle nur die Vorschläge und Beschlüsse mit den wichtigsten der sie stützenden Argumente in möglichst kurzgefaßter Form.
- (2) Dennoch darf jede Delegation verlangen, daß jegliche von ihr während der Debatten abgegebene Erklärung zusammengefaßt oder im vollen Wortlaut in das Protokoll aufgenommen wird. Sie muß dies dann in der Regel zu Beginn ihrer Ausführungen ankündigen, um die Arbeit der Berichterstatter zu erleichtern. Sie muß ferner dem Sekretariat der Konferenz den entsprechenden Wortlaut binnen zwei Stunden nach Schließung der Sitzung liefern.
4. Von der in Nummer 450 eingeräumten Möglichkeit, die Erklärungen in die Protokolle aufnehmen zu lassen, soll indessen nur sparsam Gebrauch gemacht werden.

18. Berichte der Ausschüsse und Unterausschüsse

1. (1) Die Diskussionsergebnisse der Ausschüsse und Unterausschüsse werden sitzungsweise in Berichten zusammengefaßt, die vom Sekretariat der Konferenz angefertigt und spätestens 5 Werktage nach jeder Sitzung an die Delegationen verteilt werden. In den Berichten werden die wesentlichen Punkte der Diskussionen sowie die verschiedenen Auffassungen, die festzuhalten angebracht ist, und die Vorschläge und Beschlüsse, die sich aus der gesamten Debatte ergeben, klar herausgestellt.
- (2) Dennoch hat jede Delegation auch das Recht, von der in Nummer 450 vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch zu machen.
- (3) Von der in Nummer 453 eingeräumten Möglichkeit soll indessen nur sparsam Gebrauch gemacht werden.
2. Die Ausschüsse und Unterausschüsse können, wenn sie es für erforderlich halten, Teilberichte fertigen und, wenn die Umstände es erlauben, am Ende ihrer Arbeiten einen Schlußbericht vorlegen, in dem sie die Vorschläge und Beschlüsse, die sich aus den ihnen übertragenen Untersuchungen ergeben haben, kurz zusammenfassen.

19. Genehmigung der Sitzungsprotokolle und Berichte

1. (1) Im allgemeinen fragt der Präsident zu Beginn jeder Plenarsitzung oder jeder Sitzung eines Ausschusses oder Unterausschusses, ob die Delegationen zu dem Protokoll oder, wenn es sich um einen Ausschuß oder Unterausschuß handelt, zu dem Bericht über die vorangegangene Sitzung Bemerkungen zu machen haben. Die Sitzungsprotokolle oder Berichte gelten als genehmigt, wenn dem Sekretariat keine Berichtigung mitgeteilt worden ist und wenn kein mündlicher Einspruch erhoben wird. Andernfalls wird das Sitzungsprotokoll oder der Bericht in der erforderlichen Weise berichtigt.
- (2) Jeder Teilbericht oder Schlußbericht muß von dem betreffenden Ausschuß oder Unterausschuß genehmigt werden.
2. (1) Die Protokolle der letzten Plenarsitzungen werden vom Präsidenten geprüft und genehmigt.
- (2) Die Berichte über die letzten Sitzungen eines Ausschusses oder Unterausschusses werden vom Präsidenten dieses Ausschusses oder Unterausschusses geprüft und genehmigt.

20. Numérotage

- 460 1. Les numéros des chapitres, articles et paragraphes des textes soumis à révision sont conservés jusqu'à la première lecture en séance plénière. Les textes ajoutés portent provisoirement le numéro du dernier paragraphe précédent du texte primitif, auquel on ajoute «A», «B», etc.
- 461 2. Le numérotage définitif des chapitres, articles et paragraphes est normalement confié à la commission de rédaction, après leur adoption en première lecture, mais peut être confié au Secrétaire général sur décision prise en séance plénière.

21. Approbation définitive

- 462 Les textes des Actes finals d'une Conférence de plénipotentiaires, d'une conférence des radiocommunications ou d'une conférence mondiale des télécommunications internationales sont considérés comme définitifs lorsqu'ils ont été approuvés en seconde lecture par la séance plénière.

22. Signature

- 463 Les textes des Actes finals approuvés par les conférences visées au numéro 462 ci-dessus sont soumis à la signature des délégués munis des pouvoirs définis à l'article 31 de la présente Convention, en suivant l'ordre alphabétique des noms des Membres en français.

23. Relations avec la presse et le public

- 464 1. Des communiqués officiels sur les travaux de la conférence ne peuvent être transmis à la presse qu'avec l'autorisation du président de la conférence.
- 465 2. Dans la mesure où cela est possible en pratique, la presse et le public peuvent assister aux conférences conformément aux directives approuvées à la réunion des chefs de délégation visée au numéro 342 ci-dessus et aux dispositions pratiques prises par le Secrétaire général. La présence de la presse et du public ne doit en aucun cas perturber le bon déroulement des travaux d'une séance.
- 466 3. Les autres réunions de l'Union ne sont pas ouvertes à la presse et au public, sauf si les participants à la réunion en question en décident autrement.

24. Franchise

- 467 Pendant la durée de la conférence, les membres des délégations, les représentants des Membres du Conseil, les membres du Comité du Règlement des radiocommunications, les hauts fonctionnaires du Secrétariat général et des Secteurs de l'Union qui assistent à la conférence et le personnel du secrétariat de l'Union détaché à la conférence ont droit à la franchise postale, à la franchise des télégrammes ainsi qu'à la franchise téléphonique et télex dans la mesure où le gouvernement hôte a pu s'entendre à ce sujet avec les autres gouvernements et les exploitations reconnues concernés.

Chapitre IV
Autres dispositions

Article 33
Finances

- 468 1. (1) L'échelle dans laquelle chaque Membre choisit sa classe de contribution, conformément aux dispositions pertinentes de l'article 28 de la Constitution, est la suivante:
- | | |
|--------------|--------|
| classe de 40 | unités |
| classe de 35 | unités |
| classe de 30 | unités |

20. Numerierung

1. Die Nummern der Kapitel, Artikel und Absätze derjenigen Textteile, die einer Revision unterliegen, werden bis zur ersten Lesung in der Plenarsitzung beibehalten. Die hinzugefügten Textteile erhalten vorläufig die Nummer des letzten vorangehenden Absatzes des ursprünglichen Textes, der die Buchstaben „A“, „B“ usw. hinzugefügt werden.
2. Die endgültige Numerierung der in erster Lesung angenommenen Kapitel, Artikel und Absätze ist in der Regel Aufgabe des Redaktionsausschusses, kann jedoch auf Beschluß des Plenums dem Generalsekretär übertragen werden.

21. Endgültige Genehmigung

- * Die Texte der Schlußakten einer Konferenz der Regierungsvollmächtigten, einer Funkkonferenz oder einer weltweiten Konferenz für internationale Fernmeldedienste gelten als endgültig, wenn sie in zweiter Lesung vom Plenum genehmigt worden sind.

22. Unterschrift

- Die Texte der Schlußakten werden, sobald sie von den in Nummer 462 erwähnten Konferenzen genehmigt sind, den Delegierten, die mit den in Artikel 31 dieser Konvention beschriebenen Vollmachten ausgestattet sind, zur Unterschrift vorgelegt, und zwar in der alphabetischen Reihenfolge der französischen Namen der Mitglieder.

23. Beziehungen zu Presse und Öffentlichkeit

1. Amtliche Kommunikationen über die Arbeiten der Konferenz dürfen nur mit Genehmigung des Präsidenten der Konferenz an die Presse gegeben werden.
2. Presse und Öffentlichkeit dürfen, soweit dies durchführbar ist, an den Konferenzen teilnehmen; dabei sind die Richtlinien zu beachten, die bei der in Nummer 342 erwähnten Sitzung der Delegationschefs angenommen wurden, sowie die vom Generalsekretär getroffenen praktischen Vorkehrungen. Die Anwesenheit von Presse und Öffentlichkeit darf in keinem Fall zu Störungen des reibungslosen Arbeitsablaufs einer Sitzung führen.
3. Zu den anderen Tagungen der Union sind Presse und Öffentlichkeit nicht zugelassen, es sei denn, daß die Teilnehmer an der betreffenden Tagung anders entscheiden.

24. Gebührenfreiheit

- Für die Dauer der Konferenz genießen die Mitglieder der Delegationen, die Vertreter der Mitglieder im Rat, die Mitglieder des Funkregulierungsausschusses, die an der Konferenz teilnehmenden hohen Beamten des Generalsekretariats und der Sektoren der Union und das zur Konferenz abgeordnete Personal des Sekretariats der Union Gebührenfreiheit im Post-, Telegramm-, Telefon- und Telexverkehr in dem Umfang, über den sich die gastgebende Regierung in dieser Hinsicht mit den übrigen Regierungen und den betreffenden anerkannten Betriebsunternehmen einigen konnte.

Kapitel IV
Andere Bestimmungen

Artikel 33
Finanzen

1. (1) Jedes Mitglied wählt seine Beitragsklasse nach den einschlägigen Bestimmungen des Artikels 28 der Konstitution nach folgender Tabelle:
- | | |
|---------------|-----------|
| Klasse von 40 | Einheiten |
| Klasse von 35 | Einheiten |
| Klasse von 30 | Einheiten |

classe de 28 unités	Klasse von 28 Einheiten
classe de 25 unités	Klasse von 25 Einheiten
classe de 23 unités	Klasse von 23 Einheiten
classe de 20 unités	Klasse von 20 Einheiten
classe de 18 unités	Klasse von 18 Einheiten
classe de 15 unités	Klasse von 15 Einheiten
classe de 13 unités	Klasse von 13 Einheiten
classe de 10 unités	Klasse von 10 Einheiten
classe de 8 unités	Klasse von 8 Einheiten
classe de 5 unités	Klasse von 5 Einheiten
classe de 4 unités	Klasse von 4 Einheiten
classe de 3 unités	Klasse von 3 Einheiten
classe de 2 unités	Klasse von 2 Einheiten
classe de 1½ unité	Klasse von 1½ Einheiten
classe de 1 unité	Klasse von 1 Einheit
classe de ½ unité	Klasse von ½ Einheit
classe de ¼ unité	Klasse von ¼ Einheit
classe de ⅓ unité*)	Klasse von ⅓ Einheit*)
classe de ⅙ unité*)	Klasse von ⅙ Einheit*)

*) Pour les pays les moins avancés tels qu'ils sont recensés par l'Organisation des Nations Unies et pour d'autres Membres déterminés par le Conseil.

*) Für diejenigen Länder, welche von der Organisation der Vereinten Nationen als die am wenigsten entwickelten Länder eingestuft werden, und für andere, vom Rat bestimmte Mitglieder.

69 (2) En plus des classes de contribution mentionnées au numéro 468 ci-dessus, tout Membre peut choisir un nombre d'unités contributives supérieur à 40.

70 (3) Le Secrétaire général notifie à tous les Membres de l'Union la décision de chaque Membre quant à la classe de contribution choisie.

71 (4) Les Membres peuvent à tout moment choisir une classe de contribution supérieure à celle qu'ils avaient adoptée auparavant.

72 2. (1) Tout nouveau Membre acquitte, au titre de l'année de son adhésion, une contribution calculée à partir du premier jour du mois de l'adhésion.

73 (2) En cas de dénonciation de la Constitution et de la présente Convention par un Membre, la contribution doit être acquittée jusqu'au dernier jour du mois où la dénonciation prend effet.

74 3. Les sommes dues portent intérêt à partir du début de chaque année financière de l'Union. Cet intérêt est fixé au taux de 3% (trois pour cent) par an pendant les six premiers mois et au taux de 6% (six pour cent) par an à partir du début du septième mois.

75 4. Les dispositions suivantes s'appliquent aux contributions des organisations visées aux numéros 259 à 262 et des entités admises à participer aux activités de l'Union conformément aux dispositions de l'article 19 de la présente Convention.

76 5. Les organisations visées aux numéros 259 à 262 de la présente Convention et d'autres organisations internationales qui participent à une Conférence de plénipotentiaires, à un Secteur de l'Union ou à une conférence mondiale des télécommunications internationales contribuent aux dépenses de cette conférence ou de ce Secteur conformément aux numéros 479 à 481 ci-dessous, selon le cas, sauf quand elles ont été exonérées par le Conseil, sous réserve de réciprocité.

77 6. Toute entité ou organisation figurant dans les listes mentionnées au numéro 237 de la présente Convention contribue aux dépenses du Secteur conformément aux numéros 479 et 480 ci-dessous.

78 7. Toute entité ou organisation figurant dans les listes mentionnées au numéro 237 de la présente Convention qui participe à une conférence des radiocommunications, à une conférence mondiale des télécommunications internationales ou à une conférence ou une assemblée d'un Secteur dont elle n'est pas membre

(2) Anstelle der in Nummer 468 genannten Beitragsklassen kann jedes Mitglied eine Anzahl von Beitragseinheiten wählen, die 40 Einheiten übersteigt. 469

(3) Der Generalsekretär gibt allen Mitgliedern der Union bekannt, für welche Beitragsklasse jedes Mitglied sich entschieden hat. 470

(4) Die Mitglieder können jederzeit eine höhere als die zuvor von ihnen angenommene Beitragsklasse wählen. 471

2. (1) Jedes neue Mitglied entrichtet für das Jahr seines Beitritts einen vom ersten Tag des Monats seines Beitritts an berechneten Beitrag. 472

(2) Kündigt ein Mitglied die Konstitution und diese Konvention, so muß es den Beitrag bis zum letzten Tag des Monats, in dem die Kündigung wirksam wird, entrichten. 473

3. Die geschuldeten Summen werden vom Beginn eines jeden Rechnungsjahres der Union an verzinst. Der Zinssatz wird für die ersten sechs Monate auf 3% (drei vom Hundert) jährlich und vom Anfang des siebenten Monats an auf 6% (sechs vom Hundert) jährlich festgesetzt. 474

4. Die folgenden Bestimmungen betreffen die Beiträge der in den Nummern 259 bis 262 dieser Konvention erwähnten Organisationen und der nach Artikel 19 dieser Konvention zur Teilnahme an den Arbeiten der Union zugelassenen Gremien. 475

5. Die in den Nummern 259 bis 262 dieser Konvention erwähnten Organisationen sowie andere internationale Organisationen, die an einer Konferenz der Regierungsbevollmächtigten, an den Arbeiten eines Sektors der Union oder an einer weltweiten Konferenz für internationale Fernmeldedienste teilnehmen, beteiligen sich nach den Nummern 479 bis 481, je nach Fall, an den Ausgaben dieser Konferenz oder dieses Sektors, es sei denn, daß sie hiervon unter Vorbehalt der Gegenseitigkeit vom Rat befreit worden sind. 476

6. Ein Gremium oder eine Organisation, das bzw. die auf den in Nummer 237 dieser Konvention erwähnten Listen steht, beteiligt sich nach den Nummern 479 und 480 an den Ausgaben des Sektors. 477

7. Ein Gremium oder eine Organisation, das bzw. die auf den in Nummer 237 dieser Konvention erwähnten Listen steht und an einer Funkkonferenz, einer weltweiten Konferenz für internationale Fernmeldedienste oder an einer Konferenz oder Versammlung eines Sektors, in dem es bzw. sie nicht Mitglied ist, teilnimmt, 478

contribue aux dépenses de cette conférence ou de cette assemblée conformément aux numéros 479 et 481 ci-dessous.

479 8. Les contributions mentionnées aux numéros 476, 477 et 478 sont basées sur le libre choix d'une classe de contribution de l'échelle qui figure au numéro 468 ci-dessus, à l'exclusion des classes de $\frac{1}{4}$, de $\frac{1}{2}$ et de $\frac{3}{4}$ d'unité réservées aux Membres de l'Union (cette exclusion ne s'applique pas au Secteur du développement des télécommunications); la classe choisie est communiquée au Secrétaire général; l'entité ou l'organisation concernée peut à tout moment choisir une classe de contribution supérieure à celle qu'elle avait adoptée auparavant.

480 9. Le montant de la contribution par unité aux dépenses de chaque Secteur concerné est fixé à $\frac{1}{4}$ de l'unité contributive des Membres de l'Union. Ces contributions sont considérées comme une recette de l'Union. Elles portent intérêt conformément aux dispositions du numéro 474 ci-dessus.

481 10. Le montant de la contribution par unité aux dépenses d'une conférence ou d'une assemblée est fixé en divisant le montant total du budget de la conférence ou de l'assemblée en question par le nombre total d'unités versées par les Membres au titre de leur contribution aux dépenses de l'Union. Les contributions sont considérées comme une recette de l'Union. Elles portent intérêt à partir du soixantième jour qui suit l'envoi des factures, aux taux fixés au numéro 474 ci-dessus.

482 11. La réduction du nombre d'unités de contribution n'est possible que conformément aux principes énoncés dans les dispositions pertinentes de l'article 28 de la Constitution.

483 12. En cas de dénonciation de la participation aux travaux d'un Secteur ou s'il est mis fin à cette participation (voir le numéro 240 de la présente Convention), la contribution doit être acquittée jusqu'au dernier jour du mois où la dénonciation prend effet ou du mois où il est mis fin à la participation.

484 13. Le prix de vente des publications est déterminé par le Secrétaire général, en s'inspirant du souci de couvrir, en règle générale, les dépenses de reproduction et de distribution.

485 14. L'Union entretient un fonds de réserve constituant un capital de roulement permettant de faire front aux dépenses essentielles et de maintenir des réserves en espèces suffisantes pour éviter, dans la mesure du possible, d'avoir recours à des prêts. Le Conseil fixe annuellement le montant du fonds de réserve en fonction des besoins prévus. A la fin de chaque exercice budgétaire biennal, tous les crédits budgétaires qui n'ont pas été dépensés ou engagés sont placés dans le fonds de réserve. Les autres détails relatifs à ce fonds de réserve sont décrits dans le Règlement financier.

486 15. (1) En accord avec le Comité de coordination, le Secrétaire général peut accepter les contributions volontaires en espèces ou en nature, sous réserve que les conditions applicables à ces contributions soient conformes, le cas échéant, à l'objet et aux programmes de l'Union ainsi qu'au Règlement financier, lequel devra contenir des dispositions spéciales relatives à l'acceptation et à l'emploi de ces contributions volontaires.

487 (2) Le Secrétaire général rend compte de ces contributions volontaires au Conseil dans le rapport de gestion financière et dans un document indiquant brièvement l'origine et l'utilisation proposée de chacune de ces contributions et la suite qui leur a été donnée.

Article 34

Responsabilités financières des conférences

488 1. Avant d'adopter des propositions ou avant de prendre des décisions ayant des incidences financières, les conférences de l'Union tiennent compte de toutes les prévisions budgétaires de l'Union en vue d'assurer qu'elles n'entraînent pas de dépenses supérieures aux crédits que le Conseil est habilité à autoriser.

beteiligt sich nach den Nummern 479 und 481 an den Ausgaben dieser Konferenz oder Versammlung.

8. Die in den Nummern 476, 477 und 478 erwähnten Beiträge beruhen auf der freien Wahl einer Beitragsklasse aus der Tabelle in Nummer 468, mit Ausnahme der den Mitgliedern der Union vorbehaltenen Klassen von $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ und $\frac{3}{4}$ Einheit (diese Ausnahme gilt nicht für den Sektor für die Entwicklung des Fernmeldewesens); die gewählte Beitragsklasse wird dem Generalsekretär mitgeteilt; jedes Gremium und jede Organisation kann jederzeit eine höhere als die zuvor von ihr angenommene Beitragsklasse wählen.

9. Der Betrag einer Einheit des Beitrags zu den Ausgaben jedes betroffenen Sektors wird auf $\frac{1}{4}$ der Beitragseinheit der Mitglieder der Union festgesetzt. Diese Beiträge gelten als Einnahme der Union. Sie werden nach Nummer 474 verzinst.

10. Der Betrag einer Einheit des Beitrags zu den Ausgaben einer Konferenz oder einer Versammlung wird festgesetzt, indem der Gesamtbetrag des Budgets der betreffenden Konferenz oder Versammlung dividiert wird durch die Gesamtzahl der Einheiten, die von den Mitgliedern als ihr Beitrag zu den Ausgaben der Union gezahlt werden. Die Beiträge gelten als Einnahme der Union. Sie werden vom 60. Tag nach Absendung der Rechnungen an zu den in Nummer 474 festgelegten Sätzen verzinst.

11. Die Zahl der Beitragseinheiten kann nur nach den in den einschlägigen Bestimmungen des Artikels 28 der Konstitution dargelegten Grundsätzen vermindert werden.

12. Wird die Teilnahme an den Arbeiten eines Sektors gekündigt oder wird diese Teilnahme beendet (s. Nummer 240 dieser Konvention), so muß der Beitrag bis zum letzten Tag des Monats, in dem die Kündigung wirksam wird, oder des Monats, in dem die Teilnahme beendet wird, entrichtet werden.

13. Der Verkaufspreis für Veröffentlichungen wird vom Generalsekretär festgesetzt, wobei er dafür sorgt, daß im allgemeinen die Kosten für die Reproduktion und die Verteilung gedeckt werden.

14. Die Union unterhält einen Reservefonds als Betriebskapital, der es ermöglicht, die unerläßlichen Ausgaben zu decken und ausreichende Bargeldreserven zu halten, damit die Aufnahme von Darlehen möglichst vermieden wird. Der Rat setzt jährlich den Betrag des Reservefonds entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf fest. Am Ende jedes Budgetzeitraums von zwei Jahren werden alle Budgetmittel, die nicht ausgegeben oder investiert worden sind, im Reservefonds angelegt. Weitere Einzelheiten über diesen Reservefonds sind in den Finanzvorschriften enthalten.

15. (1) Der Generalsekretär darf im Einvernehmen mit dem Koordinierungsausschuß freiwillige Beiträge in Form von Geld oder Sachleistungen annehmen, unter dem Vorbehalt, daß die an diese Beiträge geknüpften Bedingungen gegebenenfalls mit dem Zweck und den Programmen der Union sowie mit den Finanzvorschriften in Einklang stehen, wobei in den Finanzvorschriften besondere Bestimmungen über die Annahme und die Verwendung dieser freiwilligen Beiträge enthalten sein müssen.

(2) Der Generalsekretär gibt dem Rat Rechenschaft über diese freiwilligen Beiträge im Finanzbericht und in einem Dokument, in dem kurz über die Herkunft und die vorgeschlagene Verwendung jedes einzelnen dieser Beiträge sowie über die getroffenen Maßnahmen berichtet wird.

Artikel 34

Verantwortlichkeit der Konferenzen im finanziellen Bereich

1. Bevor die Konferenzen der Union Vorschläge annehmen oder Beschlüsse fassen, die finanzielle Auswirkungen haben, berücksichtigen sie alle Budgetansätze der Union, um sicherzustellen, daß diese Vorschläge oder Beschlüsse keine Ausgaben nach sich ziehen, welche die Mittel übersteigen, die der Rat genehmigen darf.

489 2. Il n'est donné suite à aucune décision d'une conférence ayant pour conséquence une augmentation directe ou indirecte des dépenses au-delà des crédits que le Conseil est habilité à autoriser.

Article 35

Langues

490 1. (1) Lors des conférences et réunions de l'Union, des langues autres que celles indiquées dans les dispositions pertinentes de l'article 29 de la Constitution peuvent être employées:

491 a) s'il est demandé au Secrétaire général ou au directeur du Bureau intéressé d'assurer l'utilisation orale ou écrite d'une ou de plusieurs langues supplémentaires, sous réserve que les dépenses supplémentaires encourues de ce fait soient supportées par les Membres qui ont fait cette demande ou qui l'ont appuyée;

492 b) si une délégation prend elle-même des dispositions pour assurer à ses propres frais la traduction orale de sa propre langue dans l'une des langues indiquées dans la disposition pertinente de l'article 29 de la Constitution.

493 (2) Dans le cas prévu au numéro 491 ci-dessus, le Secrétaire général ou le directeur du Bureau concerné se conforme à cette demande dans la mesure du possible, après avoir obtenu des Membres intéressés l'engagement que les dépenses encourues seront dûment remboursées par eux à l'Union.

494 (3) Dans le cas prévu au numéro 492 ci-dessus, la délégation intéressée peut en outre, si elle le désire, assurer à ses propres frais la traduction orale dans sa propre langue à partir de l'une des langues indiquées dans la disposition pertinente de l'article 29 de la Constitution.

495 2. Tous les documents dont il est question dans les dispositions pertinentes de l'article 29 de la Constitution peuvent être publiés dans une autre langue que celles qui y sont spécifiées à condition que les Membres qui demandent cette publication s'engagent à prendre à leur charge la totalité des frais de traduction et de publication encourus.

Chapitre V

Dispositions diverses relatives à l'exploitation des services de télécommunication

Article 36

Taxes et franchise

496 Les dispositions relatives aux taxes des télécommunications et les divers cas dans lesquels la franchise est accordée sont fixés dans les Règlements administratifs.

Article 37

Etablissement et règlement des comptes

497 1. Les règlements des comptes internationaux sont considérés comme transactions courantes et effectués en accord avec les obligations internationales courantes des Membres intéressés, lorsque leurs gouvernements ont conclu des arrangements à ce sujet. En l'absence d'arrangements de ce genre ou d'accords particuliers, conclus dans les conditions prévues à l'article 42 de la Constitution, ces règlements des comptes sont effectués conformément aux dispositions des Règlements administratifs.

498 2. Les administrations des Membres et les exploitations reconnues qui exploitent des services internationaux de télécommunication doivent se mettre d'accord sur le montant de leurs débits et crédits.

499 3. Les comptes afférents aux débits et crédits visés au numéro 498 ci-dessus sont établis conformément aux dispositions des Règlements administratifs, à moins que des arrangements particuliers aient été conclus entre les parties intéressées.

2. Beschlüsse einer Konferenz werden dann nicht wirksam, wenn sie unmittelbar oder mittelbar dazu führen, daß die Ausgaben höher sind als die Mittel, die der Rat genehmigen darf.

Artikel 35

Sprachen

490 1. (1) Bei den Konferenzen und Tagungen der Union dürfen andere als die in den einschlägigen Bestimmungen des Artikels 29 der Konstitution angegebenen Sprachen verwendet werden,

a) wenn an den Generalsekretär oder den Direktor des betreffenden Büros der Antrag gestellt wird, für die mündliche oder schriftliche Verwendung einer oder mehrerer zusätzlicher Sprachen zu sorgen, vorausgesetzt, daß die hierdurch entstehenden zusätzlichen Kosten von den Mitgliedern getragen werden, die diesen Antrag gestellt oder unterstützt haben;

b) wenn eine Delegation auf eigene Kosten für die mündliche Übersetzung aus ihrer eigenen Sprache in irgendeine der in der einschlägigen Bestimmung des Artikels 29 der Konstitution angegebenen Sprachen sorgt.

(2) In dem in Nummer 491 vorgesehenen Fall entspricht der Generalsekretär oder der Direktor des betreffenden Büros nach Möglichkeit diesem Antrag, nachdem er von den betreffenden Mitgliedern die Zusicherung erhalten hat, daß sie der Union die entstehenden Kosten ordnungsgemäß erstatten.

(3) In dem in Nummer 492 vorgesehenen Fall kann die betreffende Delegation außerdem, wenn sie es wünscht, auf eigene Kosten für die mündliche Übersetzung aus einer der in der einschlägigen Bestimmung des Artikels 29 der Konstitution angegebenen Sprachen in ihre eigene Sprache sorgen.

2. Alle in den einschlägigen Bestimmungen des Artikels 29 der Konstitution erwähnten Dokumente dürfen in einer anderen als den dort vorgesehenen Sprachen unter der Bedingung veröffentlicht werden, daß die Mitglieder, die dies beantragen, sich verpflichten, die gesamten für die Übersetzung und Veröffentlichung entstehenden Kosten zu tragen.

Kapitel V

Verschiedene Bestimmungen über den Betrieb der Fernmeldedienste

Artikel 36

Gebühren und Gebührenfreiheit

Die Bestimmungen über die Fernmeldegebühren und die verschiedenen Fälle, in denen Gebührenfreiheit gewährt wird, sind in den Vollzugsordnungen niedergelegt.

Artikel 37

Aufstellung und Begleichung von Rechnungen

1. Die Begleichung internationaler Rechnungen gilt als laufende Transaktion und wird in Übereinstimmung mit den laufenden internationalen Verpflichtungen der beteiligten Mitglieder erledigt, wenn deren Regierungen diesbezügliche Abmachungen getroffen haben. Wenn Abmachungen dieser Art oder nach Artikel 42 der Konstitution getroffene besondere Vereinbarungen nicht bestehen, wird diese Begleichung nach den Bestimmungen der Vollzugsordnungen durchgeführt.

2. Die Verwaltungen der Mitglieder und die anerkannten Betriebsunternehmen, die internationale Fernmeldedienste wahrnehmen, müssen sich über den Betrag ihrer Zahlungsverpflichtungen und -forderungen einigen.

3. Die Rechnungen, die sich auf die in Nummer 498 erwähnten Zahlungsverpflichtungen und -forderungen beziehen, werden nach den Bestimmungen der Vollzugsordnungen aufgestellt, wenn nicht zwischen den beteiligten Parteien besondere Vereinbarungen getroffen worden sind.

Article 38**Unité monétaire**

500 En l'absence d'arrangements particuliers conclus entre Membres, l'unité monétaire employée à la composition des taxes de répartition pour les services internationaux de télécommunication et à l'établissement des comptes internationaux est:

- soit l'unité monétaire du Fonds monétaire international,
- soit le franc-or,

comme définis dans les Règlements administratifs. Les modalités d'application sont fixées dans l'appendice 1 au Règlement des télécommunications internationales.

Article 39**Intercommunication**

501 1. Les stations qui assurent les radiocommunications dans le service mobile sont tenues, dans les limites de leur affectation normale, d'échanger réciproquement les radiocommunications sans distinction du système radioélectrique adopté par elles.

502 2. Toutefois, afin de ne pas entraver les progrès scientifiques, les dispositions du numéro 501 ci-dessus n'empêchent pas l'emploi d'un système radioélectrique incapable de communiquer avec d'autres systèmes, pourvu que cette incapacité soit due à la nature spécifique de ce système et qu'elle ne soit pas l'effet de dispositifs adoptés uniquement en vue d'empêcher l'intercommunication.

503 3. Nonobstant les dispositions du numéro 501 ci-dessus, une station peut être affectée à un service international restreint de télécommunication, déterminé par le but de ce service ou par d'autres circonstances indépendantes du système employé.

Article 40**Langage secret**

504 1. Les télégrammes d'Etat, ainsi que les télégrammes de service, peuvent être rédigés en langage secret dans toutes les relations.

505 2. Les télégrammes privés en langage secret peuvent être admis entre tous les Membres à l'exception de ceux qui ont préalablement notifié, par l'intermédiaire du Secrétaire général, qu'ils n'admettent pas ce langage pour cette catégorie de correspondance.

506 3. Les Membres qui n'admettent pas les télégrammes privés en langage secret en provenance ou à destination de leur propre territoire, doivent les accepter en transit, sauf dans le cas de suspension de service prévu à l'article 35 de la Constitution.

Chapitre VI**Arbitrage et amendement****Article 41****Arbitrage: procédure**

(voir l'article 56 de la Constitution)

507 1. La partie qui souhaite un arbitrage entame la procédure en transmettant à l'autre partie une notification de demande d'arbitrage.

508 2. Les parties décident d'un commun accord si l'arbitrage doit être confié à des personnes, à des administrations ou à des gouvernements. Au cas où, dans le délai d'un mois à compter du jour de la notification de la demande d'arbitrage, les parties n'ont pas pu tomber d'accord sur ce point, l'arbitrage est confié à des gouvernements.

Artikel 38**Währungseinheit**

500 Wenn keine besonderen Vereinbarungen zwischen den Mitgliedern bestehen, wird bei der Festsetzung der Abrechnungsgebühren für die internationalen Fernmeldedienste und der Aufstellung der internationalen Rechnungen als Währungseinheit

- entweder die Währungseinheit des Internationalen Währungsfonds
- oder der Goldfranken

verwendet, wie sie in den Vollzugsordnungen näher bestimmt sind. Die Durchführungsbestimmungen sind in Anhang 1 der Vollzugsordnung für internationale Fernmeldedienste enthalten.

Artikel 39**Gegenseitiger Verkehr**

501 1. Die Funkstellen des mobilen Funkdienstes sind verpflichtet, im Rahmen ihrer normalen Aufgaben ohne Rücksicht auf das von ihnen benutzte Funksystem Funknachrichten gegenseitig auszutauschen.

502 2. Die Bestimmungen der Nummer 501 sollen jedoch den Fortschritt der Wissenschaft nicht hemmen; sie stehen daher der Verwendung eines Funksystems nicht entgegen, das den Verkehr mit anderen Systemen nicht aufnehmen kann, vorausgesetzt, daß dieses Unvermögen auf der Eigenart dieses Systems beruht und nicht etwa auf der Verwendung von Vorrichtungen, deren einziger Zweck eine Verhinderung des gegenseitigen Verkehrs ist.

503 3. Ungeachtet der Bestimmungen der Nummer 501 kann eine Funkstelle einem eingeschränkten internationalen Fernmeldedienst zugeordnet werden, wenn der Zweck dieses Dienstes oder andere von dem benutzten System unabhängige Umstände es verlangen.

Artikel 40**Geheime Sprache**

504 1. Staats- und Diensttelegramme dürfen in allen Verkehrsbeziehungen in geheimer Sprache abgefaßt werden.

505 2. Privattelegramme in geheimer Sprache dürfen im Verkehr zwischen allen Mitgliedern zugelassen werden, mit Ausnahme der Mitglieder, die über den Generalsekretär im voraus bekanntgegeben haben, daß sie für diese Telegrammart die geheime Sprache nicht zulassen.

506 3. Die Mitglieder, die abgehende oder ankommende Privattelegramme in geheimer Sprache für ihr eigenes Hoheitsgebiet nicht zulassen, müssen solche Telegramme im Durchgang zulassen, es sei denn, der Dienst wäre nach Artikel 35 der Konstitution eingestellt worden.

Kapitel VI**Schiedsgerichtsbarkeit
und Änderung der Konvention****Artikel 41****Schiedsgerichtsbarkeit: Verfahren**

(s. Artikel 56 der Konstitution)

507 1. Die Partei, die ein Schiedsgericht in Anspruch nehmen will, leitet das Verfahren ein, indem sie dies der anderen Partei mitteilt.

508 2. Die Parteien entscheiden im gegenseitigen Einverständnis, ob das Schiedsrichteramt Personen, Verwaltungen oder Regierungen zu übertragen ist. Das Schiedsrichteramt wird Regierungen übertragen, wenn sich die Parteien nicht binnen eines Monats, von dem Tag an gerechnet, an dem die Absicht, ein Schiedsgericht in Anspruch zu nehmen, mitgeteilt worden ist, über diesen Punkt geeinigt haben.

- 09 3. Si l'arbitrage est confié à des personnes, les arbitres ne doivent ni être des ressortissants d'un Etat partie au différend, ni avoir leur domicile dans un de ces Etats, ni être à leur service. 509
- 10 4. Si l'arbitrage est confié à des gouvernements ou à des administrations de ces gouvernements, ceux-ci doivent être choisis parmi les Membres qui ne sont pas impliqués dans le différend, mais qui sont parties à l'accord dont l'application a provoqué le différend. 510
- 11 5. Dans le délai de trois mois à compter de la date de réception de la notification de la demande d'arbitrage, chacune des deux parties en cause désigne un arbitre. 511
- 12 6. Si plus de deux parties sont impliquées dans le différend, chacun des deux groupes de parties ayant des intérêts communs dans le différend désigne un arbitre conformément à la procédure prévue aux numéros 510 et 511 ci-dessus. 512
- 13 7. Les deux arbitres ainsi désignés s'entendent pour nommer un troisième arbitre qui, si les deux premiers sont des personnes et non des gouvernements ou des administrations, doit répondre aux conditions fixées au numéro 509 ci-dessus, et qui, de plus, doit être d'une nationalité différente de celle des deux autres. A défaut d'accord entre les deux arbitres sur le choix du troisième arbitre, chaque arbitre propose un troisième arbitre n'ayant aucun intérêt dans le différend. Le Secrétaire général procède alors à un tirage au sort pour désigner le troisième arbitre. 513
- 14 8. Les parties en désaccord peuvent s'entendre pour faire régler leur différend par un arbitre unique désigné d'un commun accord; elles peuvent aussi désigner chacune un arbitre et demander au Secrétaire général de procéder à un tirage au sort pour désigner l'arbitre unique. 514
- 15 9. Le ou les arbitres décident librement du lieu de l'arbitrage et des règles de procédure à appliquer pour cet arbitrage. 515
- 16 10. La décision de l'arbitre unique est définitive et lie les parties au différend. Si l'arbitrage est confié à plusieurs arbitres, la décision intervenue à la majorité des votes des arbitres est définitive et lie les parties. 516
- 17 11. Chaque partie supporte les dépenses qu'elle a encourues à l'occasion de l'instruction et de l'introduction de l'arbitrage. Les frais d'arbitrage, autres que ceux exposés par les parties elles-mêmes, sont répartis d'une manière égale entre les parties en litige. 517
- 518 12. L'Union fournit tous les renseignements se rapportant au différend dont le ou les arbitres peuvent avoir besoin. Si les parties au différend en décident ainsi, la décision du ou des arbitres est communiquée au Secrétaire général aux fins de référence future. 518
3. Wenn das Schiedsrichteramt Personen übertragen wird, dürfen die Schiedsrichter weder Staatsangehörige eines Staats sein, der in dem Streitfall Partei ist, noch dürfen sie ihren Wohnsitz in einem dieser Staaten haben oder in ihren Diensten stehen. 509
4. Wenn das Schiedsrichteramt Regierungen oder Verwaltungen dieser Regierungen übertragen wird, müssen diese unter den Mitgliedern ausgewählt werden, die nicht in den Streitfall verwickelt, jedoch Vertragsparteien des Abkommens sind, dessen Anwendung den Streitfall verursacht hat. 510
5. Jede der beiden streitenden Parteien benennt einen Schiedsrichter binnen 3 Monaten nach Eingang der Mitteilung darüber, daß die Absicht besteht, ein Schiedsgericht in Anspruch zu nehmen. 511
6. Wenn mehr als zwei Parteien in den Streitfall verwickelt sind, benennt jede der beiden Gruppen von Parteien, die in dem Streitfall gemeinsame Belange haben, einen Schiedsrichter nach dem in den Nummern 510 und 511 vorgesehenen Verfahren. 512
7. Die beiden so benannten Schiedsrichter benennen in gegenseitigem Einverständnis einen dritten Schiedsrichter; dieser muß, wenn die beiden ersten Schiedsrichter nicht Regierungen oder Verwaltungen, sondern Personen sind, den in Nummer 509 festgelegten Bestimmungen entsprechen und ferner eine andere Staatsangehörigkeit als die beiden anderen haben. Können sich die beiden Schiedsrichter über die Wahl des dritten Schiedsrichters nicht einigen, so schlägt jeder Schiedsrichter einen dritten Schiedsrichter vor, der an dem Streitfall in keiner Weise beteiligt ist. Der Generalsekretär bestimmt dann den dritten Schiedsrichter durch das Los. 513
8. Die streitenden Parteien können übereinkommen, daß sie ihren Streitfall von nur einem Schiedsrichter beilegen lassen, der in gegenseitigem Einverständnis benannt wird; sie können auch je einen Schiedsrichter benennen und den Generalsekretär bitten, diesen einen Schiedsrichter durch das Los zu bestimmen. 514
9. Der oder die Schiedsrichter entscheiden nach freiem Ermessen über den Ort der Schiedsgerichtsbarkeit und die auf diese Schiedsgerichtsbarkeit anzuwendenden Verfahrensregeln. 515
10. Die Entscheidung des Einzelschiedsrichters ist endgültig und bindend für die streitenden Parteien. Wenn das Schiedsgericht aus mehreren Schiedsrichtern besteht, ist die Entscheidung, welche die Schiedsrichter mit Stimmenmehrheit treffen, endgültig und für die Parteien bindend. 516
11. Jede Partei trägt die Kosten, die ihr durch die Untersuchung und die Einberufung des Schiedsgerichts entstanden sind. Die nicht von den Parteien selbst verursachten Kosten des Schiedsverfahrens werden gleichmäßig auf die streitenden Parteien verteilt. 517
12. Die Union erteilt alle den Streitfall betreffenden Auskünfte, welche der oder die Schiedsrichter etwa benötigen. Wenn die streitenden Parteien dies vereinbaren, wird die Entscheidung des Schiedsrichters oder der Schiedsrichter dem Generalsekretär für künftige Referenzzwecke mitgeteilt. 518

Article 42

Dispositions pour amender la présente Convention

- 19 1. Tout Membre de l'Union peut proposer tout amendement à la présente Convention. Une telle proposition doit, pour pouvoir être transmise à tous les Membres de l'Union et être examinée par eux en temps utile, parvenir au Secrétaire général au plus tard huit mois avant la date d'ouverture fixée pour la Conférence de plénipotentiaires. Le Secrétaire général transmet, aussitôt que possible, et au plus tard six mois avant cette dernière date, une telle proposition à tous les Membres de l'Union. 519
- 20 2. Toute proposition de modification d'un amendement proposé conformément au numéro 519 ci-dessus peut, cependant, être soumise à tout moment par un Membre de l'Union ou par sa délégation à la Conférence de plénipotentiaires. 520

Artikel 42

Bestimmungen zur Änderung dieser Konvention

1. Jedes Mitglied der Union kann einen Änderungsvorschlag zu dieser Konvention einreichen. Ein solcher Vorschlag muß, damit er allen Mitgliedern der Union rechtzeitig übermittelt und von ihnen geprüft werden kann, beim Generalsekretär spätestens 8 Monate vor dem für die Eröffnung der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgelegten Zeitpunkt eingehen. Der Generalsekretär übermittelt einen solchen Vorschlag allen Mitgliedern der Union so bald wie möglich, jedoch spätestens 6 Monate vor dem letztgenannten Zeitpunkt. 519
2. Ein Vorschlag zur Änderung eines nach Nummer 519 eingereichten Änderungsvorschlags kann jedoch jederzeit von einem Mitglied der Union oder von seiner Delegation bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten eingereicht werden. 520

- 521 3. Le quorum requis à toute séance plénière de la Conférence de plénipotentiaires pour l'examen de toute proposition pour amender la présente Convention ou de toute modification d'une telle proposition est constitué par plus de la moitié des délégations accréditées à la Conférence de plénipotentiaires.
- 522 4. Pour être adoptée, toute proposition de modification d'un amendement proposé, de même que la proposition d'amendement dans son intégralité, modifiée ou non, doit être approuvée, à une séance plénière, par plus de la moitié des délégations accréditées à la Conférence de plénipotentiaires et ayant le droit de vote.
- 523 5. Les dispositions générales concernant les conférences et le règlement intérieur des conférences et autres réunions figurant dans la présente Convention s'appliquent, à moins que les paragraphes précédents du présent article, qui prévalent, n'en disposent autrement.
- 524 6. Tous les amendements à la présente Convention adoptés par une Conférence de plénipotentiaires entrent en vigueur, à une date fixée par la Conférence, dans leur totalité et sous la forme d'un instrument d'amendement unique, entre les Membres qui ont déposé avant cette date leur instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion à la présente Convention et à l'instrument d'amendement. La ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion à une partie seulement de cet instrument d'amendement est exclue.
- 525 7. Nonobstant le numéro 524 ci-dessus, la Conférence de plénipotentiaires peut décider qu'un amendement à la présente Convention est nécessaire pour la bonne application d'un amendement à la Constitution. Dans ce cas, l'amendement à la présente Convention n'entre pas en vigueur avant l'entrée en vigueur de l'amendement à la Constitution.
- 526 8. Le Secrétaire général notifie à tous les Membres le dépôt de chaque instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.
- 527 9. Après l'entrée en vigueur de tout instrument d'amendement, la ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion conformément aux articles 52 et 53 de la Constitution s'applique à la Convention amendée.
- 528 10. Après l'entrée en vigueur d'un tel instrument d'amendement, le Secrétaire général l'enregistre auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies, conformément aux dispositions de l'article 102 de la Charte des Nations Unies. Le numéro 241 de la Constitution s'applique également à tout instrument d'amendement.
3. In einer Plenarsitzung der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten ist die Beschlußfähigkeit für die Prüfung eines Änderungsvorschlags zu dieser Konvention oder einer Änderung eines solchen Änderungsvorschlags erst dann erreicht, wenn mehr als die Hälfte der bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten akkreditierten Delegationen anwesend sind.
4. Damit ein Vorschlag zur Änderung eines Änderungsvorschlags sowie der Änderungsvorschlag als Ganzes, ob er nun geändert worden ist oder nicht, angenommen wird, muß er in einer Plenarsitzung von mehr als der Hälfte der bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten akkreditierten stimmberechtigten Delegationen genehmigt werden.
5. Sofern in den vorhergehenden Absätzen dieses Artikels, die maßgebend sind, nichts anderes bestimmt ist, gelten die in dieser Konvention enthaltenen Bestimmungen über Konferenzen und die Geschäftsordnung der Konferenzen und der anderen Tagungen.
6. Alle von einer Konferenz der Regierungsbevollmächtigten angenommenen Änderungen dieser Konvention treten insgesamt und in Form einer einzigen Änderungsurkunde zu einem von der Konferenz festgelegten Zeitpunkt zwischen den Mitgliedern in Kraft, die bis zu diesem Zeitpunkt ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu dieser Konvention und zur Änderungsurkunde hinterlegt haben. Die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt zu nur einem Teil dieser Änderungsurkunde ist ausgeschlossen.
7. Ungeachtet der Nummer 524 kann die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten beschließen, daß eine Änderung dieser Konvention erforderlich ist, damit eine Änderung der Konstitution richtig durchgeführt werden kann. In diesem Fall tritt die Änderung der Konvention nicht vor dem Inkrafttreten der Änderung der Konstitution in Kraft.
8. Der Generalsekretär notifiziert allen Mitgliedern die Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde.
9. Nach dem Inkrafttreten einer solchen Änderungsurkunde gilt die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt nach den Artikeln 52 und 53 der Konstitution für die geänderte Konvention.
10. Der Generalsekretär läßt eine solche Änderungsurkunde nach ihrem Inkrafttreten beim Sekretariat der Organisation der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen registrieren. Nummer 241 der Konstitution gilt auch für jede Änderungsurkunde.

Annexe

Définition de certains termes employés dans la présente Convention et dans les Règlements administratifs de l'Union internationale des télécommunications

Aux fins des instruments de l'Union susmentionnés, les termes suivants ont le sens donné par les définitions qui les accompagnent.

001 Expert:

Personne envoyée par:

- a) le Gouvernement ou l'administration de son pays, ou
 - b) une entité ou une organisation agréée conformément aux dispositions de l'article 19 de la présente Convention, ou
 - c) une organisation internationale,
- pour participer aux tâches de l'Union relevant de son domaine de compétence professionnelle.

002 Observateur:

Personne envoyée par:

- l'Organisation des Nations Unies, une institution spécialisée des Nations Unies, l'Agence internationale de l'énergie atomique, une organisation régionale de télécommunication ou une organisation intergouvernementale exploitant des systèmes à satellites, pour participer à titre consultatif à la Conférence de plénipotentiaires, à une conférence ou à une réunion d'un Secteur,
 - une organisation internationale, pour participer à titre consultatif à une conférence ou à une réunion d'un Secteur,
 - le gouvernement d'un Membre de l'Union, pour participer sans droit de vote à une conférence régionale,
- conformément aux dispositions pertinentes de la présente Convention.

003 Service mobile:

Service de radiocommunication entre stations mobiles et stations terrestres, ou entre stations mobiles.

004 Organisme scientifique ou industriel:

Tout organisme, autre qu'une institution ou agence gouvernementale, qui s'occupe de l'étude de problèmes de télécommunication et de la conception ou de la fabrication d'équipements destinés à des services de télécommunications.

005 Radiocommunication:

Télécommunication par ondes radioélectriques.

Note 1: Les ondes radioélectriques sont des ondes électromagnétiques dont la fréquence est par convention inférieure à 3 000 GHz, se propageant dans l'espace sans guide artificiel.

Note 2: Pour les besoins des numéros 149 à 154 de la présente Convention, le terme «radiocommunication» comprend également les télécommunications par ondes électromagnétiques dont la fréquence est supérieure à 3 000 GHz, se propageant dans l'espace sans guide artificiel.

Anlage

Definition einiger in dieser Konvention und in den Vollzugsordnungen der Internationalen Fernmeldeunion verwendeter Begriffe

Für die Zwecke der obengenannten Grundsatzdokumente der Union haben die folgenden Begriffe die ihnen nachstehend beigegebene Bedeutung.

Sachverständiger:

1001

Eine Person, die entsandt wird von

- a) der Regierung oder der Verwaltung ihres Landes oder
 - b) einem Gremium oder einer Organisation, das bzw. die nach den Bestimmungen des Artikels 19 dieser Konvention zugelassen ist, oder
 - c) einer internationalen Organisation,
- um sich an den Aufgaben der Union zu beteiligen, die in ihre fachliche Zuständigkeit fallen.

Beobachter:

1002

Eine Person, die nach den einschlägigen Bestimmungen dieser Konvention entsandt wird von

- der Organisation der Vereinten Nationen, einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen, der Internationalen Atomenergie-Organisation, einer regionalen Fernmeldeorganisation oder einer zwischenstaatlichen Organisation, die Satellitensysteme betreibt, um in beratender Eigenschaft an der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten, an einer Konferenz oder an einer Tagung eines Sektors teilzunehmen,
- einer internationalen Organisation, um in beratender Eigenschaft an einer Konferenz oder an einer Tagung eines Sektors teilzunehmen,
- der Regierung eines Mitglieds der Union, um an einer regionalen Konferenz teilzunehmen, jedoch ohne Stimmrecht.

Mobiler Funkdienst:

1003

Funkdienst zwischen mobilen und ortsfesten Funkstellen oder zwischen mobilen Funkstellen.

Wissenschaftliche Institution oder Industrielles Unternehmen:

1004

Jede Institution oder jedes Unternehmen, die bzw. das keine staatliche Einrichtung oder Stelle ist und sich mit der Untersuchung von Fernmeldeproblemen und der Planung oder Herstellung von Einrichtungen für Fernmeldedienste beschäftigt.

Funkverkehr:

1005

Fernmeldeverkehr mit Hilfe von Funkwellen.

Anmerkung 1: Vereinbarungsgemäß sind Funkwellen elektromagnetische Wellen, deren Frequenzen unterhalb 3 000 GHz liegen und die sich ohne künstliche Führung im freien Raum ausbreiten.

Anmerkung 2: Für die Zwecke der Nummern 149 bis 154 dieser Konvention umfaßt der Begriff „Funkverkehr“ auch den Fernmeldeverkehr, der mit Hilfe von elektromagnetischen Wellen abgewickelt wird, deren Frequenzen oberhalb 3 000 GHz liegen und die sich ohne künstliche Führung im freien Raum ausbreiten.

1006 Télécommunication de service:

Télécommunication relative aux télécommunications publiques internationales et échangée par:

- les administrations,
- les exploitations reconnues,
- le président du Conseil, le Secrétaire général, le Vice-Secrétaire général, les directeurs des Bureaux, les membres du Comité du Règlement des radiocommunications ou d'autres représentants ou fonctionnaires autorisés de l'Union, y compris ceux chargés de fonctions officielles hors du siège de l'Union.

Dienstfernmeldeverbindung:

101

Fernmeldeverbindung, die sich auf die internationalen öffentlichen Fernmeldedienste bezieht und hergestellt wird zwischen

- Verwaltungen,
- anerkannten Betriebsunternehmen,
- dem Präsidenten des Rats, dem Generalsekretär, dem Vizegeneralsekretär, den Direktoren der Büros, den Mitgliedern des Funkregulierungsausschusses oder sonstigen Vertretern oder beauftragten Beamten der Union einschließlich derjenigen, die einen offiziellen Auftrag der Union im Außendienst erfüllen.

**Déclarations et réserves
faites à la fin de la Conférence
de plénipotentiaires additionnelle
de l'Union internationale des télécommunications
(Genève, 1992)***

En signant le présent document, qui fait partie des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires additionnelle (Genève, 1992), les plénipotentiaires soussignés confirment qu'ils ont pris acte des déclarations et réserves suivantes faites à la fin de la Conférence:

1
Original: anglais

Pour la République de Slovénie:

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires additionnelle (Genève, 1992), sous réserve de leur ratification officielle, la Délégation de la République de Slovénie réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra juger nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où tout autre Membre ne réglerait pas sa part contributive aux dépenses de l'Union ou manquerait de toute autre manière que ce soit de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), de leurs annexes ou des protocoles qui y sont attachés, ou si des réserves formulées par d'autres Membres compromettaient le fonctionnement de ses services de télécommunication.

2

Original: français

Pour la République gabonaise:

La Délégation de la République gabonaise réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toutes mesures nécessaires pour protéger ses intérêts si certains Membres n'observaient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou si des réserves faites par d'autres Membres étaient de nature à compromettre le fonctionnement de ses services de télécommunication;

2. d'accepter ou non les conséquences financières qui pourraient éventuellement résulter de ces réserves.

3

Original: anglais

Pour la République populaire démocratique de Corée:

La Délégation de la République populaire démocratique de Corée réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estime nécessaires pour protéger ses intérêts si un Membre de l'Union n'observe pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), ou des annexes ou protocoles qui y sont joints, ou si des réserves faites par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

4

Original: anglais

Pour la République de Corée:

La Délégation de la République de Corée réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera

*) Note du Secrétaire général: Les textes des déclarations et réserves sont rangés dans l'ordre chronologique de leur dépôt.

Dans la Table des matières, ces textes sont classés dans l'ordre alphabétique des noms des Membres dont ils émanent.

**Erklärungen und Vorbehalte
zum Abschluß der Zusätzlichen Konferenz
der Regierungsbevollmächtigten
der Internationalen Fernmeldeunion
(Genf 1992)***

Bei der Unterzeichnung dieses Dokuments, das Bestandteil der Schlußakten der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Genf 1992) ist, bestätigen die unterzeichneten Regierungsbevollmächtigten, daß sie folgende, zum Abschluß der Konferenz formulierte Erklärungen und Vorbehalte zur Kenntnis genommen haben:

1

Original: englisch

Für die Republik Slowenien:

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Genf 1992) behält die Delegation der Republik Slowenien, vorbehaltlich der offiziellen Ratifikation dieser Schlußakten, ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls ein Mitglied seinen Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichtet oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle hält oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

2

Original: französisch

Für die Gabunische Republik:

Die Delegation der Gabunischen Republik behält ihrer Regierung das Recht vor,

1. alle zur Wahrung ihrer Interessen erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, falls sich bestimmte Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;

2. die finanziellen Folgen anzuerkennen oder abzulehnen, die sich aus diesen Vorbehalten ergeben könnten.

3

Original: englisch

Für die Demokratische Volksrepublik Korea:

Die Delegation der Demokratischen Volksrepublik Korea behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitglieder nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

4

Original: englisch

Für die Republik Korea:

Die Delegation der Republik Korea behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung

*) Anmerkung des Generalsekretariats: Die Texte der Erklärungen und Vorbehalte sind in der Reihenfolge ihrer Hinterlegung geordnet.

Im Inhaltsverzeichnis sind diese Texte nach dem Namen der Mitglieder, von denen sie stammen, alphabetisch geordnet.

nécessaires pour protéger ses intérêts si certains Membres ne prenaient pas leur part des dépenses de l'Union ou ne respectaient pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), des annexes, des protocoles ou des Règlements qui y sont joints, ou si des réserves formulées par d'autres pays étaient de nature à compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

5

*Original: anglais***Pour la République de Zambie:**

La Délégation de la République de Zambie à la Conférence de plénipotentiaires additionnelle de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) réserve le droit à son Gouvernement de prendre toutes les mesures qu'il jugera nécessaires pour sauvegarder ses intérêts dans le cas où des Membres de l'Union ne respecteraient pas, d'une façon ou d'une autre, les dispositions de la Constitution ou de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou si des réserves faites par ces Membres affectaient directement ou indirectement le fonctionnement de ses services de télécommunication ou sa souveraineté.

La Délégation de la République de Zambie réserve en outre à son Gouvernement le droit de faire d'autres réserves, selon que de besoin, jusques et y compris la date de la ratification par la République de Zambie de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992).

6

*Original: anglais***Pour l'Etat Islamique d'Afghanistan:**

La Délégation de l'Etat islamique d'Afghanistan à la Conférence de plénipotentiaires additionnelle de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts si un Membre n'observe pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), ou des annexes et protocoles qui y sont joints, ou encore si les conséquences de toute réserve formulée par un autre pays lésent ses intérêts, et plus particulièrement compromettent le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;

2. de n'accepter aucune mesure financière pouvant entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union;

3. de faire toute réserve ou déclaration avant qu'il ratifie la Constitution et la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève 1992);

4. de ne pas reconnaître les prétentions qui visent à étendre la souveraineté d'Etat sur les parties de l'orbite des satellites géostationnaires, car elles sont contraires au statut de l'espace extra-atmosphérique selon le droit international universellement reconnu.

7

*Original: anglais***Pour le Malawi:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires additionnelle de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), la Délégation du Malawi réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts si certains Membres ne payaient pas leur part contributive aux dépenses de l'Union ou n'observaient pas, de quelque manière que ce soit, les disposi-

tion de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), des annexes, des protocoles ou des Règlements qui y sont joints, ou si des réserves formulées par d'autres pays étaient de nature à compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

5

*Original: anglais***Für die Republik Sambia:**

Die Delegation der Republik Sambia bei der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitglieder der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution oder der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) halten oder falls Vorbehalte solcher Mitglieder unmittelbar oder mittelbar das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder ihre Staatshoheit berühren.

Ferner behält die Delegation der Republik Sambia ihrer Regierung das Recht vor, bis zum Zeitpunkt (einschließlich) der Ratifikation der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) durch die Republik Sambia gegebenenfalls weitere Vorbehalte zu formulieren.

6

*Original: englisch***Für den Islamischen Staat Afghanistan:**

Die Delegation des Islamischen Staates Afghanistan bei der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) behält ihrer Regierung das Recht vor,

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen und der ihnen beigefügten Protokolle hält oder falls Vorbehalte anderer Länder ihren Interessen zuwiderlaufen und vor allem falls sie das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;

2. keine finanzielle Maßnahme anzuerkennen, die eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich zieht;

3. vor der Ratifikation der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) irgendwelche Vorbehalte oder Erklärungen zu formulieren;

4. die Forderungen nach Ausdehnung der Staatshoheit auf Teile der Umlaufbahn der geostationären Satelliten nicht anzuerkennen, denn solche Forderungen stehen dem allgemein anerkannten internationalen Status des außeratmosphärischen Raums entgegen.

7

*Original: englisch***Für Malawi:**

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) behält die Delegation von Malawi ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitglieder sich nicht an die Bestimmungen dieser Konstitution und der Konvention halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder der

tions de la présente Constitution et de la Convention, ou si les réserves d'autres Membres de l'Union pouvaient compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

8

*Original: français***Pour la République de Sénégal:**

En signant les Actes finals de la présente Conférence de plénipotentiaires additionnelle tenue à Genève en décembre 1992, la Délégation de la République du Sénégal déclare au nom de son Gouvernement, qu'elle n'accepte aucune conséquence des réserves faites par d'autres Gouvernements ayant pour conséquence l'augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

Par ailleurs, la République du Sénégal se réserve le droit de prendre toutes mesures qu'elle jugera utiles à la sauvegarde de ses intérêts au cas où certains Membres n'observeraient pas les dispositions de la Constitution et de la Convention, de leurs annexes ou du Protocole facultatif concernant le Règlement obligatoire des différends qui ont été adoptés par la Conférence ou au cas où les réserves émises par d'autres pays tendraient à compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

9

*Original: anglais***Pour le Royaume du Swaziland:**

La Délégation du Royaume du Swaziland réserve le droit à son Gouvernement de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour sauvegarder ses intérêts dans le cas où des Membres ne respecteraient pas, d'une façon ou d'une autre, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou les annexes et Règlements qui y sont joints, ou si des réserves faites par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

10

*Original: français***Pour le Burkina Faso:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires additionnelle (Genève, 1992), la Délégation du Burkina Faso réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger les intérêts du Burkina Faso:

1. si un Membre n'observait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et leurs annexes respectives;

2. si certains Membres ne prenaient pas leurs parts aux dépenses de l'Union;

3. si les réserves formulées par d'autres Membres étaient susceptibles de compromettre le bon fonctionnement et la bonne exploitation technique et/ou commerciale des services de télécommunication au Burkina Faso.

La Délégation du Burkina Faso réserve par ailleurs à son Gouvernement le droit de faire toute déclaration ou réserve au moment de la ratification de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992).

11

*Original: anglais***Pour la République de Fidji:**

La Délégation de la République de Fidji réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il pourra estimer nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un Membre

Union das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

8

*Original: français***Für die Republik Senegal:**

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten dieser Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Genf, Dezember 1992) erklärt die Delegation der Republik Senegal im Namen ihrer Regierung, daß sie keine Folgen von Vorbehalten anderer Regierungen anerkennt, die eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

Ferner behält die Republik Senegal sich das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich bestimmte Mitglieder nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention, ihrer Anlagen oder des fakultativen Protokolls über die obligatorische Beilegung von Streitfällen, wie sie von der Konferenz angenommen wurden, halten oder falls Vorbehalte anderer Länder dazu führen, daß das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigt wird.

9

*Original: englisch***Für das Königreich Swasiland:**

Die Delegation des Königreichs Swasiland behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen und der dazugehörigen Vollzugsordnungen halten oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

10

*Original: français***Für Burkina Faso:**

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Genf 1992) behält die Delegation von Burkina Faso ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung der Interessen von Burkina Faso für erforderlich hält,

1. falls sich ein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und ihrer jeweiligen Anlagen hält;

2. falls bestimmte Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten;

3. falls Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten und den einwandfreien technischen und/oder kommerziellen Betrieb der Fernmeldedienste in Burkina Faso beeinträchtigen.

Ferner behält die Delegation von Burkina Faso ihrer Regierung das Recht vor, zum Zeitpunkt der Ratifikation der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) irgendwelche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren.

11

*Original: englisch***Für die Republik Fidschi:**

Die Delegation der Republik Fidschi behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls ein Mitglied sich in

manquerais en quoi que ce soit de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou des annexes et des protocoles qui y sont joints, ou encore si les réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou conduisaient à une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

12

*Original: français***Pour la République de Guinée:**

La Délégation de la République de Guinée à la Conférence de plénipotentiaires additionnelle de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres n'observeraient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), ou si des réserves faites par d'autres pays devaient compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

13

*Original: anglais***Pour le Royaume du Lesotho:**

La Délégation du Royaume du Lesotho déclare au nom de son Gouvernement:

1. qu'elle n'accepte aucune conséquence des réserves formulées par un pays quel qu'il soit, et réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires;
2. qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts si d'autres pays n'observaient pas les dispositions de la Constitution, de la Convention et des Règlements administratifs de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), ou des annexes ou protocoles qui y sont joints, ou si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

14

*Original: anglais***Pour la République du Suriname:**

La Délégation de la République du Suriname réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il considérera nécessaires pour protéger ses intérêts, au cas où d'autres Membres n'observeraient pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou des annexes et des protocoles qui y sont joints, ou encore si les réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

15

*Original: anglais***Pour la République Islamique d'Iran:**

Au nom de Dieu, le très clément, le très compatissant, en signant la présente Constitution et la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), la Délégation de la République islamique d'Iran réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toutes mesures qu'il pourrait estimer nécessaires ou toutes mesures requises pour protéger ses droits et ses intérêts si d'autres Membres de l'Union n'observaient pas de quelque autre manière que ce soit les dispositions de la présente Constitution et de la Convention de l'Union internationale des

irgendesiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle hält oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

12

*Original: français***Für die Republik Guinea:**

Die Delegation der Republik Guinea bei der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich bestimmte Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) halten oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

13

*Original: anglais***Für das Königreich Lesotho:**

Die Delegation des Königreichs Lesotho erklärt im Namen ihrer Regierung,

1. daß sie keine Folgen von Vorbehalten irgendeines Landes anerkennt und ihrer Regierung das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für erforderlich hält;
2. daß sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich andere Länder nicht an die Bestimmungen der Konstitution, der Konvention und der Vollzugsordnungen der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen und der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

14

*Original: anglais***Für die Republik Suriname:**

Die Delegation der Republik Suriname behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich andere Mitglieder nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen und der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

15

*Original: anglais***Für die Islamische Republik Iran:**

Im Namen Gottes, des Gnädigsten und Barmherzigsten,

behält die Delegation der Islamischen Republik Iran bei der Unterzeichnung der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) ihrer Regierung das Recht vor,

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zum Schutz ihrer Rechte und Interessen für erforderlich hält oder die hierzu erforderlich sind, falls sich andere Mitglieder der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen dieser Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), ih-

télécommunications (Genève, 1992), des annexes, des protocoles ou des Règlements qui y sont joints;

2. de protéger ses intérêts si certains Membres de l'Union ne prenaient pas leur part des dépenses de l'Union ou si les réserves formulées par d'autres Membres compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication de la République islamique d'Iran;

3. de ne pas être lié par les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et en particulier par les dispositions des numéros 222 et 229 de la Constitution et du numéro 524 de la Convention, qui peuvent directement ou indirectement porter atteinte à sa souveraineté et contreviendrait à la Constitution, aux lois et aux règlements de la République islamique d'Iran;

4. de faire d'autres réserves ou déclarations jusqu'à la ratification de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992).

15

Original: français

Pour l'Autriche, la Belgique, le Luxembourg:

Les Délégations des pays ci-dessus déclarent formellement en ce qui concerne l'article 4 de la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), qu'ils maintiennent les réserves faites au nom de leurs Administrations respectives, lors de la signature des Règlements cités dans l'article 4.

17

Original: français

Pour l'Autriche, la Belgique, le Luxembourg:

Les Délégations des pays ci-dessus réservent pour leurs Gouvernements respectifs le droit de prendre toutes mesures qu'ils pourraient juger nécessaires pour protéger leurs intérêts si certains Membres ne prenaient pas leur part des dépenses de l'Union ou n'observaient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), ou des annexes ou protocoles qui y sont joints, ou si des réserves d'autres pays entraîneraient une augmentation de leurs parts contributives aux dépenses de l'Union ou, enfin, si des réserves d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de leurs services de télécommunication.

18

Original: français

Pour la République de Côte d'Ivoire:

La Délégation de la République de Côte d'Ivoire réserve à son Gouvernement le droit:

- a) de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts si des Membres n'observaient pas de quelque manière que ce soit les dispositions des présentes Constitution et Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992);
- b) de refuser les conséquences des réserves formulées dans les présentes Constitution et Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) par d'autres Gouvernements et qui pourraient entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union ou qui pourraient compromettre ses services de télécommunication;
- c) de refuser toutes dispositions desdites Constitution et Convention, ou de formuler des réserves qu'il estimera nécessaires à l'égard des textes contenus dans la Constitution et la Convention (Genève, 1992) qui pourraient compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou affecter directement ou indirectement sa souveraineté.

rer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle und der dazugehörigen Vollzugsordnungen halten;

2. ihre Interessen zu wahren, falls bestimmte Mitglieder der Union ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten der Fernmeldedienste der Islamischen Republik Iran beeinträchtigen;

3. die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), und zwar insbesondere die Bestimmungen der Nummern 222 und 229 der Konstitution und der Nummer 524 der Konvention, die unmittelbar oder mittelbar ihre Staatshoheit berühren und der Verfassung, den Gesetzen und den Vorschriften der Islamischen Republik Iran zuwiderlaufen können, nicht als für sich verbindlich anzuerkennen;

4. bis zur Ratifikation der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) weitere Vorbehalte und Erklärungen zu formulieren.

16

Original: français

Für Österreich, Belgien, Luxemburg:

Hinsichtlich des Artikels 4 der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) erklären die Delegationen der obengenannten Länder ausdrücklich, daß sie die Vorbehalte, die im Namen ihrer Verwaltungen bei der Unterzeichnung der in Artikel 4 erwähnten Vollzugsordnungen formuliert worden sind, aufrechterhalten.

17

Original: français

Für Österreich, Belgien, Luxemburg:

Die Delegationen der obengenannten Länder behalten ihren Regierungen das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich halten, falls bestimmte Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Länder eine Erhöhung ihrer Beiträge zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen oder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

18

Original: français

Für die Republik Côte d'Ivoire:

Die Delegation der Republik Côte d'Ivoire behält ihrer Regierung das Recht vor,

- a) alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen dieser Konstitution und dieser Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) halten;
- b) die Folgen der Vorbehalte abzulehnen, die andere Regierungen in dieser Konstitution und dieser Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) formuliert haben und die eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union oder eine Beeinträchtigung ihrer Fernmeldedienste nach sich ziehen könnten;
- c) alle Bestimmungen der Konstitution und der Konvention (Genf 1992) abzulehnen, die das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder unmittelbar oder mittelbar ihre Staatshoheit berühren könnten, oder Vorbehalte zu formulieren, die sie in bezug auf derartige Texte der Konstitution oder der Konvention für erforderlich hält.

19

Original: français

Pour la République du Burundi:

La Délégation de la République du Burundi réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres n'observaient pas de quelque façon que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou des annexes et protocoles qui y sont joints, ou encore si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;

2. d'accepter ou non toute mesure susceptible de donner lieu à une augmentation de sa part contributive.

20

Original: espagnol

Pour la République orientale de l'Uruguay:

La Délégation de la République orientale de l'Uruguay déclare, au nom de son Gouvernement, que celui-ci se réserve le droit de prendre les mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où d'autres Membres n'observaient pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou du Protocole facultatif, ou si des réserves formulées par d'autres Membres compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

21

Original: français

Pour la Confédération suisse et la Principauté de Liechtenstein:

1. Les Délégations des pays susmentionnés réservent le droit de leurs Gouvernements de prendre les mesures nécessaires à la protection de leurs intérêts si des réserves déposées ou d'autres mesures prises devaient avoir pour conséquence de porter atteinte au bon fonctionnement de leurs services de télécommunication ou de conduire à une augmentation de leurs parts contributives aux dépenses de l'Union.

2. En ce qui concerne les articles 4 et 54 de la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), les Délégations des pays susmentionnés déclarent formellement maintenir les réserves qu'elles ont formulées au nom de leurs Administrations lors de la signature des Règlements mentionnés dans lesdits articles.

22

Original: espagnol

Pour le Chili:

La Délégation du Chili à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), au moment de procéder à la signature de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications, déclare qu'elle réserve à son Gouvernement le droit souverain de formuler les réserves qu'il jugera nécessaires ou utiles pour protéger et sauvegarder ses intérêts nationaux au cas où des Etats Membres de l'Union ne se conformeraient pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions des présentes Constitution et Convention, des annexes, protocoles et règlements y afférents, ce manquement affectant directement ou indirectement le fonctionnement de ses services de télécommunication ou portant atteinte à sa souveraineté.

Elle réserve à son Gouvernement aussi le droit de protéger ses intérêts au cas où les réserves formulées par d'autres parties contractantes entraîneraient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

90

19

Original: français

Für die Republik Burundi:

Die Delegation der Republik Burundi behält ihrer Regierung das Recht vor,

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich bestimmte Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen und der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;

2. alle Maßnahmen, die zu einer Erhöhung ihres Beitrags führen können, anzuerkennen oder abzulehnen.

20

Original: spanisch

Für die Republik Östlich des Uruguay:

Die Delegation der Republik Östlich des Uruguay erklärt im Namen ihrer Regierung, daß diese sich das Recht vorbehält, die Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich andere Mitglieder nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder des fakultativen Protokolls halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

21

Original: français

Für die Schweizerische Eidgenossenschaft und das Fürstentum Liechtenstein:

1. Die Delegationen der obengenannten Länder behalten ihren Regierungen das Recht vor, die zur Wahrung ihrer Interessen erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, falls irgendwelche Vorbehalte oder andere Maßnahmen das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihrer Beiträge zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

2. Hinsichtlich der Artikel 4 und 54 der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) erklären die Delegationen der obengenannten Länder ausdrücklich, daß sie die Vorbehalte, die sie im Namen ihrer Verwaltungen bei der Unterzeichnung der in den genannten Artikeln erwähnten Vollzugsordnungen formuliert haben, aufrechterhalten.

22

Original: spanisch

Für Chile:

Die Delegation von Chile bei der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) erklärt zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Konstitution und der Konvention der Union, daß sie ihrer Regierung das Hoheitsrecht vorbehält, die Vorbehalte zu formulieren, die sie zum Schutz und zur Wahrung ihrer nationalen Interessen für erforderlich oder zweckmäßig hält, falls sich irgendwelche Mitgliedstaaten der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen dieser Konstitution und dieser Konvention, ihrer Anlagen und Protokolle und der dazugehörigen Vollzugsordnungen halten und so unmittelbar oder mittelbar das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder ihre Staatshoheit verletzen.

Ferner behält sie ihrer Regierung das Recht vor, ihre Interessen zu wahren, falls Vorbehalte anderer Vertragsparteien eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

23

*Original: anglais***Pour le Brunéi Darussalam:**

La Délégation du Brunéi Darussalam réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts si un pays manquait, de quelque manière que ce soit, aux obligations qui découlent de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), ou des annexes et des protocoles qui y sont joints, ou si les réserves faites par d'autres pays étaient préjudiciables aux intérêts du Brunéi Darussalam ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

La Délégation du Brunéi Darussalam réserve également à son Gouvernement le droit de formuler les réserves supplémentaires qu'il pourra estimer nécessaires jusqu'au jour, inclusivement, de la ratification par le Brunéi Darussalam de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992).

24

*Original: anglais***Pour la Thaïlande:**

La Délégation de la Thaïlande réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un pays Membre quelconque n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), de leurs annexes et des protocoles qui y sont attachés, ou si des réserves formulées par un pays Membre quelconque devaient compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou conduire à une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

25

*Original: anglais***Pour la République fédérale du Nigeria:**

La Délégation de la République fédérale du Nigeria à la Conférence de plénipotentiaires additionnelle (Genève, 1992) déclare que son Gouvernement se réserve le droit:

1. de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres de l'Union ne prendraient pas leur part des dépenses de l'Union ou manqueraient de quelque autre façon de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), ou des annexes ou protocoles qui y sont attachés, ou encore si des réserves formulées par d'autres pays compromettraient de quelque manière que ce soit le bon fonctionnement des services de télécommunication de la République fédérale du Nigeria;

2. de faire toute déclaration ou réserve jusqu'au moment de la ratification de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992).

26

*Original: anglais***Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord:**

La Délégation du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra estimer nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où d'autres Membres n'observeraient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunica-

23

*Original: englisch***Für Brunel Darussalam:**

Die Delegation von Brunei Darussalam behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Land in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle hält oder falls Vorbehalte anderer Länder die Interessen von Brunei Darussalam verletzen oder eine Erhöhung des Beitrags dieses Landes zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

Ferner behält die Delegation von Brunei Darussalam ihrer Regierung das Recht vor, bis zum Zeitpunkt (einschließlich) der Ratifikation der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) durch Brunei Darussalam erforderlichenfalls weitere Vorbehalte zu formulieren.

24

*Original: englisch***Für Thailand:**

Die Delegation von Thailand behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendein Mitgliedsland in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), ihrer Anlagen und der ihnen beigefügten Protokolle hält oder falls Vorbehalte irgendeines Mitgliedslandes das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

25

*Original: englisch***Für die Bundesrepublik Nigeria:**

Die Delegation der Bundesrepublik Nigeria bei der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) erklärt, daß ihre Regierung sich das Recht vorbehält,

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitglieder der Union ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder der ihnen beigefügten Anlagen oder Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder der Union das reibungslose Arbeiten der Fernmeldedienste der Bundesrepublik Nigeria in irgendeiner Weise beeinträchtigen;

2. bis zum Zeitpunkt der Ratifikation der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) durch die Bundesrepublik Nigeria irgendwelche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren.

26

*Original: englisch***Für das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland:**

Die Delegation des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen

tions (Genève, 1992), ou les annexes jointes à ces Instruments, ou bien au cas où des réserves formulées par d'autres pays iraient à l'encontre de ses intérêts.

27

Original: anglais

Pour la République socialiste du Viet Nam:

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires additionnelle de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), la Délégation de la République socialiste du Viet Nam déclare, au nom de son Gouvernement, qu'elle maintient les réserves formulées à la Conférence de plénipotentiaires de Nairobi (1982) et à la Conférence de plénipotentiaires de Nice (1989) de l'Union internationale des télécommunications.

28

Original: anglais

Pour la République de Singapour:

La Délégation de la République de Singapour réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts si des Membres de l'Union ne respectaient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), ou les annexes ou les protocoles desdits instruments, ou si des réserves d'un Membre de l'Union compromettaient ses services de télécommunication, portaient atteinte à sa souveraineté ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

La Délégation de la République de Singapour réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler toutes les réserves supplémentaires qu'il jugera nécessaires jusqu'à et y compris le moment où la Constitution et la Convention de l'UIT (Genève, 1992) auront été ratifiées par la République de Singapour.

29

Original: anglais

Pour la Nouvelle-Zélande:

La Délégation de la Nouvelle-Zélande réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts dans le cas où certains Membres ne prendraient pas leur part des dépenses de l'Union ou n'observeraient pas, de toute autre façon, les dispositions de la Convention internationale des télécommunications (Nairobi, 1982) ou les annexes ou protocoles à ladite Convention, ou dans le cas où d'autres Membres n'observeraient pas d'une quelconque autre manière les dispositions des Instruments de l'Union contenues dans la Constitution (Genève, 1992), ou encore dans le cas où les réserves formulées par d'autres pays compromettraient le bon fonctionnement des services de télécommunication de Nouvelle-Zélande.

En outre, la Nouvelle-Zélande se réserve le droit de formuler des réserves et des déclarations précises pertinentes avant la ratification de la Constitution et de la Convention (Genève, 1992).

30

Original: anglais

Pour la Malaisie:

En signant la présente Constitution et la présente Convention, la Délégation de la Malaisie:

1. réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres ne prendraient pas leur part aux dépenses de l'Union ou manqueraient, de quelque manière que ce soit, de se conformer aux dispositions de la Constitution et de

halten oder falls Vorbehalte anderer Länder ihren Interessen zuwiderlaufen.

27

Original: englisch

Für die Sozialistische Republik Vietnam:

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) erklärt die Delegation der Sozialistischen Republik Vietnam im Namen ihrer Regierung, daß sie die Vorbehalte aufrechterhält, die bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten von Nairobi (1982) und bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten von Nizza (1989) der Internationalen Fernmeldeunion formuliert worden sind.

28

Original: englisch

Für die Republik Singapur:

Die Delegation der Republik Singapur behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls irgendein Mitglied der Union sich in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen und der ihnen beigefügten Protokolle hält oder falls Vorbehalte eines Mitglieds der Union ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen, ihre Staatshoheit verletzen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

Ferner behält die Delegation der Republik Singapur ihrer Regierung das Recht vor, bis zum Zeitpunkt (einschließlich) der Ratifikation der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) durch die Republik Singapur erforderlichenfalls weitere Vorbehalte zu formulieren.

29

Original: englisch

Für Neuseeland:

Die Delegation von Neuseeland behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen des Internationalen Fernmeldevertrags (Nairobi 1982), seiner Anlagen oder der ihm beigefügten Protokolle halten oder falls sie sich in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der in der Konstitution (Genf 1992) genannten Grundsatzdokumente der Union halten oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten der Fernmeldedienste von Neuseeland beeinträchtigen.

Ferner behält Neuseeland sich das Recht vor, vor der Ratifikation der Konstitution und der Konvention (Genf 1992) geeignete besondere Vorbehalte und Erklärungen zu formulieren.

30

Original: englisch

Für Malaysia:

Bei der Unterzeichnung dieser Konstitution und dieser Konvention

1. behält die Delegation von Malaysia ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen der

la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), de ses annexes ou des protocoles qui y sont attachés, ou encore si des réserves d'autres Membres compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication de la Malaisie;

2. déclare que la signature de la Constitution et de la Convention susmentionnées et la ratification éventuelle de celles-ci par le Gouvernement de la Malaisie n'ont aucune valeur en ce qui concerne le Membre figurant sous le nom d'Israël, et n'impliquent d'aucune manière la reconnaissance de ce Membre par le Gouvernement de la Malaisie.

31

Original: anglais

Pour la République de Chypre:

La Délégation de Chypre réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres de l'Union ne prendraient pas leur part aux dépenses de l'Union ou manqueraient de quelque façon que ce soit de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), de ses annexes ou des protocoles qui y sont joints, ou encore si des réserves formulées par d'autres Membres entraîneraient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union ou compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication, ou si d'autres mesures que prendrait ou envisagerait de prendre une personne physique ou morale portaient directement ou indirectement atteinte à sa souveraineté.

La Délégation de Chypre réserve en outre à son Gouvernement le droit de faire tout autre déclaration ou réserve jusqu'au moment où la Constitution et la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), seront ratifiées par la République de Chypre.

32

Original: espagnol

Pour l'Espagne:

La délégation de l'Espagne déclare, au nom de son Gouvernement, que toute référence au mot «pays» dans la Constitution et dans la Convention (Genève, 1992) en tant que titulaire de droits et d'obligations n'est entendue, selon elle, que si ledit pays constitue un Etat souverain.

33

Original: espagnol

Pour l'Espagne:

La Délégation de l'Espagne déclare, au nom de son Gouvernement, qu'elle n'accepte aucune des réserves formulées par d'autres gouvernements qui pourraient entraîner une augmentation de ses obligations financières vis-à-vis de l'Union.

34

Original: anglais

Pour la République de Hongrie:

La Délégation de la République de Hongrie réserve à son Gouvernement le droit de n'accepter aucune mesure financière susceptible d'entraîner des augmentations non justifiées de sa contribution aux dépenses de l'Union et de prendre toutes mesures qu'il peut estimer opportunes afin de protéger ses intérêts au cas où des pays Membres n'observeraient pas les dispositions de la Constitution, de la Convention et des Règlements, ou compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication, et le droit de formuler des réserves et des déclarations spécifiques avant la ratification de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992).

Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), ihrer Anlagen oder des ihnen beigefügten Protokolls halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten der Fernmeldedienste von Malaysia beeinträchtigen;

2. erklärt die Delegation von Malaysia, daß die Unterzeichnung sowie die eventuelle spätere Ratifikation der genannten Konstitution und Konvention durch die Regierung von Malaysia für das unter der Bezeichnung „Israel“ aufgeführte Mitglied nicht gelten und in keiner Weise dessen Anerkennung einschließen.

31

Original: englisch

Für die Republik Zypern:

Die Delegation von Zypern behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls irgendwelche Mitglieder der Union ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Länder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen oder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder falls andere von einer natürlichen oder juristischen Person getroffene oder beabsichtigte Maßnahmen ihre Staatshoheit unmittelbar oder mittelbar verletzen.

Ferner behält die Delegation von Zypern ihrer Regierung das Recht vor, bis zum Zeitpunkt (einschließlich) der Ratifikation der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) durch die Republik Zypern irgendwelche anderen Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren.

32

Original: spanisch

Für Spanien:

Die Delegation von Spanien erklärt im Namen ihrer Regierung, daß jede Bezugnahme auf ein Land in der Konstitution und in der Konvention (Genf 1992) als Träger von Rechten und Pflichten nur dann auch so verstanden wird, wenn das betreffende Land ein souveräner Staat ist.

33

Original: spanisch

Für Spanien:

Die Delegation von Spanien erklärt im Namen ihrer Regierung, daß sie keinen Vorbehalt anderer Regierungen anerkennt, der zu einer Erhöhung ihrer finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Union führen würde.

34

Original: englisch

Für die Republik Ungarn:

Die Delegation der Republik Ungarn behält ihrer Regierung das Recht vor, keine finanzielle Maßnahme anzuerkennen, die ungerechtfertigte Erhöhungen ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union zur Folge haben könnte, und alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich bestimmte Mitglieder nicht an die Bestimmungen der Konstitution, der Konvention und der Vollzugsordnungen halten oder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen, sowie das Recht, vor der Ratifikation der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) besondere Vorbehalte und Erklärungen zu formulieren.

35

*Original: anglais***Pour la République socialiste démocratique de Sri Lanka:**

La Délégation de la République socialiste démocratique de Sri Lanka réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts si un Membre quelconque n'observait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

36

*Original: anglais***Pour la République du Yémen:**

La Délégation de la République du Yémen réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un Membre n'observerait pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), ou si les réserves formulées par ce Membre devaient compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

37

*Original: russe***Pour la République du Bélarus, la Fédération de Russie et l'Ukraine:**

Les Délégations des pays ci-dessus réservent à leurs Gouvernements respectifs le droit de faire toute déclaration ou réserve au moment de la ratification de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et de prendre toutes mesures qu'ils jugeront nécessaires pour protéger leurs intérêts si un Membre quelconque de l'Union n'observait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications, ou si les réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de leurs services de télécommunication ou entraînaient une augmentation de leur contribution annuelle aux dépenses de l'Union.

38

*Original: espagnol***Pour la République du Venezuela:**

La Délégation de la République du Venezuela réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où d'autres Membres, actuels ou futurs, manqueraient de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), de ses annexes ou des protocoles qui y sont attachés, ou encore si des réserves formulées par d'autres Membres compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

Elle formule en outre des réserves au sujet des articles de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) relatifs à l'arbitrage comme moyen de règlement des différends, conformément à la politique internationale du Gouvernement du Venezuela en la matière.

39

*Original: anglais***Pour Papouasie-Nouvelle-Guinée:**

La Délégation de Papouasie-Nouvelle-Guinée réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera

35

*Original: anglais***Für die Demokratische Sozialistische Republik Sri Lanka:**

Die Delegation der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung und zum Schutz ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendein Mitglied der Union nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) hält oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

36

*Original: englisch***Für die Republik Jemen:**

Die Delegation der Republik Jemen erklärt, daß ihre Regierung sich das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) hält oder falls Vorbehalte irgendeines Mitglieds das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

37

*Original: russisch***Für die Republik Belarus, die Russische Föderation und die Ukraine:**

Die Delegationen der obengenannten Länder behalten ihren Regierungen das Recht vor, zum Zeitpunkt der Ratifikation der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) irgendwelche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren und alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich halten, falls sich irgendein Mitglied der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion hält oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres jährlichen Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

38

*Original: spanisch***Für die Republik Venezuela:**

Die Delegation der Republik Venezuela behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls andere, derzeitige oder zukünftige Mitglieder sich nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

Ferner formuliert sie Vorbehalte hinsichtlich derjenigen Artikel der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), die die Schiedsgerichtsbarkeit als Möglichkeit zur Beilegung von Streitfällen betreffen, in Übereinstimmung mit der internationalen Politik, welche die Regierung von Venezuela in dieser Hinsicht verfolgt.

39

*Original: englisch***Für Papua-Neuguinea:**

Die Delegation von Papua-Neuguinea behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung

nécessaires pour protéger ses intérêts si certains Membres ne prennent pas leur part des dépenses de l'Union ou s'ils manquent, de quelque autre manière que ce soit, aux obligations qui découlent de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou des annexes et des protocoles qui y sont joints, ou encore si des réserves formulées par d'autres pays compromettent le bon fonctionnement des services de télécommunication de Papouasie-Nouvelle-Guinée.

40

*Original: français***Pour la République du Niger:**

La Délégation du Niger à la Conférence de plénipotentiaires additionnelle de l'Union internationale des télécommunications (Genève, décembre 1992) réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre les mesures qu'il jugera nécessaires au cas où certains Membres manqueraient, de quelque façon que ce soit, de se conformer aux instruments de l'Union internationale des télécommunications tels qu'adoptés à Genève (décembre 1992) ou si des réserves formulées par les Membres venaient à compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;

2. de n'accepter aucune conséquence résultant des réserves susceptibles d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

41

*Original: français***Pour la République du Cameroun:**

La Délégation camerounaise à la Conférence de plénipotentiaires additionnelle de l'Union internationale des télécommunications, (Genève, 1992) signe les Actes finals de la présente conférence tout en réservant à son Gouvernement le droit:

- de prendre toutes les mesures appropriées pour sauvegarder ses intérêts légitimes au cas où ceux-ci seraient lésés du fait de la non-observance, par un Membre quelconque, de certaines dispositions de la Constitution/Convention ou des annexes et protocoles qui y sont joints;
- de formuler des réserves sur les dispositions de la Constitution ou de la Convention contraires à sa loi fondamentale.

42

*Original: anglais***Pour la République fédérale d'Allemagne:**

1. La Délégation de la République fédérale d'Allemagne réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts si certains Membres ne prennent pas leur part des dépenses de l'Union ou, de quelque autre manière que ce soit, ne respectaient pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), de ses annexes ou des protocoles qui y sont joints, ou si des réserves formulées par d'autres pays étaient de nature à accroître sa contribution aux dépenses de l'Union ou à compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

2. La Délégation de la République fédérale d'Allemagne déclare, à propos de l'article 4 de la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), qu'elle maintient les réserves formulées au nom de la République fédérale d'Allemagne lors de la signature des Règlements visés à l'article 4.

3. La République fédérale d'Allemagne déclare qu'elle n'appliquera que les amendements adoptés conformément à l'article 55 de la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et à l'article 42 de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) lorsque

leur Interesses für erforderlich hält, falls irgendwelche Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), ihrer Anlagen und der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten der Fernmeldedienste von Papua-Neuguinea beeinträchtigen.

40

*Original: français***Für die Republik Niger:**

Die Delegation von Niger bei der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion in Genf (Dezember 1992) behält ihrer Regierung das Recht vor,

1. die Maßnahmen zu ergreifen, die sie für erforderlich hält, falls sich bestimmte Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Grundsatzdokumente der Internationalen Fernmeldeunion halten, wie sie in Genf (Dezember 1992) angenommen wurden, oder falls Vorbehalte irgendwelcher Mitglieder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;

2. keine Auswirkungen von Vorbehalten anzuerkennen, die eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnten.

41

*Original: français***Für die Republik Kamerun:**

Die kamerunische Delegation bei der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) unterzeichnet die Schlußakten dieser Konferenz und behält ihrer Regierung dabei das Recht vor,

- alle zur Wahrung ihrer legitimen Interessen geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, falls diese durch die Nichteinhaltung irgendwelcher Bestimmungen der Konstitution oder der Konvention, ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle seitens eines Mitglieds verletzt werden;
- Vorbehalte hinsichtlich derjenigen Bestimmungen der Konstitution oder der Konvention zu formulieren, die gegen ihr Grundgesetz verstoßen.

42

*Original: englisch***Für die Bundesrepublik Deutschland:**

1. Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Länder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen oder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

2. Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland erklärt im Hinblick auf Artikel 4 der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), daß sie die Vorbehalte, die im Namen der Bundesrepublik Deutschland bei der Unterzeichnung der in Artikel 4 genannten Vollzugsordnungen formuliert worden sind, aufrechterhält.

3. Die Bundesrepublik Deutschland erklärt, daß sie die nach Artikel 55 der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und nach Artikel 42 der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) angenommenen Änderungen nur dann anwendet, wenn die für ihre Anwendung erforderlichen

les exigences de la Constitution de la République fédérale d'Allemagne nécessaires à leur application seront remplies.

43

Original: anglais

Pour la République de Bulgarie:

La Délégation de la République de Bulgarie à la Conférence de plénipotentiaires additionnelle de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts si un Membre de l'Union manquait de quelque manière que ce soit de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou si les conséquences de toute réserve formulée par un autre pays compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication de la Bulgarie;
2. de n'accepter aucune mesure financière pouvant entraîner une augmentation injustifiée de sa part contributive aux dépenses de l'Union;
3. de formuler toute déclaration ou réserve au moment de la ratification de la Constitution et de la Convention de l'UIT (Genève, 1992).

44

Original: anglais

Pour la République des Philippines:

La Délégation de la République des Philippines réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires et suffisantes, conformément à sa législation nationale, pour protéger ses intérêts si des réserves formulées par des représentants d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou portaient atteinte à ses droits en tant que pays souverain.

La Délégation philippine réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler toutes déclarations ou réserves avant le dépôt de l'instrument de ratification de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992).

45

Original: anglais

Pour la République du Soudan:

La Délégation de la République du Soudan réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts si un Membre n'observait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), ou encore si les réserves formulées par d'autres Membres devaient compromettre le bon fonctionnement des services de télécommunication de la République du Soudan ou aboutir à une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

46

Original: anglais

Pour le Danemark, l'Estonie, la Finlande, l'Islande, la Lettonie, la Lituanie, la Norvège et la Suède:

Au moment de signer les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires additionnelle de Genève:

1. en ce qui concerne l'article 54 de la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), les Délégations des pays susmentionnés déclarent formellement maintenir les réserves qu'elles ont formulées au nom de leurs Adminis-

Voraussetzungen der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland erfüllt sind.

43

Original: englisch

Für die Republik Bulgarien:

Die Delegation der Republik Bulgarien bei der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) behält ihrer Regierung das Recht vor,

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitglied der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) hält oder falls die Auswirkungen von Vorbehalten anderer Länder das reibungslose Arbeiten der Fernmeldedienste von Bulgarien beeinträchtigen;
2. keine finanzielle Maßnahme anzuerkennen, die eine unge-rechtfertigte Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnte;
3. zum Zeitpunkt der Ratifikation der Konstitution und der Kon-vention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) irgendwelche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren.

44

Original: englisch

Für die Republik der Philippinen:

Die Delegation der Republik der Philippinen behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich und ausreichend hält, falls Vorbehalte von Vertretern anderer Staaten das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder ihre Rechte eines souveränen Landes schmälern.

Ferner behält die philippinische Delegation ihrer Regierung das Recht vor, vor der Hinterlegung der Urkunde zur Ratifikation der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) irgendwelche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren.

45

Original: englisch

Für die Republik Sudan:

Die Delegation der Republik Sudan erklärt, daß ihre Regierung sich das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls ein Mitglied sich in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) hält oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten der Fernmeldedienste der Republik Sudan beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

46

Original: englisch

Für Dänemark, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen und Schweden:

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten von Genf

1. erklären die Delegationen der obengenannten Länder hinsichtlich des Artikels 54 der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) ausdrücklich, daß sie die Vorbehalte, die im Namen ihrer Verwaltungen bei der Unterzeichnung der in

trations lors de la signature des Règlements mentionnés dans l'article 54;

2. les Délégations des pays ci-dessus déclarent, au nom de leurs Gouvernements respectifs, qu'elles n'acceptent aucune conséquence des réserves qui entraîneraient une augmentation de leur part contributive aux dépenses de l'Union;

3. les Délégations des pays susmentionnés réservent à leurs Gouvernements le droit de prendre toutes mesures qu'ils pourront estimer nécessaires pour protéger leurs intérêts au cas où certains Membres de l'Union ne prendraient pas leur part des dépenses de l'Union, ou bien si un Membre manquait, de quelque autre manière, de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), des annexes ou des protocoles qui y sont attachés, ou si des réserves formulées par d'autres pays devaient compromettre le bon fonctionnement de leurs services de télécommunication.

47

Original: anglais

Pour la République d'Indonésie:

Au nom de la République d'Indonésie, la Délégation de la République d'Indonésie à la Conférence de plénipotentiaires additionnelle de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992):

1. réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes dispositions et mesures de protection qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts nationaux si des dispositions quelconques de la Constitution, de la Convention et des Résolutions ainsi que toute décision de la Conférence de plénipotentiaires additionnelle de l'UIT (Genève, 1992) affectaient directement ou indirectement sa souveraineté ou étaient contraires à la Constitution, à la législation et à la réglementation de la République d'Indonésie ainsi qu'aux droits dont jouit la République d'Indonésie en tant que partie à d'autres traités et conventions et qui découlent pour elle de tout principe du droit international;

2. réserve en outre à son Gouvernement le droit de prendre toutes dispositions et mesures de protection qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts nationaux si un Membre quelconque n'observait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'UIT (Genève, 1992) ou si les conséquences des réserves formulées par un Membre quelconque compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou conduisaient à une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

48

Original: espagnol

Pour la République de Colombie:

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires additionnelle de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), la Délégation de la République de Colombie:

1. déclare qu'elle réserve à son Gouvernement le droit:
- a) d'adopter toute mesure qu'il jugera nécessaire, conformément à sa législation nationale et au droit international, pour sauvegarder ses intérêts nationaux au cas où d'autres Membres manqueraient de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), des protocoles et des annexes qui y sont joints, d'autres documents des Actes finals de ladite Union et des Règlements et au cas où les réserves formulées par les représentants d'autres Etats compromettraient les services de télécommunication de la République de Colombie ou le plein exercice de ses droits souverains;

Artikel 54 erwähnten Vollzugsordnungen formuliert worden sind, aufrechterhalten;

2. erklären die Delegationen der obengenannten Länder im Namen ihrer Regierungen, daß sie keine Folgen von Vorbehalten anerkennen, die eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnten;

3. behalten die Delegationen der obengenannten Länder ihren Regierungen das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich halten, falls bestimmte Mitglieder der Union ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder falls sich ein Mitglied in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle hält oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

47

Original: englisch

Für die Republik Indonesien:

Im Namen der Republik Indonesien behält die Delegation der Republik Indonesien bei der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) ihrer Regierung das Recht vor,

1. alle Vorkehrungen und Sicherheitsmaßnahmen zu treffen, die sie zur Wahrung ihrer nationalen Interessen für erforderlich hält, falls irgendwelche Bestimmungen der Konstitution, der Konvention und der Entschlüsse sowie irgendwelche Entscheidungen der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) unmittelbar oder mittelbar ihre Staatshoheit berühren oder im Widerspruch zur Verfassung, zu den Gesetzen und den Vorschriften der Republik Indonesien stehen sowie zu den Rechten, die die Republik Indonesien als Vertragspartei anderer Verträge und Übereinkommen erworben hat und die sich aus irgendwelchen Grundsätzen des Völkerrechts ergeben;

2. alle Vorkehrungen und Sicherheitsmaßnahmen zu treffen, die sie zur Wahrung ihrer nationalen Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) hält oder falls die Auswirkungen von Vorbehalten irgendeines Mitglieds das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

48

Original: spanisch

Für die Republik Kolumbien:

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992)

1. erklärt die Delegation der Republik Kolumbien, daß sie ihrer Regierung das Recht vorbehält,
- a) alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften und dem Völkerrecht zur Wahrung ihrer nationalen Interessen für erforderlich hält, falls sich andere Mitglieder nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), ihrer Protokolle und Anlagen, anderer Dokumente der Schlußakten der Union und der Vollzugsordnungen halten und falls Vorbehalte von Vertretern anderer Staaten die Fernmeldedienste der Republik Kolumbien oder die volle Ausübung ihrer Hoheitsrechte beeinträchtigen;

- b) d'accepter ou de rejeter, en totalité ou en partie, les amendements apportés à la Constitution et à la Convention (Genève, 1992) ou aux autres instruments internationaux de l'Union internationale des télécommunications;
- c) de formuler des réserves, conformément à la Convention de Vienne sur le droit des traités de 1969, au sujet des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires additionnelle (Genève, 1992), à tout moment qu'elle jugera opportun entre la date de signature et la date de ratification éventuelle des instruments internationaux qui constituent lesdits Actes finals. En conséquence, elle ne s'estime pas liée par les règles qui limitent le droit souverain de faire des réserves au moment de la signature des Actes finals des conférences et autres réunions de l'Union;

2. ratifie, quant au fond, les réserves N° 40 et 79 formulées à la Conférence administrative mondiale des radiocommunications (Genève, 1979), en ce qui concerne en particulier les nouvelles dispositions qui figurent dans la Constitution et la Convention (Genève, 1992) et les autres documents des Actes finals;

3. déclare que la République de Colombie ne considérera comme contraignants les instruments de l'Union internationale des télécommunications, c'est-à-dire la Constitution, la Convention, les protocoles, les Règlements administratifs et les amendements ou modifications y afférents, que dans la mesure où elle aura dûment et expressément manifesté son consentement à être liée par chacun de ces instruments internationaux et sous réserve du respect des procédures constitutionnelles correspondantes. En conséquence, elle n'accepte pas de manifester son consentement supposé ou tacite à être liée;

4. déclare que, conformément au droit constitutionnel, son Gouvernement ne peut appliquer provisoirement les instruments internationaux qui constituent les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires additionnelle (Genève, 1992) et les autres instruments de l'Union, en raison de leur contenu et de leur nature.

49

*Original: espagnol***Pour la République argentine:**

En signant les présentes Constitution et Convention, la Délégation de la République argentine déclare au nom de son Gouvernement:

1. qu'elle réaffirme ses droits souverains sur les îles Malouines, les îles de la Géorgie du Sud et les îles Sandwich du Sud, qui font partie intégrante du territoire national;

2. qu'elle se réserve le droit de prendre toutes les mesures qu'elle considérerait nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où d'autres Membres n'observeraient pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et de ses annexes, et au cas où les réserves formulées par d'autres Membres compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

50

*Original: français***Pour la Grèce:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires additionnelle de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), la Délégation de la Grèce déclare:

1. qu'elle réserve à son Gouvernement le droit:

- a) de prendre toutes mesures conformes à son droit interne et au droit international qu'il pourra juger ou estimer nécessaires ou

- b) Änderungen der Konstitution, der Konvention (Genf 1992) oder anderer Internationaler Übereinkünfte der Internationalen Fernmeldeunion als Ganzes oder teilweise anzunehmen bzw. nicht anzunehmen;

- c) nach dem Wiener Übereinkommen von 1969 über das Recht der Verträge Vorbehalte zu den Schlußakten der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Genf 1992) zu formulieren, und zwar zu jedem Zeitpunkt, der ihr angemessen erscheint zwischen dem Zeitpunkt der Unterzeichnung und dem Zeitpunkt der eventuellen Ratifikation der internationalen Übereinkünfte, welche die genannten Schlußakten darstellen. Sie sieht sich deshalb nicht an die Vorschriften gebunden, die das souveräne Recht, Vorbehalte zu formulieren, auf den Zeitpunkt der Unterzeichnung der Schlußakten der Konferenzen und anderen Tagungen der Union beschränken;

2. bekräftigt die Delegation der Republik Kolumbien den Inhalt der bei der Weltweiten Verwaltungskonferenz für den Funkdienst (Genf 1979) formulierten Vorbehalte Nm. 40 und 79, insbesondere hinsichtlich der neuen Bestimmungen der Konstitution, der Konvention (Genf 1992) und der anderen Dokumente der Schlußakten;

3. erklärt die Delegation der Republik Kolumbien, daß die Republik Kolumbien sich nur insoweit an die Übereinkünfte der Internationalen Fernmeldeunion, d.h. die Konstitution, die Konvention, die Protokolle, die Vollzugsordnungen und die entsprechenden Änderungen gebunden sieht, als sie ausdrücklich und ordnungsgemäß ihre Zustimmung dazu erklärt hat, daß sie jede dieser internationalen Übereinkünfte als für sich verbindlich anerkennt, und vorbehaltlich der Einhaltung der betreffenden verfassungsmäßigen Verfahren. Sie akzeptiert folglich nicht ein unterstelltes oder stillschweigendes Einverständnis, irgendwelche Bestimmungen als für sich verbindlich anzuerkennen;

4. erklärt die Delegation der Republik Kolumbien, daß ihre Regierung nach ihren verfassungsrechtlichen Bestimmungen die internationalen Übereinkünfte, welche die Schlußakten der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Genf 1992) darstellen, sowie die anderen Übereinkünfte der Union wegen ihres Inhalts und ihrer Eigenart nicht vorläufig anwenden kann.

49

*Original: spanisch***Für die Argentinische Republik:**

Bei der Unterzeichnung dieser Konstitution und dieser Konvention erklärt die Delegation der Argentinischen Republik im Namen ihrer Regierung,

1. daß diese ihre Hoheitsrechte über die Malwinen, Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln, die Teil ihres Staatsgebiets sind, bekräftigt;

2. daß diese sich das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich andere Mitglieder nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und ihrer Anlagen halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

50

*Original: français***Für Griechenland:**

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) erklärt die Delegation von Griechenland,

1. daß sie ihrer Regierung das Recht vorbehält,

- a) alle Maßnahmen zu ergreifen, die mit ihrem nationalen Recht und mit dem Völkerrecht vereinbar sind und die sie zum

utiles pour protéger et sauvegarder ses droits souverains et inaliénables et ses intérêts légitimes aux cas où soit des Etats Membres de l'UIT manqueraient de quelque manière que ce soit de respecter ou d'appliquer les dispositions des présents Actes finals et ses annexes, ainsi que les Règlements administratifs les complétant, soit des actes d'autres entités ou parties tierces pourraient affecter ou porter atteinte à sa souveraineté nationale;

b) de formuler, en vertu de la Convention de Vienne sur le Droit des traités de 1969, des réserves auxdits Actes finals à tout moment qu'il jugera opportun entre la date de leur signature et la date de leur ratification, ainsi qu'à tout autre Instrument émanant d'autres conférences pertinentes de l'UIT pas encore ratifié, ainsi que de n'être pas lié par toute disposition desdits Instruments limitant son droit souverain de formuler des réserves;

c) de n'accepter aucune conséquence de toutes réserves formulées par d'autres parties contractantes qui, entre autres choses, pourraient entraîner une augmentation de sa propre quote-part contributive aux dépenses de l'Union ou autres incidences financières ou, encore, si lesdites réserves devaient compromettre le bon et efficace fonctionnement des services de télécommunication de la République de Grèce;

2. qu'il est parfaitement établi que le terme «pays» utilisé dans les dispositions des présents Actes finals, ainsi que de tout autre Instrument ou acte de l'Union internationale des télécommunications au sujet de ses Membres et de leurs droits et obligations, est considéré à tous égards comme synonyme du terme «Etat souverain» constitué légalement et reconnu internationalement.

51

Original: anglais

Pour la Mongolie:

La Délégation de la Mongolie réserve à son Gouvernement le droit de formuler toutes déclarations ou réserves au moment de la ratification de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992).

52

Original: anglais

Pour l'Union de Myanmar:

La Délégation de l'Union de Myanmar réserve à son Gouvernement le droit:

1. de protéger ses intérêts au cas où d'autres Membres formuleraient des réserves susceptibles d'entraîner l'augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union;

2. de prendre les mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses services de télécommunication au cas où d'autres Membres manqueraient de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou des annexes qui y sont rattachées;

3. de formuler toute réserve qu'il jugera appropriée à propos de tout texte de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou des annexes qui y sont rattachées, pouvant affecter directement ou indirectement sa souveraineté ou ses intérêts.

Schutz und zur Wahrung ihrer souveränen und unveräußerlichen Rechte sowie ihrer legitimen Interessen für erforderlich oder zweckmäßig hält, falls sich Mitgliedstaaten der Internationalen Fernmeldeunion in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen dieser Schlußakten und ihrer Anlagen sowie an die sie ergänzenden Vollzugsordnungen halten oder sie diese nicht anwenden oder falls Akte anderer Organisationen oder Dritter ihre nationale Souveränität berühren oder beeinträchtigen;

b) nach dem Wiener Übereinkommen von 1969 über das Recht der Verträge Vorbehalte zu den genannten Schlußakten zu formulieren, und zwar zu jedem Zeitpunkt, der ihr angemessen erscheint zwischen dem Zeitpunkt ihrer Unterzeichnung und dem Zeitpunkt ihrer Ratifikation, sowie zu allen anderen noch nicht ratifizierten Übereinkünften anderer einschlägiger Konferenzen der Internationalen Fernmeldeunion und darüber hinaus keine Bestimmung der genannten Übereinkünfte als für sich verbindlich anzuerkennen, die ihr souveränes Recht, Vorbehalte zu formulieren, einschränkt;

c) keine Auswirkungen von Vorbehalten anderer Vertragsparteien anzuerkennen, falls diese unter anderem eine Erhöhung ihres eigenen Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen oder irgendwelche anderen finanziellen Konsequenzen haben oder falls solche Vorbehalte das reibungslose und effiziente Arbeiten der Fernmeldedienste der Griechischen Republik beeinträchtigen;

2. daß es unzweifelhaft feststeht, daß das Wort „Land“, wie es in diesen Schlußakten sowie in allen anderen Übereinkünften oder Akten der Internationalen Fernmeldeunion bezüglich ihrer Mitglieder und deren Rechte und Pflichten verwendet wird, in jeder Hinsicht als mit dem Ausdruck „souveräner Staat“ gleichbedeutend betrachtet wird, der ein rechtmäßig entstandenes und international anerkanntes Gebilde bezeichnet.

51

Original: englisch

Für die Mongolei:

Die Delegation der Mongolei erklärt, daß sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, zum Zeitpunkt der Ratifikation der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) irgendwelche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren.

52

Original: englisch

Für die Union Myanmar:

Die Delegation der Union Myanmar behält ihrer Regierung das Recht vor,

1. ihre Interessen zu wahren, falls Vorbehalte anderer Mitglieder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen;

2. die Maßnahmen zu ergreifen, die sie zum Schutz ihrer Fernmeldedienste für erforderlich hält, falls sich andere Mitglieder nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder der ihnen beigefügten Anlagen halten;

3. irgendwelche Vorbehalte zu formulieren, die sie für angemessen hält angesichts von Texten der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder der ihnen beigefügten Anlagen, die unmittelbar oder mittelbar ihre Staatshoheit oder ihre Interessen berühren könnten.

53

*Original: anglais***Pour la République du Kenya:**

I

La Délégation de la République du Kenya réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourrait juger nécessaire et/ou appropriée pour sauvegarder et protéger ses intérêts au cas où un Membre manquerait en quoi que ce soit de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et/ou de tout autre instrument connexe. En outre, la Délégation affirme que le Gouvernement de la République du Kenya n'accepte aucune responsabilité pour les conséquences découlant de toute réserve faite par d'autres Membres de l'Union.

II

La Délégation de la République du Kenya, rappelant la réserve numéro 90 à la Convention de Nairobi (1982), réaffirme, au nom de son Gouvernement, la lettre et l'esprit de ladite réserve.

54

*Original: anglais***Pour la Turquie:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires additionnelle (Genève, 1992), la Délégation de la République de Turquie réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un Membre manquerait, de quelque façon que ce soit, de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), de leurs annexes ou des protocoles qui y sont joints, ou si des réserves formulées par d'autres Membres compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraîneraient une augmentation de sa contribution aux dépenses de l'Union.

55

*Original: espagnol***Pour le Mexique:**

Le Gouvernement du Mexique, préoccupé par certains résultats de la Conférence de plénipotentiaires additionnelle (Genève, 1992), se réserve le droit:

- de prendre toutes mesures qu'il jugera pertinentes au cas où l'application des dispositions de la Constitution et de la Convention aurait un effet défavorable sur les moyens nécessaires à l'utilisation des ressources de l'orbite des satellites géostationnaires et du spectre des fréquences radioélectriques qu'il affecte ou sera amené à affecter à ses services de télécommunication ou si les procédures de notification, de coordination ou d'enregistrement étaient compromises ou retardées;
- de n'accepter aucune conséquence financière découlant des modifications de fonctionnement et de structure adoptées par la présente Conférence;
- d'appliquer les mesures qu'il jugera nécessaires au cas où d'autres Membres manqueraient de se conformer, de quelque manière que ce soit, aux dispositions de la Constitution, de la Convention, des Règlements administratifs et des protocoles ou annexes qui y sont joints dès leur entrée en vigueur.

56

*Original: français***Pour la France:**

La Délégation française déclare formellement, en ce qui concerne l'article 4 de la Constitution de l'Union internationale des

53

*Original: anglais***Für die Republik Kenia:**

I

Die Delegation der Republik Kenia behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung und zum Schutz ihrer Interessen für erforderlich und/oder angemessen hält, falls sich ein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und/oder irgendwelcher anderen zu ihnen gehörigen Übereinkünfte hält. Die Delegation bekräftigt ferner, daß die Regierung der Republik Kenia keinerlei Verantwortung für Folgen, die sich aus irgendwelchen Vorbehalten anderer Mitglieder der Union ergeben, anerkennt.

II

Die Delegation der Republik Kenia erinnert an den Vorbehalt Nr. 90 zum Vertrag von Nairobi (1982) und bekräftigt im Namen ihrer Regierung den Wortlaut und die Intention dieses Vorbehalts.

54

*Original: anglais***Für die Türkei:**

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) behält die Delegation der Republik Türkei ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle hält oder falls Vorbehalte irgendeines Mitglieds das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

55

*Original: spanisch***Für Mexiko:**

Die Regierung von Mexiko, besorgt über verschiedene Ergebnisse der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Genf 1992), behält sich das Recht vor,

- alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für erforderlich hält, falls die Anwendung von Bestimmungen der Konstitution und der Konvention sich ungünstig auswirkt auf die Möglichkeiten der Nutzung der Ressourcen der Umlaufbahn der geostationären Satelliten und des Funkfrequenzspektrums, die sie für ihre Fernmeldedienste vorsieht oder vorsehen möchte, oder falls Anmelde-, Koordinierungs- oder Registrierungsverfahren behindert oder verzögert werden;
- finanzielle Folgen der von dieser Konferenz angenommenen Änderungen der Arbeitsweise und des Aufbaus der Union nicht anzuerkennen;
- die Maßnahmen zu ergreifen, die sie für erforderlich hält, falls sich andere Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution, der Konvention, der Vollzugsordnungen und der ihnen beigefügten Protokolle oder Anlagen halten, und zwar vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Übereinkünfte an.

56

*Original: français***Für Frankreich:**

Die französische Delegation erklärt hinsichtlich des Artikels 4 der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992)

télécommunications (Genève, 1992), qu'elle maintient les réserves faites au nom de son Administration lors de la signature des Règlements cités dans l'article 4.

57

*Original: français***Pour la France:**

La Délégation française réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il pourra estimer nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres ne prendraient pas leur part des dépenses de l'Union ou manqueraient de quelque autre façon de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), ainsi qu'à des Règlements administratifs qui les complètent, ou encore si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

58

*Original: anglais***Pour l'Éthiopie:**

En signant la Constitution et la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), la Délégation du Gouvernement provisoire de l'Éthiopie réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts si d'autres Membres manquaient de se conformer aux dispositions de ces instruments ou si leurs réserves compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

59

*Original: français***Pour la République du Bénin:**

La Délégation de la République du Bénin à la Conférence de plénipotentiaires additionnelle de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres n'observeraient pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), ou si les réserves formulées par d'autres Membres devaient compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraîner une augmentation de sa contribution aux dépenses de l'Union.

60

*Original: espagnol***Pour Cuba:**

En signant les Actes finals de la présente Conférence de plénipotentiaires additionnelle (Genève, 1992), la Délégation de la République de Cuba:

- Se déclare préoccupée par le travail du Comité du Règlement des radiocommunications pendant la période de transition d'ici à la conférence de Kyoto de 1994, au cours de laquelle notre Administration abordera cette question, compte tenu de la hâte dont la Conférence a fait preuve pour adopter des décisions importantes sur le caractère non permanent du Comité.
- Réserve à son Gouvernement le droit de formuler toute déclaration ou réserve qui pourrait se révéler nécessaire jusqu'au moment où il procédera à la ratification des instruments fondamentaux de l'UIT.
- Déclare ne pas accepter le Protocole facultatif concernant le règlement obligatoire des différends se rapportant aux présen-

ausdrücklich, daß sie die Vorbehalte, die im Namen ihrer Verwaltung bei der Unterzeichnung der in Artikel 4 erwähnten Vollzugsordnungen formuliert worden sind, aufrechterhält.

57

*Original: français***Für Frankreich:**

Die französische Delegation behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) sowie der sie ergänzenden Vollzugsordnungen halten oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

58

*Original: anglais***Für Äthiopien:**

Bei der Unterzeichnung der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) behält die Delegation der Übergangsregierung von Äthiopien ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls andere Mitglieder sich nicht an die Bestimmungen dieser Grundsatzdokumente halten oder falls Vorbehalte dieser Mitglieder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

59

*Original: français***Für die Republik Benin:**

Die Delegation der Republik Benin bei der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich bestimmte Mitglieder nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

60

*Original: español***Für Kuba:**

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten dieser Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Genf 1992)

- zeigt sich die Delegation der Republik Kuba besorgt angesichts der Arbeit des Funkregulierungsausschusses während der Übergangszeit bis zur Konferenz von Kito (1994), auf der ihre Verwaltung diese Angelegenheit erneut aufgreifen wird; wichtige Entscheidungen über den nichtständigen Charakter dieses Ausschusses sind nämlich von der Konferenz in großer Eile angenommen worden;
- behält die Delegation der Republik Kuba ihrer Regierung das Recht vor, alle Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren, die sich bis zum Zeitpunkt der Ratifikation der grundlegenden Urkunden der Internationalen Fernmeldeunion als erforderlich erweisen könnten;
- erklärt die Delegation der Republik Kuba, daß sie das fakultative Protokoll über die obligatorische Beilegung von Streitfällen,

tes Constitution et Convention et aux Règlements administratifs.

- Réserve à son Gouvernement le droit de prendre les mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger sa souveraineté, ses droits et ses intérêts nationaux au cas où des Etats Membres de l'Union ne respecteraient pas, de quelque manière que ce soit, ou n'observeraient pas les dispositions des présentes Constitution et Convention et de leurs Règlements administratifs, ou si les réserves formulées par d'autres Membres ou administrations compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication de Cuba, aux plans technique, opérationnel ou économique.

61

Original: espagnol

Pour la République du Panama:

La Délégation de la République du Panama à la Conférence de plénipotentiaires additionnelle de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) déclare qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de formuler les réserves qu'elle jugera nécessaires pour protéger et sauvegarder ses droits et intérêts nationaux au cas où des Etats Membres de l'Union manqueraient, de quelque manière que ce soit, de respecter les dispositions de la présente Constitution et de la Convention, des annexes, protocoles et règlements y afférents, et qui affectent directement ou indirectement le fonctionnement de ses services de télécommunication ou qui portent atteinte à sa souveraineté.

Elle se réserve aussi le droit de protéger ses intérêts au cas où les réserves formulées par d'autres parties contractantes compromettent le bon fonctionnement de ses réunions de télécommunication.

62

Original: anglais

Pour la République de l'Inde:

1. En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires additionnelle (Genève, 1992), la Délégation de la République de l'Inde n'accepte pour son Gouvernement aucune conséquence financière résultant de réserves qui pourraient être formulées par un Membre au sujet des finances de l'Union.

2. Par ailleurs, la Délégation de la République de l'Inde réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour sauvegarder et protéger ses intérêts au cas où un Membre n'observerait pas, de quelque façon que ce soit, une ou plusieurs des dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou des Règlements administratifs.

63

Original: anglais

Pour l'Etat islamique d'Afghanistan, la République algérienne démocratique et populaire, le Royaume d'Arabie saoudite, l'Etat de Bahreïn, les Emirats arabes unis, la République islamique d'Iran, le Royaume hachémite de Jordanie, l'Etat du Koweït, le Liban, le Royaume du Maroc, la République islamique de Mauritanie, le Sultanat d'Oman, la République islamique du Pakistan, l'Etat du Qatar, la République du Soudan, la Tunisie, la République du Yémen:

Les Délégations des pays susmentionnés à la Conférence de plénipotentiaires additionnelle (Genève, 1992) déclarent que leur signature et la ratification éventuelle, par leurs Gouvernements respectifs, de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), ne sont pas valables vis-à-vis de l'entité sioniste figurant dans la présente Convention sous la prétendue appellation d'Israël et n'impliquent aucunement sa reconnaissance.

die diese Konstitution und diese Konvention und die Vollzugsordnungen betreffen, nicht anerkennt;

- behält die Delegation der Republik Kuba ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zum Schutz ihrer Staatshoheit, ihrer Rechte und ihrer nationalen Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitgliedstaaten der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen dieser Konstitution und dieser Konvention und der Vollzugsordnungen halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder oder Verwaltungen das reibungslose Arbeiten der Fernmeldedienste von Kuba in technischer, betrieblicher oder wirtschaftlicher Hinsicht beeinträchtigen.

61

Original: spanisch

Für die Republik Panama:

Die Delegation von Panama bei der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Genf, Dezember 1992) erklärt, daß sie sich im Namen ihrer Regierung das Recht vorbehält, die Vorbehalte zu formulieren, die diese zum Schutz und zur Wahrung ihrer Rechte und ihrer nationalen Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitgliedstaaten der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen dieser Konstitution und der Konvention, ihrer Anlagen, der ihnen beigefügten Protokolle und der dazugehörigen Vollzugsordnungen halten und dadurch unmittelbar oder mittelbar das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste behindert oder ihre Staatshoheit berührt wird.

Ferner behält sie sich das Recht vor, ihre Interessen zu schützen, falls Vorbehalte anderer Vertragsparteien das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

62

Original: englisch

Für die Republik Indien:

1. Mit der Unterzeichnung der Schlußakten der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Genf 1992) erkennt die Delegation der Republik Indien für ihre Regierung keine finanziellen Auswirkungen irgendwelcher Vorbehalte an, die von einem Mitglied hinsichtlich der Finanzen der Union formuliert werden könnten.

2. Ferner behält die Delegation der Republik Indien ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung und zum Schutz ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an eine oder mehrere Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder der Vollzugsordnungen hält.

63

Original: englisch

Für den Islamischen Staat Afghanistan, die Demokratische Volksrepublik Algerien, den Staat Bahrain, die Islamische Republik Iran, das Haschemitische Königreich Jordanien, den Staat Kuwait, Libanon, die Islamische Republik Mauretanien, das Königreich Marokko, das Sultanat Oman, die Islamische Republik Pakistan, den Staat Katar, das Königreich Saudi-Arabien, die Republik Sudan, Tunesien, die Vereinigten Arabischen Emirate, die Republik Jemen:

Die Delegationen der obengenannten Länder bei der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Genf 1992) erklären, daß die Unterzeichnung und die eventuelle Ratifikation der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) durch ihre Regierungen nicht für das in dieser Konvention unter der Bezeichnung „Israel“ aufgeführte zionistische Gebilde gelten und in keiner Weise dessen Anerkennung einschließen.

64

Original: anglais

Pour le Royaume d'Arabie saoudite, l'Etat de Barheïn, les Emirats arabes unis, l'Etat du Koweït, le Sultanat d'Oman et l'Etat du Qatar:

Les Délégations des pays ci-dessus mentionnés à la Conférence de plénipotentiaires additionnelle (Genève, 1992) déclarent que leurs Gouvernements se réservent le droit de prendre toutes mesures qu'ils pourront juger nécessaires pour sauvegarder leurs intérêts si certains Membres ne prenaient pas leur part aux dépenses de l'Union, ou s'ils manquaient de quelque façon que ce soit de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou des annexes, protocoles ou résolutions qui y sont joints ou encore si les réserves faites par d'autres Membres compromettaient le bon fonctionnement de leurs services de télécommunication.

65

Original: anglais

Pour le Ghana:

La Délégation du Ghana à la Conférence de plénipotentiaires additionnelle de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts si le non-respect des dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications, ou des annexes ou protocole qui y sont joints, ou les réserves formulées par d'autres Membres de l'Union compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

66

Original: anglais

Pour l'Australie:

La Délégation de l'Australie réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un Membre manquerait de quelque manière que ce soit de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou des annexes qui y sont jointes ou si les réserves faites par d'autres pays compromettaient leurs intérêts.

67

Original: anglais

Pour le Royaume des Pays-Bas:

I
La Délégation des Pays-Bas réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour sauvegarder ses intérêts si certains Membres ne participaient pas aux dépenses de l'Union ou n'observaient pas de toute autre manière les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou de leurs annexes, ou des protocoles facultatifs qui y sont joints, ou bien si des réserves formulées par d'autres pays risquaient d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union ou, enfin, si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

II

La Délégation des Pays-Bas déclare formellement en ce qui concerne l'article 54 de la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) qu'elle maintient les réserves faites au nom de son Gouvernement lors de la signature des Règlements administratifs mentionnés dans l'article 4.

64

Original: englisch

Für den Staat Bahrain, den Staat Kuwait, das Sultanat Oman, den Staat Katar, das Königreich Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate:

Die Delegationen der obengenannten Länder bei der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Genf 1992) erklären, daß ihre Regierungen sich das Recht vorbehalten, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich halten, falls irgendein Mitglied seinen Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichtet oder sich in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen oder Protokolle oder der ihnen beigefügten Entschlüsse hält oder falls Vorbehalte irgendeines Mitglieds das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

65

Original: englisch

Für Ghana:

Die Delegation von Ghana bei der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls die Nichteinhaltung der Bestimmungen der Konstitution, der Konvention, ihrer Anlagen und des ihnen beigefügten Protokolls durch andere Mitglieder oder diesbezügliche Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste in irgendeiner Weise beeinträchtigen.

66

Original: englisch

Für Australien:

Die Delegation von Australien behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls ein Mitglied sich in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen hält oder falls Vorbehalte anderer Länder ihre Interessen beeinträchtigen.

67

Original: englisch

Für das Königreich der Niederlande:

I
Die Delegation der Niederlande behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen oder des ihnen beigefügten fakultativen Protokolls halten oder falls Vorbehalte anderer Länder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen oder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

II

Hinsichtlich des Artikels 54 der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) erklärt die Delegation der Niederlande ausdrücklich, daß sie die Vorbehalte, die im Namen ihrer Regierung bei der Unterzeichnung der in Artikel 4 genannten Vollzugsordnungen formuliert worden sind, aufrechterhält.

68

*Original: anglais***Pour les Etats-Unis d'Amérique:**

Les Etats-Unis d'Amérique réitèrent et reprennent implicitement toutes les réserves et déclarations formulées lors des conférences administratives mondiales.

Les Etats-Unis d'Amérique ne sauraient consentir, par la signature ou par toute ratification ultérieure de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), à être liés par les Règlements administratifs adoptés avant la date de signature des présents Actes finals. Les Etats-Unis d'Amérique ne seront pas considérés comme ayant consenti à être liés par les révisions des Règlements administratifs, partielles ou totales, adoptées après la date de signature des présents Actes finals sans avoir expressément informé l'Union internationale des télécommunications de leur consentement.

Enfin, les Etats-Unis d'Amérique se réfèrent à la Section 16 de l'article 32 de la Convention et relèvent que, lors de l'examen de la Constitution et de la Convention, ils seront peut-être amenés à formuler des réserves additionnelles. En conséquence, les Etats-Unis d'Amérique se réservent le droit de faire des réserves spécifiques additionnelles au moment du dépôt de leur instrument de ratification de la Constitution et de la Convention.

69

*Original: anglais***Pour Malte:**

En signant le présent document, la Délégation de Malte réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts si certains Membres ne prenaient pas leur part des dépenses de l'Union ou, de quelque autre manière que ce soit, ne respectaient pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), des annexes ou des protocoles qui y sont joints, ou si des réserves formulées par d'autres pays étaient de nature à compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

70

*Original: français***Pour le Portugal:**

La Délégation portugaise déclare, au nom de son Gouvernement, qu'elle n'accepte aucune conséquence des réserves faites par d'autres Gouvernements, qui entraîneraient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

Elle déclare aussi réserver à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra estimer nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres ne prendraient pas leur part des dépenses de l'Union ou manqueraient de quelque façon que ce soit de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), de leurs annexes ou protocoles qui y sont attachés, ou encore si des réserves formulées par d'autres pays compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

71

*Original: anglais***Pour l'Irlande:**

Ayant pris note des réserves formulées par certains Membres dans le Document 195 de la Conférence de plénipotentiaires additionnelle (Genève, 1992), la Délégation de l'Irlande réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra

68

*Original: anglais***Für die Vereinigten Staaten von Amerika:**

Die Vereinigten Staaten von Amerika wiederholen und übernehmen hiermit durch Bezugnahme alle bei den weltweiten Verwaltungskonferenzen formulierten Vorbehalte und Erklärungen.

Weder durch die Unterzeichnung noch durch eine spätere Ratifikation der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) erkennen die Vereinigten Staaten von Amerika die vor dem Zeitpunkt der Unterzeichnung dieser Schlußakten angenommenen Vollzugsordnungen als für sich verbindlich an. Ebenso wenig können die Vereinigten Staaten von Amerika so angesehen werden, als hätten sie die teilweisen oder vollständigen Revisionen der Vollzugsordnungen, die nach dem Zeitpunkt der Unterzeichnung dieser Schlußakten angenommen werden, als für sich verbindlich anerkannt, solange die Vereinigten Staaten von Amerika der Internationalen Fernmeldeunion nicht durch eine besondere Notifikation mitgeteilt haben, daß sie diese als für sich verbindlich anerkennen.

Schließlich beziehen sich die Vereinigten Staaten von Amerika auf Artikel 32 Abschnitt 16 der Konvention und weisen darauf hin, daß sie es bei der Prüfung der Konstitution und der Konvention für erforderlich erachten könnten, zusätzliche Vorbehalte zu formulieren. Infolgedessen behalten die Vereinigten Staaten von Amerika sich das Recht vor, zusätzliche besondere Vorbehalte zum Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Urkunde zur Ratifikation der Konstitution und der Konvention zu formulieren.

69

*Original: englisch***Für Malta:**

Bei der Unterzeichnung dieses Dokuments behält die Delegation von Malta ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls irgendwelche Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), ihrer Anlagen oder des ihnen beigefügten Protokolls halten oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

70

*Original: französisch***Für Portugal:**

Die portugiesische Delegation erklärt im Namen ihrer Regierung, daß sie keine Auswirkungen von Vorbehalten anderer Regierungen anerkennt, die eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen können.

Sie erklärt ferner, daß sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

71

*Original: englisch***Für Irland:**

In Anbetracht der von bestimmten Mitgliedern in dem Dokument Nr. 195 der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) formulierten Vorbehalte behält die Delegation von Irland ihrer Regierung

estimer nécessaires pour protéger ses intérêts si certains Membres ne prenaient pas leur part des dépenses de l'Union ou n'observaient pas de quelque autre manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et des Règlements administratifs qui y sont joints, ou encore si les réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

En outre, la Délégation de l'Irlande réserve à son Gouvernement le droit de faire des réserves et des déclarations appropriées avant la ratification de la Constitution et de la Convention (Genève, 1992).

72

Original: français

Pour la République Islamique de Mauritanie:

En prenant acte du Document 195 relatif aux déclarations et réserves, et en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires additionnelle (Genève, 1992), la Délégation de la République islamique de Mauritanie déclare que son Gouvernement se réserve le droit:

1. de prendre toutes mesures nécessaires pour protéger ses intérêts si certains Membres n'observaient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou si des réserves d'autres Membres étaient de nature à compromettre le fonctionnement de ses services de télécommunication;

2. d'accepter ou non les conséquences financières qui pourraient éventuellement résulter des Actes finals ou des réserves faites par des Membres de l'Union.

La Délégation déclare également que la Constitution et la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) sont sujettes à ratification par les institutions nationales compétentes.

73

Original: anglais

Pour l'Australie, l'Autriche, la Belgique, la République de Bulgarie, le Canada, le Danemark, la République fédérale d'Allemagne, la Finlande, la France, la Grèce, l'Irlande, l'Italie, le Japon, la Principauté de Liechtenstein, le Luxembourg, Malte, Monaco, le Royaume des Pays-Bas, la Norvège, la Nouvelle-Zélande, le Portugal, la Roumanie, la Suède, la Suisse, la Turquie, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, les Etats-Unis d'Amérique:

Les Délégations des pays ci-dessus, se référant aux déclarations faites par la Colombie (N° 48) et par la République du Kenya (N° 53) estiment, pour autant que ces déclarations se réfèrent à la Déclaration de Bogota signée le 3 décembre 1976 par les pays équatoriaux et à la revendication de ces pays d'exercer des droits souverains sur des parties de l'orbite des satellites géostationnaires, ainsi qu'à toute déclaration similaire, que cette revendication ne peut être admise par la présente Conférence. En outre, les Délégations des pays ci-dessus souhaitent confirmer ou renouveler les déclarations faites à ce sujet au nom de certaines des Administrations ci-dessus, lors de la signature des Actes finals de la Conférence administrative mondiale des radiocommunications (Genève, 1979) et de la Conférence administrative mondiale des radiocommunications sur l'utilisation de l'orbite des satellites géostationnaires et la planification des services spatiaux utilisant cette orbite (première et seconde sessions, Genève, 1985 et 1988), de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Nice, 1989) et du protocole final de la Convention internationale des télécommunications (Nairobi, 1982), comme si ces déclarations étaient reproduites ici in extenso.

das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und der sie ergänzenden Vollzugsordnungen halten oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

Ferner behält die Delegation von Irland ihrer Regierung das Recht vor, vor der Ratifikation der Konstitution und der Konvention (Genf 1992) geeignete besondere Vorbehalte und Erklärungen zu formulieren.

72

Original: français

Für die Islamische Republik Mauretanien:

Die Delegation der Islamischen Republik Mauretanien erklärt in Anbetracht des Dokuments Nr. 195 über die Erklärungen und Vorbehalte bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Genf 1992), daß ihre Regierung sich das Recht vorbehält,

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich bestimmte Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;

2. die finanziellen Folgen anzuerkennen oder abzulehnen, die sich aus den Schlußakten oder den Vorbehalten von Mitgliedern der Union eventuell ergeben könnten.

Ferner erklärt die Delegation, daß die Konstitution und die Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) von den zuständigen nationalen Institutionen ratifiziert werden müssen.

73

Original: anglais

Für Australien, Österreich, Belgien, die Republik Bulgarien, Kanada, Dänemark, Finnland, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Griechenland, Irland, Italien, Japan, das Fürstentum Liechtenstein, Luxemburg, Malta, Monaco, das Königreich der Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Portugal, Rumänien, Schweden, die Schweiz, die Türkei, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, die Vereinigten Staaten von Amerika:

In bezug auf die Erklärungen der Republik Kolumbien (Nr. 48) und der Republik Kenia (Nr. 53), soweit diese sich auf die am 3. Dezember 1976 von den Äquatorialländern unterzeichnete Erklärung von Bogotá und auf die Forderung dieser Länder nach Ausübung souveräner Rechte über Teile der Umlaufbahn der geostationären Satelliten sowie auf irgendwelche ähnlichen Erklärungen beziehen, sind die Delegationen der erstgenannten Länder der Auffassung, daß diese Konferenz dieser Forderung nicht nachgeben darf. Ferner möchten die Delegationen dieser Länder diejenigen Erklärungen bestätigen oder erneuern, die diesbezüglich im Namen eines Teils der obengenannten Verwaltungen bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Weltweiten Verwaltungskonferenz für den Funkdienst (Genf 1979), der Weltweiten Verwaltungskonferenz über die Benutzung der Umlaufbahn der geostationären Satelliten und die Planung der diese Umlaufbahn benutzenden Weltraumfunkdienste (erste und zweite Sitzungsperiode, Genf 1985 und 1988) und der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Nizza 1989) sowie im Schlußprotokoll des Internationalen Fernmeldevertrags (Nairobi 1982) abgegeben wurden, so als ob diese Erklärungen hier in extenso abgedruckt wären.

Les Délégations mentionnées ci-dessus souhaitent également affirmer que la référence à la «situation géographique de certains pays» dans l'article 44 de la Constitution ne signifie pas que l'on admette la revendication de droits préférentiels quelconques sur l'orbite des satellites géostationnaires.

74

*Original: espagnol***Pour le Mexique:**

Le Gouvernement du Mexique, tenant compte de certaines réserves présentées par d'autres pays, ratifie les réserves formulées dans les Actes finals des conférences administratives mondiales des radiocommunications et de la Conférence administrative mondiale télégraphique et téléphonique.

75

*Original: anglais***Pour l'Etat d'Israël:**

1. Les déclarations formulées par certaines Délégations dans le N° 63 des déclarations et réserves étant en contradiction flagrante avec les principes et les objectifs de l'Union internationale des télécommunications et, par conséquent, dénuées de toute valeur juridique, le Gouvernement d'Israël tient à faire savoir officiellement qu'il rejette purement et simplement ces déclarations et qu'il considère qu'elles ne peuvent avoir aucune valeur pour ce qui est des droits et des obligations des Etats Membres de l'Union internationale des télécommunications.

En outre, étant donné qu'Israël et les Etats arabes ont entrepris des négociations visant à parvenir à une solution pacifique du conflit israélo-arabe, la Délégation de l'Etat d'Israël considère que ces déclarations sont néfastes et dommageables pour la cause de la paix au Moyen-Orient.

Le Gouvernement de l'Etat d'Israël adoptera, en ce qui concerne le fond de la question, une attitude de totale réciprocité vis-à-vis des Membres dont les Délégations ont fait la déclaration susmentionnée.

La Délégation d'Israël note, en outre, que la déclaration N° 63 ne se réfère pas au nom entier et correct de l'Etat d'Israël. Cela est totalement inadmissible et doit être rejeté comme violation des règles reconnues des pratiques internationales.

2. Par ailleurs, après avoir pris note de diverses autres déclarations déjà déposées, la Délégation de l'Etat d'Israël réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts et sauvegarder le fonctionnement de ses services de télécommunication s'ils étaient affectés par les décisions de la présente Conférence ou par les réserves faites par d'autres Délégations.

76

*Original: anglais***Pour Malte:**

La Délégation de Malte, ayant pris note des déclarations formulées par certaines Délégations, réserve à son Gouvernement le droit de formuler des réserves entre la date de signature et la date de ratification des Actes finals (Genève, 1992), ainsi que de tout autre instrument des autres conférences compétentes de l'Union qui n'a pas encore été ratifié, et réserve également à son Gouvernement le droit de formuler des réserves additionnelles jusqu'à la date de ratification par le Gouvernement de Malte de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992).

Ferner erklären die obengenannten Delegationen, daß der Hinweis auf die „geographische Lage bestimmter Länder“ in Artikel 44 der Konstitution keine Anerkennung der Forderung nach irgendwelchen Vorzugsrechten auf der Umlaufbahn der geostationären Satelliten einschließt.

74

*Original: spanisch***Für Mexiko:**

Die Regierung von Mexiko bekräftigt angesichts einiger Vorbehalte anderer Länder die in den Schlußakten der Weltweiten Verwaltungskonferenzen für den Funkdienst und der Weltweiten Verwaltungskonferenz für den Telegrafien- und Telefondienst formulierten Vorbehalte.

75

*Original: englisch***Für den Staat Israel:**

1. Da die von einigen Delegationen in der Nummer 63 der Schlußakten formulierte Erklärung in offenkundigem Widerspruch zu den Grundsätzen und Zielen der Internationalen Fernmeldeunion steht und folglich juristisch wertlos ist, liegt der Regierung von Israel daran, offiziell mitzuteilen, daß sie diese Erklärungen rundweg ablehnt und der Meinung ist, daß diese hinsichtlich der Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten der Internationalen Fernmeldeunion von keinerlei Bedeutung sein können.

Da ferner Israel und die arabischen Staaten Verhandlungen über eine friedliche Lösung des israelisch-arabischen Konflikts aufgenommen haben, ist die Delegation des Staates Israel der Ansicht, daß diese Erklärungen für den Friedensprozeß im Mittleren Osten äußerst schädlich sind.

Was den Kern der Angelegenheit betrifft, so wird das Verhalten der Regierung des Staates Israel gegenüber den Mitgliedern, deren Delegationen die obengenannte Erklärung abgegeben haben, vom Grundsatz der absoluten Gegenseitigkeit geprägt sein.

Ferner bemerkt die Delegation des Staates Israel, daß in der Erklärung Nr. 63 auf den Staat Israel nicht mit seinem vollständigen und korrekten Namen Bezug genommen wird. Dies ist ganz und gar unzulässig und muß als Verletzung der anerkannten Regeln der internationalen Praxis zurückgewiesen werden.

2. Ferner behält die Delegation des Staates Israel – nachdem sie von verschiedenen anderen bereits hinterlegten Erklärungen Kenntnis genommen hat – ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen und zum Schutz ihrer Fernmeldedienste für erforderlich hält, falls Beschlüsse dieser Konferenz oder Vorbehalte anderer Delegationen ihre Interessen berühren oder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

76

*Original: englisch***Für Malta:**

In Anbetracht der Erklärungen bestimmter Delegationen, die ihrer Regierung das Recht vorbehalten, zwischen dem Zeitpunkt der Unterzeichnung und dem Zeitpunkt der Ratifikation der Schlußakten (Genf 1992) sowie anderer noch nicht ratifizierter Übereinkünfte anderer einschlägiger Konferenzen der Union Vorbehalte zu formulieren, behält die Delegation von Malta ihrer Regierung das Recht vor, bis zum Zeitpunkt (einschließlich) der Ratifikation der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) durch die Regierung von Malta zusätzliche Vorbehalte zu formulieren.

77

*Original: anglais***Pour la République populaire de Chine:**

Après avoir examiné les Déclarations contenues dans le Document 195, la Délégation de la République populaire de Chine:

1. en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires additionnelle (Genève, 1992) déclare au nom de son Gouvernement qu'elle renouvelle les Déclarations formulées à la Conférence de plénipotentiaires de Nairobi (1982) et à la Conférence de plénipotentiaires de Nice (1989) de l'Union internationale des télécommunications.

2. réserve à son Gouvernement le droit de formuler toute déclaration ou réserve avant le dépôt de l'instrument de ratification de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992).

78

*Original: anglais***Pour la Roumanie:**

Après avoir examiné les déclarations et les réserves contenues dans le Document 195 de la Conférence, la Délégation de la Roumanie, en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires additionnelle (Genève, 1992), réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour sauvegarder ses intérêts si les réserves formulées par un autre pays devaient compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

79

*Original: anglais***Pour le Japon:**

Après avoir examiné les Déclarations contenues dans le Document 195, la Délégation du Japon réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour sauvegarder ses intérêts si un Membre venait à ne pas se conformer aux dispositions de la Constitution ou de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou de ses Annexes, ou bien si les réserves formulées par d'autres pays devaient compromettre ses intérêts.

80

*Original: anglais***Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord:**

En ce qui concerne la déclaration N° 49 de la Délégation de la République argentine relative aux îles Falkland, aux îles de la Géorgie du Sud et aux îles Sandwich du Sud, la Délégation du Royaume-Uni tient à préciser que le Gouvernement de Sa Majesté au Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord ne doute nullement du droit de souveraineté du Royaume-Uni sur les îles Falkland, les îles de la Géorgie du Sud et les îles Sandwich du Sud.

81

*Original: français***Pour l'Italie:**

Ayant pris connaissance des déclarations contenues dans le Document 195, la Délégation de l'Italie réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour sauvegarder ses intérêts si certains Membres ne participaient pas aux dépenses de l'Union ou n'observaient pas de toute autre manière les dispositions de la Constitution et de la

77

*Original: anglais***Für die Volksrepublik China:**

Nach Prüfung der Erklärungen, die in dem Dokument Nr. 195 enthalten sind,

1. erklärt die Delegation der Volksrepublik China im Namen ihrer Regierung bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), daß sie diejenigen Erklärungen erneuert, die bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten von Nairobi (1982) und bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten von Nizza (1989) der Internationalen Fernmeldeunion abgegeben worden sind;

2. behält die Delegation der Volksrepublik China ihrer Regierung das Recht vor, vor der Hinterlegung der Urkunde zur Ratifikation der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) irgendwelche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren.

78

*Original: anglais***Für Rumänien:**

Nach Prüfung der Erklärungen und Vorbehalte, die in dem Konferenzdokument Nr. 195 enthalten sind, behält die Delegation von Rumänien bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Genf 1992) ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

79

*Original: anglais***Für Japan:**

Nach Prüfung der Erklärungen, die in dem Dokument Nr. 195 enthalten sind, behält die Delegation von Japan ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen hält oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder ihre Interessen in irgendeiner Weise beeinträchtigen.

80

*Original: anglais***Für das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland:**

In Bezug auf die Erklärung Nr. 49 der Delegation der Argentinischen Republik zu den Falklandinseln, zu Südgeorgien und zu den Südlichen Sandwichinseln ist der Delegation des Vereinigten Königreichs daran gelegen klarzustellen, daß für die Regierung Ihrer Majestät des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland hinsichtlich der Staatshoheit des Vereinigten Königreichs über die Falklandinseln, Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln kein Zweifel besteht.

81

*Original: français***Für Italien:**

In Anbetracht der Erklärungen, die in dem Dokument Nr. 195 enthalten sind, behält die Delegation von Italien ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitglieder ihre Beiträge zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen der Kon-

Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou de leurs annexes, ou des protocoles facultatifs qui y sont joints, ou bien si des réserves formulées par d'autres pays risquent d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union ou, enfin, si des réserves formulées par d'autres pays compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

La Délégation de l'Italie déclare formellement en ce qui concerne l'article 54 de la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) qu'elle maintient les réserves faites au nom de son Gouvernement lors de la signature des Règlements administratifs mentionnés dans l'article 4.

82

Original: anglais

Pour les Etats-Unis d'Amérique:

Les Etats-Unis d'Amérique se réfèrent aux Déclarations faites par différents Membres qui se réservent le droit de prendre toutes les mesures qu'ils jugeront nécessaires pour sauvegarder leurs intérêts en réponse aux réserves qui sont formulées par d'autres pays et qui compromettent leurs intérêts, à l'application de dispositions de la Constitution et de la Convention (Genève, 1992) qui portent atteinte à leurs intérêts, et à d'autres Membres qui ne participent pas à la couverture des dépenses de l'Union. Les Etats-Unis d'Amérique se réservent le droit de prendre toutes dispositions qu'ils jugeront nécessaires pour sauvegarder les intérêts des Etats-Unis d'Amérique en réponse à ces actions.

stitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten fakultativen Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Länder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen oder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

Hinsichtlich des Artikels 54 der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) erklärt die Delegation von Italien ausdrücklich, daß sie die Vorbehalte, die im Namen ihrer Regierung bei der Unterzeichnung der in Artikel 4 genannten Vollzugsordnungen formuliert worden sind, aufrechterhält.

82

Original: englisch

Für die Vereinigten Staaten von Amerika:

Die Vereinigten Staaten von Amerika beziehen sich auf die Erklärungen verschiedener Mitglieder, die sich das Recht vorbehalten, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich halten, wenn Vorbehalte anderer Länder ihre Interessen beeinträchtigen, die Anwendung von Bestimmungen der Konstitution und der Konvention (Genf 1992) ihre Interessen berühren oder wenn andere Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten. Die Vereinigten Staaten von Amerika behalten sich das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung der Interessen der Vereinigten Staaten in Erwiderung solcher Maßnahmen für erforderlich halten.

**Änderungsurkunde
zur Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992)
(Kioto 1994)**

**Instrument d'amendement
à la Constitution
de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992)
(Kyoto, 1994)**

**Änderungsurkunde
zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992)
(Kioto 1994)**

**Instrument d'amendement
à la Convention
de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992)
(Kyoto, 1994)**

**Note explicative
sur les notations marginales des Actes finals**

Les modifications par rapport aux textes de la Constitution et de la Convention de Genève (1992) sont précédées des notations marginales suivantes:

- ADD = adjonction d'une nouvelle disposition
- MOD = modification d'une disposition existante
- (MOD) = modification, de caractère rédactionnel, d'une disposition existante
- NOC = disposition inchangée

Ces symboles sont suivis du numéro de la disposition actuelle. Une nouvelle disposition (symbole ADD) s'insère à l'endroit correspondant au numéro indiqué, suivi d'une lettre.

(Übersetzung)

**Erläuterung
zu den Zeichen am Rand der Schlußakten**

Die Änderungen im Vergleich zu den Texten der Konstitution und der Konvention von Genf (1992) sind mit den folgenden Zeichen am Rand versehen:

- ADD = Hinzufügung einer neuen Bestimmung
- MOD = Änderung einer vorhandenen Bestimmung
- (MOD) = redaktionelle Änderung einer vorhandenen Bestimmung
- NOC = unveränderte Bestimmung

Diesen Zeichen folgt die Nummer der aktuellen Bestimmung. Eine neue Bestimmung (Zeichen ADD) ist an der Stelle eingefügt, die der angegebenen Nummer und dem ihr beigefügten Buchstaben entspricht.

Table des matières

**Instrument d'amendement
à la Constitution
de l'Union internationale des télécommunications
(Genève, 1992)**

(Amendements adoptés
par la Conférence de plénipotentiaires
(Kyoto, 1994))

Article

Partie I

Avant-propos

La Conférence de plénipotentiaires	8
Principes relatifs aux élections et questions connexes	9
Finances de l'Union	28

Partie II

Date d'entrée en vigueur

Formule finale

Inhaltsverzeichnis

**Änderungsurkunde zur Konstitution
der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992)**

(Von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten
(Kioto 1994) angenommene Änderungen)

Artikel

Teil I

Einführung

Konferenz der Regierungsbevollmächtigten	8
Grundsätze für die Wahlen und damit verbundene Fragen	9
Finanzen der Union	28

Teil II

Zeitpunkt des Inkrafttretens

Schlußformel

**Instrument d'amendement
à la Convention
de l'Union internationale des télécommunications
(Genève, 1992)**

(Amendements adoptés
par la Conférence de plénipotentiaires
(Kyoto, 1994))

Article

Partie I

Avant-propos

Le Conseil	4
Conférences mondiales des radiocommunications	7
Participation d'entités et organisations autres que les administrations aux activités de l'Union	19
Invitation et admission aux conférences de plénipotentiaires lorsqu'il y a un gouvernement invitant	23
Invitation et admission aux conférences des radiocommunications lorsqu'il y a un gouvernement invitant	24
Règlement intérieur des conférences et autres réunions	32
Finances	33

Annexe

Définition de certains termes employés dans la présente Convention et dans les Règlements administratifs de l'Union internationale des télécommunications

Partie II

Date d'entrée en vigueur

Formule finale

**Änderungsurkunde zur Konvention
der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992)**

(Von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten
(Kioto 1994) angenommene Änderungen)

Artikel

Teil I

Einführung

Der Rat	4
Weltweite Funkkonferenzen	7
Teilnahme von anderen Gremien und Organisationen als den Verwaltungen an den Arbeiten der Union	19
Einladung und Zulassung zu den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten, wenn eine Regierung einlädt	23
Einladung und Zulassung zu den Funkkonferenzen, wenn eine Regierung einlädt	24
Geschäftsordnung der Konferenzen und der anderen Tagungen	32
Finanzen	33

Anlage

Definition einiger in dieser Konvention und in den Vollzugsordnungen der Internationalen Fernmeldeunion verwendeter Begriffe

Teil II

Zeitpunkt des Inkrafttretens

Schlußformel

Déclarations et réserves

Algérie (République algérienne démocratique et populaire) (15, 26, 80)

Allemagne (République fédérale d') (74, 92, 93, 94)

Angola (République d') (51)

Arabie saoudite (Royaume d') (26, 65, 80)

Australie (92, 95)

Autriche (48, 92)

Bahamas (Commonwealth des) (29, 80)

Bahreïn (Etat de) (26, 65, 80)

Bangladesh (République populaire du) (91)

Barbade (34, 80)

Bélarus (République du) (70)

Belgique (48, 92, 94)

Bénin (République du) (35)

Bhoutan (Royaume du) (8)

Brunéi Darussalam (14)

Bulgarie (République de) (60)

Burkina Faso (19)

Burundi (République du) (3)

Cambodge (Royaume du) (39)

Cameroun (République du) (2, 80)

Canada (61, 92)

Cap-Vert (République du) (50)

Chine (République populaire de) (23)

Chypre (République de) (86, 92, 94)

Colombie (République de) (37)

Comores (République fédérale islamique des) (26)

Corée (République de) (43)

Costa Rica (1)

Côte d'Ivoire (République de) (59, 80)

Cuba (40)

Danemark (68, 92, 94)

Djibouti (République de) (26)

Egypte (République arabe d') (88)

Emirats arabes unis (26, 65, 80)

Equateur (4)

Espagne (13)

Estonie (République d') (68, 92, 94)

Etats-Unis d'Amérique (84, 92, 97, 98)

Ethiopie (20)

Fidji (République de) (62)

Finlande (68, 92, 93, 94)

France (85, 92, 93, 94)

Gabonaise (République) (9)

Ghana (101)

Grèce (73, 92, 94)

Erklärungen und Vorbehalte

Demokratische Volksrepublik Algerien (15, 26, 80)

Bundesrepublik Deutschland (74, 92, 93, 94)

Republik Angola (51)

Königreich Saudi-Arabien (26, 65, 80)

Australien (92, 95)

Österreich (48, 92)

Commonwealth der Bahamas (29, 80)

Staat Bahrain (26, 65, 80)

Volksrepublik Bangladesch (91)

Barbados (34, 80)

Republik Belarus (70)

Belgien (48, 92, 94)

Republik Benin (35)

Königreich Bhutan (8)

Brunei Darussalam (14)

Republik Bulgarien (60)

Burkina Faso (19)

Republik Burundi (3)

Königreich Kambodscha (39)

Republik Kamerun (2, 80)

Kanada (61, 92)

Republik Kap Verde (50)

Volksrepublik China (23)

Republik Zypern (86, 92, 94)

Republik Kolumbien (37)

Islamische Bundesrepublik Komoren (26)

Republik Korea (43)

Costa Rica (1)

Republik Côte d'Ivoire (59, 80)

Kuba (40)

Dänemark (68, 92, 94)

Republik Dschibuti (26)

Arabische Republik Ägypten (88)

Vereinigte Arabische Emirate (26, 65, 80)

Ecuador (4)

Spanien (13)

Republik Estland (68, 92, 94)

Vereinigte Staaten von Amerika (84, 92, 97, 98)

Äthiopien (20)

Republik Fidschi (62)

Finnland (68, 92, 93, 94)

Frankreich (85, 92, 93, 94)

Gabunische Republik (9)

Ghana (101)

Griechenland (73, 92, 94)

Guinée (République de) (27)	Republik Guinea (27)
Guyana (36, 80)	Guyana (36, 80)
Hongrie (République de) (66, 92)	Republik Ungarn (66, 92)
Inde (République de l') (78, 80)	Republik Indien (78, 80)
Indonésie (République d') (11)	Republik Indonesien (11)
Iran (République islamique d') (5, 26, 80)	Islamische Republik Iran (5, 26, 80)
Irlande (89, 92, 94)	Irland (89, 92, 94)
Islande (68, 93, 94)	Island (68, 93, 94)
Israël (Etat d') (90, 92)	Staat Israel (90, 92)
Italie (63, 92, 93, 94)	Italien (63, 92, 93, 94)
Japon (82, 92)	Japan (82, 92)
Jordanie (Royaume hachémite de) (80)	Haschemitisches Königreich Jordanien (80)
Kenya (République du) (72, 80)	Republik Kenia (72, 80)
Koweït (Etat du) (26, 65, 80)	Staat Kuwait (26, 65, 80)
Lao (République démocratique populaire) (67)	Demokratische Volksrepublik Laos (67)
Lettonie (République de) (68, 92, 93, 94)	Republik Lettland (68, 92, 93, 94)
L'ex-République yougoslave de Macédoine (100)	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (100)
Liban (26, 80)	Libanon (26, 80)
Libye (Jamahiriya arabe libyenne populaire et socialiste) (96)	Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija (96)
Liechtenstein (Principauté de) (49, 92, 94)	Fürstentum Liechtenstein (49, 92, 94)
Luxembourg (48, 92, 94)	Luxemburg (48, 92, 94)
Malaisie (12)	Malaysia (12)
Malawi (21)	Malawi (21)
Mali (République du) (30)	Republik Mali (30)
Malte (92)	Malta (92)
Maroc (Royaume du) (80)	Königreich Marokko (80)
Mauritanie (République islamique de) (26, 38)	Islamische Republik Mauretanien (26, 38)
Mexique (42)	Mexiko (42)
Monaco (Principauté de) (58, 92, 93, 94)	Fürstentum Monaco (58, 92, 93, 94)
Mongolie (70)	Mongolei (70)
Namibie (République de) (76)	Republik Namibia (76)
Niger (République du) (45)	Republik Niger (45)
Nigéria (République fédérale du) (83)	Bundesrepublik Nigeria (83)
Norvège (68, 92, 94)	Norwegen (68, 92, 94)
Nouvelle-Zélande (79, 92)	Neuseeland (79, 92)
Oman (Sultanat d') (26, 65, 80)	Sultanat Oman (26, 65, 80)
Ouganda (République de l') (24)	Republik Uganda (24)
Pakistan (République islamique du) (26, 31, 80)	Islamische Republik Pakistan (26, 31, 80)
Papouasie-Nouvelle-Guinée (57, 80)	Papua-Neuguinea (57, 80)
Pays-Bas (Royaume des) (87, 92, 93, 94)	Königreich der Niederlande (87, 92, 93, 94)
Pérou (46)	Peru (46)
Philippines (République des) (64)	Republik der Philippinen (64)
Pologne (République de) (54, 92, 94)	Republik Polen (54, 92, 94)
Portugal (81, 92)	Portugal (81, 92)
Qatar (Etat du) (26, 65, 80)	Staat Katar (26, 65, 80)
République arabe syrienne (26, 32, 80)	Arabische Republik Syrien (26, 32, 80)
République slovaque (56)	Slowakische Republik (56)
République tchèque (55)	Tschechische Republik (55)
Roumanie (93, 94)	Rumänien (93, 94)
Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord (69, 92, 93, 94)	Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland (69, 92, 93, 94)

Russie (Fédération de) (70)	Russische Föderation (70)
Saint-Marin (République de) (28)	Republik San Marino (28)
Saint-Vincent-et-Grenadines (33, 80)	St. Vincent und die Grenadinen (33, 80)
Sénégal (République du) (47, 80)	Republik Senegal (47, 80)
Singapour (République de) (52)	Republik Singapur (52)
Soudan (République du) (18, 26)	Republik Sudan (18, 26)
Sudafricaine (République) (53)	Republik Südafrika (53)
Suède (68, 92, 94)	Schweden (68, 92, 94)
Suisse (Confédération) (49, 92, 94)	Schweizerische Eidgenossenschaft (49, 92, 94)
Swaziland (Royaume du) (17)	Königreich Swasiland (17)
Tanzanie (République-Unie de) (25)	Vereinigte Republik Tansania (25)
Tchad (République du) (16)	Republik Tschad (16)
Thaïlande (44, 80)	Thailand (44, 80)
Tonga (Royaume des) (99)	Königreich Tonga (99)
Tunisie (26, 75)	Tunesien (26, 75)
Turquie (71, 92, 93, 94)	Türkei (71, 92, 93, 94)
Ukraine (70)	Ukraine (70)
Uruguay (République orientale de l') (22)	Republik Östlich des Uruguay (22)
Venezuela (République du) (6)	Republik Venezuela (6)
Viet Nam (République socialiste du) (41)	Sozialistische Republik Vietnam (41)
Yémen (République du) (26)	Republik Jemen (26)
Zambie (République de) (10)	Republik Sambia (10)
Zimbabwe (République du) (7, 80)	Republik Simbabwe (7, 80)

**Änderungsurkunde
zur Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion
(Genf 1992)**

(Von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994)
angenommene Änderungen)

**Instrument d'amendement
à la Constitution
de l'Union internationale des télécommunications
(Genève, 1992)**

(Amendements adoptés par la
Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994))

**Partie I.
Avant-propos**

En vertu et en application des dispositions pertinentes de la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), et notamment des dispositions de son article 55, la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994) a adopté les amendements ci-après à la Constitution précitée:

Article 8 (CS)

La Conférence de plénipotentiaires

- MOD 50** b) examine les rapports établis par le Conseil sur l'activité de l'Union depuis la dernière Conférence de plénipotentiaires ainsi que sur la politique générale et la planification stratégiques de l'Union;
- MOD 57** i) examine et adopte, s'il y a lieu, les propositions d'amendements à la présente Constitution et à la Convention, formulées par les Membres de l'Union, conformément, respectivement, aux dispositions de l'article 55 de la présente Constitution et aux dispositions pertinentes de la Convention;
- ADD 59A** 3. A titre exceptionnel, pendant l'intervalle entre deux Conférences de plénipotentiaires ordinaires, une Conférence de plénipotentiaires extraordinaire peut être convoquée avec un ordre du jour restreint pour traiter de sujets spécifiques:
- ADD 59B** a) par décision de la Conférence de plénipotentiaires ordinaire précédente;
- ADD 59C** b) sur demande formulée individuellement par deux tiers des Membres de l'Union et adressée au Secrétaire général;
- ADD 59D** c) sur proposition du Conseil, avec l'accord d'au moins deux tiers des Membres de l'Union.

**Teil I
Einführung**

Auf der Grundlage und in Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), insbesondere des Artikels 55, hat die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) folgende Änderungen der genannten Konstitution angenommen:

Artikel 8 (KS)

Konferenz der Regierungsbevollmächtigten

- MOD 50** b) prüft die vom Rat erstellten Berichte über die Tätigkeit der Union seit der letzten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten und über die strategische Politik und Planung der Union;
- MOD 57** i) prüft die von den Mitgliedern der Union formulierten Änderungsvorschläge zu dieser Konstitution und zur Konvention und nimmt sie gegebenenfalls an, wobei sie nach Artikel 55 dieser Konstitution bzw. nach den einschlägigen Bestimmungen der Konvention vorgeht;
- ADD 59A** 3. In der Zeit zwischen zwei ordentlichen Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten kann ausnahmsweise eine außerordentliche Konferenz der Regierungsbevollmächtigten mit eingeschränkter Tagesordnung zur Behandlung besonderer Themen einberufen werden, und zwar
- ADD 59B** a) auf Beschluß der vorherigen ordentlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten;
- ADD 59C** b) auf Antrag von zwei Dritteln der Mitglieder der Union, die diesen Antrag einzeln an den Generalsekretär gerichtet haben;
- ADD 59D** c) auf Vorschlag des Rates, mit Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder der Union.

Article 9 (CS)**Principes relatifs aux élections et questions connexes**

MOD 62 b) le Secrétaire général, le Vice-Secrétaire général, les directeurs des Bureaux et les membres du Comité du Règlement des radiocommunications soient élus parmi les candidats proposés par les Membres en tant que leurs ressortissants, qu'ils soient tous ressortissants de Membres différents et que, lors de leur élection, il soit dûment tenu compte d'une répartition géographique équitable entre les régions du monde; en ce qui concerne les fonctionnaires élus, il faudrait en outre tenir dûment compte des principes énoncés au numéro 154 de la présente Constitution;

MOD 63 c) les membres du Comité du Règlement des radiocommunications soient élus à titre individuel, chaque Membre ne pouvant proposer qu'un seul candidat.

Article 28 (CS)**Finances de l'Union**

MOD 163 (4) La classe de contribution choisie par chaque Membre, conformément au numéro 161 ou 162 ci-dessus, est applicable au premier budget biennal à compter de l'expiration de la période de six mois visée au numéro 161 ou 162 ci-dessus.

Partie II.**Date d'entrée en vigueur**

Les amendements contenus dans le présent instrument entreront en vigueur, dans leur totalité et sous la forme d'un seul instrument, le 1^{er} janvier 1996 entre les Membres qui sont parties à la Constitution et à la Convention de l'Union Internationale des télécommunications (Genève, 1992) et qui auront déposé avant cette date leur instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation du présent instrument ou d'adhésion à celui-ci.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires soussignés ont signé l'original du présent instrument d'amendement à la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992).

Fait à Kyoto, le 14 octobre 1994.

Artikel 9 (KS)**Grundsätze für die Wahlen und damit verbundene Fragen**

MOD 62 b) daß der Generalsekretär, der Vizegeneralsekretär, die Direktoren der Büros und die Mitglieder des Funkregulierungsausschusses unter den von den Mitgliedern als Staatsangehörige ihres Landes vorgeschlagenen Kandidaten ausgewählt werden, daß sie Staatsangehörige verschiedener Mitglieder der Union sind und daß bei ihrer Wahl eine ausgewogene geographische Verteilung auf die Regionen der Erde gebührend berücksichtigt wird; was die gewählten Beamten betrifft, so sollten darüber hinaus die in Nummer 154 dieser Konstitution dargelegten Grundsätze gebührend berücksichtigt werden;

c) daß die Mitglieder des Funkregulierungsausschusses aufgrund ihrer persönlichen Qualifikation ausgewählt werden, wobei jedes Mitglied nur einen einzigen Kandidaten vorschlagen darf.

Artikel 28 (KS)**Finanzen der Union**

MOD 163 (4) Die von einem Mitglied nach Nummer 161 oder 162 gewählte Beitragsklasse gilt für das erste Zweijahresbudget nach Ablauf der in Nummer 161 oder 162 genannten Frist von sechs Monaten.

Teil II**Zeitpunkt des Inkrafttretens**

Die in dieser Urkunde enthaltenen Änderungen treten insgesamt und in Form einer einzigen Urkunde am 1. Januar 1996 zwischen den Mitgliedern in Kraft, die Vertragspartei der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) sind und bis zu diesem Zeitpunkt ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu dieser Urkunde hinterlegt haben.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Regierungsbevollmächtigten die Urschrift dieser Änderungsurkunde zur Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) unterschrieben.

Geschehen zu Kioto am 14. Oktober 1994.

**Änderungsurkunde
zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion
(Genf 1992)**

(Von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994)
angenommene Änderungen)

**Instrument d'amendement
à la Convention
de l'Union internationale des télécommunications
(Genève, 1992)**

(Amendements adoptés par la
Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994))

Partie I.**Avant-propos**

En vertu et en application des dispositions pertinentes de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), et notamment des dispositions de son article 42, la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994) a adopté les amendements ci-après à la Convention précitée:

Article 4 (CV)**Le Conseil**

- MOD 50** 1. Le nombre de Membres du Conseil est fixé par la Conférence de plénipotentiaires qui se tient tous les quatre ans.
- ADD 50A** 2. Ce nombre ne doit pas dépasser 25% du nombre total des Membres de l'Union.
- MOD 80** (14) est chargé d'assurer la coordination avec toutes les organisations internationales visées aux articles 49 et 50 de la Constitution. A cet effet, il conclut au nom de l'Union des accords provisoires avec les organisations internationales visées à l'article 50 de la Constitution et aux numéros 260 et 261 de la Convention et avec les Nations Unies en application de l'Accord entre l'Organisation des Nations Unies et l'Union internationale des télécommunications; ces accords provisoires doivent être soumis à la Conférence de plénipotentiaires suivante conformément à la disposition pertinente de l'article 8 de la Constitution;

Article 7 (CV)**Conférences mondiales des radiocommunications**

- MOD 118** (2) Le cadre général de cet ordre du jour devrait être fixé quatre ans à l'avance, et l'ordre du jour définitif est fixé par le Conseil de préférence deux ans avant la conférence, avec l'accord de la majorité des Membres de l'Union, sous réserve des dispositions du numéro 47 de la présente Convention. Ces deux versions de l'ordre du jour sont fondées sur les recommandations de la conférence mondiale des radiocommunications en application des dispositions du numéro 126 de la présente Convention.

Teil I**Einführung**

Auf der Grundlage und in Anwendung der einschlägigen Bestimmungen der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), insbesondere des Artikels 42, hat die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) folgende Änderungen der genannten Konvention angenommen:

Artikel 4 (KV)**Der Rat**

- MOD 50** 1. Die Zahl der Mitglieder des Rates wird von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten festgelegt, die alle vier Jahre stattfindet.
- ADD 50A** 2. Diese Zahl darf 25% der Gesamtzahl der Mitglieder der Union nicht überschreiten.
- MOD 80** (14) er sorgt für die Koordinierung mit allen internationalen Organisationen, die in den Artikeln 49 und 50 der Konstitution erwähnt sind; zu diesem Zweck schließt er im Namen der Union vorläufige Abkommen mit den in Artikel 50 der Konstitution und in den Nummern 260 und 261 der Konvention erwähnten internationalen Organisationen und mit den Vereinten Nationen in Anwendung des Abkommens zwischen der Organisation der Vereinten Nationen und der Internationalen Fernmeldeunion; diese vorläufigen Abkommen müssen nach der einschlägigen Bestimmung des Artikels 8 der Konstitution der nächsten Konferenz der Regierungsbevollmächtigten vorgelegt werden;

Artikel 7 (KV)**Weltweite Funkkonferenzen**

- MOD 118** (2) Der allgemeine Rahmen dieser Tagesordnung sollte vier Jahre im voraus festgesetzt werden; die endgültige Tagesordnung wird vorzugsweise zwei Jahre vor der Konferenz vom Rat, mit Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder der Union, festgesetzt, vorbehaltlich der Nummer 47 dieser Konvention. Diese beiden Fassungen der Tagesordnung werden auf der Grundlage der Empfehlungen der weltweiten Funkkonferenz in Anwendung der Nummer 126 dieser Konvention erstellt.

Article 19 (CV)**Participation d'entités et organisations autres que les administrations aux activités de l'Union**

MOD 239 9. Une entité ou une organisation visée au numéro 229 ou 230 ci-dessus peut agir au nom du Membre qui l'a approuvée, si celui-ci fait savoir au Directeur du Bureau intéressé qu'il l'a autorisée à cet effet.

Article 23 (CV)**Invitation et admission aux Conférences de plénipotentiaires lorsqu'il y a un gouvernement invitant**

MOD 258 3. Le Secrétaire général invite en qualité d'observateurs:

ADD 262A e) les entités et organisations visées au numéro 229 de la présente Convention et les organisations ayant un caractère international représentant ces entités et organisations.

(MOD) 269 b) les observateurs des organisations et institutions invitées conformément aux numéros 259 à 262A.

Article 24 (CV)**Invitation et admission aux conférences des radiocommunications lorsqu'il y a un gouvernement invitant**

MOD 271 2. (1) Les dispositions des numéros 256 à 265 de la présente Convention, à l'exception du numéro 262A, sont applicables aux conférences des radiocommunications.

Article 32 (CV)**Règlement Intérieur des conférences et autres réunions**

MOD 379 (2) Le texte de toute proposition importante qui doit faire l'objet d'un vote doit être distribué dans les langues de travail de la conférence suffisamment tôt pour permettre son étude avant la discussion.

Article 33 (CV)*)**Finances**

NOC 475 4. Les dispositions suivantes s'appliquent aux contributions des organisations visées aux numéros 259 à 262 et des entités admises à participer aux activités de l'Union conformément aux dispositions de l'article 19 de la présente Convention.

(MOD) 476 (1) Les organisations visées aux numéros 259 à 262 de la présente Convention et d'autres organisations internationales qui participent à une Conférence de plénipotentiaires, à un Secteur de l'Union ou à une conférence mondiale des télécommunications internationales contribuent aux dépenses de cette conférence ou de ce Secteur conformément aux numéros 479 à 481 ci-dessous, selon le cas, sauf quand elles ont été exonérées par le Conseil, sous réserve de réciprocité.

(MOD) 477 (2) Toute entité ou organisation figurant dans les listes mentionnées au numéro 237 de la pré-

*) Seule la numérotation des paragraphes des numéros 476 à 486 de la Convention a été modifiée.

Artikel 19 (KV)**Teilnahme von anderen Gremien und Organisationen als den Verwaltungen an den Arbeiten der Union**

9. Die in Nummer 229 oder 230 erwähnten Gremien oder Organisationen dürfen im Namen des Mitglieds handeln, das sie genehmigt hat, vorausgesetzt das Mitglied teilt dem Direktor des betreffenden Büros mit, daß sie von ihm hierzu ermächtigt worden sind.

MOD 239**Artikel 23 (KV)****Einladung und Zulassung zu den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten, wenn eine Regierung einlädt**

3. Der Generalsekretär lädt als Beobachter ein: **MOD 258**

e) die in Nummer 229 dieser Konvention erwähnten Gremien und Organisationen und Organisationen mit internationalem Charakter, die diese Gremien und Organisationen vertreten. **ADD 262A**

b) die Beobachter der nach den Nummern 259 bis 262A eingeladenen Organisationen. **(MOD) 269**

Artikel 24 (KV)**Einladung und Zulassung zu den Funkkonferenzen, wenn eine Regierung einlädt**

2. (1) Die Nummern 256 bis 265 dieser Konvention gelten, mit Ausnahme der Nummer 262A, auch für die Funkkonferenzen. **MOD 271**

Artikel 32 (KV)**Geschäftsordnung der Konferenzen und der anderen Tagungen**

(2) Der Text jedes wichtigen Vorschlags, über den abgestimmt werden muß, ist in den Arbeitssprachen der Konferenz so rechtzeitig zu verteilen, daß er noch vor der Diskussion geprüft werden kann. **MOD 379**

Artikel 33 (KV)*)**Finanzen**

4. Die folgenden Bestimmungen betreffen die Beiträge der in den Nummern 259 bis 262 dieser Konvention erwähnten Organisationen und der nach Artikel 19 dieser Konvention zur Teilnahme an den Arbeiten der Union zugelassenen Gremien. **NOC 475**

(1) Die in den Nummern 259 bis 262 dieser Konvention erwähnten Organisationen sowie andere internationale Organisationen, die an einer Konferenz der Regierungsbevollmächtigten, an den Arbeiten eines Sektors der Union oder an einer weltweiten Konferenz für internationale Fernmeldedienste teilnehmen, beteiligen sich nach den Nummern 479 bis 481, je nach Fall, an den Ausgaben dieser Konferenz oder dieses Sektors, es sei denn, daß sie hiervon unter Vorbehalt der Gegenseitigkeit vom Rat befreit worden sind. **(MOD) 476**

(2) Ein Gremium oder eine Organisation, das bzw. die auf den in Nummer 237 dieser Konvention

*) Bei den Nummern 476 bis 486 der Konvention wurde nur die Absatznummerierung geändert.

sente Convention contribue aux dépenses du Secteur conformément aux numéros 479 et 480 ci-dessous.

(MOD) 478

(3) Toute entité ou organisation figurant dans les listes mentionnées au numéro 237 de la présente Convention qui participe à une conférence des radiocommunications, à une conférence mondiale des télécommunications internationales ou à une conférence ou une assemblée d'un Secteur dont elle n'est pas membre contribue aux dépenses de cette conférence ou de cette assemblée conformément aux numéros 479 et 481 ci-dessous.

(MOD) 479

(4) Les contributions mentionnées aux numéros 476, 477 et 478 sont basées sur le libre choix d'une classe de contribution de l'échelle qui figure au numéro 468 ci-dessus, à l'exclusion des classes de $\frac{1}{4}$, de $\frac{1}{2}$ et de $\frac{3}{4}$ d'unité réservées aux Membres de l'Union (cette exclusion ne s'applique pas au Secteur du développement des télécommunications); la classe choisie est communiquée au Secrétaire général; l'entité ou l'organisation concernée peut à tout moment choisir une classe de contribution supérieure à celle qu'elle avait adoptée auparavant.

(MOD) 480

(5) Le montant de la contribution par unité aux dépenses de chaque Secteur concerné est fixé à $\frac{1}{2}$ de l'unité contributive des Membres de l'Union. Ces contributions sont considérées comme une recette de l'Union. Elles portent intérêt conformément aux dispositions du numéro 474 ci-dessus.

(MOD) 481

(6) Le montant de la contribution par unité aux dépenses d'une conférence ou d'une assemblée est fixé en divisant le montant total du budget de la conférence ou de l'assemblée en question par le nombre total d'unités versées par les Membres au titre de leur contribution aux dépenses de l'Union. Les contributions sont considérées comme une recette de l'Union. Elles portent intérêt à partir du sixantième jour qui suit l'envoi des factures, aux taux fixés au numéro 474 ci-dessus.

(MOD) 482

(7) La réduction du nombre d'unités de contribution n'est possible que conformément aux principes énoncés dans les dispositions pertinentes de l'article 28 de la Constitution.

(MOD) 483

(8) En cas de dénonciation de la participation aux travaux d'un Secteur ou s'il est mis fin à cette participation (voir le numéro 240 de la présente Convention), la contribution doit être acquittée jusqu'au dernier jour du mois où la dénonciation prend effet ou du mois où il est mis fin à la participation.

(MOD) 484

5. Le prix de vente des publications est déterminé par le Secrétaire général, en s'inspirant du souci de couvrir, en règle générale, les dépenses de reproduction et de distribution.

(MOD) 485

6. L'Union entretient un fonds de réserve constituant un capital de roulement permettant de faire front aux dépenses essentielles et de maintenir des réserves en espèces suffisantes pour éviter, dans la mesure du possible, d'avoir recours à des prêts. Le Conseil fixe annuellement le montant du fonds de réserve en fonction des besoins prévus. A la fin de chaque exercice budgétaire biennal, tous les crédits budgétaires qui n'ont pas été dépensés ou engagés sont placés dans le fonds de réserve. Les autres détails relatifs à ce fonds de réserve sont décrits dans le Règlement financier.

erwähnten Listen steht, beteiligt sich nach den Nummern 479 und 480 an den Ausgaben des Sektors.

(MOD) 478

(3) Ein Gremium oder eine Organisation, das bzw. die auf den in Nummer 237 dieser Konvention erwähnten Listen steht und an einer Funkkonferenz, einer weltweiten Konferenz für internationale Fernmeldedienste oder an einer Konferenz oder Versammlung eines Sektors, in dem es bzw. sie nicht Mitglied ist, teilnimmt, beteiligt sich nach den Nummern 479 und 481 an den Ausgaben dieser Konferenz oder Versammlung.

(MOD) 479

(4) Die in den Nummern 476, 477 und 478 erwähnten Beiträge beruhen auf der freien Wahl einer Beitragsklasse aus der Tabelle in Nummer 468, mit Ausnahme der den Mitgliedern der Union vorbehaltenen Klassen von $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ und $\frac{3}{4}$ Einheit (diese Ausnahme gilt nicht für den Sektor für die Entwicklung des Fernmeldewesens); die gewählte Beitragsklasse wird dem Generalsekretär mitgeteilt; jedes Gremium und jede Organisation kann jederzeit eine höhere als die zuvor von ihm bzw. ihr angenommene Beitragsklasse wählen.

(MOD) 480

(5) Der Betrag einer Einheit des Beitrags zu den Ausgaben jedes betroffenen Sektors wird auf $\frac{1}{2}$ der Beitragseinheit der Mitglieder der Union festgesetzt. Diese Beiträge gelten als Einnahme der Union. Sie werden nach Nummer 474 verzinst.

(MOD) 481

(6) Der Betrag einer Einheit des Beitrags zu den Ausgaben einer Konferenz oder einer Versammlung wird festgesetzt, indem der Gesamtbeitrag des Budgets der betreffenden Konferenz oder Versammlung dividiert wird durch die Gesamtzahl der Einheiten, die von den Mitgliedern als ihr Beitrag zu den Ausgaben der Union gezahlt werden. Die Beiträge gelten als Einnahme der Union. Sie werden vom 60. Tag nach Absendung der Rechnungen an zu den in Nummer 474 festgelegten Sätzen verzinst.

(MOD) 482

(7) Die Zahl der Beitragseinheiten kann nur nach den in den einschlägigen Bestimmungen des Artikels 28 der Konstitution dargelegten Grundsätzen vermindert werden.

(MOD) 483

(8) Wird die Teilnahme an den Arbeiten eines Sektors gekündigt oder wird diese Teilnahme beendet (s. Nummer 240 dieser Konvention), so muß der Beitrag bis zum letzten Tag des Monats, in dem die Kündigung wirksam wird, oder des Monats, in dem die Teilnahme beendet wird, entrichtet werden.

(MOD) 484

5. Der Verkaufspreis für Veröffentlichungen wird vom Generalsekretär festgesetzt, wobei er dafür sorgt, daß im allgemeinen die Kosten für die Reproduktion und die Verteilung gedeckt werden.

(MOD) 485

6. Die Union unterhält einen Reservefonds als Betriebskapital, der es ermöglicht, die unerläßlichen Ausgaben zu decken und ausreichende Bargeldreserven zu halten, damit die Aufnahme von Darlehen möglichst vermieden wird. Der Rat setzt jährlich den Betrag des Reservefonds entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf fest. Am Ende jedes Budgetzeitraums von zwei Jahren werden alle Budgetmittel, die nicht ausgegeben oder investiert worden sind, im Reservefonds angelegt. Weitere Einzelheiten über diesen Reservefonds sind in den Finanzvorschriften enthalten.

(MOD) 486

7. (1) En accord avec le Comité de coordination, le Secrétaire général peut accepter les contributions volontaires en espèces ou en nature, sous réserve que les conditions applicables à ces contributions soient conformes, le cas échéant, à l'objet et aux programmes de l'Union ainsi qu'au Règlement financier, lequel devra contenir des dispositions spéciales relatives à l'acceptation et à l'emploi de ces contributions volontaires.

NOC 487

(2) Le Secrétaire général rend compte de ces contributions volontaires au Conseil dans le rapport de gestion financière et dans un document indiquant brièvement l'origine et l'utilisation proposée de chacune de ces contributions et la suite qui leur a été donnée.

Annexe (CV)

MOD 1002 Observateur:

Personne envoyée par:

- l'Organisation des Nations Unies, une institution spécialisée des Nations Unies, l'Agence internationale de l'énergie atomique, une organisation régionale de télécommunication ou une organisation intergouvernementale exploitant des systèmes à satellites, pour participer à titre consultatif à la Conférence de plénipotentiaires à une conférence ou à une réunion d'un Secteur,
- une organisation internationale, pour participer à titre consultatif à une conférence ou à une réunion d'un Secteur,
- le gouvernement d'un Membre de l'Union, pour participer sans droit de vote à une conférence régionale,
- une entité ou organisation visée au numéro 229 de la Convention ou une organisation de caractère international représentant de telles entités ou organisations,

conformément aux dispositions pertinentes de la présente Convention.

Partie II.

Date d'entrée en vigueur

Les amendements contenus dans le présent instrument entreront en vigueur, dans leur totalité et sous la forme d'un seul instrument, le 1^{er} janvier 1996 entre les Membres qui sont parties à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et qui auront déposé avant cette date leur instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation du présent instrument ou d'adhésion à celui-ci.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires soussignés ont signé l'original du présent instrument d'amendement à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992).

Fait à Kyoto, le 14 octobre 1994.

(MOD) 486

7. (1) Der Generalsekretär darf im Einvernehmen mit dem Koordinierungsausschuß freiwillige Beiträge in Form von Geld oder Sachleistungen annehmen, unter dem Vorbehalt, daß die an diese Beiträge geknüpften Bedingungen gegebenenfalls mit dem Zweck und den Programmen der Union sowie mit den Finanzvorschriften in Einklang stehen, wobei in den Finanzvorschriften besondere Bestimmungen über die Annahme und die Verwendung dieser freiwilligen Beiträge enthalten sein müssen.

NOC 487

(2) Der Generalsekretär gibt dem Rat Rechenschaft über diese freiwilligen Beiträge im Finanzbericht und in einem Dokument, in dem kurz über die Herkunft und die vorgeschlagene Verwendung jedes einzelnen dieser Beiträge sowie über die getroffenen Maßnahmen berichtet wird.

Anlage (KV)

Beobachter:

MOD 1002

Eine Person, die nach den einschlägigen Bestimmungen dieser Konvention entsandt wird

- von der Organisation der Vereinten Nationen, einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen, der Internationalen Atomenergie-Organisation, einer regionalen Fernmeldeorganisation oder einer zwischenstaatlichen Organisation, die Satellitensysteme betreibt, um in beratender Eigenschaft an der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten, an einer Konferenz oder an einer Tagung eines Sektors teilzunehmen,
- von einer internationalen Organisation, um in beratender Eigenschaft an einer Konferenz oder an einer Tagung eines Sektors teilzunehmen,
- von der Regierung eines Mitglieds der Union, um an einer regionalen Konferenz teilzunehmen, jedoch ohne Stimmrecht,
- von einem Gremium oder einer Organisation nach Nummer 229 der Konvention oder von einer Organisation mit internationalem Charakter, die solche Gremien oder Organisationen vertritt.

Teil II

Zeitpunkt des Inkrafttretens

Die in dieser Urkunde enthaltenen Änderungen treten insgesamt und in Form einer einzigen Urkunde am 1. Januar 1996 zwischen den Mitgliedern in Kraft, die Vertragspartei der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) sind und bis zu diesem Zeitpunkt ihre Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu dieser Urkunde hinterlegt haben.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Regierungsbevollmächtigten die Urschrift dieser Änderungsurkunde zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) unterschrieben.

Geschehen zu Kioto am 14. Oktober 1994.

**Déclarations et réserves
faites à la fin de
la Conférence de plénipotentiaires
de l'Union internationale des télécommunications
(Kyoto 1994)*)**

En signant le présent document, qui fait partie des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), les plénipotentiaires soussignés confirment qu'ils ont pris acte des déclarations et réserves suivantes faites à la fin de la Conférence:

1

*Original: espagnol***Pour le Costa Rica:**

La Délégation du Costa Rica à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994):

1. déclare qu'elle réserve à son Gouvernement le droit:
 - a) de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts et ses services de télécommunication au cas où certains Membres n'observeraient pas les dispositions des Actes finals de cette Conférence (Kyoto, 1994);
 - b) de formuler les réserves qu'il jugera nécessaires, jusqu'à la date de ratification des Actes finals de cette Conférence (Kyoto, 1994), sur les dispositions desdits Actes finals qui seraient contraires à la Constitution du Costa Rica.
2. que le Costa Rica ne sera lié par les instruments de l'Union internationale des télécommunications, notamment la Constitution, la Convention, les Règlements administratifs et les amendements ou modifications desdits instruments, que lorsqu'il aura expressément déclaré qu'il accepte les obligations découlant de chacun des instruments précités et après avoir appliqué au préalable les procédures correspondantes de la Constitution.

2

*Original: français***Pour la République du Cameroun:**

1. La Délégation de la République du Cameroun à la Conférence de plénipotentiaires de l'UIT (Kyoto, 1994) réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estime nécessaires pour protéger ses intérêts si un Membre de l'Union n'observe pas les dispositions des présents Actes finals ou des Annexes ou Protocoles qui y sont joints, ou si des réserves faites par d'autres pays compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

2. La Délégation de la République du Cameroun réserve en outre à son Gouvernement le droit de faire en tant que de besoin, d'autres réserves aux présents Actes finals.

3

*Original: français***Pour la République du Burundi:**

La Délégation de la République du Burundi réserve à son Gouvernement le droit de:

1. prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres n'observeraient

* Note du Secrétariat général: Les textes des déclarations et réserves sont rangés dans l'ordre chronologique de leur dépôt.

Dans la table des matières, ces textes sont classés dans l'ordre alphabétique des noms des Membres dont ils émanent.

**Erklärungen und Vorbehalte
zum Abschluß der Konferenz
der Regierungsbevollmächtigten
der Internationalen Fernmeldeunion**

(Kyoto 1994)*)

Bei der Unterzeichnung dieses Dokuments, das Bestandteil der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kyoto 1994) ist, bestätigen die unterzeichneten Regierungsbevollmächtigten, daß sie folgende, zum Abschluß der Konferenz formulierte Erklärungen und Vorbehalte zur Kenntnis genommen haben:

1

*Original: spanisch***Für Costa Rica:**

Die Delegation von Costa Rica bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kyoto 1994) erklärt,

1. daß sie ihrer Regierung das Recht vorbehält,
 - a) alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer nationalen Interessen und zum Schutz ihrer Fernmeldedienste für erforderlich hält, falls sich andere Mitglieder nicht an die Bestimmungen der Schlußakten dieser Konferenz (Kyoto 1994) halten;
 - b) bis zum Zeitpunkt der Ratifikation der Schlußakten dieser Konferenz (Kyoto 1994) zu Bestimmungen, die möglicherweise im Widerspruch zur Verfassung von Costa Rica stehen, die Vorbehalte zu formulieren, die sie für erforderlich hält;
2. daß Costa Rica sich erst dann an die Übereinkünfte der Internationalen Fernmeldeunion, d. h. die Konstitution, die Konvention, die Vollzugsordnungen und die Änderungen zu diesen Übereinkünften gebunden sieht, wenn das Land ausdrücklich erklärt, daß es jede dieser Übereinkünfte als für sich verbindlich anerkennt, und wenn die betreffenden verfassungsmäßigen Verfahren eingehalten sind.

2

*Original: französisch***Für die Republik Kamerun:**

1. Die Delegation der Republik Kamerun bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kyoto 1994) behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls ein Mitglied der Union sich nicht an die Bestimmungen dieser Schlußakten oder ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle hält oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

2. Ferner behält die Delegation der Republik Kamerun ihrer Regierung das Recht vor, falls erforderlich weitere Vorbehalte zu diesen Schlußakten zu formulieren.

3

*Original: französisch***Für die Republik Burundi:**

Die Delegation der Republik Burundi behält ihrer Regierung das Recht vor,

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich bestimmte Mitglieder in

* Anmerkung des Generalsekretariats: Die Texte der Erklärungen und Vorbehalte sind in der Reihenfolge ihrer Hinterlegung geordnet.

Im Inhaltsverzeichnis sind diese Texte nach dem Namen der Mitglieder, von denen sie stammen, alphabetisch geordnet.

pas de quelque façon que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994) ou des annexes et protocoles qui y sont joints ou encore si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;

2. accepter ou non toute mesure susceptible de donner lieu à une augmentation de sa part contributive.

4

Original: espagnol

Pour l'Equateur:

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) la Délégation de l'Equateur réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra juger nécessaire, conformément à son Droit souverain, ordre juridique national et au Droit international, au cas où ses intérêts seraient lésés sous une forme ou une autre, par un acte quelconque d'autres pays.

5

Original: anglais

Pour la République islamique d'Iran:

Au nom de Dieu, le très clément, le très compatissant,

en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) la Délégation de la République islamique d'Iran réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toutes mesures qu'il pourrait estimer nécessaires ou toutes mesures requises pour protéger ses droits et ses intérêts si d'autres Membres de l'Union n'observaient pas de quelque autre manière que ce soit les dispositions des instruments d'amendement de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), des annexes, des protocoles ou des Règlements qui y sont joints;

2. de protéger ses intérêts si certains Membres de l'Union ne prenaient pas leur part des dépenses de l'Union ou si les réserves formulées par d'autres Membres compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication de la République islamique d'Iran;

3. de ne pas être lié par les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ni par les dispositions des instruments d'amendement adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), qui peuvent directement ou indirectement porter atteinte à sa souveraineté et contrevenir à la Constitution, aux lois et aux règlements de la République islamique d'Iran;

4. de faire d'autres réserves ou déclarations jusqu'à la ratification de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et ses amendements.

6

Original: espagnol

Pour la République du Venezuela:

La Délégation de la République du Venezuela réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où d'autres Membres, actuels ou futurs, ne se conformeraient pas aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994), de ses annexes ou des protocoles qui y sont attachés, ou encore si des réserves formulées par d'autres Membres compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) oder ihrer Anlagen und der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;

2. alle Maßnahmen, die zu einer Erhöhung ihres Beitrags führen können, anzuerkennen oder abzulehnen.

4

Original: spanisch

Für Ecuador:

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) behält die Delegation von Ecuador ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie in Anbetracht ihrer Staatshoheit, ihrer innerstaatlichen Rechtsordnung und des Völkerrechts für erforderlich hält, falls ihre Interessen in irgendeiner Weise durch irgendeine Handlung anderer Länder beeinträchtigt werden.

5

Original: englisch

Für die Islamische Republik Iran:

Im Namen Gottes, des Gnädigsten und Barmherzigsten,

behält die Delegation der Islamischen Republik Iran bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) ihrer Regierung das Recht vor,

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zum Schutz ihrer Rechte und Interessen für erforderlich hält oder die hierzu erforderlich sind, falls sich andere Mitglieder der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) angenommenen Änderungsurkunden zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle und der dazugehörigen Vollzugsordnungen halten;

2. ihre Interessen zu wahren, falls bestimmte Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder die Fernmeldedienste der Islamischen Republik Iran beeinträchtigen;

3. Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und Bestimmungen der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) hierzu angenommenen Änderungsurkunden, die unmittelbar oder mittelbar ihre Staatshoheit berühren und der Verfassung, den Gesetzen und den Vorschriften der Islamischen Republik Iran zuwiderlaufen können, nicht als für sich verbindlich anzuerkennen;

4. bis zur Ratifikation der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und der Änderungen hierzu weitere Vorbehalte oder Erklärungen zu formulieren.

6

Original: spanisch

Für Venezuela:

Die Delegation der Republik Venezuela behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls andere, derzeitige oder zukünftige Mitglieder sich nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994), ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

Elle formule également des réserves au cas où l'application par d'autres membres des dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994) aurait des conséquences négatives sur l'utilisation de l'orbite des satellites géostationnaires et du spectre des fréquences radioélectriques par ses services de télécommunication, entraverait ou encore retarderait l'application des procédures de notification, de coordination et d'enregistrement.

Elle formule en outre des réserves au sujet des articles de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994) relatifs à l'arbitrage comme moyen de règlement des différends, conformément à la politique internationale du Gouvernement du Venezuela en la matière.

7

Original: anglais

Pour la République du Zimbabwe:

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994), la Délégation de la République du Zimbabwe déclare que son Gouvernement se réserve le droit de prendre toute mesure qu'il pourrait juger nécessaire pour protéger ses intérêts, au cas où un Membre n'observerait pas ou ne respecterait les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994) ou protocoles, annexes et règlements qui y sont joints ou si des réserves d'autres pays compromettraient le bon fonctionnement de son Secteur des télécommunications.

8

Original: anglais

Pour le Royaume du Bhoutan:

La Délégation du Royaume du Bhoutan à la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts si certains Membres n'observaient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), ou des annexes ou protocoles qui y sont joints, ou si des réserves formulées par d'autres Membres compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

9

Original: français

Pour la République gabonaise:

La Délégation de la République gabonaise réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toutes mesures nécessaires pour protéger ses intérêts si certains Membres n'observaient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994) ou si des réserves faites par d'autres Membres étaient de nature à compromettre le fonctionnement de ses services de télécommunication;

2. d'accepter ou non les conséquences financières qui pourraient éventuellement résulter de ces réserves.

10

Original: anglais

Pour la République de Zambie:

La Délégation de la République de Zambie à la Conférence de plénipotentiaires additionnelle de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994) réserve le droit à son Gouvernement de prendre toutes les mesures qu'il jugera nécessaires pour

Sie formule aussi des réserves, falls die Anwendung der Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) durch andere Mitglieder negative Auswirkungen auf die Nutzung der Umlaufbahn der geostationären Satelliten und des Funkfrequenzspektrums für die Bereitstellung ihrer Fernmeldedienste hat oder die Anmelde-, Koordinierungs- und Registrierungsverfahren behindert oder verzögert.

Ferner formuliert sie Vorbehalte hinsichtlich derjenigen Artikel der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994), die die Schiedsgerichtsbarkeit als Möglichkeit zur Beilegung von Streitfällen betreffen, in Übereinstimmung mit der internationalen Politik, welche die Regierung von Venezuela in dieser Hinsicht verfolgt.

7

Original: englisch

Für die Republik Simbabwe:

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) erklärt die Delegation der Republik Simbabwe, daß sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich und zweckmäßig hält, falls sich irgendein Mitglied nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) oder der ihnen beigefügten Protokolle, Anlagen oder Vollzugsordnungen hält oder falls Vorbehalte anderer Länder ihren Fernmeldesektor beeinträchtigen.

8

Original: englisch

Für das Königreich Bhutan:

Die Delegation des Königreichs Bhutan bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich bestimmte Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

9

Original: französisch

Für die Gabunische Republik:

Die Delegation der Gabunischen Republik behält ihrer Regierung das Recht vor,

1. alle zur Wahrung ihrer Interessen erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, falls sich bestimmte Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;

2. die finanziellen Folgen anzuerkennen oder abzulehnen, die sich aus diesen Vorbehalten ergeben könnten.

10

Original: englisch

Für die Republik Sambia:

Die Delegation der Republik Sambia bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforder-

sauvegarder ses intérêts dans le cas où des Membres de l'Union ne respecteraient pas, d'une façon ou d'une autre, les dispositions des Instruments d'amendement de la Constitution ou de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) ou si des réserves faites par ces Membres affectaient directement ou indirectement le fonctionnement de ses services de télécommunication ou sa souveraineté.

La Délégation de la République de Zambie réserve en outre à son Gouvernement le droit de faire d'autres réserves, selon que de besoin, jusques et y compris la date de la ratification par la République de Zambie des amendements à la Constitution et la Convention adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994).

11

*Original: anglais***Pour la République d'Indonésie:**

Au nom de la République d'Indonésie, la Délégation de la République d'Indonésie à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994):

1. réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes dispositions et mesures de protection qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts nationaux si des dispositions quelconques de la Constitution, de la Convention et des Résolutions ainsi que toute décision de la Conférence de plénipotentiaires de l'UIT (Kyoto, 1994) affectaient directement ou indirectement sa souveraineté ou étaient contraires à la Constitution, à la législation et à la réglementation de la République d'Indonésie en tant que partie à d'autres traités et conventions et qui découlent pour elle de tout principe du droit international;

2. réserve en outre à son Gouvernement le droit de prendre toutes dispositions et mesures de protection qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts nationaux si un Membre quelconque n'observait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendements de la Constitution et de la Convention de l'UIT (Genève, 1992) adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) ou si les conséquences des réserves formulées par un Membre quelconque compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou conduisaient à une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

12

*Original: anglais***Pour la Malaisie:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994), la Délégation de la Malaisie réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres ne prendraient pas leur part aux dépenses de l'Union ou manqueraient, d'une autre manière, de se conformer aux dispositions des Constitutions et Convention de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994), ou des annexes qui y sont attachées, ou encore si des réserves d'autres Membres compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication de la Malaisie.

13

*Original: espagnol***Pour l'Espagne:**

La Délégation de l'Espagne, en vertu des dispositions de la Convention de Vienne sur le Droit des traités du 23 mai 1969, réserve au Royaume d'Espagne le droit de formuler des réserves

derlich hält, falls sich irgendwelche Mitglieder der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) angenommenen Änderungsurkunden zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) halten oder falls Vorbehalte solcher Mitglieder unmittelbar oder mittelbar das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder ihre Staatshoheit berühren.

Ferner behält die Delegation der Republik Sambia ihrer Regierung das Recht vor, bis zum Zeitpunkt (einschließlich) der Ratifikation der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) angenommenen Änderungen der Konstitution und der Konvention durch die Republik Sambia gegebenenfalls weitere Vorbehalte zu formulieren.

11

*Original: englisch***Für die Republik Indonesien:**

Im Namen der Republik Indonesien behält die Delegation der Republik Indonesien bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) ihrer Regierung das Recht vor,

1. alle Vorkehrungen und Sicherheitsmaßnahmen zu treffen, die sie zur Wahrung ihrer nationalen Interessen für erforderlich hält, falls irgendwelche Bestimmungen der Konstitution, der Konvention und der Entschlüsse sowie irgendwelche Entscheidungen der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) unmittelbar oder mittelbar ihre Staatshoheit berühren oder im Widerspruch zur Verfassung, zu den Gesetzen und den Vorschriften der Republik Indonesien stehen, die für sie als Vertragspartei anderer Verträge und Übereinkommen gelten und die sich aus irgendwelchen Grundsätzen des Völkerrechts ergeben;

2. alle Vorkehrungen und Sicherheitsmaßnahmen zu treffen, die sie zur Wahrung ihrer nationalen Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) angenommenen Änderungsurkunden zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) hält oder falls die Auswirkungen von Vorbehalten irgendeines Mitglieds ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

12

*Original: englisch***Für Malaysia:**

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) behält die Delegation von Malaysia ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) oder ihrer Anlagen halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder die Fernmeldedienste von Malaysia beeinträchtigen.

13

*Original: spanisch***Für Spanien:**

Die spanische Delegation behält nach dem Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 dem Königreich Spanien das Recht vor, bis zum Zeitpunkt der Hinterle-

pour les Actes finals adoptés par la présente Conférence, jusqu'au moment du dépôt de l'instrument de ratification approprié.

14

*Original: anglais***Pour le Brunéi Darussalam:**

La Délégation du Brunéi Darussalam réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts si un pays manquait, de quelque manière que ce soit, aux obligations qui découlent de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles que modifiées par les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), ou des annexes et des protocoles qui y sont joints, ou si les réserves faites par d'autres pays étaient préjudiciables aux intérêts du Brunéi Darussalam ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

La Délégation du Brunéi Darussalam réserve également à son Gouvernement le droit de formuler les réserves supplémentaires qu'il pourra estimer nécessaires jusqu'au jour, inclusivement, de la ratification par le Brunéi Darussalam de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et ses amendements (Kyoto, 1994).

15

*Original: français***Pour la République algérienne démocratique et populaire:**

La Délégation de la République algérienne démocratique et populaire à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994) réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts, au cas où certains Membres n'observeraient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994), ou si les réserves formulées par les autres Membres devaient compromettre ses services de télécommunication ou entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

16

*Original: français***Pour la République du Tchad:**

En signant les instruments portant amendements à la Constitution et à la Convention (Genève, 1992), la Délégation de la République du Tchad à la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) réserve le droit à son Gouvernement de prendre toutes les mesures qu'il jugera nécessaires:

1. si un Membre n'observait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention (Kyoto, 1994) et leurs annexes respectives;

2. si les réserves formulées par d'autres Membres tendaient à compromettre le bon fonctionnement et la bonne exploitation technique des services des télécommunications de la République du Tchad.

Par ailleurs, la Délégation de la République du Tchad réserve à son Gouvernement le droit de faire toute déclaration ou réserve au moment de la ratification de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications.

17

*Original: anglais***Pour le Royaume du Swaziland:**

En signant les Actes finals de la présente Conférence de plénipotentiaires, la Délégation du Royaume du Swaziland réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il

jugera der betreffenden Ratifikationsurkunde Vorbehalte zu den von dieser Konferenz angenommenen Schlußakten zu formulieren.

14

*Original: englisch***Für Brunei Darussalam:**

Die Delegation von Brunei Darussalam behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Land in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle hält oder falls Vorbehalte anderer Länder die Interessen von Brunei Darussalam verletzen oder eine Erhöhung des Beitrags dieses Landes zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

Ferner behält die Delegation von Brunei Darussalam ihrer Regierung das Recht vor, bis zum Zeitpunkt (einschließlich) der Ratifikation der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und der Änderungen hierzu (Kioto 1994) durch Brunei Darussalam erforderlichenfalls weitere Vorbehalte zu formulieren.

15

*Original: französisch***Für die Demokratische Volksrepublik Algerien:**

Die Delegation der Demokratischen Volksrepublik Algerien bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich bestimmte Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

16

*Original: französisch***Für die Republik Tschad:**

Bei der Unterzeichnung der Änderungsurkunden zur Konstitution und zur Konvention (Genf 1992) behält die Delegation der Republik Tschad bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für erforderlich hält,

1. falls sich ein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention (Kioto 1994) und ihrer Anlagen hält;

2. falls Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten und den einwandfreien technischen Betrieb der Fernmeldedienste der Republik Tschad beeinträchtigen.

Ferner behält die Delegation der Republik Tschad ihrer Regierung das Recht vor, zum Zeitpunkt der Ratifikation der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion irgendwelche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren.

17

*Original: englisch***Für das Königreich Swasiland:**

Bei der Unterzeichnung dieser Schlußakten behält die Delegation des Königreichs Swasiland ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interes-

jugera nécessaires pour sauvegarder ses intérêts dans le cas où des Membres ne respecteraient pas, d'une façon ou d'une autre, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994) ou les annexes et Règlements qui y sont joints, ou si des réserves faites par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

18

*Original: anglais***Pour la République du Soudan:**

La Délégation de la République du Soudan réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts si un Membre n'observait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles que modifiées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), ou encore si les réserves formulées par d'autres Membres devaient compromettre le bon fonctionnement des services de télécommunication de la République du Soudan ou aboutir à une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

19

*Original: français***Pour le Burkina Faso:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), la Délégation du Burkina Faso réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger les intérêts du Burkina Faso:

1. si un Membre n'observait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) et leurs annexes respectives;

2. si certains Membres ne prenaient pas leurs parts aux dépenses de l'Union;

3. si les réserves formulées par d'autres Membres étaient susceptibles de compromettre le bon fonctionnement et la bonne exploitation technique et/ou commerciale des services de télécommunication au Burkina Faso.

La Délégation du Burkina Faso réserve par ailleurs à son Gouvernement le droit de faire toute déclaration ou réserve au moment de la ratification des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994).

20

*Original: anglais***Pour l'Éthiopie:**

En signant les Actes finals des Constitution et Convention de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994), la Délégation de l'Éthiopie réserve pour son Gouvernement le droit:

1. de faire toute réserve qu'il jugera appropriée en ce qui concerne tout texte, résolution, recommandation ou vœu figurant dans les Constitution et Convention de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994), qui pourrait affecter directement ou indirectement ses intérêts ou le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;

2. de prendre toute mesure qu'il pourrait juger nécessaire pour sauvegarder et protéger ses intérêts si un Membre quelconque de l'Union faillissait au respect des dispositions de la Constitution et de la Convention;

3. de faire toute autre déclaration ou réserve jusqu'au moment où il ratifiera les Constitution et Convention de Kyoto.

sen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) oder ihrer Anlagen und der dazugehörigen Vollzugsordnungen halten oder falls Vorbehalte anderer Länder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

18

*Original: englisch***Für die Republik Sudan:**

Die Delegation der Republik Sudan erklärt, daß ihre Regierung sich das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls ein Mitglied sich in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) hält oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder die Fernmeldedienste der Republik Sudan beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

19

*Original: französisch***Für Burkina Faso:**

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) behält die Delegation von Burkina Faso ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung der Interessen von Burkina Faso für erforderlich hält,

1. falls sich ein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) und ihrer Anlagen hält;

2. falls bestimmte Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten;

3. falls Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten und den einwandfreien technischen und/oder kommerziellen Betrieb der Fernmeldedienste in Burkina Faso beeinträchtigen.

Ferner behält die Delegation von Burkina Faso ihrer Regierung das Recht vor, zum Zeitpunkt der Ratifikation der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) irgendwelche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren.

20

*Original: englisch***Für Äthiopien:**

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) behält die äthiopische Delegation ihrer Regierung das Recht vor,

1. die Vorbehalte zu formulieren, die sie im Hinblick auf irgendwelche Texte, Entschlüsse, Empfehlungen und Begehren in der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) für erforderlich hält, die mittelbar oder unmittelbar ihre Interessen berühren und das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen können;

2. alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zum Schutz und zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendein Mitglied der Union nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention hält;

3. bis zum Zeitpunkt der Ratifikation der Konstitution und der Konvention irgendwelche anderen Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren.

21

*Original: anglais***Pour le Malawi:**

La Délégation du Malawi à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994), réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts si des Membres n'observaient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), ou si les annexes et Règlements qui y sont joints, ou des réserves faites par des Membres de l'Union, compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

22

*Original: espagnol***Pour la République orientale de l'Uruguay:**

La Délégation de la République orientale de l'Uruguay déclare, au nom de son Gouvernement, que celui-ci se réserve le droit de prendre les mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où d'autres Membres n'observeraient pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou du Protocole facultatif, ou si des réserves formulées par d'autres Membres compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

23

*Original: anglais***Pour la République populaire de Chine:**

La Délégation de la République populaire de Chine, en signant les présents Actes finals, réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts si un Membre, de quelque manière que ce soit, ne se conformait pas aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994), ou de leurs annexes, ou encore si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient ses intérêts.

24

*Original: anglais***Pour la République de l'Ouganda:**

En signant les Actes finals, la Délégation de la République de l'Ouganda réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts si un Membre, de quelque manière que ce soit, ne se conformait pas aux exigences des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), de ses annexes ou des protocoles qui y sont joints ou encore si les réserves formulées par d'autres pays devaient nuire à ses intérêts.

25

*Original: anglais***Pour la République-Unie de Tanzanie:**

La Délégation de la République-Unie de Tanzanie à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994) réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour sauvegarder ses intérêts au cas où des Membres manqueraient d'observer, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994), ou si des réserves formulées par d'autres Membres devaient compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

21

*Original: englisch***Für Malawi:**

Die Delegation von Malawi bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls ein Mitglied der Union sich in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle hält oder falls Vorbehalte irgendwelcher Mitglieder der Union ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

22

*Original: spanisch***Für die Republik Östlich des Uruguay:**

Die Delegation der Republik Östlich des Uruguay erklärt im Namen ihrer Regierung, daß diese sich das Recht vorbehält, die Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich andere Mitglieder nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder des fakultativen Protokolls halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

23

*Original: englisch***Für die Volksrepublik China:**

Bei der Unterzeichnung dieser Schlußakten behält die Delegation der Volksrepublik China ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) oder ihrer Anlagen hält oder falls Vorbehalte anderer Länder ihre Interessen beeinträchtigen.

24

*Original: englisch***Für die Republik Uganda:**

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten behält die Delegation der Republik Uganda ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) oder ihrer Anlagen hält oder falls Vorbehalte anderer Länder ihre Interessen beeinträchtigen.

25

*Original: englisch***Für die Vereinigte Republik Tansania:**

Die Delegation der Vereinigten Republik Tansania bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

26

Original: anglais

Pour la République algérienne démocratique et populaire, l'Etat de Bahreïn, la République fédérale islamique des Comores, la République de Djibouti, la République islamique d'Iran, l'Etat du Koweït, le Liban, la République islamique de Mauritanie, le Sultanat d'Oman, la République islamique du Pakistan, l'Etat du Qatar, le Royaume d'Arabie saoudite, la République du Soudan, la République arabe syrienne, la Tunisie, les Emirats arabes unis, la République du Yémen:

Les délégations susmentionnées à la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) déclarent que la signature et la ratification éventuelle par leurs Gouvernements respectifs des Actes finals de ladite Conférence ne sont pas valables vis-à-vis du Membre de l'UIT figurant sous l'appellation d'«Israël» et n'impliquent aucunement la reconnaissance de ce Membre par ces Gouvernements.

27

Original: français

Pour la République de Guinée:

La Délégation de la République de Guinée à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994) réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres n'observeraient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994), ou si des réserves faites par d'autres pays devaient compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

28

Original: anglais

Pour la République de Saint-Marin:

En signant le Protocole final de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994), la Délégation de la République de Saint-Marin réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un Membre ne se conformerait pas, de quelque manière que ce soit, aux dispositions de la Constitution et de la Convention, de ses annexes ou des protocoles qui y sont joints et des Règlements administratifs.

Le Gouvernement de la République de Saint-Marin se réserve également le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires si les réserves formulées par d'autres Membres limitaient ou compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

29

Original: anglais

Pour le Commonwealth des Bahamas:

La Délégation du Commonwealth des Bahamas réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un Membre de l'Union n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendement de la Constitution et la Convention (Genève, 1992) adoptés par la Conférence de plénipotentiaires de Kyoto (1994), ou d'un instrument qui y est joint, ou si des réserves formulées par un autre pays devaient compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

26

Original: anglais

Für die Demokratische Volksrepublik Algerien, den Staat Bahrain, die Islamische Bundesrepublik Komoren, die Republik Dschibuti, die Islamische Republik Iran, den Staat Kuwait, Libanon, die Islamische Republik Mauretanien, das Sultanat Oman, die Islamische Republik Pakistan, den Staat Katar, das Königreich Saudi-Arabien, die Republik Sudan, die Arabische Republik Syrien, Tunesien, die Vereinigten Arabischen Emirate und die Republik Jemen:

Die Delegationen der obengenannten Länder bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kyoto 1994) erklären, daß die Unterzeichnung und die eventuelle Ratifikation der Schlußakten dieser Konferenz durch ihre Regierungen nicht für das Mitglied der Internationalen Fernmeldeunion mit der Bezeichnung „Israel“ gelten und in keiner Weise dessen Anerkennung durch diese Regierungen einschließen.

27

Original: français

Für die Republik Guinée:

Die Delegation der Republik Guinea bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kyoto 1994) behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich bestimmte Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Kyoto 1994) halten oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

28

Original: anglais

Für die Republik San Marino:

Bei der Unterzeichnung des Schlußprotokolls zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Kyoto 1994) behält die Delegation der Republik San Marino ihrer Regierung das Recht vor, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitglieder der Union nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention, ihrer Anlagen, der Zusatzprotokolle und der Vollzugsordnungen halten.

Dieses Recht behält sie der Regierung der Republik San Marino auch für den Fall vor, daß Vorbehalte anderer Mitglieder dazu führen, daß das reibungslose Arbeiten der Fernmeldedienste der Republik San Marino gestört, eingeschränkt oder beeinträchtigt werden.

29

Original: anglais

Für das Commonwealth der Bahamas:

Die Delegation des Commonwealth der Bahamas behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitglieder nicht an die Bestimmungen der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kyoto 1994) angenommenen Änderungsurkunden zur Konstitution und zur Konvention (Genf 1992) oder einer ihnen beigefügten Übereinkunft halten oder falls Vorbehalte anderer Länder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

30

*Original: français***Pour la République du Mali:**

La Délégation de la République du Mali, en signant les Actes finals de cette Conférence, réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures et actions nécessaires pour protéger ses droits et intérêts nationaux au cas où certains Membres de l'Union manqueraient, de quelque manière que ce soit, de respecter les dispositions desdits Actes et compromettraient directement ou indirectement les intérêts de ses services de télécommunication ou mettraient en danger la sécurité ou la souveraineté nationale.

31

*Original: anglais***Pour la République islamique du Pakistan:**

La Délégation de la République islamique du Pakistan réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts, au cas où un Membre n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des Instruments d'amendement de la Constitution et la Convention (Genève, 1992) adoptés par la Conférence de plénipotentiaires de Kyoto (1994), ou des annexes qui y sont jointes, ou encore si les réserves formulées par d'autres Membres compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraînaient une augmentation de sa contribution aux dépenses de l'Union.

32

*Original: anglais***Pour la République arabe syrienne:**

La Délégation de la République arabe syrienne déclare que son Gouvernement se réserve le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts, au cas où un Membre ne se conformerait pas, de quelque façon que ce soit, aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union Internationale des télécommunications (Genève, 1992) et des Actes finals de cette Conférence (Kyoto, 1994) ou si des réserves faites par un Membre compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou conduisaient à une augmentation de la part contributive de la Syrie aux dépenses de l'Union.

33

*Original: anglais***Pour Saint-Vincent-et-Grenadines:**

La Délégation de Saint-Vincent-et-Grenadines réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il considérera nécessaires pour protéger ses intérêts, au cas où tout Membre n'observerait pas les dispositions des Instruments d'amendement de la Constitution et la Convention (Genève, 1992) adoptés par la Conférence de plénipotentiaires de Kyoto (1994), ou d'un instrument qui y est joint, ou encore si une réserve formulée par un autre pays compromettrait le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

34

*Original: anglais***Pour la Barbade:**

La Délégation de la Barbade réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il considérera nécessaires pour protéger ses intérêts, au cas où tout Membre n'observerait pas les dispositions des Instruments d'amendement de la Constitution et la Convention (Genève, 1992) adoptés par la Conférence de plénipotentiaires de Kyoto (1994), ou d'un instrument qui y est joint, ou encore si une réserve formulée par un autre pays compromettrait le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

30

*Original: français***Für die Republik Mali:**

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten dieser Konferenz behält die Delegation der Republik Mali ihrer Regierung das Recht vor, alle zur Wahrung ihrer Rechte und nationalen Interessen erforderlichen Maßnahmen und Vorkehrungen zu treffen, falls sich bestimmte Mitglieder der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der genannten Schlußakten halten und mittelbar oder unmittelbar die Interessen ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder die nationale Sicherheit oder Souveränität gefährden.

31

*Original: englisch***Für die Islamische Republik Pakistan:**

Die Delegation der Islamischen Republik Pakistan behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) angenommenen Änderungsurkunden zur Konstitution und zur Konvention (Genf 1992) oder der ihnen beigefügten Anlagen halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

32

*Original: englisch***Für die Arabische Republik Syrien:**

Die Delegation der Arabischen Republik Syrien erklärt, daß ihre Regierung sich das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und der Schlußakten dieser Konferenz (Kioto 1994) hält oder falls Vorbehalte eines Mitglieds ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung des syrischen Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

33

*Original: englisch***Für St. Vincent und die Grenadinen:**

Die Delegation von St. Vincent und den Grenadinen behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitglieder nicht an die Bestimmungen der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) angenommenen Änderungsurkunden zur Konstitution und zur Konvention (Genf 1992) oder einer ihnen beigefügten Übereinkunft halten oder falls Vorbehalte anderer Länder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

34

*Original: englisch***Für Barbados:**

Die Delegation von Barbados behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitglieder nicht an die Bestimmungen der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) angenommenen Änderungsurkunden zur Konstitution und zur Konvention (Genf 1992) oder einer ihnen beigefügten Übereinkunft halten oder falls Vorbehalte anderer Länder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

35

*Original: français***Pour la République du Bénin:**

La Délégation de la République du Bénin à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994) réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres n'observeraient pas les dispositions des présentes Constitution et Convention de l'Union internationale des télécommunications, ou si les réserves formulées par d'autres Membres devaient compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraîner une augmentation de sa contribution aux dépenses de l'Union.

36

*Original: anglais***Pour le Guyana:**

La Délégation du Guyana réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il considérera nécessaires pour protéger ses intérêts, au cas où tout Membre n'observerait pas les dispositions des instruments d'amendement de la Constitution et la Convention (Genève, 1992) adoptés par la Conférence de plénipotentiaires de Kyoto (1994), ou d'un instrument qui y est joint, ou encore si une réserve formulée par un autre pays compromettrait le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

37

*Original: espagnol***Pour la République de Colombie:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994), la Délégation de la République de Colombie:

1. réaffirme et reprend, par voie de référence expresse, les réserves et déclarations formulées lors des conférences administratives mondiales;
2. réaffirme quant au fond la réserve N° 48 formulée à la Conférence de plénipotentiaires additionnelle de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992).

38

*Original: français***Pour la République Islamique de Mauritanie:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994), la Délégation mauritanienne déclare que son Gouvernement se réserve le droit:

1. de prendre toute disposition nécessaire pour préserver ses intérêts nationaux, si certains Membres ne respectaient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994); ou si des réserves émises par d'autres Membres ne s'avéraient pas conformes à son souci cardinal de faire fonctionner son réseau de télécommunication de la manière la plus idoine;
2. d'accepter ou non les incidences financières qui découleront des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) ou des réserves faites par d'autres Membres.

La Délégation mauritanienne déclare également que la Constitution et la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ainsi que tout amendement apporté par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) à ses instruments sont sujets à la ratification par les institutions nationales compétentes.

35

*Original: français***Für die Republik Benin:**

Die Delegation der Republik Benin bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich bestimmte Mitglieder nicht an die Bestimmungen dieser Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

36

*Original: englisch***Für Guyana:**

Die Delegation von Guyana behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitglieder nicht an die Bestimmungen der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) angenommenen Änderungs-urkunden zur Konstitution und zur Konvention (Genf 1992) oder einer ihnen beigefügten Übereinkunft halten oder falls Vorbehalte anderer Länder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

37

*Original: spanisch***Für die Republik Kolumbien:**

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto, 19. September–14. Oktober 1994) erklärt die Delegation der Republik Kolumbien,

1. daß sie alle bei den weltweiten Verwaltungskonferenzen formulierten Vorbehalte und Erklärungen wiederholt und durch Bezugnahme übernimmt;
2. daß sie den Inhalt des bei der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) formulierten Vorbehalts Nr. 48 bekräftigt.

38

*Original: französisch***Für die Islamische Republik Mauretanien:**

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) erklärt die mauretanische Delegation, daß ihre Regierung sich das Recht vorbehält,

1. alle zur Wahrung ihrer nationalen Interessen erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, falls sich bestimmte Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder mit ihrem vordringlichen Anliegen, ihr Fernmeldenetz so zufriedenstellend wie möglich zu betreiben, nicht vereinbar sind;
2. die finanziellen Folgen anzuerkennen oder abzulehnen, die sich aus den Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) oder aus Vorbehalten anderer Mitglieder ergeben.

Ferner erklärt die mauretanische Delegation, daß die Konstitution und die Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) sowie jede von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) vorgenommene Änderung an diesen Grundsatzdokumenten von den zuständigen nationalen Institutionen ratifiziert werden müssen.

39

*Original: français***Pour le Royaume du Cambodge:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), la Délégation du Royaume du Cambodge réserve à son Gouvernement:

1. le droit de prendre toutes les mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger les intérêts du Royaume du Cambodge:

- a) si un Membre n'observait pas de quelque manière que ce soit les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et les annexes respectives, ainsi que les textes amendés et adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994);
- b) si les réserves formulées par d'autres Membres étaient susceptibles de compromettre le bon fonctionnement des services de télécommunication du Royaume du Cambodge;

2. la Délégation du Royaume du Cambodge réserve par ailleurs à son Gouvernement le droit de prendre des mesures nécessaires susceptibles de régler les arriérés dus à l'UIT depuis l'événement 1970 jusqu'à présent.

40

*Original: espagnol***Pour Cuba:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) la Délégation de Cuba déclare:

- Que devant la persistance des Ingérences du Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique, qui impose des émissions de radio-diffusion et de télévision dirigées vers le territoire cubain à des fins politiques et de déstabilisation, en violation flagrante des dispositions et principes régissant les télécommunications mondiales, qui consistent notamment à faciliter la coopération internationale et le développement économique et social entre les peuples, et au détriment du bon fonctionnement et du développement normal des services de radiocommunication cubains, l'Administration cubaine se réserve le droit de prendre toutes mesures qu'elle jugera nécessaires.

Les conséquences des mesures que l'Administration cubaine se verra obligée de prendre en raison des actes illégaux du Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique seront la responsabilité unique et entière de ce Gouvernement.

- Qu'elle ne reconnaît en aucune manière la notification, l'inscription et l'utilisation de fréquences par le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique sur la partie du territoire cubain de la province de Guantánamo, qui est occupée par la force et contre la volonté expresse du peuple et du Gouvernement cubains.
- Qu'elle n'accepte pas le Protocole facultatif concernant le règlement des différends se rapportant à la Constitution, à la Convention et aux Règlements administratifs.
- Qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre les mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où d'autres pays Membres ne respecteraient pas, de quelque manière que ce soit, la Constitution et la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), les Règlements administratifs et amendements à la Constitution et la Convention qui figurent dans les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), ou si les réserves formulées par d'autres Membres compromettaient, d'une quelconque manière, le bon fonctionnement des services de télécommunication de Cuba ou entraînaient une augmenta-

39

*Original: français***Für das Königreich Kambodscha:**

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kyoto 1994) behält die Delegation des Königreichs Kambodscha ihrer Regierung das Recht vor,

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung der Interessen des Königreichs Kambodscha für erforderlich hält,

- a) falls sich ein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und ihrer Anlagen sowie die von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kyoto 1994) geänderten und angenommenen Texte hält;

- b) falls Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten der Fernmeldedienste des Königreichs Kambodscha beeinträchtigen;

2. alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, die eine Begleichung der seit den Ereignissen von 1970 der Internationalen Fernmeldeunion geschuldeten rückständigen Beträge ermöglichen.

40

*Original: spanisch***Für Kuba:**

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kyoto 1994) erklärt die Delegation der Republik Kuba folgendes:

- Angesichts der fortdauernden Einmischung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, die auf kubanisches Hoheitsgebiet gerichtete Ton- und Fernseh- und Rundfunksender einsetzt und damit politische und destabilisierende Ziele verfolgt, was in offener Verletzung der weltweit das Fernmeldewesen regelnden Bestimmungen und Grundsätze geschieht, insbesondere des Grundsatzes der Erleichterung der internationalen Zusammenarbeit und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Völker, und was außerdem dem normalen Betrieb und der normalen Entwicklung der eigenen, kubanischen Funkdienste schadet, behält sich die Verwaltung von Kuba das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für erforderlich hält.

Für die Folgen der Maßnahmen, die sich die kubanische Verwaltung angesichts der arglistigen Handlungen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zu ergreifen gezwungen sieht, ist einzig und allein die genannte Regierung verantwortlich.

- Sie erkennt in keiner Weise die Anmeldung, Eintragung und Benutzung von Frequenzen durch die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika in dem Teil des kubanischen Hoheitsgebiets der Provinz Guantánamo an, den diese gewaltsam und gegen den ausdrücklichen Willen des kubanischen Volkes und der kubanischen Regierung besetzt halten.
- Sie erkennt das fakultative Protokoll über die Beilegung von Streitfällen, die diese Konstitution, die Konvention und die Vollzugsordnungen betreffen, nicht an.
- Sie behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich andere Mitgliedsländer in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), der Vollzugsordnungen und der in den Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kyoto 1994) enthaltenen Änderungen zur Konstitution und zur Konvention halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder die Fernmeldedienste von Kuba in irgendeiner Weise beeinträchtigen oder eine Erhöhung des Beitrags von Kuba zu den Ausgaben der Union nach sich

tion de sa contribution aux dépenses de l'Union. De même, la Délégation de Cuba réserve à son Gouvernement le droit de formuler toute déclaration ou réserve additionnelle qui pourrait se révéler nécessaire jusqu'au moment où il déposera son instrument de ratification de la Constitution et de la Convention, et des instruments d'amendement adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994).

41

Original: anglais

Pour la République socialiste du Viet Nam:

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994), la Délégation du Viet Nam déclare, au nom de la République socialiste du Viet Nam, qu'elle maintient les réserves formulées à la Conférence de plénipotentiaires de Nairobi (1982) et réaffirmées aux Conférences de plénipotentiaires de Nice (1989) et de Genève (1992) de l'Union internationale des télécommunications.

42

Original: espagnol

Pour le Mexique:

La Délégation du Mexique réaffirme et reprend, par voie de référence expresse, les réserves formulées au cours des Conférences administratives mondiales et de la Conférence de plénipotentiaires additionnelle (Genève, 1992) et réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où d'autres Membres manqueraient, de quelque façon que ce soit, de se conformer aux modifications de la Constitution et de la Convention qui ont été approuvées ou à toute autre décision adoptée par la Conférence, ou si des réserves formulées par d'autres Membres compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraînaient une augmentation de sa contribution aux dépenses de l'Union.

43

Original: anglais

Pour la République de Corée:

La Délégation de la République de Corée réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra estimer nécessaires pour protéger ses intérêts si certains Membres ne respectaient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendement de la Constitution et la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) adoptés par la Conférence de plénipotentiaires de Kyoto (1994), des annexes qui y sont jointes, ou si des réserves formulées par d'autres pays étaient de nature à compromettre ses intérêts.

44

Original: anglais

Pour la Thaïlande:

La Délégation de la Thaïlande réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un pays Membre ou un membre quelconque n'observerait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions des instruments d'amendement de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (adoptés à Kyoto, 1994), ou si des réserves formulées par un pays Membre ou un membre quelconque devaient compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou conduire à une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

ziehen. Ferner behält die Delegation von Kuba ihrer Regierung das Recht vor, alle zusätzlichen Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren, die sich zum Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde zur Konstitution und zur Konvention sowie zu den Änderungen dieser Grundsatzdokumente durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) als erforderlich erweisen könnten.

41

Original: englisch

Für die Sozialistische Republik Vietnam:

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) erklärt die vietnamesische Delegation im Namen der Sozialistischen Republik Vietnam, daß sie die Vorbehalte aufrechterhält, die bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten von Nairobi (1982) formuliert und bei den Konferenzen der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion von Nizza (1989) und von Genf (1992) bekräftigt worden sind.

42

Original: spanisch

Für Mexiko:

Die Delegation von Mexiko wiederholt und übernimmt hiermit durch Bezugnahme die bei den weltweiten Verwaltungskonferenzen und bei der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Genf 1992) formulierten Vorbehalte und erklärt ferner, daß sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich andere Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die angenommenen Änderungen der Konstitution und der Konvention oder irgendeine andere von der Konferenz angenommene Entscheidung halten oder falls von diesen formulierte Vorbehalte ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung des Beitrags von Mexiko zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

43

Original: englisch

Für die Republik Korea:

Die Delegation der Republik Korea behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) angenommenen Änderungsurkunden zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen halten oder falls Vorbehalte anderer Länder ihre Interessen beeinträchtigen.

44

Original: englisch

Für Thailand:

Die Delegation von Thailand behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitglieder der Union oder andere Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der in Kioto (1994) angenommenen Änderungsurkunden zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion halten oder falls Vorbehalte irgendwelcher Mitglieder der Union oder anderer Mitglieder die Fernmeldedienste von Thailand beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

45

*Original: français***Pour la République du Niger:**

La Délégation du Niger à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994) réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre les mesures qu'il jugera nécessaires au cas où certains Membres manqueraient, de quelque façon que ce soit, de se conformer aux instruments de l'Union internationale des télécommunications tels qu'adoptés à Kyoto (septembre/octobre 1994) ou si des réserves formulées par les Membres venaient à compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;

2. de n'accepter aucune conséquence résultant des réserves susceptibles d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

46

*Original: espagnol***Pour le Pérou:**

La Délégation du Pérou réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où d'autres Membres de l'Union n'observeraient pas, d'une façon ou d'une autre, les dispositions adoptées par la présente Conférence de plénipotentiaires, ou si les réserves formulées par ces Membres causeraient un préjudice ou mettaient en danger les services de télécommunication du Pérou;

2. d'accepter ou non les conséquences des réserves d'autres Etats Membres qui pourraient entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union; et

3. de formuler toute autre réserve qu'il considérera nécessaire au moment de la ratification.

47

*Original: français***Pour la République du Sénégal:**

En signant les Actes finals de la présente Conférence de plénipotentiaires tenue à Kyoto du 19 septembre au 14 octobre 1994, la Délégation de la République du Sénégal déclare au nom de son Gouvernement, qu'elle n'accepte aucune conséquence des réserves faites par d'autres Gouvernements ayant pour conséquence l'augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

Par ailleurs, la République du Sénégal se réserve le droit de prendre toutes mesures qu'elle jugera utiles à la sauvegarde de ses intérêts au cas où certains Membres n'observeraient pas les dispositions contenues dans les instruments d'amendement à la Constitution et à la Convention (Genève, 1992) qui ont été adoptés par la Conférence ou au cas où les réserves émises par d'autres pays tendraient à compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

48

*Original: français***Pour l'Autriche, la Belgique et le Luxembourg.:**

1. Les Délégations des pays susmentionnés déclarent qu'elles maintiennent les déclarations et réserves faites à la fin de la Conférence de plénipotentiaires additionnelle de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et que ces déclarations et réserves s'appliquent également aux instruments d'amendement à la Constitution et à la Convention adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994).

45

*Original: français***Für die Republik Niger:**

Die Delegation von Niger bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) behält ihrer Regierung das Recht vor,

1. die Maßnahmen zu ergreifen, die sie für erforderlich hält, falls sich bestimmte Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der in Kioto (September/ Oktober 1994) angenommenen Urkunden der Internationalen Fernmeldeunion halten oder falls Vorbehalte irgendwelcher Mitglieder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;

2. keine Auswirkungen von Vorbehalten anzuerkennen, die eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnten.

46

*Original: spanisch***Für Peru:**

Die Delegation von Peru behält ihrer Regierung das Recht vor,

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich andere Mitglieder der Union in irgendeiner Weise nicht an die von dieser Konferenz der Regierungsbevollmächtigten angenommenen Bestimmungen halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder die Fernmeldedienste von Peru beeinträchtigen oder gefährden;

2. die Folgen von Vorbehalten anderer Mitgliedstaaten anzuerkennen oder abzulehnen, die eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnten;

3. jeden anderen Vorbehalt zu formulieren, den sie zum Zeitpunkt der Ratifikation für erforderlich hält.

47

*Original: français***Für die Republik Senegal:**

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten dieser Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto, 19. September bis 14. Oktober 1994) erklärt die Delegation der Republik Senegal im Namen ihrer Regierung, daß sie keine Folgen von Vorbehalten anderer Regierungen anerkennt, die eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

Ferner behält die Republik Senegal sich das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich bestimmte Mitglieder nicht an die Bestimmungen der von der Konferenz angenommenen Änderungs-urkunden zur Konstitution und zur Konvention (Genf 1992) halten oder falls Vorbehalte anderer Länder dazu führen, daß das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigt wird.

48

*Original: français***Für Österreich, Belgien und Luxemburg:**

1. Die Delegationen der obengenannten Länder erklären, daß sie die zum Abschluß der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) formulierten Erklärungen und Vorbehalte aufrechterhalten und daß diese Erklärungen und Vorbehalte auch für die von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) angenommenen Änderungs-urkunden zur Konstitution und zur Konvention gelten.

2. Elles déclarent en outre que si des réserves ou des déclarations sont formulées par d'autres Membres de l'Union après la signature des Actes finals, elles réservent le droit à leur Gouvernement de ne pas reconnaître de telles réserves ou déclarations.

49

Original: français

Pour la Confédération suisse et la Principauté de Liechtenstein:

1. Les Délégations des pays susmentionnés déclarent qu'elles maintiennent les déclarations et réserves faites à la fin de la Conférence de plénipotentiaires additionnelle de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et que ces déclarations et réserves s'appliquent également aux instruments d'amendement à la Constitution et à la Convention adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994).

2. Elles déclarent en outre que si des réserves ou des déclarations sont formulées par d'autres Membres de l'Union après la signature des Actes finals, elles réservent le droit à leur Gouvernement de ne pas reconnaître de telles réserves ou déclarations.

50

Original: français

Pour la République du Cap Vert:

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994), la Délégation du Cap Vert déclare au nom de son Gouvernement:

- a) qu'elle n'accepte aucune conséquence des réserves faites par d'autres Gouvernements, qui entraîneraient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union;
- b) qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra estimer nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres ne prendraient pas leur part des dépenses de l'Union ou manqueraient de quelque façon que ce soit de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications telles que modifiées par les Actes finals de cette Conférence, ou encore si des réserves formulées par d'autres pays compromettent le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;
- c) qu'elle réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler des réserves spécifiques additionnelles auxdits Actes finals, ainsi qu'à tout autre instrument émanant d'autres conférences pertinentes de l'UIT pas encore ratifié, jusqu'au moment du dépôt de leur instrument de ratification respectif.

51

Original: français

Pour la République d'Angola:

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994), la Délégation de l'Angola déclare au nom de son Gouvernement:

- a) qu'elle n'accepte aucune conséquence des réserves faites par d'autres Gouvernements, qui entraîneraient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union;
- b) qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra estimer nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres manquent de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications telles que mo-

2. Ferner erklären sie, daß sie ihrer Regierung das Recht vorbehalten, von anderen Mitgliedern der Union nach Unterzeichnung der Schlußakten möglicherweise formulierte Vorbehalte oder Erklärungen nicht anzuerkennen.

49

Original: français

Für die Schweizerische Eidgenossenschaft und das Fürstentum Liechtenstein:

1. Die Delegationen der obengenannten Länder erklären, daß sie die zum Abschluß der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) formulierten Erklärungen und Vorbehalte aufrechterhalten und daß diese Erklärungen und Vorbehalte auch für die von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kyoto 1994) angenommenen Änderungsurkunden zur Konstitution und zur Konvention gelten.

2. Ferner erklären sie, daß sie ihrer Regierung das Recht vorbehalten, von anderen Mitgliedern der Union nach Unterzeichnung der Schlußakten möglicherweise formulierte Vorbehalte oder Erklärungen nicht anzuerkennen.

50

Original: français

Für die Republik Kap Verde:

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kyoto 1994) erklärt die Delegation von Kap Verde im Namen ihrer Regierung,

- a) daß sie keine Auswirkungen von Vorbehalten anderer Regierungen anerkennt, die eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnten;
- b) daß sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Schlußakten dieser Konferenz geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion halten oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;
- c) daß sie ihrer Regierung ferner das Recht vorbehält, besondere zusätzliche Vorbehalte zu den genannten Schlußakten sowie zu jeder anderen noch nicht ratifizierten Übereinkunft anderer einschlägiger Konferenzen der Internationalen Fernmeldeunion zu formulieren, und zwar bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der jeweiligen Ratifikationsurkunde.

51

Original: français

Für die Republik Angola:

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kyoto 1994) erklärt die Delegation von Angola im Namen ihrer Regierung,

- a) daß sie keine Auswirkungen von Vorbehalten anderer Regierungen anerkennt, die eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnten;
- b) daß sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich bestimmte Mitglieder nicht an die Bestimmungen der durch die Schlußakten dieser Konferenz geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmel-

différées par les Actes finals de cette Conférence, ou encore si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;

- c) qu'elle réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler des réserves spécifiques additionnelles auxdits Actes finals, ainsi qu'à tout autre Instrument émanant d'autres Conférences pertinentes de l'UIT pas encore ratifié, jusqu'au moment du dépôt de leur instrument de ratification respectif.

52

Original: anglais

Pour la République de Singapour:

La Délégation de la République de Singapour réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts si des Membres de l'Union ne respectaient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), modifiées par les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), ou les annexes ou les protocoles desdits instruments, ou si des réserves d'un Membre de l'Union compromettaient les services de télécommunication de la République de Singapour, portaient atteinte à sa souveraineté ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

La Délégation de la République de Singapour réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler toutes les réserves supplémentaires qu'il jugera nécessaires jusques et y compris le moment où la Constitution et la Convention de l'UIT (Genève, 1992) auront été ratifiées par la République de Singapour.

53

Original: anglais

Pour la République sudafricaine:

La Délégation de la République sudafricaine réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts si certains Membres ne respectaient pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), de ses annexes ou des protocoles qui y sont joints et modifiées aux termes des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), ou bien si des réserves formulées par d'autres Membres ou des mesures prises par d'autres Membres étaient de nature à compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

54

Original: français

Pour la République de Pologne:

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994), la Délégation de la République de la Pologne déclare au nom de son Gouvernement qu'elle:

1. n'accepte aucune conséquence des réserves faites par d'autres gouvernements, qui entraîneraient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union;

2. réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra estimer nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres ne prendraient pas leur part des dépenses de l'Union ou manqueraient de quelque façon que ce soit de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications telles que modifiées par les Actes finals de cette Conférence, ou encore si des réserves formulées par d'autres Membres compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;

deunion halten oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;

- c) daß sie ihrer Regierung ferner das Recht vorbehält, besondere zusätzliche Vorbehalte zu den genannten Schlußakten sowie zu jeder anderen noch nicht ratifizierten Übereinkunft anderer einschlägiger Konferenzen der Internationalen Fernmeldeunion zu formulieren, und zwar bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der jeweiligen Ratifikationsurkunde.

52

Original: englisch

Für die Republik Singapur:

Die Delegation der Republik Singapur behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendein Mitglied der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen und der ihnen beigefügten Protokolle hält oder falls Vorbehalte eines Mitglieds der Union die Fernmeldedienste der Republik Singapur beeinträchtigen, ihre Staatshoheit verletzen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

Ferner behält die Delegation der Republik Singapur ihrer Regierung das Recht vor, bis zum Zeitpunkt (einschließlich) der Ratifikation der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) erforderlichenfalls weitere Vorbehalte zu formulieren.

53

Original: englisch

Für die Republik Südafrika:

Die Delegation der Republik Südafrika erklärt, daß sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendein Mitglied nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle hält, wie sie durch die Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geändert wurden, oder falls Vorbehalte oder Maßnahmen anderer Mitglieder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

54

Original: französisch

Für die Republik Polen:

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) erklärt die Delegation der Republik Polen im Namen ihrer Regierung,

1. daß sie keine Auswirkungen von Vorbehalten anderer Regierungen anerkennt, die eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnten;

2. daß sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Schlußakten dieser Konferenz geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;

3. réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler des réserves spécifiques additionnelles auxdits Actes finals, ainsi qu'à tout autre instrument émanant d'autres conférences pertinentes de l'UIT pas encore ratifié, jusqu'au moment du dépôt de leur instrument de ratification respectif.

55

*Original: anglais***Pour la République tchèque:**

La Délégation de la République tchèque réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts si certains Membres ne prenaient pas leur part des dépenses de l'Union ou ne respectaient pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications, des annexes, des protocoles ou des Règlements et des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) qui y sont joints.

56

*Original: anglais***Pour la République slovaque:**

La Délégation de la République slovaque réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts si certains Membres ne prenaient pas leur part des dépenses de l'Union ou ne respectaient pas les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications, des annexes, des protocoles ou des Règlements ou des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) qui y sont joints, ou si des réserves formulées par d'autres pays étaient de nature à compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

57

*Original: anglais***Pour Papouasie-Nouvelle-Guinée:**

La Délégation de Papouasie-Nouvelle-Guinée réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts si certains Membres ne prennent pas leur part des dépenses de l'Union ou s'ils manquent, de quelque autre manière que ce soit, aux obligations qui découlent de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) ou des annexes et des protocoles qui y sont joints, ou encore si des réserves formulées par d'autres pays compromettent le bon fonctionnement des services de télécommunication de Papouasie-Nouvelle-Guinée.

58

*Original: français***Pour la Principauté de Monaco:**

La Délégation de la Principauté de Monaco réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures et dispositions qu'il estimera nécessaires pour sauvegarder ses intérêts nationaux si certains Membres ne prenaient pas leur part des dépenses de l'Union ou, de quelque autre manière que ce soit, ne respectaient pas les dispositions des amendements à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) adoptés par la présente Conférence (Kyoto, 1994), ou encore au cas où des réserves exprimées par d'autres pays seraient de nature à compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou à accroître sa contribution aux dépenses de l'Union.

3. daß sie ihrer Regierung ferner das Recht vorbehält, zu den genannten Schlußakten sowie zu jeder anderen noch nicht ratifizierten Übereinkunft anderer einschlägiger Konferenzen der Internationalen Fernmeldeunion bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der jeweiligen Ratifikationsurkunde zusätzliche besondere Vorbehalte zu formulieren.

55

*Original: englisch***Für die Tschechische Republik:**

Die Delegation der Tschechischen Republik behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls irgendwelche Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion, ihrer Anlagen oder der Protokolle oder der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994), die ihnen beigelegt sind, halten.

56

*Original: englisch***Für die Slowakische Republik:**

Die Delegation der Slowakischen Republik behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls irgendwelche Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion, ihrer Anlagen oder der Protokolle oder der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994), die ihnen beigelegt sind, halten oder falls Vorbehalte anderer Länder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

57

*Original: englisch***Für Papua-Neuguinea:**

Die Delegation von Papua-Neuguinea behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls irgendwelche Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), ihrer Anlagen oder der ihnen beigelegten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Länder die Fernmeldedienste von Papua-Neuguinea beeinträchtigen.

58

*Original: französisch***Für das Fürstentum Monaco:**

Die Delegation des Fürstentums Monaco behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen und Vorkehrungen zu treffen, die sie zur Wahrung ihrer nationalen Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen der von dieser Konferenz (Kioto 1994) angenommenen Änderungen zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) halten oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

59

*Original: français***Pour la République de Côte d'Ivoire:**

La Délégation de la République de Côte d'Ivoire réserve à son Gouvernement le droit:

- a) de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts si des Membres n'observaient pas de quelque manière que ce soit les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'amendées par la présente Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994);
- b) de refuser les conséquences des réserves formulées dans les Actes finals de la présente Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) par d'autres Membres et qui pourraient entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union ou qui pourraient compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;
- c) de formuler des réserves ou de refuser toutes modifications apportées par la présente Conférence à la Constitution et à la Convention de l'Union qui pourraient compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou affecter directement ou indirectement sa souveraineté.

60

*Original: anglais***Pour la République de Bulgarie:**

La Délégation de la République de Bulgarie à la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994) réserve à son Gouvernement le droit:

- 1. de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts si un Membre de l'Union manquait de quelque manière que ce soit de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) modifiées par la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994) ou si les conséquences de toute réserve formulée par un autre pays compromettaient le bon fonctionnement des services de télécommunication de la Bulgarie;
- 2. de n'accepter aucune mesure financière pouvant entraîner une augmentation injustifiée de sa part contributive aux dépenses de l'Union;
- 3. de formuler toute déclaration ou réserve au moment de la ratification des amendements de la Constitution et de la Convention de l'UIT (Genève, 1992) adoptées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994).

61

*Original: anglais***Pour le Canada:**

La Délégation du Canada déclare qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de faire des déclarations ou de formuler des réserves lorsqu'il déposera ses instruments de ratification pour les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) de l'Union internationale des télécommunications.

62

*Original: anglais***Pour la République de Fidji:**

En signant le présent document qui fait partie des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) et en prenant note des dispositions du numéro 16 de l'article 32 de la Convention, le délégué de la République de Fidji réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il pourra estimer

59

*Original: français***Für die Republik Côte d'Ivoire:**

Die Delegation der Republik Côte d'Ivoire behält ihrer Regierung das Recht vor,

- a) alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendwelche Mitglieder in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der von dieser Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kyoto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) halten;
- b) die Folgen der Vorbehalte abzulehnen, die andere Mitglieder in den Schlußakten dieser Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kyoto 1994) formuliert haben und die eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen oder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen könnten;
- c) Vorbehalte zu formulieren oder Änderungen abzulehnen, die diese Konferenz an der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion vorgenommen hat und durch die das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigt oder unmittelbar oder mittelbar ihre Staatshoheit berührt werden könnte.

60

*Original: anglais***Für die Republik Bulgarien:**

Die Delegation der Republik Bulgarien bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kyoto 1994) behält ihrer Regierung das Recht vor,

- 1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitglied der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kyoto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) hält oder falls Auswirkungen von Vorbehalten anderer Länder die Fernmeldedienste von Bulgarien beeinträchtigen;
- 2. keine finanziellen Maßnahmen anzuerkennen, die eine ungerechtfertigte Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnten;
- 3. zum Zeitpunkt der Ratifikation der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kyoto 1994) angenommenen Änderungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) irgendwelche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren.

61

*Original: anglais***Für Kanada:**

Die Delegation von Kanada erklärt, daß sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, bei der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunden zu den Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kyoto 1994) irgendwelche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren.

62

*Original: anglais***Für die Republik Fidschi:**

Bei der Unterzeichnung dieses Dokuments, das Bestandteil der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kyoto 1994) ist, und in Anbetracht des Artikels 32 Abschnitt 16 der Konvention behält die Delegation der Republik Fidschi ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur

nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un Membre manquerait en quoi que ce soit de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou des annexes et des protocoles qui y sont joints, ou encore si les réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou conduisaient à une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

63

*Original: anglais***Pour l'Italie:**

La Délégation de l'Italie réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourrait juger nécessaires pour protéger ses intérêts si certains Membres ne prenaient pas leur part des dépenses de l'Union ou n'observaient pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles que modifiées par les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires Kyoto (1994), ou des annexes ou protocoles qui y sont joints, ou si des réserves d'autres pays entraînaient une augmentation de ses parts contributives aux dépenses de l'Union ou, enfin, si des réserves d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

64

*Original: anglais***Pour la République des Philippines:**

La Délégation de la République des Philippines réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires et suffisantes, conformément à sa législation nationale, pour protéger ses intérêts si des réserves formulées par des représentants d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou portaient atteinte à ses droits en tant que pays souverain.

La Délégation philippine réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler toutes déclarations ou réserves avant le dépôt de l'instrument de ratification de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et de ses amendements approuvés par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994).

65

*Original: anglais***Pour le Royaume d'Arabie saoudite, l'Etat de Bahreïn, les Emirats arabes unis, l'Etat du Koweït, le Sultanat d'Oman et l'Etat du Qatar:**

Les Délégations des pays ci-dessus mentionnés à la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) déclarent que leurs Gouvernements se réservent le droit de prendre toutes mesures qu'ils pourront juger nécessaires pour sauvegarder leurs intérêts si certains Membres ne prenaient pas leur part aux dépenses de l'Union, ou s'ils manquaient de quelque façon que ce soit de se conformer aux dispositions des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) ou des résolutions qui y sont jointes ou encore si les réserves faites par d'autres Membres compromettaient le bon fonctionnement de leurs services de télécommunication.

66

*Original: anglais***Pour la République de Hongrie:**

La Délégation de la République de Hongrie réserve à son Gouvernement le droit de n'accepter aucune mesure financière susceptible d'entraîner des augmentations non justifiées de sa contribution aux dépenses de l'Union et de prendre toutes me-

Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle hält oder falls Vorbehalte anderer Länder die Fernmeldedienste von Fidschi beeinträchtigen oder eine Erhöhung des Beitrags von Fidschi zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

63

*Original: englisch***Für Italien:**

Die Delegation von Italien behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Länder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen oder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

64

*Original: englisch***Für die Republik der Philippinen:**

Die Delegation der Republik der Philippinen behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie nach ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich und ausreichend hält, falls Vorbehalte von Vertretern anderer Staaten ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen oder ihre Rechte eines souveränen Landes schmälern.

Ferner behält die philippinische Delegation ihrer Regierung das Recht vor, vor der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und zu den hierzu von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten von Kioto (1994) angenommenen Änderungen irgendwelche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren.

65

*Original: englisch***Für das Königreich Saudi-Arabien, den Staat Bahrain, die Vereinigten Arabischen Emirate, den Staat Kuwait, das Sultanat Oman und den Staat Katar:**

Die Delegationen der obengenannten Länder bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) erklären, daß ihre Regierungen sich das Recht vorbehalten, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich halten, falls ein Mitglied seinen Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichtet oder sich in irgendeiner Weise nicht an die Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) oder der ihnen beigefügten Entschlüsse hält oder falls Vorbehalte irgendeines Mitglieds ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

66

*Original: englisch***Für die Republik Ungarn:**

Die Delegation der Republik Ungarn behält ihrer Regierung das Recht vor, keine finanzielle Maßnahme anzuerkennen, die ungezügelterte Erhöhungen ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnte, und alle Maßnahmen zu ergreifen,

sures qu'il peut estimer opportunes afin de protéger ses intérêts au cas où des pays Membres n'observeraient pas les dispositions de la Constitution et de la Convention, ou compromettraient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication, et le droit de formuler des réserves et des déclarations spécifiques avant la ratification des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994).

67

Original: français

Pour la République démocratique populaire Lao:

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994), la Délégation de la République démocratique populaire Lao réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts si certains membres de l'Union n'observent pas les dispositions de ces Actes finals, de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications, de leurs annexes ou protocoles qui y sont joints, ou si les réserves faites par d'autres pays compromettent le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

68

Original: anglais

Pour le Danemark, la République d'Estonie, la Finlande, l'Islande, la République de Lettonie, la Norvège et la Suède:

Au moment de signer les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de Kyoto, les Délégations des pays ci-dessus déclarent formellement maintenir les déclarations et les réserves (N° 46) que leurs pays ont formulées lors de la signature des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires additionnelle de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992).

69

Original: anglais

Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord:

La Délégation du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra estimer nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où d'autres Membres n'observeraient pas, de quelque manière que ce soit, la Constitution et la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), telles qu'elles ont été amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) ou les annexes jointes à ces instruments, ou bien au cas où des réserves formulées par d'autres pays iuraient à l'encontre de ses intérêts.

70

Original: russe

Pour la République du Bélarus, la Fédération de Russie, l'Ukraine et la Mongolie:

Les Délégations des pays ci-dessus réservent à leurs Gouvernements respectifs le droit de faire toute déclaration ou réserve au moment de la ratification des instruments d'amendement (Kyoto, 1994), de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et de prendre toutes mesures qu'ils jugeront nécessaires pour protéger leurs intérêts si un Membre quelconque de l'Union n'observait pas, de quelque manière que ce soit, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications, ou si les réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de leurs services de télécommunication ou entraîneraient une augmentation de leur contribution annuelle aux dépenses de l'Union.

die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich bestimmte Mitglieder nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention halten oder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen, sowie das Recht, vor der Ratifikation der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) besondere Vorbehalte und Erklärungen zu formulieren.

67

Original: français

Für die Demokratische Volksrepublik Laos:

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) behält die Delegation der Demokratischen Volksrepublik Laos ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich bestimmte Mitglieder der Union nicht an die Bestimmungen dieser Schlußakten, der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion, ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

68

Original: anglais

Für Dänemark, die Republik Estland, Finnland, Island, die Republik Lettland, Norwegen und Schweden:

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten von Kioto erklären die Delegationen der obengenannten Länder ausdrücklich, daß sie die von ihren Ländern bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) formulierten Erklärungen und Vorbehalte (Nr. 46) aufrechterhalten.

69

Original: anglais

Für das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland:

Die Delegation des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an die Konstitution und die Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992, geändert durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten von Kioto 1994) oder ihre Anlagen hält oder falls Vorbehalte anderer Länder ihre Interessen beeinträchtigen.

70

Original: russisch

Für die Republik Belarus, die Russische Föderation, die Ukraine und die Mongolei:

Die Delegationen der obengenannten Länder behalten ihren Regierungen das Recht vor, zum Zeitpunkt der Ratifikation der Änderungsurkunden (Kioto 1994) zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) irgendwelche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren und alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich halten, falls sich irgendein Mitglied der Union in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion hält oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres jährlichen Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

71

*Original: anglais***Pour la Turquie:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), la Délégation de la République de Turquie réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un Membre manquerait, de quelque façon que ce soit, de se conformer aux dispositions des instruments d'amendement de la Constitution et de la Convention (Genève, 1992) adoptés par la Conférence de plénipotentiaires de Kyoto, de leurs annexes ou des protocoles qui y sont joints, ou si des réserves formulées par d'autres Membres compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraînaient une augmentation de sa contribution aux dépenses de l'Union.

72

*Original: anglais***Pour la République du Kenya:**

La Délégation de la République du Kenya réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourrait juger nécessaire et/ou appropriée pour sauvegarder et protéger ses intérêts au cas où un Membre manquerait en quoi que ce soit de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et de tout amendement apporté auxdits instruments par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), et/ou de tout autre instrument connexe. En outre, la Délégation affirme que le Gouvernement de la République du Kenya n'accepte aucune responsabilité pour les conséquences découlant de toute réserve faite par d'autres Membres de l'Union.

II

La Délégation de la République du Kenya, rappelant la réserve numéro 90 à la Convention de Nairobi (1982), réaffirme, au nom de son Gouvernement, la lettre et l'esprit de ladite réserve.

73

*Original: français***Pour la Grèce:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994), la Délégation de la Grèce déclare:

1. qu'elle réserve à son Gouvernement le droit:

- a) de prendre toutes mesures conformes à son droit interne et au droit international qu'il pourra juger ou estimer nécessaires ou utiles pour protéger et sauvegarder ses droits souverains et inaliénables et ses intérêts légitimes aux cas où soit des Etats Membres de l'UIT manqueraient de quelque manière que ce soit de respecter ou d'appliquer, d'une part, les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et de leurs annexes et protocoles, telles que modifiées par les Actes finals de cette Conférence (Kyoto, 1994), et, d'autre part, Règlements administratifs les complétant, soit des actes d'autres entités ou parties tierces pourraient affecter ou porter atteinte à sa souveraineté nationale;
- b) de formuler, en vertu de la Convention de Vienne sur le Droit des traités de 1969, des réserves auxdits Actes finals à tout moment qu'il jugera opportun entre la date de leur signature et la date de leur ratification, ainsi qu'à tout autre instrument émanant d'autres conférences pertinentes de l'UIT pas encore ratifié, ainsi que de n'être pas lié par toute disposition desdits instruments limitant son droit souverain de formuler des réserves;

71

*Original: anglais***Für die Türkei:**

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) behält die Delegation der Republik Türkei ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten von Kioto angenommenen Änderungsurkunden zur Konstitution und zur Konvention (Genf 1992), ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle hält oder falls Vorbehalte irgendeines Mitglieds das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

72

*Original: anglais***Für die Republik Kenia:**

Die Delegation der Republik Kenia behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung und zum Schutz ihrer Interessen für erforderlich und/oder angemessen hält, falls sich ein Mitglied nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und aller hierzu von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) vorgenommenen Änderungen und/oder irgendwelcher anderen zu ihnen gehörigen Übereinkünfte hält. Die Delegation bekräftigt ferner, daß die Regierung der Republik Kenia keinerlei Verantwortung für Folgen, die sich aus irgendwelchen Vorbehalten anderer Mitglieder der Union ergeben, anerkennt.

II

Die Delegation der Republik Kenia erinnert an den Vorbehalt Nr. 90 zum Vertrag von Nairobi (1982) und bekräftigt im Namen ihrer Regierung den Wortlaut und die Intention dieses Vorbehalts.

73

*Original: français***Für Griechenland:**

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) erklärt die Delegation von Griechenland,

1. daß sie ihrer Regierung das Recht vorbehält,

- a) alle Maßnahmen zu ergreifen, die mit ihrem innerstaatlichen Recht und mit dem Völkerrecht vereinbar sind und die sie zum Schutz und zur Wahrung ihrer souveränen und unäußerlichen Rechte sowie ihrer legitimen Interessen für erforderlich oder zweckmäßig hält, falls sich Mitgliedstaaten der Internationalen Fernmeldeunion in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und ihrer Anlagen und Protokolle, wie sie durch die Schlußakten dieser Konferenz (Kioto 1994) geändert wurden, sowie an die sie ergänzenden Vollzugsordnungen halten oder sie diese nicht anwenden oder falls Akte anderer Organisationen oder Dritter ihre nationale Souveränität berühren oder beeinträchtigen;
- b) nach dem Wiener Übereinkommen von 1969 über das Recht der Verträge Vorbehalte zu den genannten Schlußakten zu formulieren, und zwar zu jedem Zeitpunkt, der ihr angemessen erscheint zwischen dem Zeitpunkt ihrer Unterzeichnung und dem Zeitpunkt ihrer Ratifikation, sowie zu allen anderen noch nicht ratifizierten Übereinkünften anderer einschlägiger Konferenzen der Internationalen Fernmeldeunion, und darüber hinaus keine Bestimmung der genannten Übereinkünfte als für sich verbindlich anzuerkennen, die ihr souveränes Recht, Vorbehalte zu formulieren, einschränkt;

c) de n'accepter aucune conséquence de toutes réserves formulées par d'autres parties contractantes qui, entre autres choses, pourraient entraîner une augmentation de sa propre quote-part contributive aux dépenses de l'Union ou autres incidences financières ou, encore, si lesdites réserves devaient compromettre le bon et efficace fonctionnement des services de télécommunication de la République de Grèce;

2. qu'il est parfaitement établi que le terme «pays» utilisé dans les dispositions des présents Actes finals, ainsi que de tout autre instrument ou acte de l'Union internationale des télécommunications au sujet de ses Membres et de leurs droits et obligations, est considéré à tous égards comme synonyme du terme «Etat souverain» constitué légalement et reconnu internationalement.

74

Original: anglais

Pour la République fédérale d'Allemagne:

1. La Délégation de la République fédérale d'Allemagne réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estimera nécessaires pour protéger ses intérêts si certains Membres ne prenaient pas leur part des dépenses de l'Union ou, de quelque autre manière que ce soit, ne respectaient pas les dispositions des instruments d'amendement (Kyoto, 1994) de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), ou si des réserves formulées par d'autres pays étaient de nature à accroître sa contribution aux dépenses de l'Union ou à compromettre le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

2. La Délégation de la République fédérale d'Allemagne déclare, à propos de l'article 4 de la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), qu'elle maintient les réserves formulées au nom de la République fédérale d'Allemagne lors de la signature des Règlements visés à l'article 4.

75

Original: français

Pour la Tunisie:

La Délégation tunisienne à la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) réserve à son Gouvernement le droit:

1. de prendre toutes les mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts si un Membre quelconque ne prenait pas sa part des dépenses de l'Union ou n'observait pas de quelque manière que ce soit les dispositions des instruments d'amendement de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) adoptés par la Conférence de plénipotentiaires de Kyoto, ou des annexes, protocoles ou résolutions qui y sont joints ou si des réserves formulées par d'autres Membres compromettaient le bon fonctionnement de ses services des télécommunications;

2. de faire toute déclaration ou réserve jusqu'au moment de la ratification de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) adoptés par la Conférence de plénipotentiaires de Kyoto.

76

Original: anglais

Pour la République de Namibie:

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), sous réserve de leur ratification officielle, la Délégation de la Namibie réserve à son Gouvernement le droit de prendre toute mesure qu'il pourra juger nécessaire pour protéger ses intérêts au cas où tout autre Membre ne régierait pas sa part contributive aux dépenses de l'Union ou manquerait de toute autre manière que ce soit de se conformer aux dispositions de la

c) keine Auswirkungen von Vorbehalten anderer Vertragsparteien anzuerkennen, falls diese unter anderem eine Erhöhung ihres eigenen Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen oder irgendwelche anderen finanziellen Konsequenzen haben könnten oder falls solche Vorbehalte das reibungslose und effiziente Arbeiten der Fernmeldedienste der Griechischen Republik beeinträchtigen;

2. daß es unzweifelhaft feststeht, daß das Wort „Land“, wie es in diesen Schlußakten sowie in allen anderen Übereinkünften oder Akten der Internationalen Fernmeldeunion bezüglich ihrer Mitglieder und deren Rechte und Pflichten verwendet wird, in jeder Hinsicht als mit dem Ausdruck „souveräner Staat“ gleichbedeutend betrachtet wird, der ein rechtmäßig entstandenes und international anerkanntes Gebilde bezeichnet.

74

Original: englisch

Für die Bundesrepublik Deutschland:

1. Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Kyoto 1994) zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) halten oder falls Vorbehalte anderer Länder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen oder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

2. Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland erklärt im Hinblick auf Artikel 4 der Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), daß sie die Vorbehalte, die im Namen der Bundesrepublik Deutschland bei der Unterzeichnung der in Artikel 4 genannten Vollzugsordnungen formuliert worden sind, aufrechterhält.

75

Original: französisch

Für Tunesien:

Die tunesische Delegation bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kyoto 1994) behält ihrer Regierung das Recht vor,

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls ein Mitglied seinen Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichtet oder sich in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten von Kyoto angenommenen Änderungsurkunden zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle oder Entschlüsse hält oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;

2. bis zum Zeitpunkt der Ratifikation der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten von Kyoto angenommenen Änderungsurkunden zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) irgendwelche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren.

76

Original: englisch

Für die Republik Namibia:

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kyoto 1994) und vorbehaltlich ihrer offiziellen Ratifikation behält die Delegation der Republik Namibia ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention, ihrer Anlagen oder der ihnen

Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications, de leurs annexes ou des protocoles qui y sont joints, ou si des réserves, formulées par d'autres Membres devaient compromettre le fonctionnement de ses services de télécommunication ou entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

77

(Ce numéro n'a pas été utilisé.)

78

*Original: anglais***Pour la République de l'Inde:**

1. En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994), la Délégation de la République de l'Inde n'accepte pour son Gouvernement aucune conséquence financière résultant de réserves qui pourraient être formulées par un Membre au sujet des finances de l'Union.

2. Par ailleurs, la Délégation de la République de l'Inde réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour sauvegarder et protéger ses intérêts au cas où un Membre n'observerait pas, de quelque façon que ce soit, une ou plusieurs des dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) ou des amendements adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) ou des Règlements administratifs.

79

*Original: anglais***Pour la Nouvelle-Zélande:**

Au moment de signer les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) de l'Union internationale des télécommunications, la Délégation du Gouvernement de la Nouvelle-Zélande réitère la déclaration et la réserve (N° 29) qu'elle a formulées lors de la signature des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Genève, 1992) concernant les amendements apportés à la Constitution et la Convention aux termes des Instruments de Kyoto.

80

Original: français

Pour la République algérienne démocratique et populaire, le Royaume d'Arabie saoudite, le Commonwealth des Bahamas, l'Etat de Bahreïn, la Barbade, la République du Cameroun, la République de Côte d'Ivoire, les Emirats arabes unis, le Guyana, la République de l'Inde, la République islamique d'Iran, le Royaume hachémite de Jordanie, la République du Kenya, l'Etat du Koweït, le Liban, le Royaume du Maroc, le Sultanat d'Oman, la République islamique du Pakistan, la Papouasie-Nouvelle-Guinée, l'Etat du Qatar, la République arabe syrienne, Saint-Vincent-et-Grenadines, la République du Sénégal, la Thaïlande, la République du Zimbabwe:

Ces Délégations considèrent que les Règlements administratifs auxquels il est fait mention dans le numéro 31 de la Constitution sont le Règlement des radiocommunications et le Règlement des télécommunications internationales tels que modifiés par les conférences compétentes réunies après la Conférence de plénipotentiaires additionnelle de Genève, 1992. Des propositions ont été faites à cette conférence pour affirmer le caractère obligatoire des règlements administratifs révisés et ces propositions n'ont pas été retenues au niveau de la Commission compétente uniquement pour minimiser le nombre de modifications que cette conférence pourrait apporter à la Constitution. Au cours de la discussion de ces propositions, le caractère «traité international» liant tous les Membres qui ont signé leurs révisions successives n'a pas été remis en question.

beigefügten Protokolle hält oder falls Vorbehalte anderer Länder die Fernmeldedienste von Namibia beeinträchtigen oder eine Erhöhung des Beitrags von Namibia zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

77

(Diese Nummer wurde nicht benutzt.)

78

*Original: englisch***Für die Republik Indien:**

1. Mit der Unterzeichnung der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) erkennt die Delegation der Republik Indien für ihre Regierung keine finanziellen Auswirkungen irgendwelcher Vorbehalte an, die von einem Mitglied hinsichtlich der Finanzen der Union formuliert werden könnten.

2. Ferner behält die Delegation der Republik Indien ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung und zum Schutz ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an eine oder mehrere Bestimmungen der Constitution und der Convention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und der hierzu von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) vorgenommenen Änderungen oder der Vollzugsordnungen hält.

79

*Original: englisch***Für Neuseeland:**

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) wiederholt die Delegation der Regierung von Neuseeland in bezug auf irgendwelche Änderungen der Constitution und der Convention von Genf durch die Übereinkünfte von Kioto die bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Genf 1992) formulierte Erklärung (Vorbehalt Nr. 29).

80

Original: französisch

Für die Demokratische Volksrepublik Algerien, das Königreich Saudi-Arabien, das Commonwealth der Bahamas, den Staat Bahrain, Barbados, die Republik Kamerun, die Republik Côte d'Ivoire, die Vereinigten Arabischen Emirate, Guyana, die Republik Indien, die Islamische Republik Iran, das Haschemitische Königreich Jordanien, die Republik Kenia, den Staat Kuwait, Libanon, das Königreich Marokko, das Sultanat Oman, die Islamische Republik Pakistan, Papua-Neuguinea, den Staat Katar, die Arabische Republik Syrien, St. Vincent und die Grenadinen, die Republik Senegal, Thailand, die Republik Simbabwe:

Die Delegationen der obengenannten Länder gehen davon aus, daß die in Nummer 31 der Constitution genannten Vollzugsordnungen die Vollzugsordnung für den Funkdienst und die Vollzugsordnung für internationale Fernmeldedienste sind, wie sie von den zuständigen, nach der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Genf 1992) zusammengetretenen Konferenzen geändert worden sind. Bei dieser Konferenz sind Vorschläge im Hinblick auf eine Bekräftigung des verbindlichen Charakters der revidierten Vollzugsordnungen gemacht worden; diese Vorschläge wurden von der zuständigen Kommission nur deshalb nicht berücksichtigt, weil der Umfang der Änderungen dieser Konferenz an der Constitution möglichst gering gehalten werden sollte. Im Verlauf der Debatten zu diesen Vorschlägen wurde das Merkmal „internationaler Vertrag“, das alle Mitglieder bindet, die die jeweiligen Revisionen unterzeichnet haben, nicht in Frage gestellt.

Il est également admis que toute réserve de la part d'un Membre, statuant que ce Membre n'appliquera pas tout ou partie de la révision d'un règlement, ainsi que toute déclaration dans le même sens pendant la période qui suit la conférence compétente ayant révisé un Règlement, ne sont pas conformes aux dispositions de la Convention de Vienne sur les traités qui stipule, dans son article 27, «Une partie ne peut invoquer les dispositions de son droit interne comme justifiant la non-exécution d'un traité».

La Conférence a reconnu qu'il existe un vide juridique quant aux Membres qui auraient déclaré, pendant la période qui suit la conférence compétente ayant révisé un Règlement, qu'ils n'acceptent pas d'être liés par les révisions des Règlements administratifs.

Tenant compte de ce qui précède et considérant que la conférence mondiale des radiocommunications qui va se tenir en 1995 va réviser l'ensemble du Règlement des radiocommunications les signataires réitérent leur droit souverain, qui est celui de l'ensemble des Membres de l'UIT, sur les ressources communes que sont le spectre des fréquences radioélectriques et l'orbite des satellites géostationnaires. Leur participation à la conférence mondiale des radiocommunications de 1995 et leur acceptation de ses décisions seront basées sur le principe que le Règlement international tel que révisé par ladite conférence est un traité qui lie tous les Membres qui l'auront signé, conformément aux numéros 30 et 31 de la Constitution.

81

*Original: français***Pour le Portugal:**

En signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994), la Délégation du Portugal déclare au nom de son Gouvernement:

- a) qu'elle n'accepte aucune conséquence des réserves faites par d'autres Gouvernements, qui entraîneraient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union;
- b) qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra estimer nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres ne prendraient pas leur part des dépenses de l'Union ou manqueraient de quelque façon que ce soit de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications telles que modifiées par les Actes finals de cette Conférence, ou encore si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication;
- c) qu'elle réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler des réserves spécifiques additionnelles auxdits Actes finals, ainsi qu'à tout autre instrument émanant d'autres conférences pertinentes de l'UIT pas encore ratifié, jusqu'au moment du dépôt de leur instrument de ratification respectif.

82

*Original: anglais***Pour le Japon:**

La Délégation du Japon réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour sauvegarder ses intérêts au cas où certains Membres ne prendraient pas leur part des dépenses de l'Union ou si un Membre venait à ne pas se conformer aux amendements de la Constitution ou de la Convention de l'Union internationale des télécommunications adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), ou bien si les réserves formulées par d'autres pays devaient compromettre ses intérêts.

Ferner wird die Auffassung vertreten, daß Vorbehalte und Erklärungen eines Mitglieds, nach denen dieses Mitglied die Revision einer Vollzugsordnung ganz oder teilweise nicht anwenden wird und die es in der Zeit nach einer zuständigen, eine Vollzugsordnung revidierenden Konferenz formuliert hat, den Bestimmungen des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge nicht entsprechen, in dessen Artikel 27 folgendes festgelegt ist: „Eine Vertragspartei kann sich nicht auf ihr innerstaatliches Recht berufen, um die Nichterfüllung eines Vertrags zu rechtfertigen“.

Die Konferenz hat erkannt, daß es eine Gesetzeslücke in bezug auf die Mitglieder gibt, die in der Zeit nach einer zuständigen, eine Vollzugsordnung revidierenden Konferenz erklären, daß sie die Revisionen der Vollzugsordnungen nicht als für sich verbindlich ansehen.

Angesichts der vorstehenden Ausführungen und in Anbetracht dessen, daß die weltweite Funkkonferenz, die 1995 stattfinden wird, die Vollzugsordnung für den Funkdienst vollständig revidieren wird, wiederholen die Unterzeichneten, daß sie, wie alle Mitglieder der Internationalen Fernmeldeunion, Hoheitsrechte am Funkfrequenzspektrum und an der Umlaufbahn der geostationären Satelliten haben, die gemeinsame Ressourcen sind. Ihre Teilnahme an der weltweiten Funkkonferenz 1995 und die Annahme der Beschlüsse dieser Konferenz durch die Unterzeichneten basieren auf dem Grundsatz, daß die internationale Vollzugsordnung, wie sie von der genannten Konferenz revidiert wird, einen Vertrag darstellt, der in Übereinstimmung mit den Nummern 30 und 31 der Konstitution für alle Mitglieder, die ihn unterzeichnet haben, verbindlich ist.

81

*Original: französisch***Für Portugal:**

Bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) erklärt die Delegation von Portugal im Namen ihrer Regierung:

- a) daß sie keine Auswirkungen von Vorbehalten anderer Regierungen anerkennt, die eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen könnten;
- b) daß sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Schlußakten dieser Konferenz geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion halten oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen;
- c) daß sie ihrer Regierung ferner das Recht vorbehält, zu den genannten Schlußakten sowie zu jeder anderen noch nicht ratifizierten Übereinkunft anderer einschlägiger Konferenzen der Internationalen Fernmeldeunion bis zum Zeitpunkt der Hinterlegung der jeweiligen Ratifikationsurkunde zusätzliche besondere Vorbehalte zu formulieren.

82

*Original: englisch***Für Japan:**

Die Delegation von Japan behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) angenommenen Änderungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder ihre Interessen in irgendeiner Weise beeinträchtigen.

83

*Original: anglais***Pour la République fédérale du Nigéria:**

La Délégation de la République fédérale du Nigéria à la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) déclare que son Gouvernement se réserve le droit:

1. de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres de l'Union ne prendraient pas leur part des dépenses de l'Union ou manqueraient de quelque autre façon de se conformer aux dispositions des instruments d'amendement de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), ou des annexes ou protocoles qui y sont attachés, ou encore si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient de quelque manière que ce soit le bon fonctionnement des services de télécommunication de la République fédérale du Nigéria;

2. de faire toute déclaration ou réserve jusqu'au moment de la ratification de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994).

84

*Original: anglais***Pour les Etats-Unis d'Amérique:**

Les Etats-Unis d'Amérique se réfèrent aux numéros 445 et 446 de la Convention (Genève, 1992) et relèvent que, lors de l'examen des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), ils seront peut-être amenés à formuler des réserves ou des déclarations additionnelles. En conséquence, les Etats-Unis d'Amérique se réservent le droit de faire des déclarations ou des réserves spécifiques additionnelles au moment du dépôt de leur instrument de ratification des amendements à la Constitution et à la Convention (Genève, 1992).

Les Etats-Unis d'Amérique réitèrent et reprennent implicitement toutes les réserves et déclarations formulées lors de conférences administratives mondiales ou de conférences mondiales des radiocommunications avant la signature des présents Actes finals.

Les Etats-Unis d'Amérique ne sauraient consentir, par la signature ou par toute ratification ultérieure des amendements à la Constitution et à la Convention adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), à être liés par les Règlements administratifs adoptés avant la date de signature des présents Actes finals. Les Etats-Unis d'Amérique ne sauraient être considérés comme ayant consenti à être liés par les révisions des Règlements administratifs, partielles ou totales, adoptées après la date de signature des présents Actes finals, s'ils n'ont pas expressément notifié à l'Union internationale des télécommunications leur consentement à être liés.

85

*Original: français***Pour la France:**

La Délégation française réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il pourra estimer nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres ne prendraient pas leur part aux dépenses de l'Union ou manqueraient de quelque façon de se conformer aux dispositions des amendements à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) adoptés par la présente Conférence (Kyoto, 1994), ou encore si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses

83

*Original: englisch***Für die Bundesrepublik Nigeria:**

Die Delegation der Bundesrepublik Nigeria bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) erklärt, daß ihre Regierung sich das Recht vorbehält,

1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitglieder der Union ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) angenommenen Änderungsurkunden zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen oder der ihnen beigelegten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder der Union die Fernmeldedienste der Bundesrepublik Nigeria in irgendeiner Weise beeinträchtigen;

2. bis zum Zeitpunkt der Ratifikation der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) durch die Bundesrepublik Nigeria irgendwelche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren.

84

*Original: englisch***Für die Vereinigten Staaten von Amerika:**

Die Vereinigten Staaten von Amerika beziehen sich auf die Nummern 445 und 446 der Konvention (Genf 1992) und weisen darauf hin, daß sie es bei der Prüfung der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) für erforderlich erachten könnten, zusätzliche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren. Infolgedessen behalten die Vereinigten Staaten von Amerika sich das Recht vor, zum Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunden zu den Änderungen der Konstitution und der Konvention (Genf 1992) zusätzliche besondere Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren.

Die Vereinigten Staaten von Amerika wiederholen und übernehmen hiermit durch Bezugnahme alle bei weltweiten Verwaltungskonferenzen und weltweiten Funkkonferenzen vor der Unterzeichnung dieser Schlußakten formulierten Erklärungen oder Vorbehalte.

Weder durch die Unterzeichnung noch durch eine spätere Ratifikation der durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) angenommenen Änderungen der Konstitution und der Konvention erkennen die Vereinigten Staaten von Amerika die vor dem Zeitpunkt der Unterzeichnung dieser Schlußakten angenommenen Vollzugsordnungen als für sich verbindlich an. Ebenso wenig können die Vereinigten Staaten von Amerika so angesehen werden, als hätten sie die teilweisen oder vollständigen Revisionen der Vollzugsordnungen, die nach dem Zeitpunkt der Unterzeichnung dieser Schlußakten angenommen werden, als für sich verbindlich anerkannt, solange die Vereinigten Staaten von Amerika der Internationalen Fernmeldeunion nicht durch eine besondere Notifikation mitgeteilt haben, daß sie diese als für sich verbindlich anerkennen.

85

*Original: französisch***Für Frankreich:**

Die französische Delegation behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der von dieser Konferenz (Kioto 1994) angenommenen Änderungen zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) halten oder falls Vorbehalte anderer Länder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen

services de télécommunication ou entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

oder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen.

86

Original: anglais

Pour la République de Chypre:

La Délégation de la République de Chypre réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres de l'Union ne prendraient pas leur part aux dépenses de l'Union ou manqueraient de quelque façon que ce soit de se conformer aux dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), et/ou de ses annexes et des protocoles qui y sont joints et amendés par l'Instrument de Kyoto 1994, ou encore si des réserves formulées par d'autres Membres entraînaient une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union ou compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication, ou si d'autres mesures que prendrait ou envisagerait de prendre une personne physique ou morale portaient directement ou indirectement atteinte à sa souveraineté.

La Délégation de la République de Chypre réserve en outre à son Gouvernement le droit de faire tout autre déclaration ou réserve jusqu'au moment où l'Instrument d'amendement (Kyoto, 1994) de la Constitution et la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), sera ratifié par la République de Chypre.

87

Original: anglais

Pour le Royaume des Pays-Bas:

La Délégation des Pays-Bas réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour sauvegarder ses intérêts si certains Membres ne participaient pas aux dépenses de l'Union ou n'observaient pas de toute autre manière les dispositions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) modifiées par les Instruments de Kyoto (1994) ou de leurs annexes, ou des protocoles facultatifs qui y sont joints, ou bien si des réserves formulées par d'autres pays risquaient d'entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union ou, enfin, si des réserves formulées par d'autres pays compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

II

La Délégation des Pays-Bas déclare formellement en ce qui concerne l'article 54 de la Constitution de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) modifié par l'Instrument de Kyoto (1994) qu'elle maintient les réserves faites au nom de son Gouvernement lors de la signature des Règlements administratifs mentionnés dans l'article 4.

88

Original: anglais

Pour la République arabe de l'Égypte:

La Délégation de la République arabe d'Égypte réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il estime nécessaires pour protéger ses intérêts si un Membre actuel ou futur de l'Union n'observe pas les conditions de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992), ou des annexes ou protocoles qui y sont joints, tels qu'ils ont été amendés aux termes des Instruments de Kyoto (1994) ou si des réserves faites par d'autres Membres, compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

86

Original: englisch

Für die Republik Zypern:

Die Delegation der Republik Zypern behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls irgendwelche Mitglieder der Union ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner Weise nicht an die durch die Urkunde von Kyoto (1994) geänderten Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) und/oder ihrer Anlagen und der ihnen beigefügten Protokolle halten oder falls Vorbehalte anderer Länder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen oder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen oder falls andere von einer natürlichen oder juristischen Person getroffene oder beabsichtigte Maßnahmen ihre Staatshoheit unmittelbar oder mittelbar verletzen.

Ferner behält die Delegation der Republik Zypern ihrer Regierung das Recht vor, bis zum Zeitpunkt (einschließlich) der Ratifikation der Urkunde von Kyoto (1994) zur Änderung der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) durch die Republik Zypern irgendwelche anderen Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren.

87

Original: englisch

Für das Königreich der Niederlande:

Die Delegation der Niederlande behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen der durch die Urkunden von Kyoto (1994) geänderten Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) oder ihrer Anlagen oder des ihnen beigefügten fakultativen Protokolls halten oder falls Vorbehalte anderer Länder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union nach sich ziehen oder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

II

Hinsichtlich des Artikels 54 der durch die Urkunden von Kyoto (1994) geänderten Konstitution der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) erklärt die Delegation der Niederlande ausdrücklich, daß sie die Vorbehalte, die im Namen ihrer Regierung bei der Unterzeichnung der in Artikel 4 genannten Vollzugsordnungen formuliert worden sind, aufrechterhält.

88

Original: englisch

Für die Arabische Republik Ägypten:

Die Delegation der Arabischen Republik Ägypten behält ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich irgendein derzeitiges oder zukünftiges Mitglied nicht an die durch die Urkunde von Kyoto (1994) geänderten Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992), ihrer Anlagen oder der ihnen beigefügten Protokolle hält oder falls Vorbehalte anderer Mitglieder das reibungslose Arbeiten ihrer Fernmeldedienste beeinträchtigen.

88

*Original: anglais***Pour l'Irlande:**

Ayant pris note des déclarations et des réserves déposées par certains Membres, le Gouvernement de l'Irlande réitère les réserves qu'il avait formulées lors de la signature des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires additionnelle (Genève, 1992) et se réserve en outre le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts si un Membre venait à ne pas remplir les obligations auxquelles il est tenu par la Constitution et la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) amendées par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) ou des annexes qui y sont jointes.

90

*Original: anglais***Pour l'Etat d'Israël:**

1. La déclaration faite par certaines Délégations dans le N° 26 des Actes finals étant en contradiction flagrante avec les principes et l'objet de l'Union internationale des télécommunications est par conséquent, juridiquement nulle.

Le Gouvernement d'Israël tient à bien marquer qu'il rejette catégoriquement ces Déclarations qui politisent et sapent le travail de l'UIT. La Délégation d'Israël considérera qu'elles n'ont aucun effet que ce soit sur les droits et les devoirs d'un Etat Membre de l'Union internationale des télécommunications.

De plus, compte tenu de ce que Israël et de nombreux Etats arabes mènent actuellement des négociations en vue d'arriver à une solution du conflit israélo-arabe, la Délégation d'Israël estime que la déclaration des pays arabes va à l'encontre du but recherché et est dommageable pour la cause de la paix au Moyen-Orient. Par ailleurs, cette déclaration est en contradiction avec l'esprit de la Résolution 32 adoptée à l'unanimité, le 13 octobre 1994, par la Conférence de plénipotentiaires de Kyoto.

La Délégation d'Israël, pour ce qui concerne le fond de la question, adoptera une attitude de totale réciprocité à l'égard des Membres dont les Délégations ont formulé ladite déclaration.

La Délégation d'Israël note également que la Déclaration N° 26, contrairement aux procédures de l'UIT, ne désigne pas l'Etat d'Israël par son nom complet. Dans ces conditions, elle introduit dans le travail professionnel de la Conférence des éléments inadmissibles de discorde et d'inimitié et doit être rejetée en tant que violation des règles et normes reconnues du comportement international.

2. De plus, après avoir pris note de diverses autres déclarations qui ont déjà été déposées, la Délégation d'Israël réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il jugera nécessaires pour sauvegarder ses intérêts et protéger l'exploitation de ses services de télécommunication au cas où le bon fonctionnement de ses services serait compromis par les décisions de la présente Conférence ou par les réserves formulées par d'autres délégations.

91

*Original: anglais***Pour le Bangladesh:**

Après avoir examiné les déclarations contenues dans le Document 299, la Délégation du Bangladesh réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il estimera nécessaires pour sauvegarder ses intérêts au cas où un Membre ou membre ne respecterait pas d'une façon ou d'une autre, les dispositions des Instruments d'amendement à la Constitution et à la Convention de l'Union internationale des télécommunications, tels qu'ils ont été adoptés à Kyoto (UIT-PP-94, Kyoto) ou si des

88

*Original: englisch***Für Irland:**

In Anbetracht der von bestimmten Mitgliedern hinterlegten Erklärungen und Vorbehalte wiederholt die Regierung von Irland die bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) formulierten Vorbehalte und behält sich ferner das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitglied in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992, geändert durch die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten von Kyoto 1994) oder ihrer Anlagen hält.

90

*Original: englisch***Für den Staat Israel:**

1. Da die von einigen Delegationen in der Nummer 26 der Schlußakten formulierte Erklärung in offenkundigem Widerspruch zu den Grundsätzen und Zielen der Internationalen Fernmeldeunion steht, ist sie juristisch wertlos.

Der Regierung von Israel liegt daran, offiziell mitzuteilen, daß sie diese Erklärungen rundweg ablehnt, da sie die Arbeit der Internationalen Fernmeldeunion politisieren und unterminieren. Die Delegation von Israel ist der Meinung, daß sie hinsichtlich der Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten der Internationalen Fernmeldeunion von keinerlei Bedeutung sind.

Da ferner Israel und viele arabische Staaten zur Zeit mitten in Verhandlungen über eine Lösung des israelisch-arabischen Konflikts stehen, ist die Delegation von Israel der Ansicht, daß die arabische Erklärung für den Friedensprozeß im Mittleren Osten äußerst schädlich ist; sie steht auch im Widerspruch zum Geist der Entschließung 32, die bei dieser Konferenz der Regierungsbevollmächtigten in Kyoto am 13. Oktober 1994 einstimmig angenommen worden ist.

Was den Kern der Angelegenheit betrifft, so wird das Verhalten der Delegation von Israel gegenüber den Mitgliedern, deren Delegationen die obengenannte Erklärung formuliert haben, vom Grundsatz der absoluten Gegenseitigkeit geprägt sein.

Ferner bemerkt die Delegation von Israel, daß in der Erklärung Nr. 26 in Abweichung von den bei der Internationalen Fernmeldeunion üblichen Verfahren auf den Staat Israel nicht mit seinem vollständigen Namen Bezug genommen wird. Dies bringt für die Arbeiten der Konferenz unzulässige Elemente der Zwietracht und der Feindseligkeit mit sich und muß als schwerwiegende Verletzung der anerkannten Regeln und Normen der internationalen Praxis zurückerwiesen werden.

2. Ferner behält die Delegation von Israel – nachdem sie von verschiedenen anderen bereits hinterlegten Erklärungen Kenntnis genommen hat – ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen und zum Schutz ihrer Fernmeldedienste für erforderlich hält, falls Beschlüsse dieser Konferenz oder Vorbehalte anderer Delegationen ihre Interessen berühren oder ihre Fernmeldedienste beeinträchtigen.

91

*Original: englisch***Für Bangladesch:**

Nach Prüfung der im Dokument 299 enthaltenen Erklärungen behält die Delegation von Bangladesch ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitglied der Union oder ein anderes Mitglied in irgendeiner Weise nicht an die Bestimmungen der in Kyoto 1994 (UIT PP-94, Kyoto) angenommenen Änderungsurkunden zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion hält oder falls Vorbehalte eines

réserves formulées par un Membre ou membre devaient compromettre le fonctionnement technique et/ou l'exploitation commerciale de ses services de télécommunication ou entraîner une augmentation de sa part contributive aux dépenses de l'Union.

92

Original: anglais

Pour la République fédérale d'Allemagne, l'Australie, l'Autriche, la Belgique, le Canada, la République de Chypre, le Danemark, la République d'Estonie, les États-Unis d'Amérique, la Finlande, la France, la Grèce, la République de Hongrie, l'Irlande, l'État d'Israël, l'Italie, le Japon, la République de Lettonie, la Principauté de Liechtenstein, le Luxembourg, Malte, la Principauté de Monaco, la Norvège, la Nouvelle-Zélande, le Royaume des Pays-Bas, la République de Pologne, le Portugal, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, la Suède, la Suisse et la Turquie:

Les Délégations des pays ci-dessus, se référant aux déclarations faites par la Colombie (N° 37) et par la République du Kenya (N° 72) estiment, pour autant que ces déclarations et autres documents analogues se réfèrent à la Déclaration de Bogota signée le 3 décembre 1976 par les pays équatoriaux et à la revendication de ces pays d'exercer des droits souverains sur des parties de l'orbite des satellites géostationnaires, ainsi qu'à toute déclaration similaire, que cette revendication ne peut être admise par la présente Conférence.

En outre, les Délégations des pays ci-dessus souhaitent confirmer ou renouveler la déclaration (N° 73) faite par un certain nombre de Délégations à la Conférence de plénipotentiaires additionnelle (Genève, 1992), aux déclarations formulées aux conférences qui y sont mentionnées, comme si ces déclarations étaient reproduites ici in extenso.

Les Délégations mentionnées ci-dessus souhaitent également affirmer que la référence à la «situation géographique de certains pays» dans l'article 44 de la Constitution ne signifie pas que l'on admette la revendication de droits préférentiels quelconques sur l'orbite des satellites géostationnaires.

93

Original: anglais

Pour la République fédérale d'Allemagne, la Finlande, la France, l'Islande, l'Italie, la République de Lettonie, la Principauté de Monaco, le Royaume des Pays-Bas, la Roumanie, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, la Turquie:

En ce qui concerne les déclarations de plusieurs délégations visant à formuler des réserves ou des déclarations au sujet des Actes finals de la présente Conférence au moment du dépôt de leurs instruments de ratification ou avant cette date, les délégations susmentionnées réservent à leur Gouvernement le droit de ne pas prendre en considération les réserves et les déclarations formulées par d'autres Membres de l'Union après la signature des Actes finals de la présente Conférence.

94

Original: anglais

Pour la République fédérale d'Allemagne, la Belgique, la République de Chypre, le Danemark, la République d'Estonie, la Finlande, la France, la Grèce, l'Irlande, l'Islande, l'Italie, la République de Lettonie, la Principauté de Liechtenstein, le Luxembourg, la Principauté de Monaco, la Norvège, le Royaume des Pays-Bas, la République de Pologne, la Roumanie, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, la Suède, la Confédération suisse, la Turquie:

Les Délégations susmentionnées, se référant à la déclaration N° 80 faite par la République algérienne démocratique et populaire

Mitglieds der Union oder eines anderen Mitglieds dazu führen, daß der technische und/oder kommerzielle Betrieb der Fernmelddienste von Bangladesch beeinträchtigt werden oder es zu einer Erhöhung des Beitrag von Bangladesch zu den Ausgaben der Union kommt.

92

Original: englisch

Für die Bundesrepublik Deutschland, Australien, Österreich, Belgien, Kanada, die Republik Zypern, Dänemark, die Republik Estland, die Vereinigten Staaten von Amerika, Finnland, Frankreich, Griechenland, die Republik Ungarn, Irland, den Staat Israel, Italien, Japan, die Republik Lettland, das Fürstentum Liechtenstein, Luxemburg, Malta, das Fürstentum Monaco, Norwegen, Neuseeland, das Königreich der Niederlande, die Republik Polen, Portugal, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, Schweden, die Schweizerische Eidgenossenschaft und die Türkei:

Die Delegationen der obengenannten Länder beziehen sich auf die Erklärungen der Republik Kolumbien (Nr. 37) und der Republik Kenia (Nr. 72), soweit sich diese und irgendwelche ähnlichen Erklärungen auf die am 3. Dezember 1976 von den Äquatorialländern unterzeichnete Erklärung von Bogotà und auf die Forderung dieser Länder nach Ausübung souveräner Rechte über Teile der Umlaufbahn der geostationären Satelliten beziehen, und sind der Auffassung, daß diese Konferenz dieser Forderung nicht nachgeben darf.

Ferner möchten die Delegationen der obengenannten Länder diejenige Erklärung bestätigen oder erneuern, die von einer Reihe von Delegationen bei der Zusätzlichen Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Genf 1992) formuliert worden ist (Nr. 73), sowie die Erklärungen, die bei den in dieser Erklärung genannten Konferenzen formuliert worden sind, so als ob diese Erklärungen hier in extenso abgedruckt wären.

Die Delegationen der obengenannten Länder möchten außerdem erklären, daß der Hinweis auf die „geographische Lage bestimmter Länder“ in Artikel 44 der Konstitution keine Anerkennung der Forderung nach irgendwelchen Vorzugsrechten auf der Umlaufbahn der geostationären Satelliten einschließt.

93

Original: englisch

Für die Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Frankreich, Island, Italien, die Republik Lettland, das Fürstentum Monaco, das Königreich der Niederlande, Rumänien, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Türkei:

In Anbetracht der Erklärungen verschiedener Delegationen, die zum Zeitpunkt oder vor dem Zeitpunkt der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunden Vorbehalte und Erklärungen zu den Schlußakten dieser Konferenz formulieren wollen, behalten die Delegationen der obengenannten Länder ihrer Regierung das Recht vor, nach der Unterzeichnung der Schlußakten dieser Konferenz formulierte Vorbehalte und Erklärungen anderer Mitglieder der Union nicht anzuerkennen.

94

Original: englisch

Für die Bundesrepublik Deutschland, Belgien, die Republik Zypern, Dänemark, die Republik Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, die Republik Lettland, das Fürstentum Liechtenstein, Luxemburg, das Fürstentum Monaco, Norwegen, das Königreich der Niederlande, die Republik Polen, Rumänien, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, Schweden, die Schweizerische Eidgenossenschaft und die Türkei:

Die Delegationen der obengenannten Länder beziehen sich auf die Erklärung Nr. 80, die die Demokratische Volksrepublik Alge-

re, le Commonwealth des Bahamas, l'Etat de Bahrein, la Barbade, la République du Cameroun, la République de Côte d'Ivoire, le Guyana, la République de l'Inde, la République islamique d'Iran, le Royaume hachémite de Jordanie, la République du Kenya, l'Etat du Koweït, le Liban, le Royaume du Maroc, le Sultanat d'Oman, la République islamique du Pakistan, la Papouasie-Nouvelle-Guinée, l'Etat du Qatar, Saint-Vincent-et-Grenadines, le Royaume d'Arabie saoudite, la République du Sénégal, la République arabe syrienne, la Thaïlande, les Emirats arabes unis et la République du Zimbabwe, notent que cette déclaration n'a pas été formulée au moment de la signature de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et qu'elle n'a pas d'incidences sur l'application de l'article 54 de la Constitution aux délégations qui ont fait la présente déclaration.

95

*Original: anglais***Pour l'Australie:**

Après avoir examiné les déclarations et les réserves contenues dans le Document 299 de la Conférence, la Délégation de l'Australie déclare qu'elle réserve à son Gouvernement le droit de formuler des déclarations ou des réserves lors du dépôt de ses instruments de ratification pour les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994).

96

*Original: anglais***Pour la Jamahiriya arabe libyenne populaire et socialiste:**

La Délégation de la Jamahiriya arabe libyenne populaire et socialiste à la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires à la sauvegarde de ses intérêts et de ses services de télécommunication au cas où un Membre manquerait de se conformer aux dispositions des Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) et réserve également à son Gouvernement le droit de faire toute réserve qu'il pourra juger nécessaire avant la ratification desdits Actes finals au cas où une disposition serait contraire à la Constitution de la Jamahiriya arabe libyenne populaire et socialiste.

97

*Original: anglais***Pour les Etats-Unis d'Amérique:**

Se référant à la Déclaration N° 80 formulée par de nombreuses délégations, les Etats-Unis d'Amérique expriment leur désaccord sur divers points de ladite déclaration et font remarquer que ladite déclaration, qui est de caractère anticipatif, n'a pas été formulée lors de la signature de la Constitution et de la Convention de l'Union internationale des télécommunications (Genève, 1992) et qu'elle ne modifie en rien l'application aux Etats-Unis d'Amérique des dispositions de l'article 54 de la Constitution (Genève, 1992).

98

*Original: anglais***Pour les Etats-Unis d'Amérique:**

Les Etats-Unis d'Amérique, prenant note de la Déclaration N° 40 de la Délégation de Cuba, rappellent qu'ils disposent du droit d'émettre vers Cuba sur les fréquences appropriées, sans brouillages intentionnels ou autres brouillages préjudiciables, et réservent leurs droits à l'égard des brouillages existants et de tout brouillage futur causé par Cuba aux émissions des Etats-Unis. En outre, les Etats-Unis d'Amérique appellent l'attention sur le fait

rien, das Commonwealth der Bahamas, der Staat Bahrain, Barbados, die Republik Kamerun, die Republik Côte d'Ivoire, Guyana, die Republik Indien, die Islamische Republik Iran, das Haschemitische Königreich Jordanien, die Republik Kenia, der Staat Kuwait, Libanon, das Königreich Marokko, das Sultanat Oman, die Islamische Republik Pakistan, Papua-Neuguinea, der Staat Katar, St. Vincent und die Grenadinen, das Königreich Saudi-Arabien, die Republik Senegal, die Arabische Republik Syrien, Thailand, die Vereinigten Arabischen Emirate und die Republik Simbabwe formuliert haben und stellen fest, daß diese Erklärung nicht zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) formuliert wurde und die Anwendung des Artikels 54 der Konstitution auf die Delegationen, die die vorliegende Erklärung formulieren, nicht berührt.

95

*Original: englisch***Für Australien:**

Nach Prüfung der im Konferenzdokument 299 enthaltenen Erklärungen und Vorbehalte erklärt die Delegation von Australien, daß sie ihrer Regierung das Recht vorbehält, bei der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunden zu den Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kyoto 1994) irgendwelche Erklärungen oder Vorbehalte zu formulieren.

96

*Original: englisch***Für die Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirja:**

Nach Prüfung der im Dokument 299 enthaltenen Erklärungen und Vorbehalte behält die Delegation der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirja bei der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kyoto 1994) ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer nationalen Interessen und zum Schutz ihrer Fernmeldedienste für erforderlich hält, falls sich ein Mitglied nicht an die Bestimmungen der Schlußakten der Konferenz von Kyoto (1994) hält. Ferner behält sie ihrer Regierung das Recht vor, vor der Ratifikation dieser Schlußakten die Vorbehalte zu formulieren, die sie für erforderlich hält, falls eine Bestimmung im Widerspruch zur Verfassung der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirja steht.

97

*Original: englisch***Für die Vereinigten Staaten von Amerika:**

Die Vereinigten Staaten von Amerika beziehen sich auf die von zahlreichen Delegationen formulierte Erklärung Nr. 80. Die Vereinigten Staaten von Amerika stellen fest, daß die Vereinigten Staaten von Amerika mit verschiedenen Punkten dieser Erklärung nicht einverstanden sind und daß die Erklärung Nr. 80, die sich auf die Zukunft bezieht, nicht zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) formuliert wurde und die Anwendung des Artikels 54 der Konstitution (Genf 1992) auf die Vereinigten Staaten von Amerika nicht berührt.

98

*Original: englisch***Für die Vereinigten Staaten von Amerika:**

Angeichts der Erklärung der Delegation von Kuba (Nr. 40) erinnern die Vereinigten Staaten von Amerika an ihr Recht, auf geeigneten Frequenzen ohne vorsätzliche Störungen oder andere schädliche Störungen in Richtung Kuba zu senden, und sie behalten sich hinsichtlich vorhandener oder irgendwelcher zukünftigen, von Kuba bei den Aussendungen der Vereinigten Staaten verursachten Störungen das Recht vor, entsprechende Maßnahmen zu

que leur présence à Guantanamo relève d'un accord international actuellement en vigueur. Les Etats-Unis d'Amérique se réservent le droit de continuer à répondre à leurs besoins en matière de radiocommunication dans cette province comme ils l'ont fait jusqu'à présent.

99

*Original: anglais***Pour le Royaume des Tonga:**

En ce qui concerne les déclarations et réserves figurant dans le Document 299 en date du 13 octobre 1994, la Délégation du Royaume des Tonga réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes les mesures qu'il jugera nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où un Membre manquerait de se conformer aux dispositions contenues dans les instruments d'amendement à la Constitution et à la Convention (Genève, 1992) adoptés par la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994) ou encore si les réserves formulées par d'autres administrations compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

100

*Original: anglais***Pour l'ex-République yougoslave de Macédoine:**

Après avoir examiné les déclarations et les réserves consignées dans le Document 299 de la Conférence de plénipotentiaires (Kyoto, 1994), la Délégation de la République de Macédoine réserve à son Gouvernement le droit de prendre toutes mesures qu'il pourra juger nécessaires pour protéger ses intérêts au cas où certains Membres, actuels ou à venir, ne prendraient pas leur part de dépenses de l'Union ou n'observeraient pas de tout autre façon, les dispositions de l'Instrument amendant la Constitution et la Convention de l'UIT (Genève, 1992) ou si des réserves d'autres pays entraînaient une augmentation de sa part de dépenses de l'Union ou compromettaient le bon fonctionnement de ses services de télécommunication.

101

*Original: anglais***Pour la République du Ghana:**

Après avoir examiné les déclarations contenues dans le Document 299 de la Conférence, la Délégation du Ghana, en signant les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994) réserve pour le Gouvernement de la République du Ghana le droit de prendre toutes les mesures qu'elle estimera nécessaires pour protéger ses intérêts.

La Délégation du Ghana réserve en outre à son Gouvernement le droit de formuler des déclarations et des réserves lors du dépôt de ses instruments de ratification pour les Actes finals de la Conférence de plénipotentiaires de l'Union internationale des télécommunications (Kyoto, 1994).

ergreifen. Die Vereinigten Staaten von Amerika weisen ferner darauf hin, daß ihre Anwesenheit in Guantánamo auf einem geltenden internationalen Übereinkommen beruht; die Vereinigten Staaten von Amerika behalten sich das Recht vor, ihren Bedürfnissen im Funkbereich in dieser Provinz wie bisher nachzukommen.

99

*Original: englisch***Für das Königreich Tonga:**

Die Delegation des Königreichs Tonga behält ihrer Regierung angesichts der im Dokument 299 vom 13. Oktober 1994 enthaltenen Erklärungen und Vorbehalte das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls sich ein Mitglied nicht an die Bestimmungen der von der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten (Kioto 1994) angenommenen Änderungsurkunde zur Konstitution und zur Konvention (Genf 1992) hält oder falls Vorbehalte anderer Verwaltungen das reibungslose Arbeiten der Fernmeldedienste des Königreichs Tonga beeinträchtigen.

100

*Original: englisch***Für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien:**

Nach Prüfung der im Konferenzdokument 299 enthaltenen Erklärungen und Vorbehalte behält die Delegation der Republik Mazedonien ihrer Regierung das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält, falls bestimmte, derzeitige oder zukünftige Mitglieder ihren Beitrag zu den Ausgaben der Union nicht entrichten oder sich in irgendeiner anderen Weise nicht an die Bestimmungen der Änderungsurkunden (Kioto 1994) zur Konstitution und zur Konvention der Internationalen Fernmeldeunion (Genf 1992) halten oder falls Vorbehalte anderer Länder eine Erhöhung ihres Beitrags zu den Ausgaben der Union oder eine Beeinträchtigung ihrer Fernmeldedienste nach sich ziehen.

101

*Original: englisch***Für die Republik Ghana:**

Nach Prüfung der im Konferenzdokument 299 enthaltenen Erklärungen behält die Delegation der Republik Ghana bei der Unterzeichnung der Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) der Regierung der Republik Ghana das Recht vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Wahrung ihrer Interessen für erforderlich hält.

Ferner behält die Delegation von Ghana der Regierung von Ghana das Recht vor, bei der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde zu den Schlußakten der Konferenz der Regierungsbevollmächtigten der Internationalen Fernmeldeunion (Kioto 1994) irgendwelche Erklärungen und Vorbehalte zu formulieren.

**Denkschrift
zu der Konstitution und der Konvention
der Internationalen Fernmeldeunion vom 22. Dezember 1992
sowie zu den Änderungen der Konstitution und der Konvention
der Internationalen Fernmeldeunion vom 14. Oktober 1994**

I. Allgemeines

Die Konstitution und die Konvention der Internationalen Fernmeldeunion, die am 22. Dezember 1992 in Genf beschlossen und am 14. Oktober 1994 in Kioto geändert wurden, regeln auf weltweiter Basis die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Fernmeldewesens und legen den für den internationalen Nachrichtenaustausch notwendigen Rahmen fest. Die Konstitution und die Konvention werden von den in der Internationalen Fernmeldeunion zusammengeschlossenen Mitgliedsstaaten beschlossen. Die Union besteht seit 130 Jahren; Deutschland gehört zu den Gründerländern. Die Internationale Fernmeldeunion, der zur Zeit 184 Mitgliedsstaaten angehören, ist heute eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen.

Am 22. Dezember 1992 haben die Mitgliedsstaaten der Internationalen Fernmeldeunion in Genf eine neue Konstitution und Konvention beschlossen. Diese – von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete – Konstitution und Konvention wurden auf der Basis der am 30. Juni 1989 in Nizza beschlossenen und von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten und ratifizierten Fassung dieser Vertragswerke (Vertragsgesetz vom 28. Januar 1994, BGBl. 1994 II S. 146) erarbeitet. Die Vertragswerke von Nizza 1989 sind jedoch zwischen den Parteien nicht in Kraft getreten, da die nach Artikel 47 Abs. 1 der Konstitution von Nizza 1989 erforderliche Mindestzahl von 55 hinterlegten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden nicht erreicht wurde. Obwohl die Vertragswerke zwischen den Mitgliedern nicht in Kraft getreten sind, wurden die in ihnen enthaltenen Beschlüsse über Organisation und Haushalt der Union zwischenzeitlich weitgehend realisiert.

Da die Vertragswerke von Nizza 1989 nicht in Kraft getreten sind, ist in Artikel 58 Abs. 2 der Konstitution von Genf 1992 geregelt, daß die Konstitution und die Konvention von Genf 1992 den am 6. November 1982 in Nairobi beschlossenen und von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten und ratifizierten Internationalen Fernmeldevertrag (Vertragsgesetz vom 4. März 1985, BGBl. 1985 II S. 425) ablösen.

Gemäß Artikel 58 Abs. 1 der Konstitution von Genf 1992 traten die Konstitution und die Konvention von Genf 1992 am 1. Juli 1994 zwischen den Mitgliedern der Union in Kraft, die bis zu diesem Tag eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt hatten. Für die übrigen Mitglieder wurden bzw. werden die Konstitution und die Konvention gemäß Artikel 52 Abs. 3 der Konstitution mit dem Tag der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde beim Generalsekretär der Union wirksam.

Gemäß den Teilen II der Urkunden über die Änderungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion Genf 1992, die von der Regierungskonfe-

renz in Kioto 1994 beschlossen wurden, treten diese Änderungen am 1. Januar 1996 zwischen den Mitgliedern der Union in Kraft, die Vertragspartei der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion, Genf, 1992 sind und die bis zu diesem Tag eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde bezüglich der Änderungsurkunden hinterlegt haben. Für die übrigen Mitglieder werden die Änderungen der Konstitution und der Konvention gemäß Artikel 55 Abs. 8 in Verbindung mit Artikel 52 Abs. 3 der Konstitution und Artikel 42 Abs. 9 der Konvention in Verbindung mit Artikel 52 Abs. 3 der Konstitution mit dem Tag der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde beim Generalsekretär der Union wirksam.

Artikel 54 der Konstitution enthält Regeln über die Verbindlichkeit der von den zuständigen weltweiten Funkkonferenzen und weltweiten Konferenzen für internationale Fernmeldedienste angenommenen Vollzugsordnungen sowie über die vorläufige und endgültige Verbindlichkeit von ihnen revidierter Vollzugsordnungen.

II. Besonderes

1. Die Konstitution und die Konvention Genf (1992) unterscheiden sich in ihrem materiellen Gehalt in den folgenden Punkten von der Konstitution und der Konvention Nizza (1989):

a) Im Zuge einer breit angelegten Umstrukturierung zur Steigerung der Effizienz wurden entsprechend den Aufgabenschwerpunkten der Union drei Sektoren mit eigenen Büros und Direktoren sowie weltweiten und regionalen Konferenzen gebildet.

– So gingen aus dem Internationalen Beratenden Ausschuss für den Funkdienst (CCIR) der Sektor für das Funkwesen und aus dem Internationalen Beratenden Ausschuss für den Telegraphen- und Telefondienst (CCIT) der Sektor für die Standardisierung im Fernmeldewesen hervor (Artikel 7 Buchstaben d und e der Konstitution). Die Aufgaben zwischen beiden Sektoren wurden neu abgegrenzt.

– Der dritte Sektor ist der aus dem Büro für die Entwicklung des Fernmeldewesens hervorgegangene Sektor für die Entwicklung des Fernmeldewesens (Artikel 7 Buchstabe f der Konstitution).

b) Die Aufgaben der bisher auf Vollzeit-Basis gewählten fünf Mitglieder des Internationalen Frequenzregulierungsausschusses (IFRB) werden in Zukunft von neun gewählten Experten im Rahmen des Funkregulierungsausschusses (RRB) als Nebentätigkeit unter ausschließlicher Vergütung von Spesen ausgeführt (Artikel 14 der Konstitution und Artikel 10 der Konvention).

- c) Die Konferenz der Regierungsbevollmächtigten wird alle vier Jahre einberufen (Artikel 8 Abs. 1 der Konstitution).
 - d) Der Haushalt der Union wird zukünftig für jeweils zwei Jahre aufgestellt (Artikel 33 Abs. 14 der Konvention).
 - e) Der Verwaltungsrat der Internationalen Fernmeldeunion ist in Rat der UIT umbenannt worden (Artikel 4 Abs. 1 der Konvention).
2. Weiterhin wird insbesondere auf folgenden – mit Inkrafttreten der Konstitution und der Konvention Genf 1992 neu geltenden – Punkt hingewiesen, der jedoch in der Bundesrepublik Deutschland bereits Gegenstand der Ratifizierung der Konstitution und der Konvention Nizza 1989 aufgrund des Vertragsgesetzes vom 28. Januar 1994 war:
- Der Vertrag wurde in eine Konstitution und eine Konvention aufgeteilt (Artikel 4 Abs. 1 und 2 der Konstitution). Die Konstitution enthält unter anderem Regeln über die Rechte und Pflichten der Mitglieder und die Aufgaben und den Aufbau der Union und ihrer Sektoren, sowie grundsätzliche Bestimmungen über den Funk- und den Fernmeldedienst; zur Abänderung der Konstitution ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich (Artikel 55 Abs. 4 der Konstitution). Die Konvention enthält unter anderem Regeln über die Arbeitsweise der Union und ihrer Sektoren sowie über die Durchführung von Konferenzen und Tagungen; bei der Konvention genügt zur Abänderung eine einfache Mehrheit (Artikel 42 Abs. 4 der Konvention).
3. Bei der Regierungskonferenz in Kioto 1994 wurden nur geringfügige Änderungen an der erst weniger als zwei Jahre vorher beschlossenen Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion Genf 1992 vorgenommen:
- a) Die Anzahl der Sitze im Rat der Internationalen Fernmeldeunion wird von jeder Regierungskonferenz neu festgelegt und darf nicht 25% der Anzahl der Mitgliedsländer der Union übersteigen (Artikel 4 Abs. 1 und 2 der Konvention).
 - b) Zukünftig können – im Zusammenhang mit der verstärkten Öffnung der Union für Wirtschaftsunternehmen – u. a. auch (private) Betreiber von Telekommunikationsnetzen, Anbieter von Telekommunikationsdienstleistungen und Hersteller von Telekommunikationsgeräten – sowie deren internationale Verbände – als Beobachter an Regierungskonferenzen der Union teilnehmen (Artikel 23 Abs. 3 und 6 der Konvention in Verbindung mit Randnummer 1002 des Anhangs der Konvention).

24.11.95

Stellungnahme

des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion vom 22. Dezember 1992 sowie zu den Änderungen der Konstitution und der Konvention der Internationalen Fernmeldeunion vom 14. Oktober 1994

Der Bundesrat hat in seiner 691. Sitzung am 24. November 1995 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Zum Gesetzentwurf insgesamt

Die Bundesregierung wird aufgefordert, vor Erlaß von Verordnungen nach Artikel 2 des Vertragsgesetzes dem Regulierungsrat Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, wenn in dieser Verordnung Fragen von infrastruktureller Bedeutung geregelt oder wesentliche Belange der Länder berührt werden.

Begründung:

Artikel 2 des Vertragsgesetzes gibt dem Bundesminister für Post und Telekommunikation die Möglichkeit, ohne Zustimmung des Bundesrates die Vollzugsordnungen, die die Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion ergänzen, durch Rechtsverordnungen in innerstaatliches Recht umzusetzen.

Der Fall, daß die betreffenden Vollzugsordnungen

- für internationale Fernmeldedienste,
- für den Funkdienst

Interessen der Länder - u.a. infrastrukturelle Belange - tangieren, ist a priori nicht auszuschließen und bedarf, insbesondere unter dem Aspekt der Dynamik auf dem Gebiet der Telekommunikation, einer eingehenden Prüfung.